

Das Migrationspotenzial aus der GUS in die Europäische Union

Schmid, Susanne

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schmid, S. (2012). *Das Migrationspotenzial aus der GUS in die Europäische Union*. (Forschungsbericht / Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl (FZ), 17). Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl (FZ). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-67938-5>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Das Migrationspotenzial aus der GUS in die Europäische Union

Susanne Schmid



Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2012

Zentrale Ergebnisse



Die Studie analysiert das Migrationspotenzial aus der GUS in die Europäische Union. Migrationspotenzial bezeichnet dabei die vorhandenen Abwanderungsneigungen in einer Bevölkerung. Die objektiven Ursachen hinter den Abwanderungsmotiven werden in einem Regionalvergleich deutlich. Dafür werden datengestützt die (1) demographischen, (2) wirtschaftlichen, (3) politischen und (4) ökologischen Entwicklungsdifferenzen zwischen den Regionen GUS und EU sowie (5) der Einfluss der Migrant*innenbevölkerung in den EU-Staaten und die aktuellen Migrationsbewegungen untersucht.

Demographische Faktoren beeinflussen die Migrationsneigungen indirekt, d.h. in Wechselwirkung mit wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Mangelfaktoren. Bevölkerungswachstum einhergehend mit infrastrukturellen Ausstattungsmängeln (Arbeit, Gesundheit, Bildung etc.) wie in den asiatischen GUS-Staaten, aber auch Bevölkerungsabnahme, demographische Alterung und ein daraus folgender Mangel an jungen Arbeitskräften wie in den osteuropäischen GUS-Staaten, beeinflussen die regionalen Lebensbedingungen und können das Migrationspotenzial erhöhen.

Ökonomisch gesehen besteht eine erhebliche Kluft zwischen GUS und EU. So entsprach im Jahr 2010 das Bruttonationaleinkommen pro Kopf von Russland (19.190 US-\$) z.B. nur der Hälfte des deutschen (38.170 US-\$). Andere GUS-Staaten, v.a. im asiatischen Raum, liegen noch deutlich darunter. Damit einher gehen geringe Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten sowie eine mangelnde Ressourcenausstattung im Bereich Gesundheit, Bildung und Infrastruktur. Abwande-

rung kann dann ein Weg aus regional hoher Arbeitslosigkeit, Armut und Perspektivlosigkeit sein.

Aus **politischer** Perspektive sind die GUS-Länder entweder defekte oder stark defekte Demokratien, Autokratien oder autoritäre Präsidialregimes, in denen es zu Verletzungen von Menschenrechten, der Presse- und Meinungsfreiheit kommt. Die z.T. schlechte Regierungsführung beeinflusst zwar das Migrationspotenzial, dürfte aber meist nicht das auslösende Moment tatsächlicher Migration sein. Der Wunsch, die Herkunftsregion Richtung Westen (EU) zu verlassen, entsteht eher in osteuropäischen GUS-Ländern. Abwanderung aus den autokratisch regierten asiatischen GUS-Staaten in die EU ist dagegen gering. Fluchtursachen werden in der GUS fortbestehen, solange einzelne Staaten miteinander um Territorien konkurrieren, ethnische Spannungen zwischen Staatsbevölkerung und Minderheiten aufbrechen oder ethnisch bzw. religiös (islamistisch) motivierte Sezessionsbewegungen eskalieren.

Umweltveränderungen, die durch industriell verursachte Umweltverschmutzung oder die Folgen des Klimawandels hervorgerufen werden, können ebenfalls zu einer Steigerung des Migrationspotenzials beitragen. Die globale Klimaerwärmung dürfte voraussichtlich zu einem graduellen Auftauen des sibirischen Permafrostbodens führen mit erheblichen Folgen für die gesamte Infrastruktur. In der zentralasiatischen GUS dürften Temperaturanstieg und abnehmender Niederschlag das Abschmelzen der Gebirgsgletscher und die Verdunstung der Flüsse beschleunigen, was zu Trockenheiten und weiterer Boden-degradation führen wird. Das Schwinden der Existenzgrundlage wird die Betroffenen zum Verlassen der angestammten Region zwingen. Landflucht und die steigende Bevölkerungskonzentration in den Städten erhöhen wiederum den Druck auf das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt. Aufgrund steigender Ressourcenknappheit dürfte auch das Konfliktpotenzial zunehmen.

Zielländer der Migration

■ Migrationsbewegungen innerhalb der GUS

Der überwiegende Teil der Migration aus GUS-Staaten (ca. 80 %) verbleibt in der Region und hat vorrangig Russland und Kasachstan zum Ziel. Der Wanderungssaldo von GUS-Bürgern nach Russland betrug 2009 mit +240.000 mehr als das Doppelte desjenigen in die EU (+100.000). Ein Wandel der sozioökonomischen, politischen und ökologischen Situation könnte zwar zu Veränderungen der Migrationswege und -ziele führen, doch solange Aufnahmekapazitäten innerhalb der GUS gegeben sind, wird die Arbeitsmigration zum großen Teil innerhalb der GUS verbleiben.

■ Migrationspotenzial aus der GUS in die EU

EU-Staaten mit kultureller bzw. historischer Nähe zum Herkunftsland und/oder mit liberaler Migrations- und Ausländerpolitik sind bevorzugte Zielländer. Die meisten der ca. 1,5 Mio. Staatsangehörigen der GUS in der EU leben 2010 in Deutschland (441.218), Italien (315.204), Tschechien (181.651) und Spanien (165.038), wobei die Ukraine, Russland und Moldau die Hauptherkunftslander sind. Hauptzielländer der aktuellen Migrationsbewegungen waren 2009 entsprechend Italien (44.982), Deutschland (30.045), Tschechien (23.279) und Spanien (15.871). Die Zunahme von Staatsangehörigen der GUS in der EU beruht auf der Anziehungskraft bestehender Communities vor Ort (z.B. über Familiennachzug) sowie natürlichem Bevölkerungswachstum. Entsprechend werden voraussichtlich auch die bisher bevorzugten Zielländer in der EU ihre Attraktivität beibehalten. Zuwanderung aus der GUS dürfte weiterhin vor allem zum Zweck des Familiennachzugs, der Arbeitsaufnahme und der Ausbildung erfolgen. Die Arbeitsmigration (Hoch)Qualifizierter nach Europa dürfte ebenfalls leicht ansteigen.

Im Falle Deutschlands dürften die Zuwanderungen aus der GUS auf dem bisherigen Niveau von circa 30.000 pro Jahr verbleiben. Die hohe Zahl der Personen aus der GUS in Deutschland geht auf den Zuzug von (Spät-)Aussiedlern und jüdischen Zuwanderern und ihren

jeweiligen Familienangehörigen zurück. Es ist davon auszugehen, dass der Zuzug von Spätaussiedlern auf dem aktuellen Niveau verbleiben wird. Der Zuzug von Familienangehörigen, Arbeits- und Bildungsmigranten dürfte aber in Zukunft weiter steigen.

■ Irreguläre Migrationsbewegungen

Irreguläre Einreiseversuche haben nach den verfügbaren Indikatoren im Vergleich zur regulären Migration einen deutlich geringeren Umfang. Im Jahr 2010 wurde 33.520 Staatsbürgern der GUS die Einreise an der EU-Außengrenze verweigert. Auch hier dominierten wie bei den legalen Wanderungen die Staatsangehörigen der osteuropäischen GUS-Staaten, also vor allem Ukrainer, Russen und Belarussen. Innerhalb der EU wurden im selben Jahr 27.820 irregulär aufhältige GUS-Bürger aufgegriffen, v.a. Russen, Ukrainer und Moldauer. Deutlich wird, dass vor allem die Ukraine und Russland als Hauptherkunfts- und Transitländer irregulärer Zuwanderer aus der GUS im Fokus stehen.

In der **Zusammenschau** wird das Migrationspotenzial in der GUS voraussichtlich steigen aufgrund (a) der vielfältigen Problemlagen innerhalb der GUS, (b) der wachsenden Zahl von Personen im potenziellen Migrationsalter in der asiatischen GUS – die vor allem in der GUS wandern werden, (c) der anhaltenden sozioökonomischen und politischen Attraktivität der EU, (d) der bereits vorhandenen und weiter wachsenden Migrantennetzwerke/Diasporas in der EU und (e) der steigenden Nachfrage nach Arbeitskräften in bestimmten Branchen in der EU (z.B. Altenpflege, Saisonarbeit).

Inhaltsübersicht



	Zentrale Ergebnisse	4
	Einleitung	14
I.	Die GUS als Gegenstand aktueller Migrationsforschung	17
II.	Bestimmungsfaktoren für das Migrationspotenzial der GUS: Analyse der Strukturdivergenzen zur EU	46
III.	Migrationsbewegungen und Migrantenbevölkerung	131
IV.	Qualitative Einschätzung des Migrationspotenzials aus den GUS-Staaten in die Europäische Union	224
	Literatur	232
	Verzeichnisse	256
	Publikationen der Forschungsgruppe	263

Inhaltsverzeichnis



Zentrale Ergebnisse	4
Einleitung	14
I. Die GUS als Gegenstand aktueller Migrationsforschung	17
1 Definition und Entstehung der GUS	17
2 Struktur des Migrationssystems der GUS	21
3 EU-Erweiterung und Migrationsbewegungen in die EU	25
4 Bestehende und Projektionen Annahmen zur künftigen Migration aus der GUS	27
5 Grundlagen für die qualitative Einschätzung von Migrationspotenzial	41
II. Bestimmungsfaktoren für das Migrationspotenzial aus der GUS: Analyse der Struktur-differenzen zur EU	46
1 Demographische Faktoren und soziale Infrastruktur	46
1.1 Die Staaten der GUS und die EU-27 im demographischen Vergleich	49
1.2 Die demographische Relevanz der sozialen Infrastruktur	58
2 Wirtschafts- und arbeitsmarktrelevante Faktoren	64
2.1 Makro-ökonomische Indikatoren von GUS und EU-27	65

2.1.1	Bruttonationaleinkommen und Bruttoinlands- produkt	66
2.1.2	Beschäftigung	74
2.1.3.	Armut	78
2.1.4.	Zufriedenheit	80
2.2	Wirtschaftspolitische Faktoren	82
2.2.1	Schwierigkeiten der GUS mit einem einheitlichen Wirtschaftsraum	82
2.2.2	Initiativen zur Annäherung an die EU	85
3	Politische Faktoren der Migration aus der GUS	88
3.1	Die politischen Regimes der GUS-Staaten – im Lichte vergleichender Indizes	89
3.1.1	Regierungsführung	89
3.1.2	Standards der Partizipation	92
3.1.3	Demokratische Freiheiten	93
3.1.4.	Staatliche Stabilität	95
3.1.5	Pressefreiheit	96
3.1.6	Korruption	97
3.2.	Politische Konfliktlagen	102
3.2.1.	Ethnische Zusammensetzung der GUS und Konfliktpotenzial	103
3.2.2.	Ausmaß bestehender Konflikte	106
3.2.3	Islam und Islamismus in der GUS	110
3.3	Flucht- und Asylmigration aus Staaten der GUS	114
4	Umweltbezogene Faktoren	119
4.1.	Ökologische Erblast	120
4.2.	Verspätetes Umweltbewusstsein	123
4.3.	Klimawandel und Anpassungskapazität	125



Migrationsbewegungen und Migrantenbevölkerung	131
1 Migration innerhalb der GUS	131
1.1. Datenlage	131
1.2. Diversifizierung der Wanderungsbewegungen innerhalb und aus der GUS	133
1.3. Aktuelle Migrationsbewegungen und Migrantenbevölkerung in der GUS	135
1.3.1. Russland – Hauptaufnahmeland von Migranten in der GUS	141
1.3.2. Kasachstan – neues Zielland für Migranten aus Zentralasien	146
2 Migranten aus der GUS in ausgewählten EU-Staaten	148
2.1. Staatsangehörige der GUS in der EU	149
2.2. Migrationsbewegungen aus der GUS in die EU	155
3 Migranten aus der GUS in Deutschland	171
3.1. Staatsangehörige bzw. Personen mit Migrationshintergrund aus der GUS in Deutschland	171
3.2. Migrationsbewegungen aus der GUS nach Deutschland	180
4 Irreguläre Migration	201
4.1. Irreguläre Migration innerhalb der GUS	201
4.2. Irreguläre Migration in die EU und irregulärer Aufenthalt von Staatsangehörigen der GUS	205
4.3. Routen irregulärer Migration aus der GUS	215

IV.	Qualitative Einschätzung des Migrationspotenzials aus den GUS-Staaten in die Europäische Union	224
	Literatur	232
	Tabellenverzeichnis	256
	Abbildungsverzeichnis	262
	Publikationen der Forschungsgruppe	263

Einleitung



Die Studien im Rahmen des Forschungsprojekts „Potenziale zukünftiger Migration“ orientieren sich an dem 2005 vom Europäischen Rat verabschiedeten und seitdem weiterentwickelten „Gesamtansatz zur Migrationsfrage“, der zuerst auf die südliche Nachbarregion der EU (Mittelmeerraum und Afrika) und später auch auf die östliche Nachbarregion ausgerichtet war. Entsprechend wurde bei der Analyse verschiedener EU-Grenzregionen hinsichtlich ihres Migrationspotenzials der Fokus der ersten Studie auf Afrika gerichtet (Schmid 2010). Die jetzt vorgelegte Studie der östlichen Nachbarregionen der EU ist u.a. vor dem Hintergrund der letzten EU-Erweiterungsrunden zu sehen, durch welche die osteuropäischen Staaten der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) näher an die Union herangerückt sind. Die GUS-Staaten spielen aufgrund ihrer geo-strategischen Lage und ihres gesellschaftlichen Umbruchs eine hervorgehobene Rolle als Auswanderungs-, Einwanderungs- und Transitländer. Inwiefern diese vielfältige Migration und Mobilität des vielgestaltigen GUS-Raums die EU betrifft, soll im Folgenden untersucht werden.

Die GUS ist ein heterogener, von seiner gemeinsamen politischen Vergangenheit zusammengehaltener Raum. Dieser erstreckt sich über zwei Kontinente und dabei über stark kontrastierende Räume, die durch besondere geopolitische Bindungen und ökonomische Abhängigkeiten charakterisiert sind. Entsprechend bestehen innerhalb der GUS große Unterschiede in der Bevölkerungsverteilung, im ökonomischen Entwicklungsstand und den politischen Machtstrukturen.

Im Vergleich zwischen der GUS und der EU werden die sozio-ökonomischen und politischen Strukturunterschiede besonders deutlich. Ausgehend von der Annahme, dass solche Strukturunterschiede Migration befördern, sind die Analyse der tatsächlichen Migrations-

bewegungen und die Einschätzung eines grundsätzlich vorhandenen Migrationspotenzials das Ziel dieser Studie. Die Einschätzung des Migrationspotenzials basiert somit auf dem Vergleich kontrastierender Räume, aus dem sich kollektive Abwanderungsneigungen ergeben. Das Migrationspotenzial umfasst jene Menschen, die sowohl den Wunsch als auch die Gelegenheit zur internationalen Migration haben. Die Migrationsneigung entsteht aus dem Wissen um demographische, ökonomische, politische und ökologische Diskrepanzen zwischen der Herkunftsregion und der angestrebten Zielregion. Zwischen dem Migrationspotenzial und tatsächlicher Abwanderung besteht keine einfache Kausalbeziehung. „Jedem Migrationsvorgang geht [...] eine Abwägung von Vor- und Nachteilen zwischen Abwanderung und Ortsbindung voraus, sowie zwischen der Attraktivität einer Zielregion und der Größe der Hindernisse, die auf dem Weg zu ihr überwunden werden müssen“ (Schmid 2010).

Die tatsächlichen Migrationsbewegungen führen zu ethnischen Diasporas in den Zielländern. Die daraus resultierenden sozialen und familialen Migrantennetzwerke ermöglichen und verstärken den Informationstransfer in die Herkunftsländer und steigern damit das Migrationspotenzial.

Ziel der Studie ist keine quantitative Bestimmung des Migrationspotenzials, was schon aufgrund der unzureichenden Datenlage nicht in fundierter Weise möglich ist, sondern eine qualitative Einschätzung des Migrationspotenzials aus den GUS-Staaten in die EU, basierend auf der Analyse regionaler Wohlfandsdifferenzen.

Die vorliegende Untersuchung¹ beginnt mit der (I) Darstellung der GUS als Gegenstand aktueller Migrationsforschung. Anschließend werden die methodischen Grundlagen und die Vorgehensweise bei der Analyse des Migrationspotenzials erläutert. In Kapitel (II) folgt die Analyse der Faktoren, die für die Entwicklungsdifferenzen von Räu-

1 Die Autorin dankt Axel Kreienbrink für seine Kommentierungen der Studie. Den Praktikanten Marc Venhaus, Carol Marmor, Sven Veigl, Valeriya Medvezhnikova und Alexandra Walchshöfer danke ich für ihre engagierte Zuarbeit.

men verantwortlich sind: (1) die demographischen Strukturen, (2) die sozioökonomischen Bedingungen sowie (3) die politischen und (4) ökologischen Faktoren. In Kapitel (III) wird das Migrationspotenzial zu den (5) tatsächlichen Abwanderungsbewegungen und der Migrantenbevölkerung in den Zielländern in Beziehung gesetzt. Aus dieser Gegenüberstellung bzw. Rückkoppelung (IV) kommt die Studie zu ihren Schlussfolgerungen.

Die GUS als Gegenstand aktueller Migrationsforschung

1. Definition und Entstehung der GUS

Nach dem Zerfall der Sowjetunion (UdSSR) entschlossen sich die meisten Nachfolgestaaten 1991 zur Gründung einer Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Ausschlaggebend hierfür war das gemeinsame Interesse, einen einheitlichen Wirtschafts- und Sicherheitsraum zu bilden, nachdem die wesentlichen ökonomischen und politischen Strukturen der Sowjetunion zusammengebrochen waren, reale Abhängigkeiten aber weiterhin bestehen blieben.

Die Gründungsmitglieder und Initiatoren des am 08. Dezember 1991 unterzeichneten Vertrages waren die osteuropäischen Republiken Russland², Belarus und die Ukraine. Der Beitritt der westasiatischen Republiken Aserbaidschan und Armenien sowie der zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan erfolgte am 21. Dezember 1991.

Die GUS hat im Lauf der Jahre leichte Veränderungen erfahren: 1993 traten Moldau³ und Georgien dem Staatenbund bei. Georgien verließ diesen jedoch infolge des Krieges um Südossetien im August 2008 mit Wirkung zum 18. August 2009. Turkmenistan ist seit dem 25. August 2005 nur noch beigeordnetes Mitglied. Insofern hat die GUS gegenwärtig zehn Mitglieder.

2 Zum besseren Textfluss wird im Folgenden „Russland“ anstelle von „Russische Föderation“ geschrieben.

3 Zur Verbesserung des Textflusses wird im Folgenden „Moldau“ anstatt „Republik Moldau“ geschrieben.

Die GUS ist ein räumlich zusammenhängender Staatenbund mit schwachen offiziellen Strukturen. Ihr formaler Sitz (Exekutivsekretariat) befindet sich in der belarussischen Hauptstadt Minsk, die Interparlamentarische Versammlung der GUS tagt in Sankt Petersburg. Die lose Bindung der Mitgliedstaaten zeigt sich an den Ein- und Austritten und der Gewährung von Sonderstatus (Turkmenistan, Ukraine⁴). Des Weiteren ist die GUS ein ökonomisch, kulturell und staatspolitisch heterogenes Gebilde, das sich von Osteuropa über Westasien nach Zentralasien erstreckt (Tab. I.1-1). Während die einzelnen asiatischen Republiken ihre Unabhängigkeit betonen, versucht Russland mit seiner ökonomischen und territorialen Dominanz seine weltpolitische Rolle auch innerhalb der GUS zu behaupten (Stewart 2011, Unmut 2011, Fischer 2007).

Tabelle I.1-1: Verteilung der GUS-Staaten nach der Regionalaufteilung der UN

Europa	Asien	
Osteuropa	Zentralasien	Westasien
Russland	Usbekistan	Aserbaidshjan
Ukraine	Kasachstan	Armenien
Belarus	Tadschikistan	
Moldau	Kirgisistan	

Quelle: UN 2011.

Die offiziellen Kooperationsbereiche der GUS, wie Handel, Wirtschaft, Sicherheit und Verteidigung, werden erheblich tangiert von den internen Problemen des Zusammenschlusses: Probleme der Transformationsprozesse der postsowjetischen Staaten hin zu liberalen Staats- und Wirtschaftsformen, kriegerische Auseinandersetzungen am Kaukasus, ethnische Konflikte und ein allgemeines Misstrauen

4 Die Ukraine sieht sich nicht mehr als Mitgliedstaat, sondern als Teilnehmerstaat.

der GUS-Staaten gegenüber dem Dominanzstreben Russlands. Russland selbst versucht, die eigenständige Außenpolitik der Mitglieder zu kontrollieren und notfalls zu begrenzen. Beispielsweise haben die GUS-Mitglieder Armenien, Aserbaidshan, Moldau, Ukraine und Belarus beim EU-Gipfel am 07. Mai 2009 mit der Europäischen Union eine „Östliche Partnerschaft“ geschlossen⁵, wogegen Russland Protest eingelegt hat.

Die Heterogenität und Divergenzen innerhalb der GUS haben diverse Vorhaben, wie eine Währungs- und Zollunion oder eine gemeinsame Wirtschafts-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik verzögert oder verhindert, selbst wenn wie im Fall der wirtschaftlichen Kooperation etliche Abkommen geschlossen wurden. Die reale Unabhängigkeit einiger GUS-Staaten ist hauptsächlich durch begehrte Ressourcen und Bodenschätze (Aserbaidshan, Kasachstan) oder durch ihre geo-strategische Lage (Usbekistan) und entsprechende Interessen anderer Mächte gewährleistet.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Begriff Staatenbund keineswegs eine große Gemeinsamkeit der verbündeten Mitgliedstaaten impliziert. Selbst die geographische Gruppierung nach osteuropäischen, zentral- und westasiatischen Staaten überdeckt noch enorme Differenzen zwischen Staaten derselben Region, und zwar hinsichtlich der Größe (Territorium, Bevölkerungszahl), des Entwicklungsstandes und der tragenden Produktionssektoren sowie der

5 Die „Östliche Partnerschaft“ fördert die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen mit den Partnerländern und unterstützt zugleich deren politische und sozioökonomische Reformen. Mit den Partnerländern laufen auf bilateraler Ebene Verhandlungen über Assoziierungsabkommen: Die Verhandlungen mit der Ukraine sind am weitesten fortgeschritten. Mit Moldau, Armenien und Aserbaidshan werden seit 2010 Abkommen ausgehandelt. Wegen der aktuellen politischen Lage in Belarus sind Verhandlungen über eine weitere Vertiefung der Beziehungen derzeit nicht möglich (Auswärtiges Amt 2011).

ethnischen, religiösen und sprachlichen Gegebenheiten. Je nach Entwicklungschancen, Ausrichtung nach Machtzentren – Russland, China oder EU – und ihrer Einbindung in einen globalen Weltmarkt, weisen sie auch hier eine große Heterogenität auf.

Die Folgen von Transformation und Staatenbildung

Die GUS hat seit ihrer Unabhängigkeit eine sehr uneinheitliche Entwicklung genommen. Während die westlichen GUS-Staaten⁶ zum Teil eine politische Annäherung an die EU suchen und in unterschiedlicher Intensität demokratische Strukturen etablieren, ist im östlichen Teil das Wiederanknüpfen an ehemalige autoritäre Strukturen zu beobachten (Benz et al. 2001, Meusburger 1996, Stewart 2011, Forbrig 2011). Auch in ökonomischer Hinsicht bestehen weiterhin große Unterschiede. Zwar erfuhren alle Mitgliedstaaten nach dem Ende der UdSSR einen starken wirtschaftlichen Niedergang⁷ und infolgedessen einen Anstieg der Armut, doch blieb das bereits vorher existierende Wohlstandsgefälle zwischen den westlichen und östlichen GUS-Staaten weitgehend erhalten (Heinen 2000, Simai 2006).

Zusätzlich ging der Zerfall der Sowjetunion mit einem Wiederaufleben nationaler, ethnischer und religiöser Identitäten einher. Die Entstehung der neuen Nationalstaaten auf dem Territorium des ehemaligen „Vielvölkerstaates“ hat nicht nur die Wohlstandsdifferenzen offenbart, sondern auch die sozialen und ethnischen Konfliktlagen

6 Die Ukraine und Moldau zerfallen beide intern nochmal in zwei „Kulturprovinzen“, wobei jeweils die westlichen zur Annäherung an die EU neigen, während die östlichen nach Russland ausgerichtet sind (Fischer 2007).

7 Als Ursachen für den wirtschaftlichen Niedergang gelten: der starke Importdruck nach Abbau der außenwirtschaftlichen Abschottungspolitik, die mangelnde Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, sinkende Realeinkommen der Bevölkerung sowie ein massiver Kaufkraftverlust und steigende Arbeitslosigkeit (Heinen 2000).

verschärft (Heinen 2000). Zudem bereitet der hohe Minderheitenanteil in beinahe allen Nachfolgestaaten den Boden für ethnische Auseinandersetzungen.⁸ Allein die Russische Föderation umfasst beispielsweise 21 Republiken mit eigenen Verfassungen sowie 6 Regionen, 49 Gebiete und 10 autonome Kreise. Die Bewohner der Republiken und nationalen Gebietseinheiten gehören verschiedenen Ethnien und Sprachgruppen an und haben unterschiedliche religiöse und kulturelle Hintergründe (Heinen 2000, Dumont 2010).

2. Struktur des Migrationssystems der GUS

Erweitert man die Sicht auf die sozioökonomische Heterogenität der GUS noch um das Migrationsgeschehen, dann stößt man auf verbindende und trennende Faktoren im „Migrationssystem“⁹ der GUS (Tab. I.2-1) (Tishkov 2005, Ivakhnyuk 2006, Molodikova 2008).

8 60 Millionen Menschen lebten außerhalb der Republiken ihrer Titularnation. Die Stärkung des jeweils größten Anteils der Bevölkerung am Staatsvolk durch die Erhebung ihrer Sprache zur Staatssprache wie auch die Unterstützung der Rückwanderung außerhalb des Staatsgebietes lebender Angehöriger (60.000 Kasachen kehrten z.B. aus der Mongolei zurück) bedingten einen verstärkten Verdrängungsdruck gegenüber den Minderheiten. Zwischen 1989 und 1995 verließen etwa 9 Millionen Rückwanderer (u.a. Russen, Ukrainer, Belarussen und Russlanddeutsche) – freiwillig und unfreiwillig – ihre Siedlungsgebiete (Heinen 2000). Siehe hierzu auch Dumont 2010.

9 Wenn zwischen bestimmten Ländern ein relativ intensiver Austausch von Informationen, Gütern, Dienstleistungen, Kapital, Ideen und Personen besteht, bilden diese ein „Migrationssystem“, das Herkunfts- und Zielland verbindet (Zlotnik 1992, Massey et al. 1993, Fawcett 1989, Bös 1995, Haug 2000).

Tabelle I.2-1: Verbindende und trennende Faktoren im Migrationssystem der GUS

Verbindende Faktoren	Trennende Faktoren
<ul style="list-style-type: none"> • Gemeinsame Grenzen und visafreie Regimes in den GUS-Ländern • Inner-regionale Migration basiert oft auf familiären u. kulturellen Bindungen und sozialen Netzwerken • Diaspora, Minderheitenbeziehungen • Ehemals gemeinsame Sprache (Russisch) • Ähnliches Bildungssystem • Transport- und Kommunikationssysteme sind ein Erbe der Sowjetunion • Viele ökonomische und politische Abkommen und Verträge zwischen den GUS-Ländern • Historisches Gedächtnis • Geographische Nähe • Demographisch bedingte Nachfrage nach (billiger) Arbeitskraft und komplementäres Arbeitskräfteangebot 	<ul style="list-style-type: none"> • Unterschiedliche Grenzkontrollpraktiken; Einführung von Visakontrollen gegenüber einigen Ländern • Ungleiche Anfangsbedingungen, Desintegrationsprozesse innerhalb der GUS-Länder • Staatliche Förderung von Muttersprache und Regionalkultur • Unterschiedliche Gesetzgebung und geo-politische Situation • Unterschiede in der (außen) politischen Ausrichtung (Russland- oder EU-orientiert); Unterschiedliche politische Interessen der Staatselite • Komplizierte historische Vermächtnisse; politische „Schachzüge“, um Russland die Schuld für die Sowjetvergangenheit zu geben • Einige Länder fürchten um ihre Souveränität • Wettbewerb um billige Arbeitskräfte mit anderen GUS-Staaten (z.B. Kasachstan) und westlichen Ländern

Quelle: in Anlehnung an Molodikova 2008: 10, Übersetzung und eigene Bearbeitung.

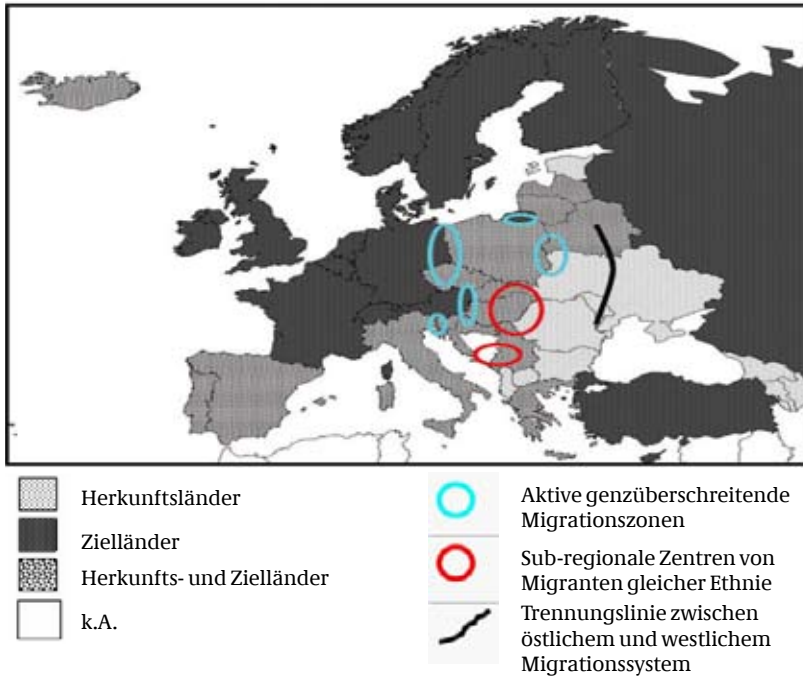
Der überwiegende Teil (etwa 80 %) der Wanderungen verläuft innerhalb der GUS und hat etwa zu 50 % Russland zum Ziel (Molodikova 2008). Folglich ist die GUS als ein eigener und zudem flächenmäßig großer Migrationsraum zu betrachten. Gründe hierfür sind: gemeinsame Geschichte und Tradition; grenzübergreifende familiäre und kulturelle Bindungen, durchlässige Grenzen, d.h. eine fast visumfreie Zone; geringe Integrationsprobleme aufgrund des einstigen gemeinsamen Territoriums (UdSSR), der immer noch verbreiteten Verkehrs- und Amtssprache Russisch sowie der ähnlichen Infrastruktur (Ivakhnyuk 2006).

Russland ist neben den USA das zweitgrößte Einwanderungsland weltweit. Die ökonomisch stärksten Länder der GUS sind Russland und Kasachstan. Sie nehmen zusammen den Großteil der regulären und irregulären Migranten aus Zentralasien und dem Kaukasus auf. Aus den osteuropäischen GUS-Staaten Moldau¹⁰ und Ukraine zieht etwa die Hälfte der Abwanderungswilligen nach Russland, der andere Teil wandert in den Westen (EU, USA) (Ivakhnyuk 2006, Tishkov et al. 2005). Migranten aus Russland selbst tendieren ebenfalls eher zu einer Auswanderung in den westlichen Raum, vor allem in die EU. Dazu ergab eine UN-Studie, dass sich höher Qualifizierte eher nach Westen orientieren, während geringer Qualifizierte andere GUS-Staaten präferieren (Frejka et al. 1999: 45). Besonders die Ukraine hat in der Vergangenheit einen umfangreichen brain-drain, d.h. die Abwanderung Hochqualifizierter erfahren (Maksymiuk 2003: 2).

Die starken Migrationsbewegungen und die hohe Anzahl an irregulären Migranten stellen eine besondere Herausforderung für die GUS dar, vor allem im Hinblick auf den Ausbau ihrer gesetzlichen Regelungen und Grenzüberwachungsmechanismen. Aufgrund der vielen strukturellen Probleme wird eine flächendeckende Erfassung der Migrationsprozesse in der GUS jedoch auch weiterhin kaum umsetzbar sein.

10 Moldau verließen bis 2005 etwa 600.000 Arbeitsmigranten, die Ukraine etwa 2 Mio. (Tishkov et al. 2005: 25f.).

Abbildung I.2-1: Typologie der Migrationsmuster europäischer Länder 2006



Quelle: Molodikova 2008: 8, eigene Bearbeitung.

Im Westen grenzt das Migrationssystem der GUS („Östliches Migrationssystem“) an das europäische („Westliches Migrationssystem“) (Abb. I.2-1; Tishkov 2005, Molodikova 2008), wo mit der EU-Erweiterung nun EU und GUS direkt aneinander stoßen. Die Veränderung der Situation an den Außengrenzen bringt damit auch Veränderungen in den Migrationssystemen mit sich.

3. EU-Erweiterung und Migrationsbewegungen in die EU

Mit der Erweiterung der EU nach Osten (2004/2007)¹¹ hat Osteuropa eine geopolitische Teilung erfahren. Es wird nun unterschieden zwischen den ostmitteleuropäischen Mitgliedstaaten der EU und den osteuropäischen Staaten der GUS: Russland, Belarus, die Ukraine und Moldau. Zwischen den meisten Staaten des ehemaligen Warschauer Pakts bestanden bis zur ersten (2004) und zweiten (2007) EU-Osterweiterung relativ freizügige Migrationsbedingungen. Im Zuge der EU-Erweiterung wurden jedoch restriktive Migrations- und Visapolitiken und verschärfte Grenzkontrollen eingeführt, was den Zuzug von zumeist irregulären Arbeitsmigranten aus europäischen GUS-Ländern in die EU-27 jedoch nicht unterband (Dabrowski 2007). Grund dafür ist das wachsende Wohlstandsgefälle zwischen benachbarten EU- und Nicht-EU-Mitgliedern (Hughes/Slay 2006). Aufgrund des zunehmenden Lohngefälles wurden so die mittel-osteuropäischen Mitgliedstaaten der EU selbst zu Zielländern von Arbeitsmigration aus Drittstaaten (z.B. ukrainische Bauarbeiter in Polen).

Die wachsende Abwanderung der Erwerbsbevölkerung verschärft dabei in einkommensschwachen GUS-Staaten sozioökonomische Probleme und führt zur Abhängigkeit von Rücküberweisungen. In einigen Ländern arbeitet ein Viertel bis ein Drittel der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter dauerhaft oder temporär (als Saisonarbeiter) im Ausland (Dabrowski 2007). Im Falle Moldaus beispielsweise beläuft sich die Auswanderung der Erwerbsbevölkerung auf rund ein Viertel der Personen im erwerbsfähigen Alter; die Rücküberweisungen betragen 2006 ein Drittel des Bruttonationaleinkommens (BNE) (Dabrowski 2007; Pantiru et al. 2007).

Insgesamt jedoch macht die Migration aus der GUS nur einen geringen Anteil am Gesamtzuzug in die EU aus und beschränkt sich auf bestimmte Mitgliedstaaten (vgl. Kap. III.2). So wird die Wahl des

¹¹ Am 1. Mai 2004 traten Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta und Zypern der Europäischen Union bei, am 1. Januar 2007 folgten Bulgarien und Rumänien.

Ziellandes von vorhandenen Migrantennetzwerken, dem Arbeitsangebot und der räumlichen wie sprachlichen Nähe zum Herkunftsland beeinflusst. Die Migranten aus der GUS präferieren die neuen EU-Mitgliedstaaten und die Mittelmeerländer: Ukrainer beispielsweise bevorzugen slawisch-sprachige, zentraleuropäische Zielländer, Moldauer migrieren überwiegend in Länder romanischer Sprache (Dabrowski 2007).

Ethnisch bedingte Migration zwischen GUS und EU-Staaten

Zwischen einigen EU-Mitgliedstaaten und den Ländern der GUS bestehen auch in ethnischer Hinsicht Beziehungen, da in den GUS-Staaten z.T. größere nationale Minderheiten ansässig sind. Einige EU-Mitgliedsländer betrachten es – vor allem aus demographischen Gründen – als ihr nationales Interesse, diesen Minderheiten die eigene Staatsbürgerschaft anzutragen („Auslandsbürger“) und sie zur Zu- bzw. Rückwanderung zu bewegen.

So kann z.B. nach dem neuen ungarischen Staatsbürgerschaftsgesetz seit dem 1. Januar 2011 jeder die ungarische Staatsbürgerschaft beantragen, der über Eltern oder Großeltern eine ungarische Herkunft belegen kann und die ungarische Sprache spricht.¹² Wer sich jedoch nicht in Ungarn niederlässt, bleibt vom Wahlrecht und von Sozialleistungen ausgeschlossen.¹³ In der Ukraine leben aktuell etwa 152.000 Auslands-Ungarn. Seit 1. Januar 2011 haben über 27.000 Auslands-Ungarn zusätzlich die ungarische Staatsbürgerschaft beantragt.¹⁴

Eine ähnliche Politik verfolgt Rumänien. 64,5% der Bevölkerung Moldaus sind rumänischer Volkszugehörigkeit. Ein Gesetz von 2009 verspricht jedem Nachkommen eines rumänischen Staatsbürgers aus der Zeit vor dem 2. Weltkrieg die rumänische Staatsbürgerschaft. Nach dem EU-Beitritt Rumäniens haben mehr als eine Million

12 Siehe Der Standard, 30.12.2010.

13 Siehe Presseurope, 19.01.2011.

14 Siehe Die Presse, 14.02.2011.

Moldauer einen rumänischen Pass beantragt.¹⁵ Dies entspricht 25 % der Gesamtbevölkerung Moldaus. Die Auslandsrumänen erhalten neben der rumänischen Staatsbürgerschaft auch das Wahlrecht, was sich innenpolitisch auswirkt. So trugen sie 2009 entscheidend zur Wiederwahl des rumänischen Präsidenten Traian Băsescu bei.¹⁶

Auch in Polen können seit März 2008 ethnische Polen eine „Karta Polaka“ („Polen-Karte“) beantragen, sofern sie Bürger der ehemaligen Sowjetunion sind und nachweisen, dass sie polnische Vorfahren und Sprachkenntnisse besitzen (Molodikova 2008). Polnische Minderheiten leben in der GUS überwiegend in Belarus und der Ukraine. Die Inhaber der Polen-Karte erhalten keine polnische Staatsbürgerschaft, jedoch spezielle Privilegien, wie ein freies Mehrfachvisum für Polen, freie (Hochschul-)Bildung, medizinische Notversorgung und etwa 40 % Rabatt auf Zugtickets in Polen.¹⁷

Die Folge solcher Regelungen sind Migrationsbewegungen von GUS-Bürgern, für die die Einreisebestimmungen für Drittstaatenangehörige in die EU nicht mehr oder nur noch eingeschränkt zur Geltung kommen.

4. Bestehende Projektionen und Annahmen zur künftigen Migration aus der GUS

Aufgrund der schwierigen Datenlage sind quantitative Schätzungen der Ost-West-Migration bzw. der Migrationsbewegungen aus der GUS in die EU selten. Sie wurden seit dem Ende der Sowjetunion und des Warschauer Pakts aber verschiedentlich angestellt, da im Westen die Erwartung oder Sorge vor einer umfangreichen Zuwanderung herrschte.

15 Während zwischen 1991 und 2002 rund 94.000 moldauische Bürger die rumänische Staatsbürgerschaft erhalten hatten, waren es zwischen 2002 und 2007 nur 2.700. Zwischen Januar und April 2010 sind rund 16.000 Anträge auf Gewährung oder Wiedererlangung der rumänischen Staatsbürgerschaft bei der Behörde eingegangen, davon wurden rund 10.000 positiv beschieden.

16 Siehe EurActiv, 21.07.2010.

17 Siehe BelTA (Belarusian Telegraph Agency), 25.2.2011.

Annahmen zur Ost-West-Migration in den 1990er Jahren von UNHCR (1989)

Der Fall des Eisernen Vorhangs war Anlass zu Wanderungsprognosen, die sich jedoch oftmals als Fehleinschätzungen über die Zahl der Ost-West-Migranten herausstellten. Eine erste Schätzung des UNHCR im Jahr 1989 ging für die 1990er Jahre von insgesamt 25 Millionen Zuwanderern aus Osteuropa aus. Die Zahl wurde jedoch rasch nach unten korrigiert, und zwar auf 220.000 Ost-West-Migranten jährlich und 3,7 Millionen innerhalb von 5 Jahren (EEO 2010). Tatsächlich wanderten in den 1990er Jahren 2,5 Millionen Personen in den Westen und damit nur ein Zehntel der ursprünglichen Schätzung (Migration Dialogue 2000). Die Folge-Studien wurden in ihrer numerischen Einschätzung zurückhaltender und in ihren Aussagen vager.

Migrationsannahmen für die GUS zwischen 1997 und 2007 von IOM (1997)

Die International Organization for Migration (IOM, Genf) veröffentlichte 1997 einen Bericht zu Migrationsbewegungen innerhalb und aus der GUS zwischen 1989 und 1996 (IOM 1997) und äußerte sich darin auch über zukünftige Entwicklungen. So erwarteten die Autoren zwar eine Fortsetzung des dargestellten Wanderungsgeschehens, wenn auch in reduziertem Umfang. Das Hauptaufnahmeland würde weiterhin Russland sein. Russischsprachige Rückkehrer würden nach wie vor die größte Gruppe der Migranten innerhalb der GUS stellen. Ihre Zahl wurde für die nächsten 7 bis 10 Jahre (2005-2007) auf 2,5 bis 3 Millionen Personen geschätzt. 1997-1998 waren es ca. 700.000-900.000 Rückkehrer jährlich.¹⁸ Tempo und Intensität dieses Prozesses würden jedoch, so der Report, von der ökonomischen und politischen Situation sowohl in Russland als auch in den benachbarten Herkunftsländern abhängen. Der Bericht nahm weiter an, dass bei einer Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Russland mittelfristig (1998-2000) mit einem beträchtlichen Anstieg der Migration auf bis zu 1,5 Millionen Personen jährlich zu rechnen wäre. Die Rückkehrbereitschaft von Flüchtlingen und intern vertriebenen Personen in ihre Heimatregi-

18 Siehe hierzu auch Migration-Info 1998.

onen würde von der dort herrschenden Konfliktlage abhängen. Die Rückkehr von Angehörigen ehemals vertriebener Völker war bereits gesunken und sollte weiterhin abnehmen. Umweltflüchtlinge, irreguläre Migranten und Transitmigranten würden auch in Zukunft von großer Bedeutung sein. Es wurde vermutet, dass Russland neben der Türkei und Marokko eines der wichtigsten Transitmigrationsländer nach Westen werden würde. Im Rückblick sind diese Tendenzaussagen als realistisch einzuschätzen, die numerischen Aussagen jedoch waren zu hoch gegriffen.

Das Problem der numerischen Schätzung zukünftiger Migration aus Osteuropa bzw. der GUS

Mehr als 20 Studien haben vor der EU-Erweiterung mit unterschiedlichen Methoden die zukünftige Migration aus den neuen Mitgliedstaaten geschätzt. Baas und Brücker (2010) vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) resümieren in diesem Zusammenhang, „dass die Prognosen vor der EU-Erweiterung unabhängig von der Methode (...) das langfristige Abwanderungspotenzial recht einheitlich auf 3 bis 5 % der Bevölkerung in den Herkunftsländern geschätzt haben, was in etwa einem anfänglichen jährlichen Nettostrom von 250.000 bis 400.000 Personen entspricht“ (Baas/Brücker 2010: 32f.). Retrospektiv zeigt sich, dass die untersuchten Studien den Umfang zukünftiger Migration in die EU richtig eingeschätzt haben. Aufbauend auf den Vorläufer-Studien erarbeiteten Baas und Brücker ein Schätzmodell zur künftigen Migration in die EU. Die GUS-Staaten wurden bei der Berechnung jedoch ausgespart, weil dort die Binnenmigration zu groß sei, d.h. der Zuzug nicht primär in die EU erfolge. Die Stichprobe umfasst also „mit Ausnahme der GUS-Staaten und Albanien, fast den gesamten europäischen Kontinent und die wichtigsten Herkunftsländer an der europäischen Peripherie. Alle diese Länder zeichnen sich dadurch aus, dass der überwiegende Teil der Migration in die EU-15 erfolgt“ (Baas/Brücker 2010: 35f.). Da 80 % der Migranten innerhalb des GUS-Raumes wandern, erschwert dies Prognosen und Projektionen der Migration aus der GUS in die EU.

Studien, in der sich die Autoren der Herausforderung einer quantitativen Schätzung der zukünftigen Migration aus der GUS nach Westeuropa gestellt haben, werden im Folgenden kurz zusammengefasst. Betrachtet man die Studienergebnisse aber vor dem Hintergrund aktueller Zuzugsstatistiken, erscheinen die prognostizierten Migrationsbewegungen aus der GUS in die EU jedoch durchweg in der Tendenz überschätzt.

Numerische Schätzung der zukünftigen Migration aus der GUS nach Russland und Westeuropa

Schätzmodelle zu zukünftigen Migrationsbewegungen innerhalb und aus der GUS errechneten Uzagalieva et al. (2008, 2009). Hierfür erstellten sie Migrationsszenarien für den Zeitraum 2006 bis 2025 für zwei Gruppen von Migranten:

- (1) Angehörige ethnischer Gruppen mit engen Verbindungen zu den Zielländern oder großen Diasporas im Ausland (z.B. Juden, Deutsche). Hier wird angenommen, dass diese Gruppe die GUS unabhängig von ihrer sozioökonomischen und politischen Lage verlassen will.
- (2) Neue ethnische Minderheiten, die durch den Fall des Eisernen Vorhangs und die Errichtung von Staatsgrenzen entstanden sind. Bei dieser Gruppe handelt es sich um Rückkehrer, für die die sozioökonomische und politische Situation in den Hauptzielländern (z.B. Russland und Kasachstan) eine wichtige Rolle spielt (Uzagalieva/Choinicki: 2008: 22).

■ Zukünftige Migration nach Russland

Zur Einschätzung der zukünftigen Migration aus den GUS-Staaten nach Russland wurde ein Gravitätsmodell verwendet, das drei Szenarien für den Zeitraum 2006 bis 2025 beinhaltet:

- (1) Konvergenz-Szenario: gelingt ein Aufholprozess gegenüber den modernsten europäischen Ländern, wird bis 2025 mit 4,2 Millionen Zuwanderern nach Russland gerechnet bzw. mit durchschnittlich 220.000 Migranten jährlich.

Kommt es zu politischen Restriktionen in Russland, ist eine Abnahme auf 3,8 Millionen (200.000 jährlich) wahrscheinlich. Bei allgemeiner ökonomischer und politischer Instabilität in der GUS wäre dagegen eine Zunahme auf 6,5 Millionen (340.000 jährlich) zu erwarten.

- (II) Status-quo Szenario: wird die Intensität des Aufholprozesses beibehalten, ergibt sich eine zukünftige Migration von 4,4 Millionen. Bei russischen Restriktionen wären es 3,8 Millionen und bei instabiler Lage in der GUS 7,1 Millionen.
- (III) Divergenz-Szenario: wenn kein Aufrücken zu den führenden europäischen Ländern erfolgt und sich die Abwanderungsneigung dadurch erhöht, dürfte die Zahl künftiger Migranten 4,85 Millionen betragen. Politische Restriktionen in Russland würde die Zahl der Migranten auf 4,7 Millionen leicht verringern, bei wachsender Unsicherheit in der GUS würde deren Zahl sogar auf 7,4 Millionen (390.000 jährlich) steigen (Uzagalieva et al. 2009: 29).

Somit wird für Russland im Zeitraum 2006 bis 2025 je nach Szenario eine Zuwanderung von 4 bis 7 Millionen angenommen, d.h. theoretisch 200.000 bis 400.000 Zuzüge jährlich. Demnach wären zwischen 2006 und 2025 etwa 5 % der Bewohner anderer GUS-Länder nach Russland migriert. Uzagalieva und Choinicki weisen jedoch in diesem Zusammenhang darauf hin, dass bei anhaltender politischer und sozioökonomischer Instabilität in der GUS und bei restriktiven Zuwanderungsbestimmungen in Russland mehr potenzielle Migranten nach Zielländern außerhalb der GUS suchen werden (z.B. Westeuropa).

■ **Zukünftige Migration nach Westeuropa**

In einem nächsten Analyseschritt wurde Westeuropa als Zielregion zukünftiger Migranten aus der GUS betrachtet (Tab. I.4-1). Die Schätzungen der Zahl zukünftiger Abwanderer (2006-2025) nach Westeuropa liegen je nach Szenario bei 2,69 Millionen (Konvergenz-Szenario), 2,99 Millionen (Divergenz-Szenario) oder 3,02 Millionen (Status-quo-Szenario) (Uzagalieva/Choinicki: 2008: 22).

Tabelle I.4-1: Migrationsprojektionen anhand eines Modells nach Fertig (2001)¹⁹ aus der GUS nach Westeuropa (d.h. ohne Politik- und Unsicherheitsannahmen)

Szenarios		2006-2010	2011-2015	2016-2020	2021-2025	2006-2025
Szenario 1 (Konvergenz zwischen GUS und Europa)	gesamt	778.600	685.800	632.200	596.300	2.692.900
	jährlich durchschnittl.	194.650	171.450	158.050	149.075	141.732
Szenario 2 (Divergenz zwischen GUS und Europa)	gesamt	856.300	761.600	705.600	667.700	2.991.200
	jährlich durchschnittl.	214.075	190.400	176.400	166.925	157.432
Szenario 3 (Status quo)	gesamt	868.900	770.800	711.600	671.300	3.022.600
	jährlich durchschnittl.	217.225	192.700	177.900	167.825	159.084

Quelle: Uzagalieva/Choinicki 2008 : 26, Uzagalieva et al. 2009: 28, eigene Bearbeitung.

Damit wäre zwischen 2006 und 2025 etwa 1% der Bevölkerung der GUS temporär oder dauerhaft nach Westeuropa abgewandert. Zwischen 2006 bis 2010 werden, je nach Szenario, etwa 190.000 bis 220.000 Zuzüge allein nach Westeuropa prognostiziert. Die Zahlen sind zu hoch gegriffen, wenn man sie mit den tatsächlichen Zuzugszahlen aus der GUS in die gesamte EU vergleicht. Diese lagen zwischen 2006 und 2009 bei etwa 160.000 Zuzügen jährlich (vgl. Tab. III.2-4). Bis 2025 wird von einem sukzessiven Rückgang der Zuzüge aus der GUS nach Westeuropa ausgegangen. Grund hierfür ist u.a. die geringer werdende Zahl ethnisch motivierter Abwanderungen in die EU, z.B. von Spätaussiedlern und Angehörigen der jüdischen Minderheit in der GUS.²⁰

¹⁹ Siehe hierzu auch Fertig/Schmidt 2000.

²⁰ Aufgrund des am 9.12.2011 in Kraft getretenen 9. Gesetzes zur Änderung des Bundesvertriebenengesetzes (9. BVFGÄndG), das den Nachzug von Familienangehörigen im Härtefall ermöglicht, dürfte jedoch in Deutschland mit einem gleich bleibenden Zuzug von Spätaussiedlern und ihren Angehörigen zu rechnen sein.

Ob diese Einschätzung eines rückläufigen Trends basierend auf demographischen, ökonomischen, politischen und ökologischen Faktoren tragbar ist, wird im Folgenden noch für die gesamte GUS zu prüfen sein. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der Umfang zukünftiger Migration aus der GUS in die EU numerisch nur mit großer Unsicherheit zu spezifizieren ist. Die jeweiligen Schätzmodelle kommen zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen. Lediglich bei den Abwanderungsfaktoren herrscht Einigkeit.

Migrationsprojektionen der Vereinten Nationen für die GUS-Staaten

Es ist auffällig und anhand der vorangegangenen Ausführungen verständlich, dass in fast keiner der für diese Studie verwendeten Quellen quantitative Einschätzungen zum Migrationspotenzial aus der GUS in die EU vorgelegt wurden. Es ist nicht allein der Datenmangel, sondern auch die grundsätzliche Unsicherheit im Wanderungsgeschehen, die davon abhalten. Trotz solcher Unsicherheiten erstellen die Vereinten Nationen (UN 2011) jährliche „Projektionen“²¹ zum künftigen Migrationsgeschehen weltweit. Für die Vorausberechnung bis ins Jahr 2050 wurden folgende statistische Größen verwendet:

- Länderspezifische Nettomigration (Wanderungssalden) basierend auf konkreten und/oder geschätzten Zahlen zur Zu- und Abwanderung
- Zuverlässige Daten zur Arbeitsmigration (temporärer und dauerhafter Art)
- Schätzungen zu „undokumentierten“ und irregulären Wanderungen
- Beobachtungen gegenwärtiger Flüchtlingsströme.

21 „Projektionen“ sind Vorausberechnungen, in denen die Wirkung bestimmter Annahmen für einen künftigen Zeitpunkt geprüft wird. Sie erheben nicht den Anspruch, einen zukünftigen Zustand möglichst genau abzuleiten, wie „Prognosen“ das für sich beanspruchen. Unvorhersehbare Ereignisse, wie Kriegausbrüche und Umweltkatastrophen, sind in den Projektionen naturgemäß nicht enthalten.

Für die internationalen Migrationsbewegungen wird angenommen, dass sie eher stabil bleiben. Aufgrund dieser Annahme ist die Fortschreibung konstanter Wanderungssalden statthaft. Eine weitere auf Beobachtungen gestützte Annahme ist die, dass Flüchtlinge nach 5 bis 10 Jahren in ihr jeweiliges Heimatland zurückkehren. Dies bildet die Grundlage für die Berechnung von Rückkehrbewegungen.

Tabelle I.4-2: Wanderungssaldo* pro Jahr in Tausend, 2000-2050 (mittlere Variante)

Region/Land	2000	2005	2010	2015	2020	2025	2030-	2035	2040	2045
	-	-	-	-	-	-	2035	-	-	-
	2005	2010	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050
Osteuropa	218	175	141	122	102	83	65	46	26	7
Russland	+313	+227	+172	+144	+120	+101	+83	+64	+44	+25
Ukraine	-35	-8	-8	-8	-8	-8	-8	-8	-8	-8
Belarus	+4	-10	-2	-2	-2	-2	-2	-2	-2	-2
Moldau	-64	-34	-21	-12	-8	-8	-8	-8	-8	-8
Zentralasien	-329	-188	-177	-115	-113	-110	-107	-103	-100	-97
Kasachstan	-44	+1	-10	-10	-10	-10	-10	-10	-10	-10
Usbekistan	-151	-104	-82	-43	-45	-45	-45	-45	-45	-45
Kirgisistan	-50	-26	-35	-15	-15	-15	-15	-15	-15	-15
Tadschikistan	-84	-59	-50	-47	-43	-40	-37	-33	-30	-27
Westasien	-9	-4	-10	-9	-9	-8	-8	-7	-6	-6
Aserbaidshjan	+11	+11	0	0	0	0	0	0	0	0
Armenien	-20	-15	-10	-9	-9	-8	-8	-7	-6	-6
GUS gesamt	-120	-17	-46	-2	-20	-35	-50	-64	-80	-96

* Der Wanderungssaldo ist die Differenz zwischen der Zahl der Zuzüge und Fortzüge pro Jahr.

Quelle: UN 2011.

Die Projektionen von Wanderungssalden von 2000 bis 2050 auf Basis der mittleren UN-Variante²² zeigen folgendes Ergebnis: Russland bleibt bis 2050 die einzige Region der GUS mit einem durchweg positiven Wanderungssaldo (Tab. I.4-2.). Aufgrund der hohen Wanderungsgewinne Russlands wird die osteuropäische GUS noch bis 2025 einen Wanderungsgewinn von jährlich 100.000 Personen verzeichnen. Aserbaidshan wird ab 2010 ein ausgeglichener Wanderungssaldo unterstellt. Alle anderen GUS-Länder müssen ab 2010 mit Wanderungsverlusten von 2.000 (Belarus) bis zu 82.000 (Usbekistan) Personen jährlich rechnen. Das westasiatische Armenien werden ab 2010 bis zu 8.000 Personen pro Jahr verlassen. Die größte Abwanderung wird für die zentralasiatische GUS mit über 100.000 Personen jährlich (ab 2015) projiziert. Der Abwanderungsverlust der GUS soll zwischen 2010 und 2050 etwa 49.000 Personen jährlich bzw. insgesamt 1,97 Millionen Menschen betragen. Dies entspricht etwa 0,8 % der Bevölkerung der GUS im Jahr 2050.

Die Nettomigrationsrate setzt die jeweilige Zu- und Abwanderung in Bezug zur Bevölkerungsgröße. Von Abwanderung und natürlichem Bevölkerungsrückgang sind Tadschikistan, Moldau und Armenien bis 2050 besonders betroffen (Tab. I.4-3). Zwischen 2000 und 2005 lag die jährliche Nettomigrationsrate für Moldau bei -16,3 pro 1.000 Einwohner und für Tadschikistan bei -13,4 pro 1.000 Einwohner. Aktuell wird für diese Länder eine jährliche Nettomigrationsrate von -6 bzw. -7 angenommen. Bis 2050 ist die Nettomigrationsrate in Moldau, Tadschikistan, Kirgisistan und Armenien mit -2 bis -3 pro 1.000 am höchsten.

22 Bei Projektionen werden zumeist drei Szenarien (niedrig, mittel, hoch) berechnet, die sich an einer oberen und unteren Grenze eines Wahrscheinlichkeitspfades orientieren. Die „mittlere Variante“ ist demnach die (vorläufig) wahrscheinlichste und dementsprechend gebräuchlichste Variante.

Tabelle I.4-3: Nettomigrationsrate pro Jahr, pro 1.000 Einwohner, 2000-2050 (mittlere Variante)

Land	2000	2005	2010	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045
	2005	2010	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050
Russland	+2,2	+1,6	+1,2	+1,0	+0,9	+0,7	+0,6	+0,5	+0,3	+0,2
Ukraine	-0,7	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2
Belarus	+0,4	-1,0	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2
Moldau	-16,3	-9,4	-5,9	-3,6	-2,4	-2,5	-2,6	-2,7	-2,8	-2,9
Kasachstan	-2,9	+0,1	-0,6	-0,6	-0,6	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5
Usbekistan	-6,0	-3,9	-2,9	-1,4	-1,4	-1,4	-1,3	-1,3	-1,3	-1,3
Kirgisistan	-10,0	-5,1	-6,4	-2,6	-2,4	-2,3	-2,2	-2,1	-2,0	-2,0
Tadschikistan	-13,4	-8,9	-7,0	-6,1	-5,3	-4,6	-4,0	-3,4	-3,0	-2,5
Aserbaidshjan	+1,3	+1,2	0	0	0	0	0	0	0	0
Armenien	-6,5	-4,9	-3,2	-3,0	-2,8	-2,6	-2,5	-2,3	-2,1	-2,0

Quelle: UN 2011.

Zu den Projektionen der Vereinten Nationen muss einschränkend bemerkt werden, dass sie zum Zielland der Migration keine Angaben machen. Auch geht nicht daraus hervor, ob die Migranten innerhalb oder außerhalb der GUS wandern. Außerdem verwendet die UN länderspezifische Daten, deren Qualität nicht überprüft werden kann. Grundsätzlich sind Wanderungsprojektionen über einen so langen Zeitraum mit Vorsicht zu behandeln, allein wegen der starken Abhängigkeit von innenpolitischen Ereignissen sowie von veränderten sozioökonomischen Bedingungen. Die UN-Projektionen zeigen die Schwierigkeiten, denen Migrationsprojektionen auf der Basis von Wanderungssalden unterliegen: Sie verbergen das reale Wanderungsgeschehen aus Zu- und Fortzügen und die dahinter stehenden Migrationsmotive. Projektionen sind daher nur von eingeschränktem Erkenntniswert. Mehr Einblicke über die zukünftige Abwanderungsneigung in einer Bevölkerung erlauben Meinungsumfragen, die eine Ergänzung zu den makro-sozialen Daten darstellen.

Gallup Meinungsumfrage zum Migrationspotenzial aus der GUS

Gallup führte zwischen April und August 2009 Bevölkerungsbefragungen in den 10 Staaten der GUS sowie in Turkmenistan und Georgien durch. In jedem der 12 Länder wurden mindestens 1.000 Interviews mit Personen über 15 Jahren durchgeführt. Die Stichprobe umfasst insgesamt 13.200 Face-to-face Interviews (Esipova/Ray 2010).

Migrationsformen

Die Fragen bezogen sich auf die drei Migrationsformen: (1) dauerhafte Auswanderung, (2) temporäre Arbeitsmigration und (3) Bildungsmigration. Zusätzlich wurde nach dem favorisierten Ziel-land der Migration gefragt. Zur Wahl standen: Deutschland, Großbritannien, die USA und Russland sowie Länder der ehemaligen Sowjetunion ohne Russland und die EU-27.

35 % der Befragten sagten, sie würden, wenn sie die Möglichkeit hätten, gerne in ein anderes Land migrieren. 24 % der Befragten wollen temporär zur Arbeitsaufnahme ins Ausland migrieren, 25 % zu Bildungszwecken und nur 13 % wollen dauerhaft auswandern (Tab. I.4-4, Esipova/Ray 2010).²³

23 Mehrfachantworten waren möglich, daher sind die Werte nicht auf 100 % aufzusummieren.

Tabelle I.4-4: Wunsch nach permanenter oder temporärer Abwanderung in der GUS nach Herkunftsland (Arbeit, Studium), in %

Herkunftsregion/ -land	Würden Sie gerne migrieren? Wenn ja, dann		
	temporär zur Arbeitsaufnahme	zu Bildungszwecken (Studium)	dauerhaft
GUS gesamt	24	25	13
Europäische GUS	23	24	13
Russland	22	24	11
Ukraine	21	20	15
Belarus	35	32	20
Moldau	53	30	36
Zentralasien	27	30	10
Kasachstan	30	32	15
Usbekistan	24	30	6
Kirgisistan	34	32	18
Tadschikistan	28	25	9
Kaukasus	31	27	18
Aserbaidschan	24	19	12
Armenien	44	39	39

Quelle: Esipova/Ray 2010; Gallup 2009.

Der Wunsch nach dauerhafter Abwanderung ist bei Moldauern (36%), Armeniern (39%) und Belarussen (20%) besonders ausgeprägt (Tab. I.4-4). Zu Bildungszwecken ins Ausland zu migrieren wird ebenfalls in Armenien stark favorisiert (39%). Hierzu sei erwähnt, dass die armenische Volksgruppe eine der größten Diasporas weltweit darstellt. Befragte, die gerne dauerhaft auswandern würden, verfügen meist über Netzwerke im Zielland der Migration. So gaben 54% der Moldauer, 32% der Armenier und 30% der Belarussen an, dass sie hilfsbereite Verwandte oder Freunde in einem anderen Land haben. Insgesamt wird die Zahl der Menschen mit Abwanderungsneigung in der GUS auf 70 Millionen geschätzt, davon würden etwa 30 Millionen ihr Herkunftsland gerne dauerhaft verlassen. Temporär zur Arbeitsaufnahme ins Ausland zu gehen, wünschten sich 44% der Armenier und

mehr als die Hälfte der befragten Moldauer (53 %). Ebenfalls in Moldau geben 28 % der Haushalte an, dass mindestens ein Mitglied vorübergehend im Ausland arbeitet. 23 % der befragten Moldauer sagten, dass sie in den letzten 12 Monaten von jemand Nahestehendem, der außerhalb des Landes lebt, Geld oder Sachleistungen erhalten haben. Davon berichteten ebenfalls 24 % der befragten Tadschiken, 16 % der Kirgisen und 13 % der Armenier (Esipova/Ray 2010).

Favorisierte Zielländer und -regionen

Aufgrund der historischen Bindungen und der regionalen Nähe ist es nicht verwunderlich, dass ein Teil der Migranten gerne dauerhaft nach Russland (16 %) oder in andere GUS-Staaten (30 %) ziehen würde (Tab. I.4-5). Etwa die Hälfte der Befragten (43 %) würde in die EU-27 ziehen wollen. Höher Qualifizierte würden sich nur ungern dauerhaft in Russland niederlassen (10 %), dagegen gerne in der EU-27 (47 %). Befragte, die nach Russland migrieren wollen, sind meist Ende 40 oder älter; die unter 25-jährigen bevorzugen andere Länder (Ray/Esipova 2010).

Tabelle I.4-5: Favorisierte Zielregion permanenter oder temporärer Abwanderung (Arbeit, Studium), in %

Zielregion/-land	Wohin würden Sie generell gerne migrieren?		
	temporär zur Arbeitsaufnahme	zu Bildungszwecken (Studium)	dauerhaft
EU-27	50	56	43
- Deutschland	18	18	14
- Großbritannien	7	18	5
USA	14	17	9
GUS (ohne Russland)	25	19	30
Russland	13	9	16

Quelle: Ray/Esipova 2010; Gallup 2009.

Die favorisierten Zielländer für eine befristete Arbeitsaufnahme sind Deutschland (18 %), die USA (14 %) und Russland (13 %) (Tab. I.4-5). Die EU-27 ist für die Hälfte der Befragten favorisierte Zielregion. Be-

fragte mit Wunsch nach temporärer Arbeitsmigration nach Deutschland oder in die EU haben einen höheren Bildungsgrad als Migrationswillige mit dem Ziel USA oder Russland. Das bevorzugte Zielland zur Studienmigration differiert je nach Herkunftsland deutlich:

- 20 % der Russen und 23 % der Ukrainer würden gerne zum Studium nach Großbritannien gehen. Aber 23 % der Russen wünschen sich auch ein Studium in Deutschland.
- 25 % der Kasachen und 62 % der Tadschiken würden gerne in Russland studieren.
- 28 % der Armenier und 21 % der Kirgisen würden gerne zum Studium in die USA gehen. In Frankreich würden gerne 17 % der Armenier studieren (Ray/Esipova 2010).

Im Gegensatz zum ungebrochen starken Wunsch, temporär zur Arbeitsaufnahme in ein anderes Land ziehen, hat sich zwischen 2008 und 2009 aufgrund der Weltwirtschaftskrise die tatsächlich erfolgte Arbeitsmigration in den untersuchten Ländern reduziert (Gallup 2009: 7).

- Der Anteil der Moldauer, die von einem oder mehreren Haushaltsmitglied(ern) berichteten, die temporär im Ausland arbeiten, sank zwischen 2008 und 2009 von 37 % auf 28 %.
- Der Anteil der Tadschiken, die angaben, dass ein oder mehr Haushaltsmitglied(er) temporär im Ausland arbeiten, nahm zwischen 2008 und 2009 von 44 % auf 36 % ab.

Auch besteht ein großer Unterschied zwischen den Zielländern für Arbeitsmigration, die die Befragten favorisierten, und den tatsächlichen Aufnahmeländern temporärer Arbeitsmigranten. In Zentralasien beispielsweise sagen 48 %, sie würden gerne temporär in einem anderen GUS-Land arbeiten. Die anderen Befragten würden gerne als Arbeitsmigranten in die EU (17 %), nach Nordamerika (16 %) und nach Asien (15 %) gehen. Tatsächlich befinden sich die Haushaltsmitglieder der Befragten, die temporär im Ausland arbeiten, nach deren Angaben jedoch zu 95 % in GUS-Ländern (Gallup 2009).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Gallup-Studie ein großes Wanderungspotenzial innerhalb der GUS offenbart. Niedrig qualifizierte Arbeitsmigranten orientieren sich dabei in die osteuropäische GUS, während diese Region ihrerseits (Hoch)Qualifizierte an die EU verliert. Russland ist somit Ziel- wie Herkunftsregion von Migranten unterschiedlicher Bildungsschichten und divergierender Wandermotive.

Weitere Umfragen zur Abwanderungsneigung aus der GUS

Weitere Umfragen zum Migrationspotenzial aus den zentralasiatischen GUS-Staaten haben ergeben, dass etwa 12 % der Bevölkerung (6,7 Millionen) auswandern wollen (Rios 2006). Über die Hälfte der Abwanderungswilligen würde gerne nach Russland ziehen, etwa 15 % nach Kasachstan und das verbleibende Drittel in die Türkei, in die Arabischen Emirate und in andere arabische Länder. Die Abwanderungswilligen gehören größtenteils der mittleren Einkommensgruppe an und nennen als Push-Faktor mangelnde Beschäftigungsmöglichkeiten in der Region (Uzagalieva/Choinicki 2008: 13).

5. Grundlagen für die qualitative Einschätzung von Migrationspotenzial

Bereits aus dem Begriff „Migrationspotenzial“ geht hervor, dass es sich nicht um eine exakt bestimmbare Größe handelt. Es gibt kein starres Verhältnis von Sesshaften zu Abwanderungswilligen und tatsächlich Fortziehenden. Daher bietet sich an, das Migrationspotenzial indirekt zu erschließen, und zwar an Ausmaß und innerer Struktur eines „Wohlstandsgefälles“ zwischen zwei Regionen. Es zeigt Entwicklungsdifferenzen zwischen Fortzugs- und Zielregionen an und bringt damit eine Akzentverschiebung in die Migrationsforschung: weg von der Deutung von Wanderungssalden, hin zu einer vergleichenden Analyse kontrastierender Räume, zwischen denen sich Migrationspotenzial bildet (Schmid 2011).

Zur Definition von Migrationspotenzial

Das Migrationspotenzial umfasst die Abwanderungswilligen einer Region, die sich von einem Verbleib am Ort keine Erfüllung von Lebenszielen versprechen und daher zu einem günstigen Zeitpunkt

und auf verschiedensten Wegen in eine aussichtsreichere Region migrieren möchten (Schmid 2010).²⁴ Migrationspotenzial entsteht aus der wahrgenommenen Diskrepanz demographischer, ökonomischer, politischer und ökologischer Umstände, die einen Verbleib in der Herkunftsregion infrage stellen. In welchem Umfang sich Abwanderung dann realisiert, hängt von den individuellen Möglichkeiten und Motivationen potenzieller Migranten ab (Faist 2007). Jedem Migrationsvorgang geht daher eine Abwägung von Vor- und Nachteilen zwischen Ortsbindung und Abwanderung voraus, sowie zwischen der Attraktivität einer Zielregion und der Größe der Hindernisse, die auf dem Weg zu ihr überwunden werden müssen. Fällt die Abwägung zugunsten der Migration aus, wird sie eingeleitet. Die Größe des Migrationspotenzials wirft ein Licht auf die Wertschätzung oder die Existenznöte einer Herkunftsregion, die im Vergleich mit einer präferierten Zielregion bewusst geworden sind (Sauvy 1982).

Schätzungen des Migrationspotenzials bedienen sich einer Typologie der Abwanderungsbereitschaft. Danach sind zu unterscheiden:

- (1) zur Abwanderung entschlossene Personen. Empirische Quelle sind die registrierten aktuellen Migrationsbewegungen und die Migrantenbevölkerung in den Zielregionen.
- (2) Personen mit Abwanderungsmotivationen, jedoch noch unentschlossen wegen ungünstiger äußerer Bedingungen.
- (3) eine Migrationsreserve, die sich nur unter sehr günstigen Gelegenheiten mehr oder minder spontan und freiwillig zur Abwanderung entschließt.
- (4) Personen, die unter Zwang (Flucht, Vertreibung, Existenznot) eine Region verlassen müssen (Schmid 2010).

Zwischen Migrationspotenzial und tatsächlich vollzogenen Abwanderungen besteht keine feste Relation und keine chronologisch

24 Vgl. ausführliche Herleitung Schmid 2010, sowie Schmid 2011, 2011a.

zwingende Handlungsfolge. Auch ist kein starres Verhältnis von Sesshaften, Abwanderungswilligen und der Zahl regelmäßig Fortziehender anzunehmen. Es gibt „keine empirisch belastbare Theorie, wann ein solcher Auswanderungsdruck zu Auswanderung führt“ (Angenendt 2006: 3). Da Migrationspotenzial kein exakt bestimmbarer Begriff ist, müssen quantitative Fakten und qualitative Einschätzungen bei seiner Bestimmung zusammenwirken.

Die Bestimmung eines Migrationspotenzials beruht somit auf einer wohl informierten Einschätzung jener Zahl von Menschen, die unter schwierigen Bedingungen leben und die unter Umständen bereit sind, eine Region zu verlassen, um andernorts nach besseren Lebensgrundlagen zu suchen. Die Einschätzung bezieht die Bindungskräfte am Ort ein, die Gefahren und Vorteile eines anzusteuern Zielraumes und letztlich die Hoffnungen, die potenzielle Migranten und ihre Angehörigen mit der Abwanderung verbinden (Schmid 2010).

Der analytische Rahmen: Die Strukturdifferenzen zwischen Abwanderungsraum und Zielland

Ausgangspunkt für die Herleitung eines Migrationspotenzials ist zunächst die klassische Migrationstheorie von Everett Lee (1966). Lee stellt die Gründe, die Menschen bewegen aus ihrer Region abzuwandern (Push-Faktoren), den Anziehungskräften gegenüber, die von Räumen mit besseren Lebenschancen ausgehen (Pull-Faktoren).

Für die Analyse gegenwärtiger Wanderungsströme ist dieser „klassisch“ gewordene Push-Pull-Ansatz allein jedoch unzureichend. Migration erhält im Globalisierungsprozess eine veränderte räumliche Dimension, wie sich an den vergrößerten Handlungsspielräumen von Individuen, Wirtschaftseinheiten und Nationen zeigt. Sie erhält aber auch eine veränderte soziale Dimension, weil Wandervorgänge als Gruppenbildungsprozesse in Erscheinung treten. Ein aktueller Forschungsansatz muss daher in Zeiten der Globalisierung seinen Horizont erweitern und transnationale Räume und soziale Netzwerke wie Diasporas bzw. ethnische Enklaven berücksichtigen (Massey/España 1987; Gurak/Caces 1992; Pries 1997). Migrantennetz-

werke sind Verbindungsglieder zwischen Herkunfts- und Zielregion und helfen, den Migrationsvorgang und die Orientierung im Zielland zu erleichtern. Sie bilden ein zweckgerichtetes Beziehungsgeflecht aus Wandernden, der Migrantenbevölkerung im Zielland und denen, die in der Herkunftsregion verblieben sind. Migration erweitert sich auf diesem Wege zum „Migrationssystem“ (Kritz et al. 1992, Massey et al. 1993; Massey 1999). Ethnische Netzwerke befördern die Kontinuität von Wanderungsbewegungen, was auch als „Kettenmigration“ bezeichnet wird (Haug 2000, Haug/Sauer 2006).

Die Wahl des Ziellandes wird dabei bestimmt durch (a) soziale und familiäre Netzwerke, (b) regionale Nähe, (c) historische Verbindung des Ziellandes zum Herkunftsland, (d) gleiche oder sprachlich verwandte Verkehrs- und Amtssprache sowie (e) die Zuwanderungsbestimmungen des jeweiligen Ziellandes.

Mit der Abwanderungsregion GUS und der Zielregion EU stehen sich sozial, politisch und kulturell kontrastierende Räume gegenüber. Wanderungsmotive und Migrantennetzwerke kommen hier klarer zum Vorschein und werden nun in den größeren Rahmen der Strukturdifferenzen von Herkunfts- und Aufnahme-region gestellt (Abb. I.5-1). Solche Differenzen, die das Ausmaß unterschiedlicher Modernisierungsstufen haben, bezeichnen ein „Wohlstandsgefälle“ (Schmid 2007). Für die hier angestrebte Betrachtung des Migrationspotenzials müssen diese Differenzen durch vergleichbare Kategorien bzw. Indikatoren sichtbar gemacht werden. Braun und Topan (1998) liefern hierfür ein Beispiel, indem sie Migrationsmotive bestimmten Faktorengruppen zuordnen, die den Zustand einer Region beschreiben und anhand derer die Unterschiedlichkeit von Herkunfts- und Aufnahme-region deutlich wird.

Große demographische, sozioökonomische und politische Strukturunterschiede zeigen sich innerhalb der einzelnen GUS-Staaten, zwischen ihnen und in ihrer Gesamtheit gegenüber der EU. Die vorliegende Untersuchung analysiert die Migrationsmotivation aus der GUS anhand der (1.) demographischen, (2.) wirtschaftlichen, (3.) politischen und (4.) ökologischen Entwicklungsdifferenz zur angestrebten Zielregion EU. Die bestehenden Migrantennetzwerke – abzuleiten aus den (5.) Migrationsströmen und Migrant bevölkerungen in den Zielstaaten – werden in die Potenzialbestimmung mit einbezogen (Abb. I.5-1). Basierend auf den Analysen bisheriger Migrationsmuster werden Aussagen für die Zukunft gewonnen.

Abbildung I.5-1: Migrationspotenzial aus regionalen Strukturunterschieden

Abwanderungsfaktoren aus Herkunftsländern	Migranten	Anziehungsfaktoren der Zielländer
↓	↔ Strukturunterschiede ↔	↓
Junge Altersstruktur, niedrige Lebenserwartung Mangelnde Bildungs- und Gesundheitsversorgung, fehlende soziale Sicherung	1. Demographische Faktoren und soziale Infrastruktur	Demographische Alterung, hohe Lebenserwartung Wohlfahrtsstaatliche Leistungen, gute Bildungs- und Gesundheitsversorgung, soziale Sicherung
Arbeitslosigkeit, Niedriglöhne Armut, niedriger Konsum- und Lebensstandard	2. Wirtschafts- und arbeitsmarkt-relevante Faktoren	Arbeitskräftemangel, hohe Löhne Wohlstand, hoher Konsum- und Lebensstandard
Schattendemokratien, schlechte Regierungsführung Krieg, staatliche Überwachung, Folter, Verfolgung, Enteignung, Terrorismus, Rechtsunsicherheit, Minderheitenunterdrückung	3. Politische Faktoren	Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus, politische Stabilität Frieden, Sicherheit, Garantie der Menschen- und Bürgerrechte, Minderheitenschutz
Umweltkatastrophen, Ressourcenmangel, Wasserknappheit, Bodenerosion, fehlende Umweltpolitik	4. Umweltbezogene Faktoren	Intaktere Umwelt, Ressourcen- und Umweltschutzmaßnahmen
↓	↔ Migrantennetzwerke ↔	↓
Familienentscheidungen Informationsflüsse, Medien, übermitteltes Bild vom Zielland (II)legale Zuwanderungsmöglichkeiten, Schleuserrouten	5. Migrationsströme und -bestände	Diaspora, Ethnische Community Informationsflüsse, Medien, übermitteltes Bild vom Zielland (II)legale Zuwanderungsmöglichkeiten (Aufenthaltsrecht)

Quelle: Eigene Darstellung (Schmid 2010, in Anlehnung an Braun/Topan 1998).

||. Bestimmungsfaktoren für das Migrationspotenzial aus der GUS: Analyse der Strukturdifferenzen zur EU

Migrationspotenzial entsteht wie oben ausgeführt aus sichtbaren oder übermittelten Qualitätsunterschieden in Lebensformen und Lebenschancen zwischen zwei Räumen, so zwischen der GUS und der EU. Vom Standpunkt der EU aus trägt die GUS typische Merkmale eines Abwanderungsraumes, während für die GUS-Staaten die EU die Charakteristika einer favorisierten Zuwanderungsregion besitzt. Anhand von demographischen, wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Faktoren wird im Folgenden das Wohlstandsgefälle zwischen der GUS und der EU analysiert, um dann ein diesbezügliches Migrationspotenzial abzuleiten (Abb. I.5-1).

1. Demographische Faktoren und soziale Infrastruktur

Die Bevölkerung der GUS zählt derzeit (2010) fast 270 Millionen Menschen. Vergleicht man jedoch die Bevölkerungsgröße nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion mit der heutigen, dann hat die Zahl seit 1990 um etwa 2,5 Millionen Personen abgenommen. Die größten Bevölkerungsverluste registrierten Russland und die Ukraine wegen einer negativen Bevölkerungsbilanz, die sich aus niedrigen Geburtenzahlen, hoher Sterblichkeit und Wanderungsverlusten zusammensetzt. Bevölkerungsgewinne verbuchten Usbekistan, Tadschikistan und Aserbaidshan. Auffallend sind die Bevölkerungsverluste in Kasachstan, einem Land das an sich ein natürliches Bevölkerungswachstum zu verzeichnen hat. Die Abnahme der kasachischen Bevölkerung ist v.a. auf die Abwanderung von Angehörigen der deutschen Spätaussiedler und der jüdischen Minderheit zurückzuführen (Tab. II.1-1).

Tabelle II.1-1: Bevölkerung der GUS in Tausend, 1990-2010

Region/Land	1990	1995	2000	2005	2010	Veränderung 1990-2010
Osteuropa						
Russland	148.244	148.699	146.758	143.843	142.958	-5.286
Ukraine	51.645	51.122	48.892	46.924	45.448	-6.197
Belarus	10.260	10.274	10.058	9.825	9.595	-665
Moldau	4.364	4.339	4.107	3.767	3.573	-791
Zentralasien						
Usbekistan	20.515	22.919	24.776	25.947	27.445	+6.930
Kasachstan	16.530	15.926	14.957	15.172	16.026	-504
Tadschikistan	5.303	5.775	6.173	6.453	6.879	+1.576
Kirgisistan	4.395	4.592	4.955	5.042	5.334	+939
Westasien						
Aserbaidshjan	7.212	7.765	8.111	8.588	9.188	+1.976
Armenien	3.545	3.223	3.076	3.066	3.092	-453
GESAMT	272.013	274.634	271.863	268.627	269.538	-2.475

Quellen: UN 2011, 2011a.

Entsprechend dem Altersaufbau und der inneren demographischen Dynamik lässt sich für die GUS-Staaten in den kommenden Jahrzehnten folgende Entwicklung aufzeigen: Im Jahr 2050 werden in der GUS laut UN-Projektionen nur noch etwa 263 Millionen Menschen leben, d.h. 7 Millionen weniger als 2010 (Tab. II.1-2). Dem liegt die Auswirkung der negativen Bevölkerungsbilanz zugrunde. Im Gegensatz dazu wird die Bevölkerung der EU-27 – nur noch aufgrund von Zuwanderung – in den kommenden 40 Jahren von 501 Millionen auf 515 Millionen Menschen anwachsen.

Das demographische Hauptgewicht der GUS liegt 2010 zu 75 % in den osteuropäischen Staaten Russland, Ukraine, Belarus und Moldau. 21 % der GUS-Bevölkerung lebt in den zentralasiatischen und 4 % in den westasiatischen Staaten (Tab. II.1-2). Die osteuropäischen GUS-Staaten werden jedoch bis 2050 an Gewicht verlieren. 2050 wird ihr Anteil nur noch bei 66 % liegen, die asiatischen Länder werden ihren

Anteil auf 34 % erhöhen. (Tab. II.1-2) Die asiatischen GUS-Bevölkerungen nehmen trotz sinkender Geburtenzahlen zu, weil dort eine starke Elterngeneration heranwächst, die Geburtenrückgänge noch ausgleicht (Altersstruktureffekt bzw. „Demographisches Moment“).²⁵

Der Bevölkerungsabnahme in den osteuropäischen GUS-Staaten soll durch die Erhöhung von Fertilität und Lebenserwartung entgegengewirkt werden. Russland beispielsweise versucht, die Anhebung der Geburtenzahl durch familienpolitische Maßnahmen zu erreichen und hofft, mit Verbesserungen des Gesundheitswesens der stark gesunkenen männlichen Lebenserwartung begegnen zu können.²⁶

25 Wachstumsschub aufgrund starker Jugendjahrgänge, die circa 20-25 Jahre später als Heiratsjahrgänge in die Elternschaft einrücken und noch einmal einen breiten Jugendsockel der Alterspyramide hervorbringen.

26 In Russland soll die Total Fertility Rate mittlerweile von 1,2 auf 1,5 gestiegen sein (RIA Novosti, 16.02.2010). Siehe zum demographischen Wandel in Russland auch Sievert et al. 2011.

Tabelle II.1-2: Demographische Entwicklung in der GUS, 2010 bis 2050

Region/Land	Bev. 2010 in Tsd.	Bev. 2050* in Tsd.	Zu-/Abnahme der Bev. bis 2050	Anteil an GUS 2010, in %	Anteil an GUS 2050, in %	Anteil Zu-/Abnahme bis 2050, in %
Osteuropa						
Russland	142.958	126.188	-16.770	53	48	-5
Ukraine	45.448	36.074	-9.374	17	14	-3
Belarus	9.595	8.001	-1.594	4	3	-1
Moldau	3.573	2.661	-912	1	1	0
Summe	201.574	172.924	-28.650	75	66	-9
Zentralasien						
Usbekistan	27.445	35.438	+7.993	10	14	+4
Kasachstan	16.026	21.210	+5.184	6	8	+2
Tadschikistan	6.879	10.745	+3.866	3	4	+1
Kirgisistan	5.334	7.768	+2.434	2	3	+1
Summe	55.684	75.161	+19.477	21	29	+8
Westasien						
Aserbaidshans	9.188	11.578	+2.390	3	4	+1
Armenien	3.092	2.931	-161	1	1	0
Summe	12.280	14.509	+2.229	4	5	+1
GUS GESAMT	269.538	262.594	-6.944	100	100	0
EU-27**	501.044	515.303	+14.259	-	-	-

* Mittlere Projektionsvariante der UN.

** Eurostat Datenbank 2011.

Quellen: UN 2011, 2011a.

1.1 Die Staaten der GUS und die EU-27 im demographischen Vergleich

Demographische Maßzahlen und bevölkerungssoziologische Indikatoren machen es möglich, auf den Modernisierungsgrad einer Gesellschaft zu schließen (vgl. Tab. II.1-3 bis II.1-5): Je höher die Maßzahlen zur Fertilität und Mortalität in einem Berechnungszeitraum sind, desto weniger entwickelt ist eine gesellschaftliche Periode. Je niedriger die Messwerte, umso eher gehören Bevölkerung und Gesellschaft der modernen, industriellen oder schon postindustriellen Entwicklungsstufe an. Die demographischen Faktoren bieten hier den besten

Ausgangspunkt für die Analyse der Strukturdivergenz von Räumen, in denen sich eine Abwanderungsmotivation, eben das Migrationspotenzial bildet. Folgende demographische Indikatoren werden hierfür verwendet:

- (a) Die Bevölkerungsgrößen, die in einem politischen Spannungsfeld auch von sozio-geographischer Relevanz sind. Die Staaten der ehemaligen Sowjetunion sind von äußerst unterschiedlicher Größe. Ihre demographische Dynamik hat entsprechend ökonomisches und politisches Gewicht.
- (b) Das Bevölkerungswachstum einer Region, das auf einen bestimmten Entwicklungsgrad verweist. Die natürliche Wachstums- oder Zuwachsrate wird zum Indikator sozio-ökonomischer Entwicklung, wenn man einer Erfahrungsregel folgt: Je moderner eine Bevölkerung, desto geringer die jährliche Wachstumsrate. In den weniger entwickelten Ländern liegt das jährliche Bevölkerungswachstum derzeit durchschnittlich bei 1,3%²⁷, in den Industrieländern bei durchschnittlich 0,3% (EU: 0,1%) (UN 2011a). Das Bevölkerungswachstum ist als demographischer Indikator immer bedeutsam, wird aber nur in Verbindung mit der Bevölkerungsgröße aussagekräftig. Generell beruhen Bevölkerungsveränderungen auf natürlicher Bevölkerungsentwicklung (Geburten/Sterbefälle) und Wanderungsbewegungen.
- (c) Die Geburtenhäufigkeit (Fertilität) kann auf mehrfache Weise dargestellt werden, immer zeigt sich jedoch, welche Familiengrößen wohl die Norm sein werden und wie diese mit gesellschaftlicher Produktion und Konsum verflochten sind. Hohe Geburtenzahlen sind typisch für Agrargesellschaften, d.h. Gesellschaften mit einem hohen Anteil an Beschäftigten in der Landwirtschaft. Ein entscheidender Indikator ist die durchschnittliche Kinderzahl je Frau, auch

²⁷ Bei einem natürlichen Bevölkerungswachstum von konstant 2% verdoppelt sich die Bevölkerung innerhalb von 35 Jahren.

zusammengefasste Geburtenziffer oder TFR²⁸ genannt. Mit 2,1 Kindern je Frau würde derzeit der Generationenersatz garantiert und die Bevölkerungsgröße unverändert bleiben. Mit einer TFR höher als 2,1 würde sich eine Bevölkerung vergrößern, darunter liegend nimmt sie längerfristig ab. Erhöhte Geburtenzahlen bedeuten starke Jugendjahrgänge, die bald einen Druck auf das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt ausüben. Bei mangelnder Aufnahmekapazität in diesen Einrichtungen steigt die Abwanderungsneigung junger Menschen.

- (d) Die Sterblichkeit (Mortalität) und die durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt charakterisieren ebenso einen Gesellschaftszustand. Wenn die Mortalität, d.h. die Sterbefälle jährlich insgesamt oder in gewissen Altersgruppen zurückgehen, erhöht sich die durchschnittliche Lebenserwartung. Sie bewirkt eine allmähliche Veränderung des Altersaufbaus: sie verbreitert die Altenjahrgänge am oberen Ende der Alterspyramide und gibt ihr die Gestalt eines Pilzes. Das Ausmaß der Säuglings- und Müttersterblichkeit ist zudem ein recht zuverlässiger Indikator für den Entwicklungsstand, v.a. für den Organisationsgrad des Gesundheitswesens und der sozialen Dienste überhaupt.
- (e) Der Altersaufbau, der aufzeigt, in welcher Stärke Jugend und Alter vertreten sind. Das quantitative Verhältnis der beiden großen Altersgruppen zueinander ist ein Indikator für die Unterstützungsleistung, die eine Erwerbsbevölkerung für die abhängigen Jahrgänge der Jugend und des fortgeschrittenen Alters zu erbringen hat. Die Stärke der Geburtsjahrgänge bindet in Staat und Familien Mittel, weil nur Investitionen in die Nachkommenschaft gesellschaftlichen Fortschritt garantieren. Es ist üblich, von „jungen“ und „alten“ Bevölkerungen zu sprechen, je nachdem, in

28 „TFR“ steht für „Total Fertility Rate“ und bedeutet „zusammengefasste Geburtenziffer“ bzw. durchschnittliche Kinderzahl je Frau. Sie gibt an, wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens bekommen würde, wenn ihr Geburtenverhalten so wäre wie das aller Frauen zwischen 15 und 49 Jahren im jeweils betrachteten Jahr.

welchem Verhältnis der Jugendanteil und Altenanteil zueinander stehen, bzw. sich bereits die Waage halten, was schon für alternde Bevölkerungen typisch wäre. Es gilt die Regel: Je moderner eine Bevölkerung ist, desto „älter“ ist sie, d.h. desto gewichtiger wird der Anteil der Alten an der Alterspyramide sein.

Tabelle II.1-3: Demographische Indikatoren europäischer und ausgewählter asiatischer Großregionen und Länder, 2010, 2025 und 2050

Region/Land	Bev. 2010 in Mio.	Nat. Wachstumsrate* 2010-2015 in %	Durchschn. Kinderzahl je Frau* 2010-2015	Bev. 0-14 2010 in %	Bev. 65+ 2010 in %	Medianalter in Jahren (2009)	Bev. 2025* in Mio.	Bev. 2050* in Mio.
EU-27**	501	0,10 (2009)	1,56 (2008)	16 (2010)	17 (2010)	40,6 (2009)	518	515
Europa	738	0,11	1,59	15	16	40,1	744	719
Osteuropa	295	-0,17	1,49	15	14	38,3	285	257
Russland	143	-0,10	1,53	15	13	37,9	139	126
Ukraine	45	-0,55	1,48	14	16	39,3	42	36
Belarus	10	-0,33	1,48	15	14	38,3	9	8
Moldau	4	-0,68	1,45	17	11	35,2	3	3
Nordeuropa	99	0,54	1,86	17	17	39,7	107	114
Westeuropa	189	0,15	1,69	16	18	42,1	193	193
Südeuropa	155	0,29	1,49	15	18	41,1	159	155
Asien	4.164	0,99	2,18	26	7	29,2	4.730	5.142
Zentralasien	1.765	1,38	2,56	31	5	24,7	2.119	2.476
Usbekistan	27	1,14	2,26	29	4	24,2	32	35
Kasachstan	16	1,05	2,48	25	7	29,0	18	21
Tadschikistan	7	1,46	3,16	37	4	20,4	9	11
Kirgisistan	5	1,07	2,62	30	4	23,8	6	8
Westasien	232	1,88	2,85	32	5	24,9	299	395
Aserbaidschan	9	1,19	2,15	21	7	29,5	11	12
Armenien	3	0,26	1,74	20	11	32,1	3	3

Mittlere Projektionsvariante der UN bzw. Eurostat für EU-27.

** Eurostat Datenbank 2011.

Quellen: UN 2011, 2011a, Eurostat.

Demographische Unterschiede innerhalb der GUS

Der Blick auf die zusammengefasste Geburtenziffer in den Staaten der GUS zeigt, dass aktuell alle osteuropäischen GUS-Staaten unter dem europäischen Durchschnitt von 1,6 Kindern je Frau liegen, während die west- und zentralasiatischen GUS-Länder mit Ausnahme von Armenien Fertilitätswerte über dem Bestandserhaltungsniveau von 2,1 Kindern je Frau aufweisen (Tab. II.1-3).

Die osteuropäischen GUS-Staaten sind von Bevölkerungsabnahme, die zentral- und westasiatischen Staaten – mit Ausnahme von Armenien – von Bevölkerungszunahme geprägt. So wird beispielsweise die Bevölkerung Russlands bis 2050 von 143 Millionen (2010) auf 126 Millionen abnehmen, die Ukraine von 45 Millionen auf 36 Millionen. Im Vergleich dazu wird Usbekistan in den kommenden 40 Jahren von 27 Millionen auf 35 Millionen Menschen anwachsen, Tadschikistan von 7 Millionen auf 11 Millionen (Tab. II.1-2 und II.1-3).

Demographische Unterschiede zwischen GUS und EU-27

Die EU-27 umfasst im Jahr 2010 mit 501 Millionen fast doppelt so viele Menschen wie die GUS mit 270 Millionen (Tab. II.1-3). Nach den Projektionen von Eurostat wird die Bevölkerung der EU-27 noch auf 521 Millionen bis zum Jahr 2035 ansteigen und anschließend bis zum Jahr 2050 schrittweise auf 515 Millionen zurückgehen, obwohl Wanderungsgewinne bereits mit eingerechnet sind. Denn selbst beachtliche Zuwanderungsgewinne²⁹ können einen Bevölkerungsrückgang, der auf einer langfristigen negativen Geburtenbilanz beruht, nicht anhaltend kompensieren. Der Bevölkerungsrückgang in der EU kommt zustande, weil sich die Staaten mit Geburtendefiziten – dazu gehören Deutschland sowie die süd- und östlichen EU-Staaten – in ihrer Abnahmetendenz ab 2035 in der Bevölkerungsentwicklung der EU durchsetzen werden. Ein ähnlicher Vorgang ist in der GUS zu beobachten. Die slawischen Staaten Osteuropas haben zwar die größten Bevölkerungen, zeigen aber eine Abnahme- und Alterungstendenz, welche die noch wachsenden asiatischen Staaten nicht kompensieren können. Selbst Usbekistan, der größte und stark wachsende Staat

²⁹ Im Jahr 2009 lag der Wanderungssaldo in der EU-27 bei +868.023.

wird eine demographische Trendwende nicht herbeiführen können. Kasachstan wächst nur noch mäßig, weil es einen großen Anteil an „modernen“ Bevölkerungen und Minderheiten hat (Russen, Deutsche u.a.), die dem europäischen Familienmuster der „Niedrig-Fertilität“ zuzuordnen sind. Die Bevölkerung der GUS wird nach UN-Projektion von fast 270 Millionen (2010) bis 2050 auf etwa 263 Millionen Menschen zurückgehen.

Wie die GUS unterliegen auch die 27 Staaten der EU der sogenannten demographischen Alterung, die in ihrer Intensität von zwei Faktoren abhängt: (1.) vom Anteil der Jugendjahrgänge an der Gesamtbevölkerung und ihrer Tendenz zu wachsen oder zu schrumpfen. Geht der Jugendanteil zurück, steigt im selben Maß der Anteil der Älteren; (2.) sodann vom Rückgang der Sterblichkeit und der steigenden Lebenserwartung, die immer mehr Menschen in den einzelnen Altersgruppen überleben lässt, vor allem in den höheren. Doch hier finden sich zwischen EU und GUS Unterschiede: Die EU altert sowohl wegen Jugendschwund als auch durch steigende Lebenserwartung. In den osteuropäischen GUS-Staaten verbindet sich niedrige Fertilität dagegen mit hoher Sterblichkeit, womit die GUS vom Modell des demographischen Übergangs abweicht. In den westasiatischen, kaukasischen GUS-Staaten zeigt sich dagegen der idealtypische Verlauf des demographischen Übergangs: die sinkende Fertilität geht mit einem Anstieg der Lebenserwartung einher. Beide bewirken demographische Alterung und sind in diesem Zusammenwirken ein Indikator für Modernisierung. Die zentralasiatischen GUS-Staaten altern ebenfalls, aber langsamer wegen ihrer noch höheren Fertilität und Sterblichkeit.

Demographische Alterung lässt sich am Vorrücken des Medianalters einer Bevölkerung erkennen. Es liegt dort, wo sich die Bevölkerung in zwei gleich große Teile von Jüngeren und Älteren teilt. Nach UN-Angaben liegt das Medianalter in Gesamteuropa gegenwärtig bei etwa 40 Jahren, in Asien insgesamt bei 29 Jahren (Tab. II.1-3); in Osteuropa bei 38 Jahren, in Zentral- und Westasien bei rund 25 Jahren (UN 2011a). Das höchste Medianalter innerhalb der GUS zeigt die Ukraine mit 39,3 Jahren, das niedrigste hat Tadschikistan mit 20,4 Jahren.

Betrachtet man das quantitative Verhältnis von Jugend (0-14 Jahre) zu Alter (65 Jahre und älter) zeigt sich in Europa bereits ein höherer Alten- als Jugendanteil, nämlich 16 % über 64-Jährige gegenüber 15 % unter 15-Jährige (UN 2011a). In Osteuropa stehen sich 2010 Jugend und Alter in einem Verhältnis von 15 % zu 14 % gegenüber, in West- und Zentralasien mit 31,5 % zu 5 %. In Tadschikistan liegt der Verhältnis von Jung und Alt beispielsweise bei 37 % zu 4 %, in Usbekistan bei 29 % zu 4 % (Tab. II.1-3).

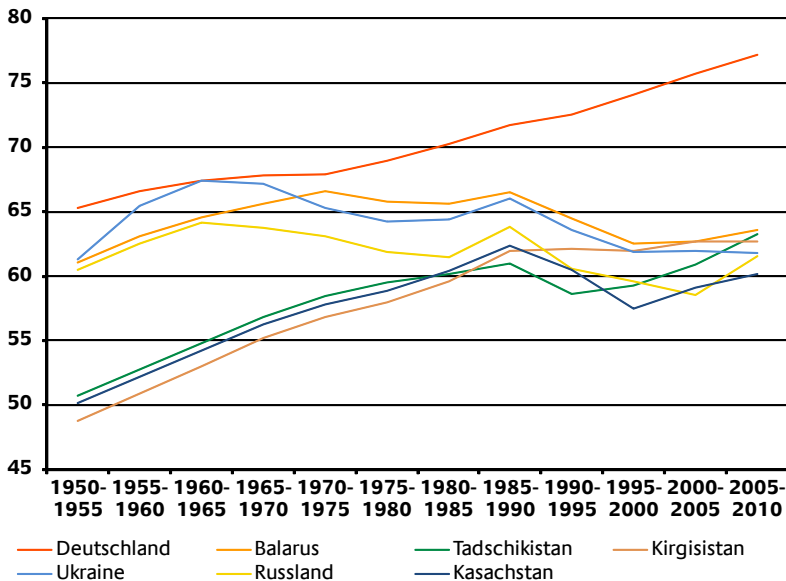
Das osteuropäische Muster ist somit gekennzeichnet durch einen niedrigen Anteil der Jugend (Ukraine: 14 %, Russland und Belarus: 15 %), was auf geburtenschwache Jahrgänge zurückzuführen ist. Zugleich finden sich gehobene Anteile der Altersjahrgänge von 65 und älter. Sie liegen zwischen 11 % und 16 % und sind doppelt so hoch wie in den zentralasiatischen GUS-Staaten (4 %-7 %). Das bedeutet, dass für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre) Arbeitsplätze und für die „abhängigen Jahrgänge“ der Jugend und des Alters adäquate Ausbildungsbedingungen und soziale Dienste geschaffen werden müssen. In der EU-27 ist die demographische Alterung weiter fortgeschritten, hier stehen sich Jugend und Alter im Verhältnis 16 % zu 17 % gegenüber (Tab. II.1-3).

In Europa sind die Folgen demographischer Alterung bereits deutlich zu erkennen. Faktoren, die die Folgen demographische Alterung abmildern könnten, wären ein Anstieg der Geburten oder die Zuwanderung junger Menschen. Demographische Alterung kann in ihrer Tendenz jedoch nicht aufgehalten werden, denn dies würde ein Zuwanderungsvolumen erfordern, das die Integrationskapazität von Staaten übersteigen würde (UN 2000).

Die durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt steigt mit dem sozioökonomischen Entwicklungsstand und der Effizienz des Gesundheitswesens eines Landes. Gegenwärtig beträgt sie in Europa 73 Jahre für Männer und 80 Jahre für Frauen (UN 2011a). In Osteuropa besteht ein eklatanter Geschlechterunterschied zwischen der männlichen Lebenserwartung von 64 Jahren und der weiblichen von 75

Jahren. Das populäre Bild vom „russischen Winter“ schien einigen Analytikern geeignet, die Bevölkerungssituation Russlands seit Ende der Sowjetunion als „demographischen Winter“ zu charakterisieren. Die Besonderheit hierbei ist weniger die niedrige Fertilität, die sich auch bei der Hälfte der EU-Staaten findet, sondern ein gleichzeitiger Anstieg der Sterblichkeit des männlichen Geschlechts und damit eine Abnahme der Lebenserwartung. Die Sterblichkeit der Männer im erwerbsfähigen Alter hat sich gegenüber 1960 fast verdoppelt (Brainerd 2010). Bereits in der ehemaligen Sowjetunion waren vor allem Männer vom Rückgang der Lebenserwartung betroffen. Zwischen 1970 und 1980 nahm sie dort um ein Jahr ab, während sie im gleichen Zeitraum weltweit um 3,5 Jahre anstieg (Watson 1995). Zwischen 2000 und 2005 betrug die Lebenserwartung von Männern in Osteuropa nur 62,4 Jahre und lag damit noch unter dem Niveau von 1955-1960 (UN 2011a). Gründe für die hohe Erwachsenensterblichkeit sind generelle Versorgungsmängel im Gesundheitswesen, (Alkohol-)Vergiftungen, Zirrrosen, Unglücksfälle, HIV-Infektionen und Tumore.

Abbildung II.1-1: Männliche Lebenserwartung bei Geburt in ausgewählten GUS-Ländern und Deutschland, 1950-2010, in Jahren



Quelle: eigene Darstellung (Daten: UN 2011a).

In Russland kam es bei der Lebenserwartung von Männern zwischen 1989 und 1994 zu einem Rückgang um sieben Jahre (Abb. II.1-1). Hinsichtlich der Übersterblichkeit der Männer sind die Unachtsamkeit bzw. Gleichgültigkeit gegenüber Anzeichen gesundheitlicher Probleme auffällig, sowie Alkoholismus³⁰ und Suizid.³¹ Die Selbstmordrate lag in den 1990er Jahren in Russland sechsmal höher als in den USA. Man spricht auch von „Transformationsstress“. Darunter ist die durch den Systemwandel erzwungene Lebensumstellung von kollektiver staatlicher Versorgung zum freien Arbeitsmarkt zu verstehen (vgl. Becker 2009). In Zentralasien beträgt die Lebenserwartung bei Geburt bei Männern aktuell (2010-2015) nur 65 Jahre, bei Frauen 68 Jahre; in Westasien erreichen Männer mittlerweile das 71. Lebensjahr und Frauen das 75. (UN 2011a).

Natürliche Geschlechterproportion bei Geburt

Ein weiteres Spezifikum im westasiatischen Teil der GUS ist die Praxis selektiver Abtreibung. Die natürliche Geschlechterproportion bei der Geburt liegt bei etwa 105 männlichen zu 100 weiblichen Geburten, wenn sie nicht durch geschlechtsselektive Geburtenkontrolle verändert wird. Doch Sohn-Präferenz bzw. selektive Abtreibung weiblicher Föten findet sich nicht nur in China (118/100) und Indien (108/100), sondern auch in der westasiatischen GUS. In Aserbaidschan liegt die Geschlechterproportion aktuell bei 115, in Armenien bei 114 männlichen zu 100 weiblichen Geborenen (UN 2011a).

30 In Sibirien wurde im Rahmen einer Studie bei 25.000 Männern, bei denen zwischen 1990 und 2004 als Todesursache Kreislauferkrankungen festgestellt wurde, eine Autopsie durchgeführt. In 21% der Fälle konnte eine (nahezu) tödliche Ethanolkonzentration im Blut nachgewiesen werden (Zaridze 2009).

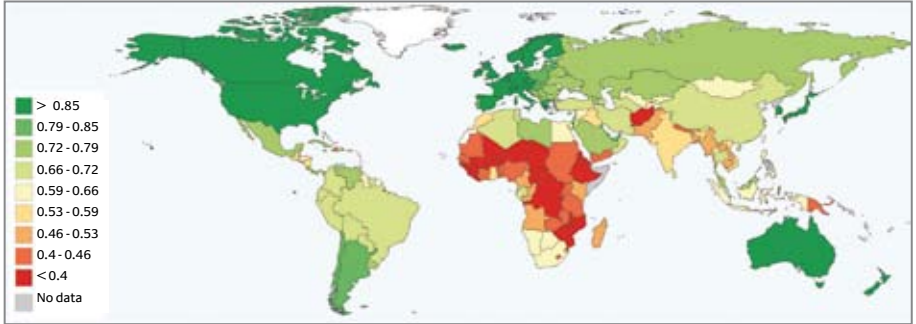
31 Siehe hierzu auch Brainerd 2010, Treisman 2010a, World Bank 2010, Brainerd/Cutler 2005, Easterlin 2009.

1.2 Die demographische Relevanz der sozialen Infrastruktur

Die sozialen Bedingungen in der GUS sind ein Indikator für den entwicklungspolitischen Stand und die regionalen Lebensbedingungen. Wo sie als defizitär und prekär zu beurteilen sind, wirken sie sich in vielfältiger Form auf die Migrationsneigung aus. Eine wichtige Informationsquelle ist der „Index der menschlichen Entwicklung“ (Human Development Index, HDI), der seit 1990 im jährlich erscheinenden Human Development Report des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme, UNDP) veröffentlicht wird. Dieser synthetische Index, in den ausgewählte Indikatoren der Lebensqualität eingehen, illustriert die soziale Infrastruktur einer Region im internationalen Vergleich (Abb. II.1-2).

Folgende drei Indikatoren werden zu einer Vergleichszahl zusammengefasst: (1) die Lebenserwartung bei Geburt, (2) der Bildungsgrad mit Hilfe der durchschnittlichen und voraussichtlichen Schulbesuchsdauer in Jahren und (3) das Bruttonationaleinkommen (BNE) pro Einwohner eines Landes in KKP in US-\$ (Kaufkraftparität)³² (Tab. II.1-4). Im HDI werden 169 Staaten miteinander verglichen und in eine Rangordnung gestellt. Dabei sind die Grenzwerte so gewählt, dass der höchste erreichbare Wert 1,0 und der niedrigste 0,0 ist.

32 Das BNE ist die Summe der von allen Inländern erwirtschafteten Bruttowertschöpfung zuzüglich aller Gütersteuern (abzüglich Gütersubventionen), die nicht bei der Berechnung des Outputs berücksichtigt werden und zuzüglich Nettoeinnahmen aus Primäreinkommen im Ausland (Arbeitnehmerentgelte und Einnahmen aus Grundbesitz). Das BNE in Landeswährung wird von der Weltbank gemäß der Atlas-Methode in US-\$ umgerechnet: Das jeweilige BNE der einzelnen Länder rechnet man dabei mithilfe eines Faktors um, der sich am durchschnittlichen Wechselkurs der Landeswährung in den letzten drei Jahren orientiert sowie die Preisentwicklung im Land und im weltwirtschaftlichen Umfeld berücksichtigt. Dadurch wird der Einfluss von Wechselkursschwankungen stark gemildert und die Vergleichbarkeit der Daten verbessert. Die Pro-Kopf-Berechnung erfolgt durch Division mit der Gesamtbevölkerung zur Jahresmitte.

Abbildung II.1-2: Der Index der menschlichen Entwicklung 2010

Quelle: <http://hdr.undp.org/en/data/map/>

Die UNDP unterteilt die Länder nach dem HDI-Wert in vier Entwicklungskategorien:

1. Länder mit sehr hoher menschlicher Entwicklung:
HDI $\geq 0,8$
2. Länder mit hoher menschlicher Entwicklung:
HDI $< 0,8$ und $\geq 0,7$
3. Länder mit mittlerer menschlicher Entwicklung:
HDI $< 0,7$ und $\geq 0,5$
4. Länder mit geringer menschlicher Entwicklung:
HDI $< 0,5$

Nach dem HDI 2010 sind alle EU-Staaten in den oberen Rängen der ersten Kategorie vertreten. Deutschland hält beispielsweise Platz 10. Im Vergleich dazu finden sich die GUS-Staaten in der Gruppe der Länder mit hoher und mittlerer menschlicher Entwicklung. Die Platzierungen innerhalb der GUS verteilen sich im Bereich hoher menschlicher Entwicklung wie folgt: Belarus hält Rang 61, gefolgt von Russland (65), Kasachstan (66), Aserbaidshan (67), der Ukraine (69) und Armenien (76). GUS-Staaten mit mittlerer menschlicher Entwicklung sind Moldau (99), Usbekistan (102), Kirgisistan (109) und Tadschikistan (112).

■ HDI-Indikator Lebenserwartung

Grund für das negative Ranking der GUS-Staaten im Vergleich zu Deutschland war, dass die durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt in der GUS zwischen 65 und 75 Jahren liegt, in Deutschland dagegen bei 80 Jahren, was einer Differenz von 5-15 Jahren entspricht (Tab. II.1-4.). Besonders auffällig sind die großen geschlechtsspezifischen Mortalitätsunterschiede in der GUS (vgl. Kap. II. 1.1). Aufgrund gestiegener Erwachsenensterblichkeit befinden sich die Länder der früheren Sowjetunion unter den Staaten mit den geringsten Verbesserungen im HDI-Ranking weltweit.

■ HDI-Indikator Schulbesuchsdauer

Eine Voraussetzung für sozioökonomische Entwicklung ist eine hohe Bildungsbeteiligung der Bevölkerung. Die Indikatoren zur Schulbesuchsdauer³³ geben Auskunft über den aktuellen und zukünftigen Zugang zum Bildungsangebot und die Verweildauer in Ausbildung. In den Staaten der GUS liegt die durchschnittliche Schulbesuchsdauer 2010 zwischen 8,8 (Russland) und 11,3 (Ukraine) Jahren. Die voraussichtliche Schulbesuchsdauer, die ein Kind beim gegenwärtigen Stand der Einschulungsquote erhalten dürfte, wird in den Staaten der GUS auf 11,4 (Tadschikistan) bis 15,1 Jahre (Kasachstan) geschätzt. Im Vergleich dazu erhält ein Kind in Deutschland aktuell durchschnittlich 12,2 Jahre Schulbildung, für die voraussichtliche Schulbesuchsdauer werden 15,6 Jahre angenommen (Tab. II.1.-4). Es gilt jedoch zu bedenken, dass der Indikator Schulbesuchsdauer nichts über die Qualität der Schulbildung und die regionale Schulinfrastruktur (Bildungssystem, Zugang, Ausstattung etc.) aussagt.

■ HDI-Indikator Bruttonationaleinkommen

Ein weiterer Indikator des HDI ist das Bruttonationaleinkommen (BNE). Das BNE hat im internationalen Vergleich eine gewisse

33 Im HDI 2010 wurde der Alphabetisierungsgrad durch die durchschnittliche Schulbesuchsdauer in Jahren ersetzt. Die Bruttoeinschulungsquote wird durch die voraussichtliche Schulbesuchsdauer, d.h. die Jahre Schulbildung, die ein Kind voraussichtlich beim gegenwärtigen Stand der Einschulungsquote erhalten wird, ersetzt.

Aussagekraft, nicht aber hinsichtlich der tatsächlichen Einkommensverteilung innerhalb eines Landes. In der GUS zeigen sich erhebliche Unterschiede im BNE pro Kopf. So liegt es in Russland, Belarus und Kasachstan zwischen 15.000 und 10.000 US-\$ pro Einwohner, in Tadschikistan, Kirgisistan und Usbekistan dagegen nur bei 2.000-3.100 US-\$ (Tab. II.1.-4). Die Differenz von bis zu 13.000 US-\$ pro Einwohner zeigt das große Wohlstandsgefälle innerhalb der GUS. In Deutschland liegt das BNE pro Kopf bei über 35.000 US-\$, d.h. es beträgt ein Vielfaches der einzelnen GUS-Staaten. Dies ist ein Hinweis auf die Abwanderungsmotivation z.B. nach Deutschland (oder andere EU-Staaten), aber auch die Wahl anderer GUS-Staaten als Migrationsziele.

Tabelle II.1-4: Human Development Index 2010 mit Einzelkomponenten, GUS-Staaten

Land	Rang	HDI-Wert	Lebenserwartung bei Geburt in Jahren	Durchschn. Schulbesuchsdauer in Jahren	Voraussichtl. Schulbesuchsdauer* in Jahren	BNE pro Kopf
Hohe menschliche Entwicklung: 0,788 – 0,677						
Belarus	61	0,732	69,6	9,3	14,6	12.926
Russland	65	0,719	67,2	8,8	14,1	15.258
Kasachstan	66	0,714	65,4	10,3	15,1	10.234
Aserbaidschan	67	0,713	70,8	10,2	13,0	8.747
Ukraine	69	0,710	68,6	11,3	14,6	6.535
Armenien	76	0,695	74,2	10,8	11,9	5.495
Mittlere menschliche Entwicklung: 0,669 – 0,488						
Moldau	99	0,623	68,9	9,7	12,0	3.149
Usbekistan	102	0,617	68,2	10,0	11,5	3.085
Kirgisistan	109	0,598	68,4	9,3	12,6	2.291
Tadschikistan	112	0,580	67,3	9,8	11,4	2.020
Sehr hohe menschliche Entwicklung: 0,938 – 0,789						
Deutschland	10	0,885	80,2	12,2	15,6	35.308

* Die Schätzungen beruhen auf dem Schulbesuch nach Alter und auf allen Bildungsstufen sowie auf der Bevölkerung im offiziellen Schulalter für alle Bildungsstufen nach Alter.

Tabelle II.1-5 zeigt, dass auch bei der Säuglings- und Müttersterblichkeit die asiatischen GUS-Länder schlechtere Werte aufweisen. Bei Teenagerschwangerschaften sind die westasiatischen GUS-Staaten, darunter Aserbaidshan mit 42 %, führend. Betrachtet man die Verbreitung von HIV, weisen die Ukraine und Russland mit über 1% der Bevölkerung die höchsten Infektionsraten auf.

Bei den Gesundheitsausgaben pro Kopf im Jahr 2009 zeigen sich ebenso große Unterschiede zwischen den Ländern. Sie liegen zwischen 1.038 US-\$ in Russland und 105 US-\$ in Tadschikistan (Tab. II.1.-5). Betrachtet man im Vergleich die Ausgaben Deutschlands mit fast 4.129-\$ pro Kopf, so gewinnt man einen weiteren Hinweis auf Ausstattungsmängel und divergierende Lebensbedingungen, die ein regional vorhandenes Migrationspotenzial erhöhen können.

Tabelle II.1-5: Sozio-demographische Indikatoren in den GUS-Staaten

Region/Land	Geburten Pro 1.000 Einwohner 2010-2015	Todesfälle pro 1.000 Einwohner 2010-2015	Säuglingssterblichkeit pro 1.000 Lebendgeburten 2010-2015	Müttersterblichkeit* pro 100.000 2008	Geburten im Alter 15-19** in %, 2006-2008	Anteil der HIV-Infizierten Alter 15-49 in %, 2009	Gesundheitsausgaben pro Kopf, KKPS, 2009
Osteuropa							
Russland	12	14	11	39	29	1,0	1.038
Ukraine	11	16	12	26	30	1,1	445
Belarus	11	14	7	15	22	0,3	730
Moldau	12	13	14	32	26	0,4	341
Zentralasien							
Usbekistan	21	7	45	30	26	0,1	152
Kasachstan	21	10	24	45	31	0,1	554
Tadschikistan	28	6	51	64	27	0,2	105
Kirgisistan	24	7	33	81	29	0,3	152
Westasien							
Aserbaidshan	20	8	38	38	42	0,1	561
Armenien	15	9	24	29	26	0,1	241
Deutschland	9	11	4	7	10	0,1	4.129

* Definiert als Sterbefälle unter Müttern pro 100.000 Lebendgeburten.

** Definiert als Anzahl der Geburten pro 1.000 Frauen im Alter von 15-19 Jahren.

Quelle: UN 2011a; WHO 2010, 2011.

Schlussfolgerungen

Die demographische Entwicklung der GUS kann als endogener Faktor für das Bestehen eines Migrationspotenzials gewertet werden. Die Auswirkungen der demographischen Wachstums- wie auch Schrumpfdynamik sind jedoch erst im Zusammenhang mit den übrigen strukturellen Gegebenheiten einer Region zu ermesen.

In den west- und zentralasiatischen Ländern der GUS stoßen hohe Wachstumsraten und Geborenenüberschüsse auf eine schwache sanitäre Infrastruktur, unzulängliche Gesundheitsversorgung und defizitäre Bildungseinrichtungen. Zentraler Faktor, welcher das asiatische Migrationspotenzial auf seinem aktuellen Niveau halten oder noch vergrößern könnte, ist die steigende Zahl der Menschen in einem Alter, in dem am häufigsten gewandert wird (18 bis 30 Jahre).

Regionale Ausstattungs-Engpässe bei den defizitären Lebens-, Gesundheits-, Arbeits- und Ausbildungsbedingungen, geraten von zwei Seiten her unter Druck: einerseits durch starke Jugendjahrgänge, andererseits durch steigende Ansprüche an Ausbildung im Zeitalter globalisierter Wirtschaft (Lutz 2008). Dies trifft am stärksten junge Menschen und kann bei ihnen Abwanderungsmotivationen auslösen. Das Migrationspotenzial dürfte dementsprechend steigen.

Die osteuropäischen GUS-Länder haben mit einer gegenteiligen demographischen Entwicklung zu kämpfen: mit Bevölkerungsschrumpfung und Alterung. Doch auch für den geringer werdenden Jugendanteil wird Migration aufgrund fehlender Ausbildungs- und Arbeitsplätze und einem generellen Mangel an Zukunftsperspektiven als Problemlösung in Betracht gezogen werden. Ob eine Abwanderung in sozioökonomisch besser gestellte GUS-Regionen oder in die EU erfolgt, hängt davon ab,

- wie groß die Aufnahmekapazität der besser ausgestatteten GUS-Regionen (Russland, Ukraine) mit Blick auf ihre Ausbildungs- und Arbeitsmärkte ist;
- ob weitere Regionen der GUS einen ökonomischen Aufschwung erleben und als Zielländer attraktiv werden (z.B. Kasachstan);

- ob internationale Investitionen zur Verbesserung der Lebensstandards in den zentralasiatischen Herkunftsregionen beitragen;
- ob die EU ihre Attraktivität als Zielregion beibehalten wird oder andere Weltregionen an Bedeutung gewinnen (z.B. China);
- ob die Nachfrage der EU-Staaten nach Arbeitskräften das Abwanderungspotenzial aus der GUS nach Europa zusätzlich erhöht, weil in der EU aufgrund demographischer Alterung Engpässe in bestimmten Arbeitsmarktsektoren, wie z.B. Altenpflege und medizinischer Versorgung zu erwarten sind;
- wie sich Russlands Haltung zur Arbeitsmigration entwickeln wird, denn Russland benötigt aus demographischen Gründen mittelfristig Zuwanderer. Es wird sich zeigen, ob Russland die benötigten Arbeitsmigranten entweder aus dem gemeinsamen Arbeitsmarkt mit den zentralasiatischen Ländern bezieht oder in China anwirbt (Becker 2007).

2. Wirtschafts- und arbeitsmarktrelevante Faktoren

Ungünstige wirtschaftliche Bedingungen zählen zu den Hauptursachen von Abwanderung. Unterbeschäftigung, v.a. von Jüngeren, hohe Arbeitslosigkeit und schlechte Berufsperspektiven, Niedriglöhne und geringe Konsum- und Lebensstandards veranlassen Menschen, sich andernorts nach besseren Lebensbedingungen umzusehen. Wissen und Annahmen über ein ökonomisches Wohlstandsgefälle zwischen Regionen generieren Migrationspotenzial. Informationen über Einkommensunterschiede, Arbeitskräftebedarf und den hohen Konsum- und Lebensstandard werden über die Medien und ethnisch formierte transnationale Netzwerke verbreitet und fördern die Wahl eines Ziellandes. Schlüsselfaktor für ökonomisch bedingte Migration ist das aussichtsreichere Stellenangebot in einer Region, die über höhere Produktionsstandards verfügt und mit etablierten Marktverflechtungen einen hohen Beschäftigungsstand erwarten lässt. Gleichzeitig kann von der (hoch)industrialisierten Zielregion eine Nachfrage nach Arbeitskräften ausgehen, die sich aus konjunktur- bzw. strukturell

bedingten Lücken am Arbeitsmarkt und auch aus einem Lohndifferenzial zwischen einheimischer und ausländischer Arbeitskraft ergibt. Die geschützten nationalen Arbeitsmärkte haben vielerorts im Zuge grenzüberschreitender Wirtschaftstätigkeit („Globalisierung“) ihre Abgeschlossenheit verloren und anstelle kontrollierter Beschäftigung einen „internationalen Preis der Arbeit“ entstehen lassen. Dieser liegt zwar deutlich unter dem Niveau des bis dahin in den Hochlohnländern Westeuropas Üblichen, aber weit über dem der Herkunftsländer von Migranten.

2.1 Makro-ökonomische Indikatoren von GUS und EU-27

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Warschauer Pakts zu Beginn der 1990er Jahre verloren die GUS-Staaten nicht nur ein System materieller Umverteilung, sondern zugleich die in ihrem Rahmen gewachsenen Märkte (COMECON³⁴). Die Industrie brach fast völlig zusammen, die hoch mechanisierte Landwirtschaft sah sich von Ersatzteilen, Vorleistungen und Vermarktungsmechanismen abgeschnitten. Auch der auf sowjetische Bedürfnisse zugeschnittene Dienstleistungssektor musste sich völlig neu orientieren. Die Liberalisierung der Wirtschaft und der Transformationsprozess kommen in der GUS in unterschiedlichem Tempo voran. Wichtige Reformen wurden aufgrund innenpolitischer Instabilität und einer stark von wirtschaftlichen Einzelinteressen geleiteten Politik lange nicht in Angriff genommen (darunter Renten-, Justiz- und Verwaltungsreform). Die großen Herausforderungen für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung innerhalb der GUS sind: die Verringerung der Abhängigkeit von der Öl- und Gasförderung, Wirtschaftsdiversifizierung, Korruptionsbekämpfung, Infrastrukturinvestitionen (bzgl. Energie, Verkehr, Logistik), die Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen und der Abbau administrativer Hemmnisse (AHK 2011; Stykow 2006).

34 Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, 1949-1991.

Die genannten Defizite spiegeln sich auch in makroökonomischen Indikatoren wider. Die sozioökonomischen Daten, die zum internationalen Vergleich herangezogen werden können, müssen aber mit Vorsicht betrachtet werden. Gründe hierfür sind: (a) die unterschiedliche Aktualität und Belastbarkeit der nationalen Daten, (b) Fehler und Ungenauigkeiten bei der Datenerfassung und -aufbereitung sowie (c) ungleiche Definitionen. Daher ist Vergleichbarkeit erschwert. Auch geben (d) die im internationalen Vergleich verwendeten Makro-Indikatoren nur eine grobe Einschätzung der tatsächlichen Lebensbedingungen einer Bevölkerung ab. Trotz dieser Defizite muss im Folgenden aus Ermangelung besserer Daten und Indikatoren auf solche international vergleichbare Indikatoren zurückgegriffen werden.

2.1.1 Bruttonationaleinkommen und Bruttoinlandsprodukt

Der Indikator Bruttonationaleinkommen (BNE) misst die Leistung einer Volkswirtschaft an den Erwerbs- und Vermögenseinkommen eines Jahres. Das BNE gilt zwar als grober Indikator, weil er nichts über die Verteilung von Einkommen und Vermögen in einer Bevölkerung aussagt, er liefert aber als Vergleichsgröße den ersten Anhaltspunkt für die Entstehung eines Migrationspotenzials. Die nach Kaufkraftparität (KKP) in US-\$ errechneten BNE-Werte zeigen die Heterogenität innerhalb der GUS und im Vergleich zur EU. Klassifiziert man die Länder der EU-27 nach dem dortigen jährlichen Durchschnittseinkommen im Jahr 2010 (Atlas-Methode³⁵), so zeigt sich, dass 23 EU-Mitgliedstaaten der Ländergruppe mit hohem Einkommen (12.275 US-\$ und mehr) zuzuordnen sind (World Bank 2011; Tab. II.2-1). Vier EU-Mitgliedstaaten gelten als Länder der oberen mittleren Einkommens-Kategorie (12.275 US-\$ bis 3.976 US-\$). Diese sind: Lettland und Litauen mit etwa 11.500 US-\$ und die neuen Beitrittsländer Rumänien und Bulgarien mit 7.800 US-\$ bzw. 6.200 US-\$.³⁶ Betrachtet man dagegen die GUS, so zeigt sich ein heterogenes Bild:

³⁵ Vgl. Fußnote 31.

³⁶ World Bank (2011): World Development Indicator Database, Aufruf 01.07.2011.

- 4 GUS-Länder mit oberem mittlerem Einkommen (12.275 US-\$ - 3.976 US-\$):
Aserbaidschan, Kasachstan, Russland, Belarus
- 4 GUS-Länder mit unterem mittlerem Einkommen (3.975 US-\$ - 1.006 US-\$):
Armenien, Moldau, Ukraine, Usbekistan
- 2 GUS-Länder mit geringem Einkommen (unter 1.006 US-\$):
Kirgisistan, Tadschikistan

Die Gründe für die starken Einkommensunterschiede innerhalb der GUS liegen in der unterschiedlichen Ausstattung der Länder mit Bodenschätzen und ihrem differierenden Stand wirtschaftlicher Modernisierung, bzw. Transformation.

Bruttonationaleinkommen und Bruttoinlandsprodukt (BIP) veranschaulichen das Wohlstandsgefälle innerhalb der GUS und gegenüber Deutschland (Tab. II.2-1): Russland erreicht 2010 ein BNE pro Einwohner bei Kaufkraftparität³⁷ (KKP, US-\$) von 19.190 US-\$. Auf dem zweiten Platz steht Belarus mit 14.024 US-\$. Nach den Dritt- und Viertplatzierten Kasachstan (10.610 US-\$) und Aserbaidschan (9.220 US-\$) sinken die Vergleichszahlen auf das Niveau sogenannter Entwicklungsländer.

Vergleicht man Russlands Bruttonationaleinkommen pro Kopf mit dem Deutschlands, treten große Differenz zutage. So erzielte Russland, das einkommensstärkste Land der GUS, im Jahr 2010 nur die Hälfte des deutschen BNE pro Einwohner (38.170 US-\$) (Tab. II.2-1).

37 Kaufkraftparität (KKP) liegt zwischen zwei Regionen vor, wenn Waren und Dienstleistungen für den gleichen Preis erworben werden können. Werden zwei unterschiedliche Währungsräume verglichen, so werden die Geldbeträge durch Wechselkurse vergleichbar gemacht.

Tabelle II.2-1: Makro-ökonomische Indikatoren der GUS, 2008-2010

Land	BNE pro Kopf Atlas Methode (US-\$) 2010	BNE bei KKP pro Kopf, (US-\$)* 2009	BNE bei KKP pro Kopf, (US-\$)* 2010	BIP KKP* in Mrd. US-\$ 2010	Durchschnittliches jährliches BIP-Wachstum, in %		
					2008	2009	2010
Russland	9.910	18.260	19.190	2.812	5,2	-7,8	4,0
Ukraine	3.010	6.180	6.580	305	2,1	-14,8	4,2
Belarus	6.030	12.880	14.024	135	11,3	0,2	7,6
Moldau	1.810	3.020	3.340	11	7,8	-6,0	6,9
Usbekistan	1.280	2.850	3.090	87	9,0	8,1	8,5
Kasachstan	7.440	10.160	10.610	197	3,3	1,2	7,0
Tadschikistan	780	2.000	2.060	15	7,8	7,9	3,8
Kirgisistan	880	2.190	2.180	12	8,4	2,9	-1,4
Aserbaidschan	5.180	8.980	9.220	89	10,8	9,3	5,0
Armenien	3.090	5.370	5.450	17	6,9	-14,3	1,0
Deutschland	43.330	36.840	38.170	3.072	1,0	-4,7	3,6

* Kaufkraftparität (KKP).

Quelle: UNDP/DGVN 2010, World Bank 2010, 2011, IMF 2010.

Die Daten zum Wirtschaftswachstum spiegeln die Weltfinanzkrise von 2009 deutlich wider. Die Volkswirtschaften der GUS, die 2008 noch ein Wachstum von über 5 % verzeichneten, fielen in Folge der Krise um fast 7 % zurück; gleichzeitig war ein deutlicher Anstieg der Armut zu beobachten (IMF 2009; Horvath 2010). Die größten Rückgänge im BIP-Wachstum hatten die Ukraine (-14,8 %) und Armenien (-14,3 %), aber auch Russland (-7,8 %) und Moldau (-6 %) zu verzeichnen. In Deutschland lag der Rückgang bei -4,7 % und wird inzwischen als nur kurzzeitiger Einbruch gedeutet (Tab. II.2-1). Im Jahr 2010 zeigt sich mit Ausnahme von Kirgisistan (-1,4 %) bei allen GUS-Länder eine Erholung. Das Wirtschaftswachstum lag zwischen 1 % (Armenien) und 8,5 % (Usbekistan).

Ressourcenreichtum und die Abhängigkeit von den Weltmarktpreisen

Die Indikatoren Wirtschaftswachstum (BIP-Wachstum) und Bruttonationaleinkommen sind – wie bereits erwähnt – nur bedingt als Wohlfahrtsindikatoren geeignet, denn sie messen weder die Einkommensverteilung in einem Land, noch beziehen sie den privaten Verbrauch, die Hausarbeit und den Zugang und die Qualität sozialer Dienste ein. Auch erklären sie nicht, wodurch Wirtschaftswachstum erzielt wird. So spielt z.B. in Russland, Kasachstan und Aserbaidschan der Rohstoffexport eine bedeutende Rolle:

- In Russland wird das BIP-Wachstum v.a. von hohen Rohstoffpreisen getragen, aber auch von steigender Industrieproduktion und wachsender Beschäftigung. Russland ist einer der größten Energieproduzenten der Welt. Es verfügt über 25 % der Weltgasreserven, etwa 6 % der Weltölrreserven und 19 % der weltweiten Kohlereserven. Russland kommt für 20 % der Weltgasförderung und 12 % der Weltölförderung auf (Auswärtiges Amt 2011). Die mangelnde Diversifizierung der russischen Wirtschaft führt jedoch zu einer überproportional hohen Abhängigkeit der Wirtschaftsentwicklung von den Einnahmen aus dem Verkauf von Öl und Gas.
- Kasachstan verfügt sowohl über Industrierohstoffe (Erdöl, Erdgas, Kohle, Uran, Eisenerz, Chrom, Titan, Wolfram, Nickel, Blei, Zink, Gold, Silber, Mangan) als auch über Agrarrohstoffe (Getreide, Zuckerrüben, Tabak, Obst, Baumwolle, Wolle). Die Erschließung der Rohstoffe wird von in- wie ausländischen Firmen betrieben. Wegen seines Haupt-Exportprodukts Erdöl ist Kasachstan stark von den Weltmarktpreisen abhängig.
- Aserbaidschan verdankt den wirtschaftlichen Aufschwung der Ausbeutung seiner Öl- und Gasreserven und den Investitionen ausländischer Ölfirmen. Der Anteil von Rohöl an den Gesamtexporten Aserbaidschans lag 2010 bei 86,5 % (Auswärtiges Amt 2011).

Das Wirtschaftswachstum der rohstoffreichen GUS-Länder zieht viele Arbeitsmigranten an. Die saisonalen Arbeitskräfte leisten wiederum durch Rücküberweisen einen wichtigen Beitrag zum BIP ihrer Herkunftsländer.

Anteil der Rücküberweisungen am BIP

Rücküberweisungen berühren alle am Migrationsvorgang beteiligten: die Herkunftsregion, die Zielregion und schließlich die Migranten selbst (Tab. II.2-2). Die GUS bietet ein Beispiel dafür, wie sehr Länder auf Rücküberweisungen angewiesen sind, weil diese beträchtliche Anteile des BIP ausmachen. Damit sind sie aber auch krisen- und schwankungsanfällig, wie zuletzt im Zuge der Weltfinanzkrise 2009.³⁸ Betrug die Summe der in GUS-Staaten eingegangenen Rücküberweisungen 2008 noch 20,7 Milliarden US-\$, so waren es 2009 nur noch 16,8 Milliarden US-\$. Jedoch stieg die Zahl 2010 auf 18,9 Milliarden US-\$ und übertraf 2011 mit 21,5 Milliarden US-\$ sogar den Wert von 2008 (World Bank 2011, UNDP 2010).

Nach Schätzungen der Weltbank flossen die meisten Rücküberweisungen in der GUS 2011 in die Ukraine (6,5 Milliarden US-\$), nach Russland (5,6 Milliarden US-\$) und nach Tadschikistan (2,7 Milliarden US-\$) (World Bank 2011). Im weltweiten Ranking der Haupt-Empfängerlande von Rücküberweisungen rangierten die Ukraine 2011 auf Platz 20 und Russland auf Platz 22. Betrachtet man die absoluten Zahlen, zeigen sich die Aus- und Nachwirkungen der Finanzkrise deutlich (Tab. II.2-2): gingen an Russland im Jahr 2008 noch 6,0 Milliarden US-\$ Rücküberweisungen, sank der Wert im Zuge der Finanzkrise 2009 auf 5,4 Milliarden US-\$ und verringerte sich im Jahr 2010 weiter auf 5,3 Milliarden US-\$ (World Bank 2011). Die Ukraine registrierte 2009 eben-

38 Durch die Finanzkrise sind die Geldtransfers von Migranten in ihre Heimatländer weltweit zurückgegangen. Die Überweisungen nach Osteuropa und Zentralasien haben laut Schätzungen der Weltbank um fast 15% abgenommen, von 58 auf 49 Milliarden US-\$ (Migration-Info 2010). Siehe hierzu auch OECD 2010, 2009.

falls einen signifikanten Rückgang von 5,8 auf 5,1 Milliarden US- $\text{\$}$; im Jahr 2010 stieg der Wert wieder auf 5,6 Milliarden US- $\text{\$}$. Tabelle II.2-2 zeigt, welchen Anteil die Rücküberweisungen am BIP in einigen GUS-Ländern vor der Finanzkrise 2009 hatten. In Tadschikistan machten sie 2008 fast 50 % des BIP aus, während es im folgenden Jahr nur noch 35 % waren (2010: 31 %). In Moldau und Kirgisistan trugen die Rücküberweisungen 2008 noch 31 % bzw. 24 % zum BIP bei, 2009 waren es nur noch 23 % (Moldau) bzw. 15 % (Kirgisistan) (2010: 23 % bzw. 21 %) (World Bank). Generell mussten GUS-Länder, die ohne Rücküberweisungen ihrer Landsleute in noch größere wirtschaftliche Engpässe geraten (Tadschikistan, Moldau, Kirgisistan), im Jahr 2009 Einbußen von einem Drittel verkraften.³⁹

39 Der signifikante Rückgang der Rücküberweisungen nach dem Jahr 2008 lässt sich teilweise auch durch die Abwertung des russischen Rubel gegenüber dem US-Dollar erklären (IOM 2010: 200; Ratha et al. 2009).

Tabelle II.2-2: Rücküberweisungen von Arbeitsmigranten und Auswirkungen auf das BIP in der GUS, 2008-2011

(a) Empfängerland	(a) Eingehende Rücküberweisungen in US-\$						(b) Ausgehende Rücküberweisungen in US-\$				
	Betrag 2011* In Mio.	Betrag 2010 in Mio.	in % des BIP 2010	Betrag 2009 in Mio.	in % des BIP 2009	Betrag 2008 in Mio.	in % des BIP 2008	Betrag 2010 in Mio.	in % des BIP 2010	Betrag 2009 in Mio.	Betrag 2008 In Mio.
Russland	5.615	5.264	0,4	5.359	0,5	6.033	0,4	18.796	1,2	18.779	26.145
Ukraine	6.494	5.607	3,9	5.073	2	5.769	3,2	24	0	25	54
Belarus	429	376	0,6	352	0,6	443	0,7	105	0,2	112	141
Moldau	1.526	1.370	23,2	1.211	23,1	1.897	31,4	117	2,2	104	115
Kasachstan	325	291	0,2	124	0,1	192	0,1	3.021	2	3.058	3.559
Tadschikistan	2.680	2.254	31	1.748	35,1	2.544	49,6	856	15,2	124	199
Kirgisistan	1.500	1.275	20,8	882	15,4	1.232	24,4	297	6,2	188	196
Aserbaidshchan	1.823	1.432	2,5	1.274	3	1.554	3,4	961	1,9	652	593
Armenien	1.147	996	8,8	769	9	1.062	8,9	157	1,8	145	185
SUMME	21.539	18.865	-	16.792	-	20.726	-	24.334	-	23.187	31.187

Anmerkung: Keine Daten für Usbekistan vorhanden; * Schätzung.

Quelle: World Bank.

Die Hauptentsendeländer von Rücküberweisungen in der GUS waren 2010 Russland (18,8 Milliarden US-\$) und Kasachstan (3,0 Milliarden US-\$) (World Bank). Russland nimmt im internationalen Vergleich aller Entsendeländer von Rimessen 2010 Rang 4 ein, Kasachstan Rang 24. Jedoch verringerten sich die Rücküberweisungen krisenbedingt zwischen 2008 und 2009. So konnten die in Russland tätigen Migranten 2008 noch über 26 Milliarden US-\$ nach Hause schicken, aus Kasachstan waren es noch etwa 3,6 Milliarden US-\$ (Tab. II.2-2).

Die ein- und ausgehenden Rimessen spiegeln die Heterogenität und komplexen Wirtschaftsbeziehungen, aber auch die Abhängigkeiten innerhalb der GUS wider. Um das Wirtschaftswachstum in der GUS nachhaltig zu gestalten, müssten die sozioökonomische Modernisierung vorangetrieben und die Volkswirtschaft diversifiziert werden, d.h. vor allem die Rohstoffverarbeitung gefördert werden. Generell müssten die verarbeitungs-, hightech- und wissenschaftsintensive Industrie beschleunigt aufgebaut werden, ebenso wie der agroindustrielle Sektor. Wichtig wäre es, von einer konsum- und importorientierten Wirtschaftsweise hin zu einem produktions- und innovationsbasierten Wirtschaftswachstum zu kommen. Grundlage hierfür wären ausländische Direktinvestitionen, die jedoch besserer Geschäfts- und Investitionsbedingungen bedürften (Auswärtiges Amt 2011; AHK 2011). Weitere Kernelemente einer tiefgreifenden Wirtschaftsliberalisierung wären: Wettbewerbsförderung, Schutz und Förderung des Privateigentums, Abbau administrativer Hürden, Harmonisierung der Steuergesetzgebung mit EU-Ländern, Entwicklung der Infrastruktur für privates Unternehmertum, Liberalisierung des Arbeitsmarktes, Entwicklung von „public-private partnership“ und die Sicherheit in der Gesetzgebung. Steigende Direktinvestitionen in Produktionsstätten zur Schaffung von Arbeitsplätzen würden wiederum das Migrationspotenzial reduzieren.

Bezüglich ökonomisch bedingter Abwanderung aus der GUS hat sich gezeigt, dass Arbeitsmigranten zuerst innerhalb des Großraums nach Alternativen suchen, bevor sie den weiteren Weg in den europäischen Westen oder in die USA antreten (Mansoor/Quilin 2007).

Der überwiegende Teil (etwa 80 %) der Wanderungen verläuft innerhalb der GUS und hat – wie aus den Rücküberweisungen ersichtlich – zu circa 50 % Russland zum Ziel (Molodikova 2008).

2.1.2 Beschäftigung

Beschäftigung steht seit jeher im Zentrum von Migrationsentscheidungen. Dabei sind die Nachfrage nach Arbeitskraft und die Lohndifferenziale zwischen Herkunfts- und Zielregion zentrale Momente. Doch erst der Vergleich mit westeuropäischen Lohnhöhen und sozialpolitischen Zusatzleistungen macht die Standarddifferenzen deutlich und führt die ökonomische Anziehungskraft der EU vor Augen.

Beschäftigungsbedingungen

Beim Beschäftigungsvergleich von GUS und EU müssen auch Schattenwirtschaft⁴⁰, prekäre Beschäftigungen⁴¹, die geringe Kaufkraft der schon niedrigen Löhne und Renten sowie Kinderarbeit in das Blickfeld gerückt werden.

40 Der Begriff „Schattenökonomie“ bzw. „Schattenwirtschaft“ bezeichnet ökonomische Aktivitäten, die zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung beitragen, jedoch nicht in der offiziellen Wirtschaftsstatistik ausgewiesen werden.

41 „Prekäre Beschäftigungen“ sind Arbeitsverhältnisse mit niedrigen Löhnen, die häufig nicht auf Dauer und Kontinuität angelegt sind, keine Absicherung durch die Sozialversicherung und nur geringe arbeitsrechtliche Schutzrechte aufweisen.

Tabelle II.2-3: Beschäftigungsbedingungen in der GUS

Land	Formelle Beschäftigung 2005-2008, in %	Prekäre Beschäftigung* 2005-2008, in %	Abhäng. Beschäftigte mit unter 1 US-\$ pro Tag, in %	Kinderarbeit Alter 5-14 1999-2007, in %	Gesetzlicher Mindestlohn pro Monat, in KKP US-\$** (in Euro)
Russland	94,1	5,8	-	-	223 (161)
Ukraine	80,7	-	-	7	311 (225)
Belarus	-	-	-	5	250 (181)
Moldau	67,6	32,4	11,1	32	-
Kasachstan	63,3	35,8	3,8	2	165 (119)
Usbekistan	-	-	59,7	-	-
Tadschikistan	-	-	28,6	10	48 (35)
Kirgisistan	51,9	47,3	27,2	4	20 (15)
Aserbaidshjan	46,8	53,2	-	7	121 (88)
Armenien	-	-	18,9	4	144 (104)
Deutschland	93,1	6,8	-	-	-

Anmerkung: * Prozentanteil der Beschäftigten, die als unbezahlte Familienarbeitskräfte und als Arbeitskräfte auf eigene Rechnung tätig sind.

Anmerkung: ** letztverfügbares Jahr.

Quelle: UNDP/DGVN 2010; ILO 2010.

Tabelle II.2-3 macht den hohen Anteil prekärer Beschäftigung in Moldau (32,4%), Kasachstan (35,8%), Kirgisistan (47,3%) und Aserbaidshjan (53,2%) deutlich. In Deutschland befanden sich 2005-2008 etwa 7% der Beschäftigten in prekärer Beschäftigung. Einkommensarmut, d.h. abhängige Beschäftigung, die mit weniger als 1-US-\$ pro Tag entlohnt wird, ist in Usbekistan mit fast 60% besonders verbreitet, gefolgt von Tadschikistan (28,6%) und Kirgisistan (27,2%). Der gesetzliche monatliche Mindestlohn liegt in der GUS zwischen 225 € in der Ukraine und 15 € in Kirgisistan (Tabelle II.2-3). Die höchsten Mindestlöhne finden sich in der europäischen GUS, die niedrigsten in der zentralasiatischen GUS.

Ein weiterer Indikator für die Notlage in Familien und die schwierigen Beschäftigungsbedingungen in der GUS ist die Kinderarbeit. So mussten zwischen 1999 und 2007 fast ein Drittel der 5- bis 14-Jährigen in Moldau arbeiten, in Tadschikistan waren es 10 %, in Aserbaidschan und der Ukraine 7%.

Arbeitslosigkeit

Die nach internationalen Maßstäben niedrige Arbeitslosigkeit in der GUS von 4 % bis 8 % ist auf eine Untererfassung des realen Ausmaßes zurückzuführen (Tab. II.2-4). Grund hierfür ist nach Brown (2006), dass sich viele Menschen nicht arbeitslos melden, weil (a) sie kein bzw. kaum Arbeitslosengeld erwarten können, (b) ihr „Lebensarbeitslosengeldbudget“⁴² bereits aufgebraucht ist, (c) die Registrierungsformalitäten zu kompliziert und der Ertrag dafür gering ist oder (d) weil sie entmutigt die Jobsuche aufgeben haben. In Russland erhalten beispielsweise nur etwa 25 % der Arbeitslosen Unterstützungsleistungen (HDR 2010: 99).

Tabelle II.2-4: Arbeitslosigkeit gesamt und nach Bildungsabschluss in der GUS, 2006-2008

Land	Arbeitslosigkeit Gesamt % Erwerbsbev. 2006-2008	Jugendarbeitslosigkeit Gesamt % Erwerbsbev. Alter 15-24 2006-2008	Arbeitslosigkeit nach Bildungsabschluss 2007, in % aller Arbeitslosen		
			Primär (Grundschule)	Sekundär	Tertiär (Hochschule)
Russland	6 (2008)	15 (2007)	14	54	32
Ukraine	6 (2008)	15 (2005)	9	52	39
Belarus	8 (2010)	-	10	39	51
Moldau	4 (2008)	15 (2007)	-	-	-
Tadschikistan	-	-	67	29	5
Kirgisistan	8 (2006)	15 (2006)	13 (2006)	77(2006)	10(2006)
Aserbaidschan	7 (2007)	14 (2007)	6	79	15
Armenien	-	-	5	83	12

Anmerkung: Für Usbekistan und Kasachstan sind keine Daten vorhanden.

Quelle: World Bank Datenbank (Aufruf 17.11.2010).

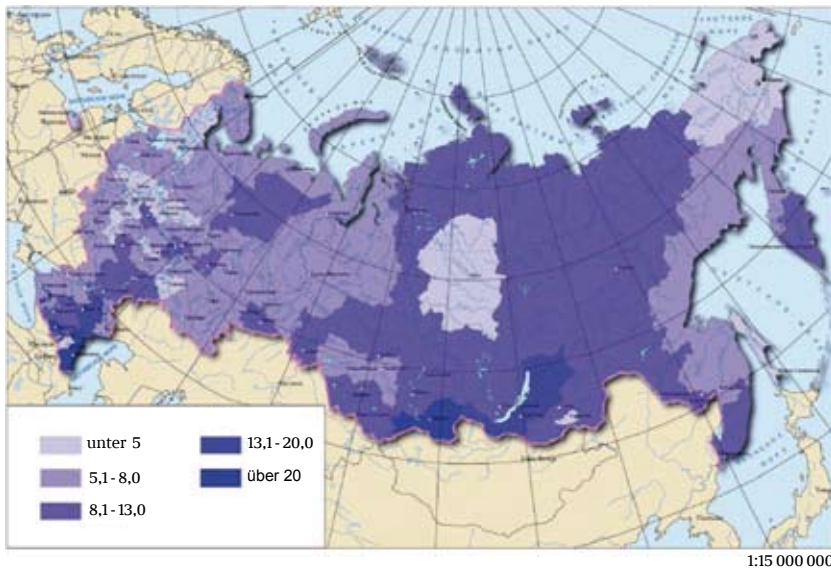
42 Gebilligte Zeit für den Bezug von Arbeitslosengeld.

Betrachtet man jedoch die Jugendarbeitslosigkeit, so ist diese mit etwa 15 % doppelt so hoch wie die allgemeine (Tab. II.2-4). Einen weiteren Hinweis auf ein bestehendes Migrationspotenzial gibt die Analyse der „Arbeitslosigkeit nach Bildungsabschluss“. Auffällig sind die hohen Arbeitslosenquoten nach Sekundärbildung im Kaukasus (2007: Armenien: 83 %, Aserbaidschan: 79 %), in Kirgisistan (2006: 77 %) und in der osteuropäischen GUS (2007: Russland 54 %, Ukraine 52 %). Noch auffälliger ist die Arbeitslosigkeit nach höchsten Bildungsabschlüssen (Tertiärbildung). Sie lag 2007 für Hochschulabgänger in Belarus bei 51 %, in der Ukraine bei 39 % und in Russland bei 32 % (Tab. II.2-4). Hohe Jugendarbeitslosigkeit und ein Mangel an qualifizierten Arbeitsplätzen können als Indikatoren für ein wachsendes Migrationspotenzial gelten. Gerade junge (Hoch)Qualifizierte aus der europäischen GUS spielen mit dem Gedanken, zur Arbeitsaufnahme in die EU zu migrieren.

Was die nationalen Arbeitslosenzahlen ebenfalls verbergen, ist die regionale Streuung der Arbeitslosenquote. Bereits im Jahr 2000 lag die regionale Streuung der Arbeitslosenquote in Russland zwischen 3,8 % in Moskau, 15,4 % in Kaliningrad und 25,6 % in Dagestan. Als Grund hierfür nennen Jurajda/Terrell (2009) die großen regionalen Unterschiede in der Verteilung von Humankapital. Abbildung II.2-1 führt diese Unterschiede graphisch vor Augen.⁴³

43 Die heterogene Entwicklung der Arbeitslosigkeit in osteuropäischen Ländern lässt sich u.a. durch unterschiedliche Restrukturierungsgrade erklären. In der GUS lässt sich der relativ langsame Anpassungsprozess an den anfangs geringen und dann steigenden Arbeitslosenquoten ablesen (Rutkowski 2006). Ein weiterer Grund ist der unterschiedliche Wettbewerb auf den Produktmärkten, welcher neue Arbeitsplätze geschaffen hat, aber gerade in den osteuropäischen Ländern Arbeitsplätze zerstört hat (Brown/Earle 2008). Die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen der osteuropäischen Länder sind ein weiterer Grund. Länder, die vor 1989 teilweise umstrukturiert wurden oder privatwirtschaftliche Entwicklungen aufwiesen, konnten den Transformationsschock eher abfedern, als andere Länder (Münich/Svejnar 2007).

Abbildung II.2-1: Regionale Verteilung der Arbeitslosigkeit in Russland, 2006 in %



Quelle: Ryatantsev 2010 (ppt), eigene Bearbeitung.

2.1.3. Armut

Der „Human Development Report“⁴⁴ (HDR) und verwandte Publikationen des UN-Systems⁴⁵ thematisieren „Armut“ und beleuchten sie mit differenzierten Indikatoren. Die Armutsindikatoren, die im HDR 2010 aufbereitet werden, zeigen eine deutliche Trennlinie zwischen den osteuropäischen und asiatischen Staaten der GUS (Tab. II.2-5). Je nach Berechnungsgrundlage unterscheidet der HDR absolute und relative Armut. Absolute Armut besteht, wenn eine Person weniger als 1,25 US-\$ pro Tag (Armutsgrenze) zum Leben hat, relative Armut, wenn ein Verdienst deutlich unter dem landesüblichen Durchschnittseinkommen liegt.

44 Dt. „Bericht über die menschliche Entwicklung“. Die deutsche Fassung wird von UNDP und DGVN (Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen) herausgegeben.

45 Z.B. von ECOSOC, UNFPA, WFP, UNAIDS, UNEP, UNESCO, World Bank etc.

Im gesamten GUS-Raum arbeiten – je nach Land und Region – zwischen 10 % bis 50 % der arbeitsfähigen Bevölkerung in der Schattenökonomie, zudem besteht in ländlichen Regionen noch Subsistenzwirtschaft bzw. Selbstversorgung. Dies drückt das Niveau der Indikatoren zur Lebenshaltung. Niedrige Löhne und Arbeitslosigkeit sorgen für weitläufige Armutserscheinungen. Insgesamt leben so durchschnittlich 25 % der Menschen in der GUS von weniger als 2 US-\$ pro Tag (Brainerd 2010). In Usbekistan sind es 77 %, in Kirgisistan (52 %) und Tadschikistan (51 %) über die Hälfte der Bevölkerung (Tab. II.2-5). In der osteuropäischen GUS lebt fast ein Drittel der moldauischen Bevölkerung von weniger als 2 US-\$ täglich.⁴⁶

Tabelle II.2-5: Mehrdimensionale Armut in den GUS-Staaten, 2000-2008, in % der Bevölkerung

Land	Anteil der Gesamtbev. mit weniger als 2 US-\$ pro Tag, 2009	Bev. in mehrdimensionaler Armut, Deprivations-Intensität	Bev. mit Risiko mehrdimensionaler Armut	Bev. mit mindestens einer starken Deprivation* bei			Bev. unterhalb der Einkommensgrenze	
				Bildung	Gesundheit	Lebensstandard	US-\$ 1,25 KKP pro Tag	Nationale Armutsgrenze
Russland	<2	38,9	0,8	1,6	3,5	0,4	<2	19,6
Ukraine	<2	35,7	1,2	6,2	2,1	0,2	<2	19,5
Belarus	<2	35,1	0,8	2,0	3,1	0,1	<2	17,4
Moldau	29	37,6	7,2	5,1	10,1	5,3	2,4	48,5
Usbekistan	77	36,2	8,1	4,4	17,4	2,3	46,3	27,2
Kasachstan	17	36,9	5,0	1,3	9,8	1,1	<2	15,4
Tadschikistan	51	40,0	23,1	14,3	35,6	21,9	21,5	53,5
Kirgisistan	52	38,8	9,2	18,7	2,1	8,3	3,4	43,1
Aserbaidshjan	<2	38,6	12,4	10,2	20,3	4,2	<2	49,6
Armenien	43	36,5	5,5	9,5	14,6	0,8	3,7	50,9

* Prozentanteil der Bevölkerung, die eine Deprivation in mindestens 1,5 der gewichteten Indikatoren für Gesundheit, Bildung oder Lebensstandard erleidet.

Quelle: UN 2009, UNDP/DGVN 2010.

⁴⁶ Siehe hierzu auch Rowland 2009.

Die abhängig Beschäftigten in „Einkommensarmut“, d.h. mit einem Tageslohn von unter 1,25 US-\$ KKP (Kaufkraftparität) pro Tag, finden sich zwar nicht in Osteuropa (<2%), aber zu 46% in Usbekistan und zu 21,5% in Tadschikistan (2000-2008). Diese sogenannten „working poor“ stocken ihr Gehalt oft durch Arbeit in der Schattenwirtschaft auf. Eine Mehrfachbenachteiligung liegt bei „mehrdimensionaler Armut“ vor, d.h. bei Deprivation in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Lebensqualität (UNDP/DGVN 2010). Die Anteile der von mehrdimensionaler Armut Betroffenen liegen in der GUS zwischen 35% und 40% (Tab. II.2-5). Das Risiko mehrdimensionaler Armut ist in Tadschikistan mit 23% besonders hoch.

Die „Nationale Armutsgrenze“ verweist auf den sozioökonomischen Entwicklungsgrad einer Region. Der Durchschnitt aller Leistungsentgelte und Bezüge bildet die Richtschnur dafür, wo die Schwelle des Existenzminimums – identisch mit Armutsgrenze – zu setzen ist. Die Armutsgrenze ist – so gesehen – nicht nur ökonomisch zu berechnen, sondern auch nach Entwicklungsräumen zu interpretieren. In den osteuropäischen GUS-Ländern Russland, Ukraine und Belarus befinden sich etwas weniger als 20% der Bevölkerung an der Armutsgrenze. In Moldau, Tadschikistan, Aserbaidschan und Armenien und lebt dagegen etwa die Hälfte der Menschen in Armut. Dieses Wohlstandsgefälle erklärt wiederum die Migrationsbewegungen innerhalb der GUS und in die EU.

2.1.4. Zufriedenheit

Menschliche Entwicklung – so fasst der Human Development Report zusammen – beruht auf den Säulen Bildung, Gesundheit und Lebenszufriedenheit, die mit Hilfe staatlicher Institutionen zum Besten der Individuen interagieren sollten. Wenn der Zugang zu einer oder mehreren dieser Säulen menschlicher Entwicklung fehlt, so spricht der Bericht von Deprivation bzw. Benachteiligung und drückt damit aus, dass dem Einzelnen vorenthalten wird, was den Charakter eines Menschenrechts trägt (UNDP/DGVN 2010: 16).

Die Zufriedenheit mit den Kosten für Gesundheitsversorgung und Wohnraum liegt in der GUS bei durchschnittlich 42 % – im Vergleich zu 86 % (Gesundheit) und 70 % (Wohnraum) in Deutschland (Tab. II.2-6). Mit Bildungssystem und Schulen sind durchschnittlich 58 % der Bevölkerung in der GUS zufrieden – was dem Wert in Deutschland entspricht. Betrachtet man die einzelnen Länder, zeigt sich ein erstaunliches Bild: die Zufriedenheit in den drei Bereichen Gesundheit, Bildung und Wohnraum ist in den armen zentralasiatischen Ländern Usbekistan, Kirgisistan und Tadschikistan am höchsten, dagegen in den osteuropäischen Ländern, v.a. in Russland und der Ukraine, am geringsten.

Tabelle II.2-6: Lebenszufriedenheit in der GUS, 2006-2009, in %

Land	Zufriedenheit mit...		
	Erschwinglichkeit von Wohnraum	Kosten für Gesundheitsversorgung	Bildungssystem, Schulen
Russland	24	29	42
Ukraine	29	17	38
Belarus	30	32	57
Moldau	26	41	58
Usbekistan	70	75	81
Kasachstan	35	39	54
Tadschikistan	52	50	68
Kirgisistan	57	55	68
Aserbaidshjan	57	41	59
Armenien	33	44	55
Deutschland	70	86	59

Quelle: UNDP/DGVN 2010.

Nach Meinung einiger Autoren ist für die Lebensunzufriedenheit in Russland vor allem der „Ungleichheitsanstieg“ ausschlaggebend (Brainerd 2010: 15, Guriev/Zhuravshakaya 2009). Das niedrige Niveau der Lebenszufriedenheit in der GUS hat nach Brainerd (2010) drei Hauptursachen, die alle ökonomischer Natur sind: (1) Die wachsende

Ungleichheit und die Meinung, dass das neue marktwirtschaftliche System unfair ist, (2) die abnehmende Qualität und Verfügbarkeit öffentlicher Güter, wie Bildung und Gesundheitsversorgung; (3) Einkommensschwankungen und steigende wirtschaftlicher Unsicherheit.

Die Unzufriedenheit mit regionalen Gegebenheiten kann als ein Indikator für Abwanderungsbereitschaft gesehen werden. Gerade die unzufriedene Mittelschicht und das Bildungsbürgertum können Migration als Weg aus der Deprivation und Ungleichbehandlung sehen. Die Abwanderung eröffnet gerade für diese Bevölkerungsgruppen neue Lebensperspektiven. Für die Herkunftsländer stellt dann jedoch die Abwanderung Hochqualifizierter (Brain Drain) einen erheblichen Verlust an Humankapital dar.⁴⁷

2.2 Wirtschaftspolitische Faktoren

2.2.1 Schwierigkeiten der GUS mit einem einheitlichen Wirtschaftsraum

Das große Wohlstandsgefälle, das sich zwischen der EU und der GUS auftut, ist nicht alleine für die Abwanderungsmotivation verantwortlich. Auch das Unvermögen der GUS, ein starkes Wirtschaftswachstum beruhend auf technischem Fortschritt und steigender Produktivität zu erzielen, spielt hier eine ebenso wichtige Rolle, wie die große Abhängigkeit von der Öl- und Gasförderung. Die Tagung des Rats der Regierungschefs der GUS im November 2010 unter dem Motto „Wissenschaft und Innovationen“ konnte keine nennenswerten Erfolge auf diesem Gebiet vorweisen. Der Aufbau wissensbasierter Ökonomien kommt in der GUS kaum voran: „Bislang ist in der GUS trotz zahlreicher Dokumente kein einziges Innovationsprojekt erfolgreich verwirklicht worden“ (RIA Novosti 19.11.2010). Die Ukraine beklagt einen „Massenexodus der Wissenschaftler“, der ihre Wissenschaft „in einem beklagenswertem Zustand“ versetzt (RIA Novosti 19.11.2010). Kasachstan hätte Voraussetzungen für einen Wissenschaftsstandort (Ressourcen, Qualifikation), doch der Wissenschaftsetat beträgt nur 0,26 % des BIP, während die EU dafür allein 1,85 % des BIP bereitstellt (RIA Novosti 19.11.2010).

47 Siehe hierzu auch Heß 2009.

Bisher blieben alle Initiativen, aus der GUS einen einheitlichen Wirtschaftsraum zu schaffen, um Effizienz, Gütertausch und Mobilität der Arbeitskräfte zu erhöhen, ergebnislos. Die Agenda des 2010 unter Vorsitz Russlands tagenden Rats der Regierungschefs umfasste: Fragen der Wirtschaftskooperation, die Schaffung einer Freihandelszone, die Erhöhung der Nahrungssicherheit in der GUS, sowie die Punkte Energieerzeugung und Energieverbrauch. Die Schaffung einer Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (EAWG) sollte dem vereinfachten Handel mit Agrarprodukten dienen. Sie sollte ihre Fortsetzung in einem Einheitlichen Wirtschaftsraum (EWR) finden, dem eine Zollunion Russlands, Weißrusslands und Kasachstans vorausging (Tab. II.2-7). Doch mit jeder Gruppenbildung werden Diskriminierungen nach außen geschaffen: „So gibt es im Abkommen über Arbeitsmigration im EWR den Begriff ‚innere Arbeitsmigranten‘. Das bedeutet, dass sich der Status der belarussischen und kasachischen Arbeitswanderer in Russland vom Status der Einwanderer aus anderen GUS-Ländern, inklusive Ukraine, unterscheidet.“ (RIA Novosti 19.11.2010).

Da die GUS sich nicht auf eine rechtlich verbindliche Bündnisform einigen kann, sind alle Versuche einer stärkeren Vereinheitlichung seit 1992 praktisch gescheitert. Das Handelsvolumen der GUS ist abhängig von der zahlungsfähigen Nachfrage Russlands und somit ein ökonomischer Unsicherheitsfaktor. Die Abhängigkeit der meisten GUS-Staaten von russischen Energierohstoffen birgt weitere Instabilität in sich. Nur Aserbaidschan und Kasachstan sind in Energiefragen unabhängig und können daher wirtschafts- und außenpolitisch eigenständig agieren (RIA Novosti, 02.03.2010).

Tabelle II.2-7: Internationale Kooperationen innerhalb der GUS

Land	CIS (= GUS) (Gemeinschaft Unabhängiger Staaten) 1991	CSTO (Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit) 1992	BSECO (Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation) 1992	Russisch-Weißrussische Union 1996	GUAM (Organisation für Demokratie und Wirtschaftsentwicklung) 1996
Russland	X	X	X	X	-
Ukraine	X	-	X	-	X
Belarus	X	X		X	-
Moldau	X		X	-	X
Kasachstan	X	X	-	-	-
Usbekistan	X	X	-	-	-
Tadschikistan	X	X	-	-	-
Kirgisistan	X	X	-	-	-
Aserbaidshjan	X		X	-	X
Armenien	X	X	X	-	-

Land	EAEAC (= EAWG) (Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft) 2000	SCO (Shanghai Organisation für Zusammenarbeit) 2001	CACO (Zentralasiatische Organisation für Zusammenarbeit) 2002	SES / EWR (dt.) (Einheitlicher Wirtschaftsraum) 2003/ ratifiziert voraussichtl. 2012	Russisch-Kasachisch-belarussische Zollunion 2006/ ratifiziert 2010
Russland	X	X	X	X	X
Ukraine	-	-	-	X	
Belarus	X	-	-	X	X
Kasachstan	X	X	X	X	X
Usbekistan	-	X	X	-	-
Tadschikistan	X	X	X	-	-
Kirgisistan	-	X	X	-	-

Quelle: Eurasian Home 2011⁴⁸, eigene Bearbeitung.

48 Siehe <http://www.eurasianhome.org/xml/t/databases.xml?lang=en&nic=databases&s=-1>.

2.2.2 Initiativen zur Annäherung an die EU

EU-Nachbarschaftspolitik

Die EU-Kommission wollte dem Vorwurf, mit einer Art Blockbildung den europäischen Kontinent neuerlich zu spalten, entgegenwirken. Sie legte beinahe zeitgleich mit der ersten Osterweiterung am 1. Mai 2004 das Strategiepapier zur „Europäischen Nachbarschaftspolitik“ (ENP) vor (Wetzel 2005). Die ENP kann als eine Alternative zum Beitritt als Vollmitglied verstanden werden und beinhaltet die Teilnahme der Partnerländer an „zentralen Aspekten der Politiken und Programme der EU“.⁴⁹ Als Basis dieser Politik gelten gemeinsame Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, eine marktwirtschaftliche Ausrichtung und die Achtung der Menschenrechte. Darüber hinaus wird eine stärkere wirtschaftliche und politische Integration mittels bilateraler Kooperations- und Assoziierungsabkommen angestrebt. Zudem ist es ein großes Anliegen der EU, sicherheitspolitischen Risiken wie der Formierung organisierten Verbrechens oder gewaltsamer Konflikte an den Außengrenzen mit Hilfe eines „Rings von Freunden“ vorzubeugen. Bislang hat die ENP konkrete Geltung für die östlichen Grenzstaaten Ukraine, Moldau und Belarus sowie mit Einschränkungen für Russland. Alle diese Staaten haben gemeinsam, dass sie kulturelle und historische Bindungen zu Mittel- und Westeuropa aufweisen. Aufgrund ihrer flächenmäßigen Größe und ihres ökonomischen Potenzials nimmt die Ukraine dabei eine besondere Rolle in der Stabilisierung Osteuropas ein (Jacobsen/Machowski 2005, Harter 2011).

Visaerleichterung und -freiheit für Russland

Russlands Premierminister Wladimir Putin nutzte die allgemeine Debatte um Ursachen und Konsequenzen der Weltfinanzkrise, um einen „Kontinentalmarkt“ vorzuschlagen, „von Lissabon bis Wladiwostok“ (Süddeutsche Zeitung, 25.11.2010 a, b). Damit wurde das stärkste und weitestgehende Angebot einer Zusammenarbeit mit der EU vorgelegt. Putin schlug strategische Allianzen im Bereich des Schiffs- und Fahrzeugbaus, der Weltraumtechnologie, Medizin, Pharmazie, der Kernenergie und Logistik vor. Russland steht also wie schon mehrmals

49 Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaft 2004: 8f.; siehe hierzu auch Böttger 2005, Birckenbach/Wellmann 2001.

in seiner Geschichte vor einem Modernisierungsproblem und sucht dies als Energielieferant und über „Aktiva-Tausch“ (Firmenbeteiligungen) zu beheben (Laqueur 2010). Um näher an die EU heranzukommen hat Putin vorgeschlagen, den Visumzwang für Russen in der EU aufzuheben, um so zu einer echten Integration von Russland und der EU zu gelangen. Die EU und besonders Deutschland könnten so von (hoch) qualifizierten Migranten aus der osteuropäischen GUS profitieren. Doch ebenso könnte die Nachfrage nach Arbeit im Niedriglohnbereich gedeckt werden. Ein im Rahmen des Ständigen Partnerschaftsrates EU-Russland im Bereich Freiheit, Sicherheit und Justiz vereinbarter gemeinsamer Stufenplan zum visumfreien kurzzeitigen Grenzverkehr zwischen Russland und der EU, muss noch von beiden Seiten angenommen werden (Harter 2011). Die Entscheidung, wann Russland die Visumfreiheit mit der EU erreichen wird, ist aber eng an die Entwicklungen in der Ukraine und Moldau geknüpft.⁵⁰ Die außenpolitischen Erwägungen im Rahmen der ENP und östlichen Nachbarschaftspolitik sind in diesem Zusammenhang ebenfalls von besonderem Interesse. Während Moldau Fortschritte bei den Verhandlungen vorweisen kann, ist die Situation in der Ukraine durch die innenpolitischen Entwicklungen im Jahr 2011 komplizierter (Harter 2011: 5; Umland 2011).⁵¹

Schlussfolgerungen

Die in diesem Abschnitt untersuchten Indikatoren zur Situation der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes haben in annähernd allen Dimensionen eine deutliche Differenz zwischen den Staaten der GUS und der EU bzw. Deutschland ergeben. So zeigte sich beim BNE-Vergleich von osteuropäischen und asiatischen GUS-Staaten ein großer Abstand zu spätindustriellen Dienstleistungs- und Informationsgesellschaften, wie Deutschland. Das BNE (KKP) pro Kopf in Russland 2010 entspricht nur ca. der Hälfte des Werts für Deutschland (38.170 US-\$). In den asiatischen GUS-Staaten werden sogar teilweise nur Werte um 2.000 US-\$ bis 3.000 US-\$ erreicht.

50 Vgl. Ratsverordnung Nr. 539/2001, 15. März 2001.

51 Die EU und die östlichen Partnerländer Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldau und die Ukraine haben sich 2009 auf das langfristige Ziel der Visumfreiheit geeinigt. 2010 wurden erste Aktionspläne mit der Ukraine und Moldau vereinbart, die einen schrittweisen und konditionierten Prozess auf dem Weg zum visumfreien Reisen definieren (Auswärtiges Amt 2011).

Die jeweilige Beschäftigungslage ist ein zentraler Existenzbereich und damit auch ein Zentralmotiv der Abwanderung. Die Staaten der GUS zählen zu den Niedriglohnländern, obwohl sie nicht offiziell als Entwicklungsländer gelten. Doch der hohe Anteil an Schattenwirtschaft und Arbeitsverhältnissen, die nur pro forma registriert werden, und von Einkommen am Rande des Existenzminimums, rückt v.a. die asiatischen GUS-Staaten in die Nähe von Entwicklungsländern. Der Beschäftigungsbereich differiert nach Beschäftigungsart und Lohnniveau und stellt sich nach westlichen Maßstäben als krisenhaft dar. Prekäre Beschäftigung und offizielle wie verdeckte Arbeitslosigkeit werden häufig durch Familienarbeit und informelle Tätigkeiten kompensiert.

Die offizielle Arbeitslosigkeit innerhalb der GUS erscheint zwar moderat (4 % bis 8 %), kann aber nicht als Vergleichsgröße zur EU dienen, da eine erhebliche Untererfassung vorliegt. Vielmehr ist der Arbeitsmarkt geprägt von Schattenwirtschaft, Gelegenheitsarbeit und dem Verzicht auf Arbeitslosmeldung. Auf einem unüblich hohen Niveau bewegt sich die Arbeitslosigkeit nach den vorhandenen Zahlen bei qualifizierten und hochqualifizierten Arbeitskräften. Die hohe Arbeitslosigkeit unter diesen GUS-Bürgern lässt auf eine große Abwanderungsbereitschaft dieser Personengruppe schließen (Heß 2009). Bevorzugte Zielregion der höher Qualifizierten, zumindest aus den osteuropäischen Staaten, ist – basierend auf der Gallup-Studie (vgl. Kap. I.4.) – die EU. Die asiatischen GUS-Bürger präferieren dagegen eher die Arbeitsmigration innerhalb der GUS (z.B. Russland, Ukraine, Kasachstan).

Niedrige Löhne und Arbeitslosigkeit sorgen für weitverbreitete Armutserscheinungen. Die im Human Development Report ausgewiesenen Armutsindikatoren für die GUS belegen einen erschwerten Zugang zu Bildungseinrichtungen und zur Gesundheitsversorgung, wobei die asiatischen GUS-Staaten die höchsten Defizite aufweisen. Die große räumliche Entfernung des Kaukasus und Zentralasiens von der EU und die familialen Kompensationen durch traditionelle Gemeinschaften senken hier jedoch die Abwanderungsmotivation in die EU zugunsten anderer GUS-Länder.

Schließlich ist die Lebenszufriedenheit ein weiterer entscheidender Faktor bei der Entstehung von Abwanderungsneigung. Nach den Angaben des HDR findet sich in allen Staaten der GUS Unzufriedenheit mit Wohnraum, Gesundheitsversorgung und dem Bildungssystem (Schule), wobei die Werte in den osteuropäischen GUS-Staaten am größten sind, was in Verbindung mit dem vergleichsweise geringeren Einkommen und möglicher Arbeitslosigkeit auf ein höheres Migrationspotenzial schließen lässt.

3. Politische Faktoren der Migration aus der GUS

Zum Verhältnis von Politik und Abwanderungsneigung in einer Region gibt es wenig allgemeingültige Erkenntnisse. Ein direkter Zusammenhang zwischen politischer Lage und Migration besteht bei Kriegshandlungen, Minderheitenunterdrückung, Vertreibung, Ausweisung und Verfolgung. Migration kann eine Reaktion auf akute Bedrohungssituationen oder auf langandauernde Prozesse politischer Unterdrückung sein. Flucht, Vertreibung und Ausweisung sind Formen unfreiwilliger bzw. erzwungener Migration. Politische Abwanderungsfaktoren, die zu Migration in der ganzen Spannweite von freiwillig bis erzwungen führen können, reichen von einschneidenden Erlebnissen mit politischer Macht bis hin zu alltäglichen Erfahrungen hinsichtlich Existenz- und Freiheitsbeschränkungen, Unterdrückung, Einschüchterung, mangelnden Partizipationsmöglichkeiten, ungleichem Zugang zu öffentlichen Institutionen und Leistungen. In jedem Fall tangieren die Erfahrungen die Lebenspläne der ansässigen Menschen und können zu Abwanderungsneigung führen, sobald sich für Einzelne oder Gruppen die Perspektiven nicht verbessern oder gar verschlechtern. Während ökonomische Faktoren meist unmittelbar auf die Existenz wirken, betreffen die politischen Faktoren weitergefasste Lebenspläne und Zukunftserwartungen von Einzelnen und Familienverbänden. In Wechselwirkung mit ökonomischer Benachteiligung, schlechten Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten werden die Abwanderungspläne konkret. Vorrangiges Ziel der Abwanderer ist es, die Lebenssituation für sich, die Familie und die nachfolgende Generation zu verbessern. Gerade bei Hochschulabgängern geht es oft darum, sich selbst zu entfalten, sein Humankapital bestmöglich zu nutzen und ein Leben in einer freien, offenen Gesellschaft zu führen.

Demokratisierung und Marktwirtschaft gelten zwar allgemein als Ziele der Transformationsprozesse in den Ländern der GUS, doch der Übergang von Zentralismus, Autoritarismus und dogmatischer Planwirtschaft zu freien und offenen Gesellschaften ist nicht unproblematisch. In den letzten Jahren gab es immer wieder Menschen, die die GUS vor allem aus politischen Gründen verlassen haben. Sie sind nicht einverstanden mit dem Regierungskurs, aber auch nicht mit der sogenannten „Systemopposition“. Auch politisch relativ inaktive Personen, die mit der Entwicklung der Demokratie und der politischen Kultur im Staat unzufrieden sind und in absehbarer Zukunft keine Besserung erwarten, zählen hierzu (Mommensen/Nußberger 2009).

Bei der Behandlung der Diskrepanz zwischen der GUS und der EU in den Bereichen Demographie, sozialer Infrastruktur und Ökonomie wurden die politischen Problemlagen der GUS nur gestreift. Im Folgenden werden vier politische Faktoren, die für politisch bedingte Wanderungsbewegungen mitverantwortlich sein können, analysiert: (3.1.) die Qualität der Regierungsführung in GUS-Staaten und demokratisch-zivilgesellschaftliche Faktoren, (3.2.) die Konfliktlagen innerhalb der GUS sowie (3.3.) Flucht und Asyl aus der GUS.

3.1 Die politischen Regimes der GUS-Staaten – im Lichte vergleichender Indizes

Die osteuropäischen GUS-Staaten Russland, Ukraine und Moldau haben seit 1990 etliche Schritte hin zu einer Demokratisierung gemacht. Dagegen ist Belarus ein diktatorischer Staat geblieben. Und auch die asiatischen GUS-Staaten haben keinen demokratischen Weg nach westlichem Muster eingeschlagen, sondern haben sich zu „Präsidialregimes“ mit schwer einsehbaren Machtstrukturen entwickelt (Treisman 2010). Wie es um die Qualität der Regierungsführung, die Pressefreiheit und den Korruptionsgrad in den GUS-Länder bestellt ist, lässt sich mit Hilfe von bewährten und differenzierten Indizes beschreiben.

3.1.1 Regierungsführung

Um die Transformationsleistungen hin zu marktwirtschaftlicher Demokratie zu messen und Vergleiche zwischen einzelnen Regionen und Ländern anstellen zu können, die sich auf einem ähn-

lichen Transformationsweg befinden, hat die Bertelsmann Stiftung den Bertelsmann Transformation Index (BTI) geschaffen (Bertelsmann Stiftung 2008). Drei Teilindizes fließen in den BTI ein: (1) der Stand der rechtsstaatlichen Demokratie, (2) der Stand der sozial verantwortlichen Marktwirtschaft und (3) die politische Managementleistung.⁵² Die Werte für die Teilindizes Demokratie und Marktwirtschaft werden arithmetisch gemittelt und ergeben den Status-Index.

Tabelle II.3-1: Klassifikation der GUS-Länder nach dem politischen Regime

Defekte Demokratie	Stark defekte Demokratie	Gemäßigte Autokratie	Autokratie
Moldau	Armenien	Kasachstan	Aserbaidschan
Ukraine	Kirgisistan		Tadschikistan
	Russland		Usbekistan
			Belarus

Quelle: Bertelsmann Stiftung 2010.

Die Analysen ergaben, dass der demokratische Charakter staatlicher Ordnung zwar in den Verfassungen verankert ist, die untersuchten Staaten in der Praxis jedoch von ihren Verfassungsansprüchen zum Teil erheblich abweichen oder Merkmale von (westlicher) Demokratie überhaupt vermissen lassen. Nach dem BTI werden die GUS-Staaten überwiegend als (stark) defekte Demokratien oder Autokratien eingestuft.

- „Defekten Demokratien mangelt es trotz relativ freier Wahlen an der hinreichenden Durchsetzung der politischen und bürgerlichen Freiheitsrechte und einer effektiven Gewaltenteilung“ (Bertelsmann Stiftung 2010: 6).
- „Stark defekte Demokratien sind durch erhebliche Mängel an Rechtsstaatlichkeit, eingeschränkte Chancengleichheit für die Opposition, sowie nur bedingt repräsentative politische Strukturen gekennzeichnet.“ (ebd.)

52 Der Managementindex wird in dieser Untersuchung nicht weiter betrachtet.

- „Autokratien“ (Selbst- bzw. Alleinherrschaft) vereinen die Staatsgewalt in einer zentralen Kraft und sehen keine Bürgerpartizipation vor. Der Inhaber uneingeschränkter Staatsgewalt kann eine einzelne Person (z.B. Diktator) oder eine Gruppe (z.B. Partei, Clan) sein.

Defekte Demokratien findet man in Ländern, in denen das demokratische System vorwiegend dazu dient, bestehende Machtverhältnisse zu zementieren oder Willkürmaßnahmen zur Verhinderung eines Machtverlustes zu verschleiern. Diese erfüllen zwar offiziell noch demokratische Mindeststandards, weisen in der Praxis aber erhebliche Rechtsstaatsmängel auf wie die Behinderung der Opposition und Wahlmanipulation. Sie befinden sich in einer Grauzone zwischen Demokratie und Autokratie. Prominentes Beispiel für eine „stark defekte Demokratie“ ist laut BTI Russland (Tab. II.3-1), das sich selbst in Abgrenzung zum Westen auch als „gelenkte Demokratie“ betrachtet (Mommesen/Nußberger 2009; Mommsen 2004).

Auch wenn sich die Hintergründe für solche Entwicklungen von Land zu Land unterscheiden, so liegen diesem negativen Befund doch häufig ähnliche Muster zugrunde: Eine mangelnde rechtsstaatliche Verankerung der Demokratie, gepaart mit einer geringen politischen Partizipation der Bevölkerung. Diese Defizite erschweren das Vorgehen gegen eine zunehmende Einschränkung der Bürgerrechte oder grassierenden Amtsmissbrauch. Denn eine funktionierende Gewaltenteilung und die Unabhängigkeit der Justiz konnten sich in der GUS noch nicht etablieren.

Die geringe politische Glaubwürdigkeit defekter Demokratien ist erkennbar an schwachen Regierungsleistungen zur Sicherung von sozialen Grundstandards und Chancengleichheit. In vielen dieser Länder ist das sozioökonomische Entwicklungsniveau, wie oben gezeigt, niedrig. Armut und soziale Exklusion sind verbreitet und strukturell verfestigt. Diese strukturellen Defizite und sozialen Schief lagen bergen unter Bedingungen weltwirtschaftlicher Unsicherheit beträchtliche Risiken. Schwindende finanzielle Ressourcen und das Ausbleiben legitimitätsstiftender wirtschaftlicher Prosperität bedrohen die Stabilität von Regierungen, die sich in Händen von Machteliten befinden.

3.1.2 Standards der Partizipation

Für die Vergleichbarkeit von Partizipationsstrukturen hat die Weltbank ein Länder-Ranking nach Zugänglichkeit und Beteiligung des Einzelnen am politischen Prozess und den Strukturen der Verantwortlichkeit von Mandatsträgern erstellt. 192 Länder wurden auf Veränderungen, die sich im Bereich liberaler Öffentlichkeit zwischen 1996 und 2009 ergeben haben, untersucht. Die Kritisierbarkeit von politischer Macht („voice“) durch unabhängige Medien spielte als Urteilkriterium eine große Rolle. Die Liste wird 2009 von Norwegen (100) und der Schweiz (100) angeführt. Während die postkommunistischen Staaten Ostmitteleuropas, die mittlerweile EU-Mitglieder sind, auf Werte um 80 (Kaufmann 2010) kommen, fallen die Länder der GUS dagegen deutlich zurück und zeigen für 2009 schlechtere Werte als noch für 1996 (Tab. II.3-2). Am unteren Ende dieses Rankings finden sich 2009 Usbekistan (2), Belarus (7), Tadschikistan (10), und Aserbaidtschan (13).

Tabelle II.3-2: Voice and Accountability Ranking, 1996-2009

Land	1996	2003	2007	2008	2009
Russland	35	33	21	22	23
Ukraine	39	26	46	47	47
Belarus	8	12	5	7	7
Moldau	45	31	38	36	39
Usbekistan	9	2	2	2	2
Kasachstan	23	20	17	18	18
Tadschikistan	5	15	11	10	10
Kirgisistan	28	18	29	25	22
Aserbaidtschan	15	22	15	13	13
Armenien	27	31	30	28	26
Deutschland	91	94	95	94	94

Anmerkung: je höher der Wert, desto mehr Partizipation und Meinungsfreiheit (Maximalwert: 100).

Quelle: Kaufmann 2009, 2010.

3.1.3 Demokratische Freiheiten

Den Grad demokratischer Freiheiten weltweit misst der Freedom House Index (FHI)⁵³ (Freedom House 2010). Das Maß politischer Rechte und bürgerlicher Freiheiten wird dabei mit einer Skala von 1 (frei) bis 7 (unfrei) angegeben.

- Frei: 1,0 - 2,5
- Teilweise frei : 3,0 - 5,0
- Unfrei: 5,5 - 7,0

Die politischen Rechte umfassen sämtliche verfassungsmäßigen Rechte von Staatsbürgern, bei der politischen Willensbildung mitzubestimmen. Sie basieren auf den Prinzipien der Freiheit und Gleichheit, die neben privater Autonomie auch politische Selbstbestimmung oder zumindest das Recht auf Mitbestimmung beinhalten. Das wichtigste politische Recht sind das aktive und passive Wahlrecht sowie das Stimmrecht bei Abstimmungen. Die bürgerliche Freiheit ist die Teilhabe an gesellschaftlich-politischer Macht. Sie umschließt Persönlichkeitsrechte, Freiheitsrechte (u.a. Meinungs- und Informationsfreiheit) sowie justizielle und soziale Menschenrechte.

53 Siehe <http://www.freedomhouse.org>.

Tabelle II.3-3: Politische Rechte und bürgerliche Freiheiten in der GUS, Freedom House Index 2010

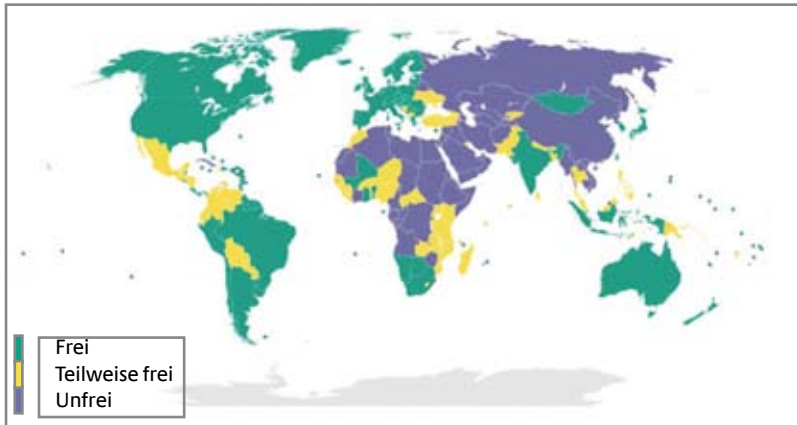
Land	Freedom House Index-Wert	Freiheitsstatus	Politische Rechte Wert*	Bürgerfreiheit Wert*	Wahl-demokratie
Russland	5,5	Unfrei	6	5	-
Ukraine	2,5	Frei	3	2	ja
Belarus	6,5	Unfrei	7	6	-
Moldau	3,5	Teilweise frei	3	4	ja
Kasachstan	5,5	Unfrei	6	5	-
Usbekistan	7,0	Unfrei	7	7	-
Tadschikistan	5,5	Unfrei	6	5	-
Kirgisistan	5,5	Unfrei	6	5	-
Aserbaidshan	5,5	Unfrei	6	5	-
Armenien	5,0	Teilweise frei	6	4	-
Deutschland	1,0	Frei	1	1	ja

* Je höher der Wert, desto weniger demokratische Freiheit in einem Land.

Quelle: Freedom House 2010.

Nach dem FHI 2010 gelten 7 der 10 GUS-Länder als unfrei, 2 als teilweise frei (Moldau, Armenien) und nur die Ukraine als frei. Die geringsten Werte hinsichtlich politischer Rechte und bürgerlicher Freiheiten finden sich in Usbekistan und in Belarus (Tab. II.3-3, Abb. II.3-1).⁵⁴

⁵⁴ Freedom House veröffentlicht zusätzlich jährliche Berichte zur Regierungsführung in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion und Osteuropa („Nations in Transit“; Freedom House 2010a, 2009).

Abbildung II.3-1: Freedom House Index 2010

Copyright Freedom House 2010

Quelle: Freedom House 2010, eigene Bearbeitung.

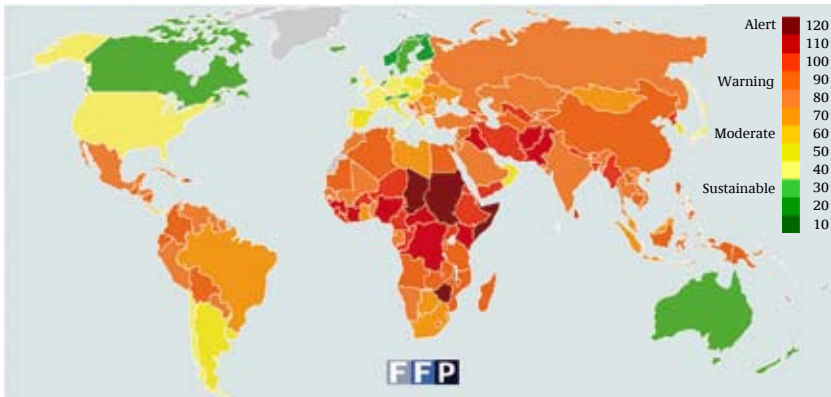
3.1.4. Staatliche Stabilität

Während der BTI ein Index zur Qualität der Regierungsführung ist, bietet der Failed State Index, der jährlich vom Fund for Peace erstellt wird, Informationen zur Stabilität bzw. Instabilität der Staaten.⁵⁵ Er beschreibt den Zustand eines Landes anhand von zwölf Indikatoren existenzieller Gefährdung. Hierzu zählen: (1) soziale Indikatoren: wachsender demographischer Druck, Flüchtlingsbewegungen, ethnische Konflikte, anhaltende Heimatflucht, (2) wirtschaftliche Indikatoren: instabile wirtschaftliche Entwicklung, anhaltender oder rascher ökonomischer Niedergang und (3) politische Indikatoren: steigende Verbrechensrate, Rückgang der öffentlichen Dienste, weit verbreitete Verletzung der Menschenrechte, Auflösung des Rechtsstaates.

⁵⁵ Siehe <http://www.fundforpeace.org>.

Der Failed States Index 2010 kommt im weltweiten Vergleich von 177 Ländern zu dem Ergebnis, dass bei 37 Staaten die Situation als alarmierend gelten muss.⁵⁶ Darunter befinden sich zwei GUS-Staaten, nämlich Usbekistan (Rang 31) und Tadschikistan (37). Als kritisch gilt die Lage in den übrigen acht GUS-Staaten: Kirgisistan (42), Moldau (54), Aserbaidshan (56), Belarus (66), Russland (71), Armenien (101), Kasachstan (105) und der Ukraine (110) (vgl. Abb. II.3-2). Deutschland dagegen belegte 2010 Rang 157.

Abbildung II.3-2: Failed State Index 2010



Copyright The Fund for Peace 2011.

Quelle: Fund for Peace 2010.

3.1.5 Pressefreiheit

Ein weiterer Index von Freedom House ist der Freedom of the Press Index. Er erfasst 196 Länder und misst den Grad der Pressefreiheit weltweit. Die Möglichkeit frei zirkulierender Nachrichten und Informationen wird dabei auf einer Skala von 0 (frei) bis 100 (unfrei) ausgewiesen:

- Frei: 0-30
- Teilweise frei : 31-60
- Unfrei: 61-100

⁵⁶ Je niedriger der Rang, desto schlechter die politische Lage.

Tabelle II.3-4: Freedom of the Press 2010

Land	Rang	Wert*
Russland	175	81
Ukraine	108	53
Belarus	189	92
Moldau	144	65
Kasachstan	169	78
Usbekistan	189	92
Tadschikistan	169	78
Kirgisistan	159	73
Aserbaidtschan	172	79
Armenien	146	66
Deutschland	19	17

* Je höher der Wert, desto weniger Pressefreiheit in einem Land.

Quelle: Freedom House 2010b.

Im Jahr 2010 finden sich die GUS-Staaten Belarus und Usbekistan auf dem 7. Platz der Länder mit der größten Unfreiheit der Presse weltweit (beide Rang 189). Weitere GUS-Länder mit stark eingeschränkter Pressefreiheit sind Russland (175), Aserbaidtschan (172), Kasachstan und Usbekistan (beide 169) (Tab. II.3-4).

3.1.6 Korruption

Der Korruptionswahrnehmungsindex (Corruption Perceptions Index, CPI) von Transparency International listet Länder nach dem Grad auf, in dem dort Korruption bei Amtsträgern und Politikern wahrgenommen wird. Es ist ein zusammengesetzter Index, der sich auf verschiedene Umfragen und Untersuchungen stützt, die von 9 unabhängigen Institutionen durchgeführt wurden. Es wurden Geschäftsleute sowie Länderanalysten befragt und Umfragen mit Staatsbürgern im In- und Ausland miteinbezogen. Im Jahr 2010 umfasst er 178 Länder. Der Punktwert eines Landes (0 bis 10) gibt das wahrgenommene Korruptionsniveau im öffentlichen Sektor an und wird auf einer Skala von

0 (sehr korrupt) bis 10 (nicht korrupt) angegeben (Transparency International 2010a).

Tabelle II.3-5: Korruptionswahrnehmungsindex 2010

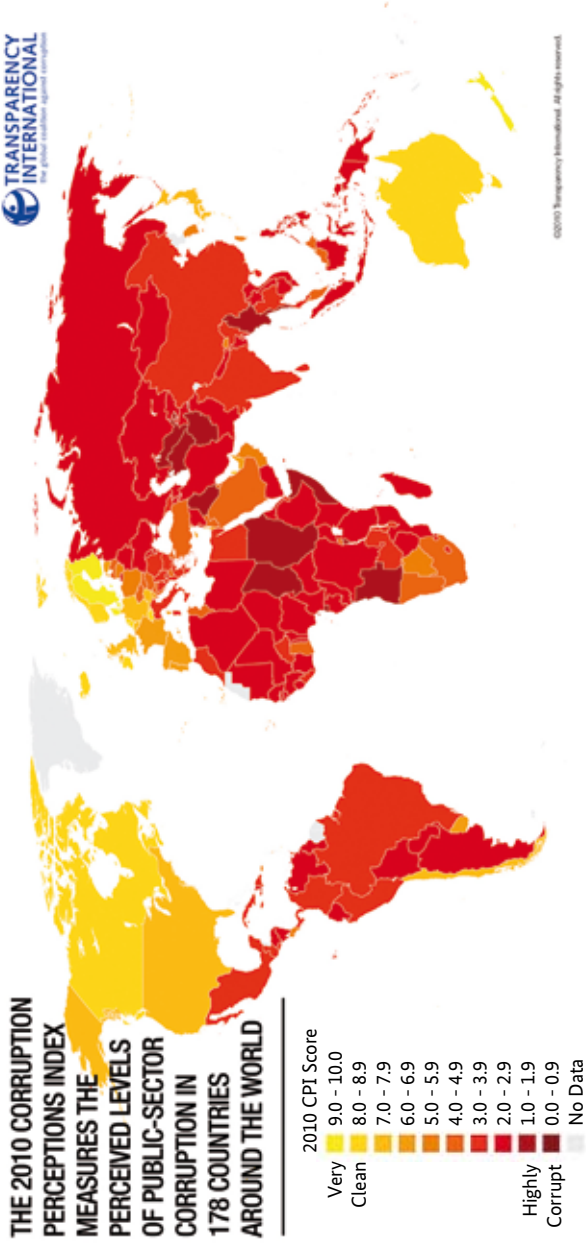
Land	Rang	Wert*
Usbekistan	172	1,6
Kirgisistan	164	2,0
Russland	154	2,1
Tadschikistan	154	2,1
Ukraine	134	2,4
Aserbaidshan	134	2,4
Belarus	127	2,5
Armenien	123	2,6
Moldau	105	2,9
Kasachstan	105	2,9
Deutschland	15	7,9

* Je höher der Wert, desto weniger Korruption in einem Land.
Quelle: Transparency International 2010a.

Von den 178 untersuchten Ländern rangieren 2010 die GUS-Staaten auf den hinteren Rängen (Abb. II.3-3). Usbekistan wird als eines der 10 korruptesten Länder weltweit wahrgenommen (Rang 172), gefolgt von Kirgisistan (164), Russland und Tadschikistan (beide 154) (Tab. II.3-5). Deutschland dagegen nimmt Platz 15 ein (Transparency International 2010, 2010a).

Das Globale Korruptionsbarometer (Global Corruption Barometer, GCB) ist ein weiteres von Transparency International erstelltes Korruptionsmaß. Im Gegensatz zum Korruptionswahrnehmungsindex gibt das Globale Korruptionsbarometer die Einstellung der Bevölkerung wieder und nicht die Ansichten von Experten. Es ist die einzige weltweite Umfrage, die die Einstellungen und persönlichen Erfahrungen der Bürger hinsichtlich Korruption untersucht. Es liefert den Gradmesser dafür, wie auf nationaler Ebene Korruption wahrgenommen

Abbildung II. 3-3: Weltweite Korruptionswahrnehmung 2010



www.transparency.org

Copyright Transparency International 2010.
Quelle: Transparency International 2010a.



wird und wie Bestrebungen, Korruption weltweit einzudämmen, von der Bevölkerung beurteilt werden. Das Korruptionsbarometer 2010 umfasst Antworten von 91.781 Personen aus 86 Ländern (Transparency International 2010). Einige der Fragen und Antworten aus GUS-Ländern seien herausgegriffen:

Auf die Frage „Wie hat sich in den letzten 3 Jahren der Grad der Korruption im Land verändert?“ antwortete die Hälfte der Bevölkerung in Russland, Moldau und Aserbaidschan, dass die Korruption in den letzten 3 Jahren zugenommen habe. Unverändert geblieben sei sie nach Meinung der Befragten in der Ukraine (63%) und Belarus (49%) (Tab. II.3-6).

Tabelle II.3-6: Wie hat sich in den letzten 3 Jahren der Grad der Korruption im Land verändert?

Land	Abgenommen	Unverändert	Zugenommen
Russland	8 %	39 %	53 %
Ukraine	7 %	63 %	30 %
Belarus	24 %	49 %	27 %
Moldau	12 %	35 %	53 %
Armenien	15 %	35 %	50 %
Aserbaidschan	28 %	20 %	52 %

Quelle: Transparency International 2010.

Auf die Frage danach, wie sehr nach Meinung der Befragten unterschiedliche Institutionen von Korruption betroffen seien, zeigt sich folgendes Bild: Werte über 4 (korrupt bis sehr korrupt) finden sich vor allem in der Ukraine, aber auch in Armenien (Tab. II.3-7). In der Ukraine wird das Rechtswesen (4,4) als am korruptesten wahrgenommen, gefolgt von der Polizei (4,3), dem Parlament und den Beamten (beide 4,1). Politische Parteien und das Bildungssystem werden ebenfalls als korrupt bewertet (4,0).⁵⁷ Am geringsten ist die Korruptionswahrnehmung in Aserbaidschan.

⁵⁷ Siehe hierzu auch Sapper/Weichsel 2010.

Tabelle II.3-7: Wie sehr sind Ihrer Meinung nach die folgenden Institutionen von Korruption betroffen?*

Land	Politische Parteien	Parlament/ Legislative	Polizei	Wirtschaft / Privater Sektor	Medien	Beamte/Behörden- bedienstete	Rechtswesen	NGOs	Religionsge- meinschaften	Militär	Bildungssystem
Russland	3.5	3.6	3.9	3.4	3.2	3.9	3.7	3.1	2.5	3.5	3.7
Ukraine	4.0	4.1	4.3	3.7	3.2	4.1	4.4	3.2	2.3	3.5	4.0
Belarus	3.2	3.2	3.6	3.2	3.1	3.8	3.4	2.9	2.2	2.9	3.2
Moldau	3.8	3.7	4.1	3.7	3.0	3.8	3.9	2.9	2.4	2.9	3.7
Armenien	3.6	3.8	4.1	3.2	2.9	3.8	4.1	2.7	2.2	3.6	4.2
Aserbaidshjan	2.6	2.5	3.6	2.6	2.4	3.3	3.2	2.5	1.9	2.6	3.3

* Je höher der Wert, desto korrupter die Institution (1: gar nicht korrupt, 5: sehr korrupt).
Quelle: Transparency International 2010.

In den untersuchten GUS-Staaten wurden die Polizei sowie Beamte und Behördenangestellte als am bestechlichsten wahrgenommen, die am geringsten von Korruption betroffenen Institutionen sind die Religionsgemeinschaften sowie NGOs. Des Weiteren ergab die Untersuchung, dass vielfach in den letzten 12 Monaten Bestechungsgelder an eine der benannten Institutionen gezahlt werden musste, um dort Gehör zu finden. In Aserbaidshjan war es fast die Hälfte aller Befragten, in Moldau und der Ukraine waren es 37% bzw. 34% und in Belarus und Russland immer noch 27% bzw. 26% der Befragten (Transparency International 2010). Über die Hälfte der Befragten in der Ukraine, in Russland, Moldau und Armenien halten die aktuellen Anstrengungen der Regierung zur Korruptionsbekämpfung für ineffektiv (Transparency International 2010).

Basierend auf den Analysen internationaler Organisationen der letzten 20 Jahre lassen die Staaten der GUS keinen geradlinigen Kurs auf offene Gesellschaften erkennen. Die niedrigen Ränge, die alle GUS-Staaten – und hier besonders die asiatischen Länder der GUS – im HDI und in den anderen Indizes einnehmen, verweisen auf unterlassene Reformen.

In diesem Zusammenhang ist auf einen Umstand hinzuweisen, der bereits im demographischen Ost-West-Vergleich eine Rolle spielt: die unterschiedlichen Familiensysteme und Bindungsformen in Osteuropa (Hajnal 1983; Szoltysek/Zuber-Goldstein 2009). Bezüglich Beruf und Beschäftigung ist in den meisten Kulturen der Welt die Familie die bestimmende und orientierende Kraft. Die Ausrichtung des Lebens und auch der persönlichen Entscheidungen auf die Familie hin, die zugleich Unterstützung und Rückhalt verspricht, heißt „Familismus“. Über die berufliche Anstellung entscheiden nicht nur Schulabschlüsse, sondern auch der Verwandtschaftsgrad zu Firmenchefs, Behördenleitern und Menschen mit Einfluss. Die Anstellung in ihrem Machtbereich ist als „Vertrauensdividende“ aufzufassen.

Der Grundsatz im Einklang mit den Normen eines individuellen Leistungsprinzips sozial aufzusteigen, stößt außerhalb Westeuropas auf Familien- und Gruppenstrukturen, die auch Beschäftigung und berufliche Karrieren mitbestimmen. Was im westlichen demokratischen Rechtsstaat „Nepotismus“, „Ämterpatronage“ und „Vetternwirtschaft“ heißt, erfährt mit der räumlichen Entfernung nach Osten und Süden eine Umdefinition und wird übliches Mittel der Herrschaftssicherung (Jacobs 2006).

3.2. Politische Konfliktlagen

Alle Staaten der GUS sind von einer großen ethnischen und religiösen Vielfalt geprägt. Sie geht sowohl auf die Siedlungspolitik des zaristischen Russlands, Kolonisten-Ansiedlungen als auch auf Deportationen in stalinistischer Zeit zurück. Während in autoritären Regimen Minderheiten meist unterdrückt werden, was zu Untergrundbewegungen und dem Wunsch nach Befreiung führen kann, können Minderheiten in Demokratien Forderungen stellen und angemessene Vertretung erwarten. Da der Stand der Demokratisierung in den Staaten der GUS jedoch, wie oben gezeigt, relativ gering ist, bringt die ethnisch-religiöse Gemengelage ein erhebliches Konfliktpotenzial mit sich.

3.2.1. Ethnische Zusammensetzung der GUS und Konfliktpotenzial

Etwa ein Viertel bis zu einem Drittel der Einwohner in GUS-Staaten sind (a) Minderheiten, die in anderen GUS-Staaten das Staatsvolk bilden (Russen, Ukrainer, Usbeken), (b) Minderheiten, deren Staatsvölker außerhalb der GUS liegen (Polen, Georgier, Türken, Deutsche) oder (c) autochthone Stammeskulturen. Mit der Auflösung der Sowjetunion und der Gründung von Nachfolgestaaten kehrte bei vielen angestammten Bevölkerungen und Minderheiten das „ethnische Bewusstsein“ zurück. Sie machen wieder Gebrauch von ihren vorher unterdrückten Regionalsprachen und Traditionen. Ethnische Gruppen äußerten territoriale Ansprüche und den Wunsch, sowjetische Siedlungspolitik rückgängig zu machen. Letzteres zeigt sich in den baltischen Staaten, am Balkan und im Kaukasus (Kampf um Berg Karabach) sowie in den zentralasiatischen Republiken (Le Monde diplomatique 2009: S. 184 ff).

In der Russischen Föderation gibt es 21 autonome Republiken mit eigenen ethnischen Bevölkerungen (u.a. Dagestan, Inguschetien, Nordossetien, Tatarstan, Tschetschenien). Russland ist bestrebt, die Nationalitäten und Minderheitenfragen auf seinem Territorium zu befrieden, kann aber den damit verbundenen Konflikten nicht entgehen. Die Tschetschenienkriege um die gleichnamige südliche Kaukasus-Provinz trugen terroristische Aktivitäten bis nach Moskau. Dort brechen von Zeit zu Zeit ethnische Feindseligkeiten gegen die kaukasischen Minderheiten aus. Das Problem reicht auch bis in die EU, z.B. in den baltischen Staaten. Diese haben als Folge der russischen Besiedlung zu UdSSR-Zeiten, die sie als Kontroll- und Unterdrückungsmaßnahme empfanden, z.T. große russische Minderheiten auf ihrem Territorium, was immer noch zu (politischen) Spannungen führt.

Ähnliche Konflikte innerhalb der GUS gibt es zwischen Russland und der Ukraine. Eine russische Minderheit von 8 Millionen bzw. 17% der Bevölkerung stellt das Selbstverständnis der Ukraine als wiederbegründeter Nationalstaat mit Neigung zu Mittel- und Westeuropa in Frage (Umland 2011; vgl. Tab. II.3-8). Von russischer Seite wird dagegen für die russische Sprache und eine politische Ausrichtung nach

Moskau geworben. Dazu gehören die Eindämmung der nach Westen orientierten „Orangen Revolution“ und weitergehende Disziplinierungsversuche wie z.B. über die Liefermenge und Preisgestaltung von Energierohstoffen (Erdgas), welche die Ukraine dringend benötigt (Umland 2011).

Tabelle: II.3-8: Ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung in der GUS nach Nationalität

Land	Mehrheitsbevölkerung	Ethnische Minderheiten
Russland	- 80 % Russen	- 4 % Tataren - 2 % Ukrainer - 2 % Armenier - fast 100 weitere Ethnien
Ukraine	- 78 % Ukrainer	- 17 %, Russen - über 100 weitere Ethnien
Belarus	- 81 % Weißrussen	- 11 % Russen - 3,4 % Polen - 2,4 % Ukrainer
Moldau	- 65 % Rumänische Moldauer	- 14 % Ukrainer - 13 % Russen
Usbekistan	- 71 % Usbeken	- 5 % Russen - 5 % Tadschiken - 3 % Kasachen
Kasachstan	- 59 % Kasachen	- 23 % Russen - 5 % Weißrussen - 2 % Ukrainer - 11 % andere Nationalitäten (Usbeken, Deutsche (1 %), Uiguren, Tataren, Tschetschenen, Aserbaidshaner, Armeniern, Kirgisen, Griechen, Koreaner, Türken)
Tadschikistan	- 80 % Tadschiken	- 15 % Usbeken - 4 % Kirgisen
Kirgisistan	- 64 % Kirgisen	- 14 % Usbeken - 12 % Russen
Aserbaidshchan	- 95 % Aserbaidshchaner	- 5 % Russen, Ukrainer, Türken, Armenier, Georgier
Armenien	- 98 % Armenier	- 1,3 % Kurden - 0,5 % Russen

Quelle: Auswärtiges Amt, eigene Bearbeitung.

In Moldau stellen neben der rumänisch sprechenden Mehrheitsbevölkerung Russen und Ukrainer zu 13 % bzw. 14 % bedeutende Minderheiten (vgl. Tab. II.3-8). Sie siedeln in der völkerrechtlich schwer zu definierenden Provinz Transnistrien, die Russland seit 1940 als eine Art Protektorat behandelt und dort Militär stationiert. Etwaige Versuche seitens der Mehrheitsbevölkerung, Moldau dem EU-Mitgliedstaat Rumänien anzuschließen, wären nicht im Interesse Russlands.

Die ethnische Konfliktlage im Kaukasus und in den zentralasiatischen Republiken ist unübersichtlich. Das diktatorische Regime in Tschetschenien hält den bürgerkriegsähnlichen Zustand latent aufrecht. Dies führt zu Flucht und Diasporabildung von Tschetschenen außerhalb des Landes und der GUS, nicht zuletzt in der EU (Janda et al. 2008). Schon unter Stalin wurden 100.000 Tschetschenen deportiert, die unter Chruschtschow zurückkehren durften. 1991 erfolgte dann eine einseitige Unabhängigkeitserklärung Tschetscheniens, die „erfolgreiche“ Kriegshandlungen Russlands nach sich zog und einen bis heute nicht beendeten Partisanenkampf.⁵⁸

In der zentralasiatischen GUS ist die usbekische Minderheit in Tadschikistan und Kirgisistan von Übergriffen betroffen. Der Konflikt zwischen der Mehrheitsbevölkerung der Tadschiken und der usbekischen Minderheit (15 %) besteht seit 1993. Konfliktgegenstand sind die nationale Vormachtstellung und religiöse Auseinandersetzungen. Der Konflikt zwischen Kirgisen und der usbekischen Minderheit (14 %) in Kirgisistan war im Juni 2010 in den Schlagzeilen (Die Zeit: 18.6.2010). Bei ethnisch motivierten Pogromen in Osch und Dschalalabad sollen bis zu 2.000 Menschen ums Leben gekommen sein, etwa 100.000 Usbeken waren auf der Flucht.⁵⁹ Mit der Wiedererrichtung der kaukasischen und zentralasiatischen „Staatenwelt“ geriet zudem die dort seit zaristischer Zeit und während des Sowjetimperiums verstärkt angesiedelte russische Bevölkerung unter Druck. Ihre Anwesenheit symbolisiert für die einheimische Bevölkerung die seit Generationen

58 Russland stützt dagegen militärisch und politisch die Sezessionsbestrebungen an den Rändern Georgiens.

59 Spiegel 2010, Nr. 39, 41, 42; Deutschlandfunk 2010.

andauernde Unterdrückung und Unselbständigkeit. In fast allen zentralasiatischen Staaten wird die russische Minderheit mittlerweile bedrängt.⁶⁰

3.2.2. Ausmaß bestehender Konflikte

Die geschilderten ethnisch bedingten Konfliktlagen sind gepaart mit ungünstigen politischen Bedingungen und gehen einher mit ökonomischen, ökologischen und demographischen Faktoren, die in den meisten Staaten sowohl Auslöser als auch Folge von Konflikten unterschiedlicher Intensität sein können. Nach einer Untersuchung des Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung (HIIK), das seit 1991 jährlich in einem sogenannten Konfliktbarometer das weltweite Konfliktgeschehen misst, stieg die Anzahl „hoch gewaltsamer“ Konflikte im Zeitverlauf an.

Latente Konflikte sind 2010 in der GUS vorhanden und treten, was Schwere und Gefährlichkeit betrifft, durchweg zwischen Nationalitäten sowie zwischen Regierung und Opposition auf (Abb. II.3-4). Wenn sie an die Öffentlichkeit dringen und manifest, d.h. sichtbar werden, ist das Konfliktpotenzial lokal eingrenzbar und mit administrativen und institutionellen Mitteln noch einzudämmen. Es geht auf den niedrigen Konfliktstufen (Intensität 1) laut HIIK um die (inter) nationale Vormachtstellung, um Zugang zu Ressourcen oder Ansprüche auf ein Territorium, so zwischen Belarus und Polen, Russland und Litauen sowie zwischen Usbekistan und Tadschikistan (Tab. II.3-9).

Richtungsstreit zwischen Regierung und Opposition, der den nationalen Konsens gefährdet, findet sich auch mit höherem Intensitätsgrad in fast allen GUS-Staaten. Demokratiedefizite zeigen sich an der Behandlung der Opposition als inneren Feind. Solche Konflikte werden krisenhaft, weil der Regierungsstil ganz auf Machterhalt ausgerichtet ist und demokratischem Regierungswechsel entgegenwirkt. Das Verhältnis von Opposition zu Regierung verschlechtert sich

⁶⁰ Siehe hierzu Unzensiert.at 22.06.2010.

zunehmend. Der HIIK dokumentiert solche Vorgänge in Russland, Belarus, Usbekistan, Kasachstan, Tadschikistan, Kirgisistan, Aserbaidshan und Armenien. Die EU äußert sich besorgt über die Tatsache, dass Oppositionelle nach undurchsichtigen Verfahren mit Strafverfolgung rechnen müssen (Siegert 2009, Mommsen/Nußberger 2009).⁶¹ Das Konfliktbarometer nennt hier als Streitgegenstand Differenzen in Ideologie- und Systemfragen (Staatsform), sowie Streit um interne Machtverhältnisse.

Territorialkonflikte der Intensität 3 schließlich gibt es in der GUS nur zwischen Armenien und Aserbaidshan um die Enklave Berg Karabach (Tab. II.3-9).

⁶¹ Aktuelles Beispiel ist der Fall der inhaftierten ukrainischen Oppositionsführerin Julia Timoschenko. Siehe hierzu Grosser 2011; Bundesregierung, 11.10.2011; Russland Aktuell 06.01.2011.

Tabelle II.3-9: Konflikte in der GUS basierend auf dem Konfliktbarometer 2010

Name des Konflikts	Konfliktparteien	Konfliktgegenstand	Beginn	Intensität*
Russland (Islamisten/Tschetschenien)	Islamisten vs. Regierung	Sezession, System/Ideologie	1989	3
Russland (Islamisten/Dagestan)	Islamisten vs. Regierung	Sezession, System/Ideologie	1999	4
Russland (Islamisten/Inguschetien)	Islamisten vs. Regierung	Sezession, System/Ideologie	2004	4
Russland (Islamisten/Kabardino-Balkarien)	Islamisten vs. Regierung	Sezession, System/Ideologie	2004	3
Russland (Islamisten/Karatschajewo-Tscherkessien)	Islamisten vs. Regierung	Sezession, System/Ideologie	2001	3
Russland (Islamisten/Nordossetien-Alanien)	Islamisten vs. Regierung	Sezession, System/Ideologie	2006	3
Russland (Opposition)	Opposition vs. Regierung	System/Ideologie, nationale Macht **	2001	2
Russland - Georgien	Russland vs. Georgien	Internationale Macht**	1992	2
Russland – Kasachstan et al. (Kaspisches Meer)	Aserbaidshjan vs. Iran vs. Kasachstan vs. Russland vs. Turkmenistan	Territorium, Ressourcen, internationale Macht	1993	1
Russland - Litauen	Russland vs. Litauen	Internationale Macht	1994	1
Russland – Norwegen (Barentsee)	Russland vs. Norwegen	Territorium, Ressourcen	1947	1
Russland – Norwegen et al. (Arktis)	Russland vs. USA vs. Kanada vs. Norwegen vs. Dänemark	Territorium, Ressourcen	2001	2
Russland - Ukraine	Russland vs. Ukraine	Territorium, Ressourcen internationale Macht	2003	2
USA – Russland (Raketenabwehrsystem)	USA vs. Russland	Internationale Macht	2007	2
Belarus (Opposition)	Opposition vs. Regierung	System/Ideologie, nationale Macht	1994	2
Belarus - Polen	Belarus vs. Polen	Internationale Macht	1994	1

Tabelle II.3-9: Konflikte in der GUS basierend auf dem Konfliktbarometer 2010 (Fortsetzung)

Name des Konflikts	Konfliktparteien	Konfliktgegenstand	Beginn	Intensität*
Usbekistan (IMU)	Islamisten vs. Regierung	System/Ideologie, nationale Macht	1998	2
Usbekistan (Opposition)	Opposition vs. Regierung	System/Ideologie, nationale Macht	2005	1
Usbekistan -Tadschikistan	Usbekistan vs. Tadschikistan	Ressourcen	2010	1
Kasachstan (Opposition)	Opposition vs. Regierung	System/Ideologie, nationale Macht	2004	2
Tadschikistan (Opposition)	Islamisten vs. Regierung	System/Ideologie, nationale Macht	1997	3
Kirgisistan (Kirgisen - Usbeken)	Ethnische Usbeken vs. Ethnische Kirgisen	Regionale Vormacht, Ressourcen	1990	4
Kirgisistan (Opposition)	Opposition vs. Regierung	System/Ideologie, nationale Macht	2005	3
Aserbaidshjan (Berg-Karabach)	Berg-Karabach vs. Regierung	Sezession	1988	3
Aserbaidshjan (Opposition)	Opposition vs. Regierung	System/Ideologie, nationale Macht	2003	3
Armenien (Opposition)	Opposition vs. Regierung	Nationale Macht	2003	3
Armenien - Aserbaidshjan	Armenien vs. Aserbaidshjan	Territorium	1987	3
Türkei - Armenien	Türkei vs. Armenien	Internationale Macht	1991	2

* Intensitätsgrad: 1 = latenter Konflikt; 2 = manifester Konflikt; 3 = Krise ; 4 = ernsthafte Krise; 5 = Krieg

** „Nationale Macht“ bedeutet Machtausübung über den Gesamtstaat; Kampf um Regierungsgewalt. „Internationale Macht“ ist Macht in internationalen Beziehungen, Durchsetzung eigener nationaler Interessen gegenüber anderen Staaten oder der internationalen Gemeinschaft.

Quelle: HIIK 2010, eigene Übersetzung und Zusammenstellung

Abbildung II.3-4: Konfliktbarometer 2010 (Ausschnitt)

Quelle: HIIK 2011 (bearbeitet für das BAMF)

Laut Konfliktbarometer gab es 2010 in der GUS elf ethnisch-religiöse Konflikte der Intensitätsstufe 3-4 (Tab. II.3-9). Gleichet man diese Befunde mit der Zahl der Asylbewerber in der EU ab, so spiegeln sich diese in den entsprechenden Statistiken wider (vgl. Kap. 3.3).

3.2.3 Islam und Islamismus in der GUS

Der Islam gehört zu den traditionellen Religionen verschiedener ethnischer Minderheiten in Russland, die meist im Nordkaukasus sowie an der mittleren Wolga und im Ural leben (Halbach 2003). Die größte muslimische Ethnie in Russland sind die Tataren. Mit rund 6 Millionen Angehörigen sind sie nach der russischen Mehrheitsbevölkerung (80 %) die zweitgrößte ethnische Gruppe (4 %) und somit die größte Minderheit des Vielvölkerstaates. Ein Drittel der Tataren lebt in Tatarstan (Kasan). Weitere bedeutende muslimische Ethnien sind die Baschkiren (1,5 Millionen), von denen zwei Drittel in ihrer autonomen Republik Baschkortostan leben. Größtenteils aus Mittelasien und dem

Kaukasus nach Russland eingewandert sind Kasachen und Aserbaidschaner. Hinzu kommen Tschetschenen, Tscherkessen, Awaren bzw. Darginer, Lesgier sowie die Inguschen.

Muslimische Bevölkerungsmehrheiten von 70 % bis 90 % gibt es in den russischen Teilrepubliken Tatarstan, Baschkortostan, Dagestan, Tschetschenien, Inguschetien, Kabardino-Balkarien und Karatschai-Tscherkessien. Damit stellt der Nordkaukasus – nach Tatarstan und Baschkortostan – das zweitwichtigste, kompakte muslimische Siedlungsgebiet in Russland dar, in dem etwa 10 % aller Muslime Russlands leben. Die Zahl der Muslime in Russland wird auf aktuell 16 Millionen Menschen (11,7 % der Gesamtbevölkerung) geschätzt (Pew Research Center 2009).⁶²

Die Entstehung und Radikalisierung islamistischer Bewegungen

Die islamische Rückbesinnung war während der Perestroika bzw. dem Ende der Sowjetunion zunächst Teil der Demokratiebewegung in Russland. Mittlerweile werden Konflikte mit „islamistischem“ Hintergrund in der GUS vom HIIK der Kategorie 3-4 (ernsthafte Krise) zugeordnet. Von den im Konfliktbarometer aufgeführten 11 ethnisch-religiösen Konflikten in der GUS haben 8 ausdrücklich einen islamistischen Hintergrund. In Russland bestehen aktuell 6 Konflikte mit islamistischem Bezug. Konfliktgegenstand sind Sezessionsbestrebungen und ideologische Auseinandersetzungen mit Tschetschenien, Inguschetien, Dagestan, Kabardino-Balkarien, Karatschajewo-Tscherkessien und Nordossetien-Alanien. Der Konflikt mit Dagestan und Inguschetien wird vom HIIK als „ernsthafte Krise“ eingeschätzt. Nach

⁶² Siehe hierzu auch die Ergebnisse der Russischen Volkszählung 2002: http://www.aktuell.ru/russland/panorama/volkszaehlung_14_millionen_muslime_in_russland_1002.html

einem Bericht der Gesellschaft für bedrohte Völker (2010) herrschen in den Nordkaukasusrepubliken Inguschetien, Dagestan und Tschetschenien bürgerkriegsähnliche Zustände (Abb. II.3-5). Beinahe täglich werden Selbstmordattentate oder Sprengstoffanschläge verübt, es kommt zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Polizei und Kämpfern, die sich aus islamistischen Gruppierungen rekrutieren.⁶³ Darauf antworten die Regierungen mit Gegengewalt. In Tschetschenien wurden 2009 bei 58 Anschlägen 280 Menschen getötet, in Inguschetien starben 319 Menschen bei 49 Terroranschlägen. Die Welle der Gewalt erreichte auch die Republik Dagestan sowie Karbadino-Balkarien und Karatschewo-Tscherkessk (Gesellschaft für bedrohte Völker 2010: 4).

Abbildung II.3-5: Die Konfliktregionen der GUS



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

63 Die islamistischen Gruppierungen heißen z.B. in Dagestan „Shariat Jamaat“, in Kabardino-Balkarien „Yarmuk Jamaat“; in Inguschetien „Ingush Jamaat“.

Sezessionskonflikte am Beispiel Tschetscheniens und Lösungsansätze

Unter den ethnisch-separatistischen Konflikten ist jener um Tschetschenien der härteste und er dauert weiterhin an. Die Auseinandersetzungen zwischen einer Armee islamischer Rebellen und der örtlichen, nach Moskau ausgerichteten Regierung sowie der Moskauer Zentralregierung begannen bereits 1989. Im Jahr 1991 erfolgte eine einseitige Unabhängigkeitserklärung Tschetscheniens, die zwei „Tschetschenienkriege“ (1994-1996; 1999-2009) nach sich zog. Sie trugen alle Züge des Partisanenkampfes bzw. „asymmetrischer Kriegsführung“: schweres Kriegsgerät der russischen Armee gegen eine Untergrundarmee, die den Krieg mit terroristischen Aktionen bis Moskau ausdehnte. Russland hält Tschetschenien mittlerweile für „befreit“⁶⁴, während der Partisanenkrieg in wechselnden Formen und terroristischen Begleitaktionen wie bewaffneten Attacken und Selbstmordattentaten weitergeht.

Am 19.01.2010 wurde per Präsidialerlass der „Föderationskreis Nordkaukasus“ als achter Föderationskreis Russlands gebildet.⁶⁵ Er umfasst die Republiken Dagestan, Inguschetien, Kabardino-Balkarien, Karatschai-Tscherkessien, Nordossetien-Alanien und Tschetschenien sowie die Region Stawropol. Der eigens von Präsident Dimitri Medwedew eingesetzte und mit harter Hand regierende Premier Alexander Chloponin hat es sich zur Aufgabe gemacht, durch wirtschaftliche Entwicklung einen der weltweit größten Unruheherde zu befrieden. Bis 2025 sollen im Förderationskreis mindestens 400.000 Arbeitsplätze geschaffen, das jährliche BIP-Wachstum auf 7,7% erhöht und die Durchschnittslöhne auf 23.000 Rubel (ca. 560 €) angehoben werden. Chloponin zufolge belaufen sich die Wirtschaftsinvestitionen für den Nordkaukasus auf rund 600 Milliarden Rubel (ca. 14,7 Milliarden €)

64 Russland erklärte am 16.04.2009 den Tschetschenien-Einsatz für beendet.

65 Mit „Nordkaukasus“ bezeichnet man alltagssprachlich die von Muslimen bewohnten autonomen Republiken Südrusslands, dem „Südkaukasus“ sind die Länder Georgien, Armenien und Aserbaidschan zuzuordnen.

(RIA Novosti: 07.09.2010).⁶⁶ Eine erfolgreiche Befriedung der Region würde das Migrationspotenzial (v.a. hinsichtlich Flucht und Asyl) senken.

3.3 Flucht- und Asy migration aus Staaten der GUS

Einen indirekten⁶⁷ Aufschluss über die politische Lage in der GUS geben Asylstatistiken im Zeitverlauf. Bisherige ethnisch bedingte Fluchtbewegungen in Richtung EU betrafen u.a. Russland (Tschetschenen), Armenien und Aserbaidschan. Tabelle II.3-10 zeigt die Asylanträge, die in den letzten Jahren von Staatsangehörigen der GUS in der EU gestellt wurden.⁶⁸ Seit 2005 ist eine Abnahme der Asylanträge von 37.830 auf 31.060 (2010) zu verzeichnen. Der Anteil von Asylanträgen aus der GUS lag in der EU 2010 bei 12%. Differenziert nach Staatsangehörigkeiten belegten Russen (v.a. Tschetschenen) 2010 mit 18.500 Asylanträgen den ersten Rang gefolgt von Armeniern (5.515) und Aserbaidschanern (2.075). Betrachtet man die Hauptherkunftsländer aller Asylantragsteller in der EU im Jahr 2010, finden sich russische Staatsangehörige (Tschetschenen) an zweiter Stelle.

66 Ein Stellenzuwachs von 400.000 würde die sozialen Spannungen im Nordkaukasus – wo es an Arbeitsplätzen mangelt, die Bevölkerung jedoch weiterhin wächst – deutlich mindern. Wenn man aber bedenkt, dass das Programm bis 2025 läuft und allein in Dagestan jedes Jahr 35.000 Arbeitssuchende hinzukommen, erkennt man, dass die zusätzlichen Kapazitäten auf dem Arbeitsmarkt bereits vor der Umsetzung des Programms ausgeschöpft sein werden (RIA Novosti: 07.09.2010).

67 „Indirekt“, da politische Abwanderungsgründe häufig in Wechselwirkung mit sozioökonomischen Motiven stehen und die Zahl der Asylantragsteller noch nichts über die tatsächliche Anerkennungsquote aussagt.

68 Siehe hierzu auch Albertinelli 2010.

Tabelle II.3-10: Staatsangehörige der GUS als Asylantragsteller in der EU, 2005-2010

Nationalität	Asylanträge 2005	Asylanträge 2009	Asylanträge 2010	Anteil an Anträgen Gesamt 2010, in %
Russland	19.310	20.110	18.500	7,1
Armenien	4.230	6.855	5.515	2,1
Aserbaidschan	3.115	2.585	2.075	0,8
Kirgisistan	405	320	1.040	0,4
Belarus	1.735	945	910	0,4
Ukraine	3.125	935	820	0,3
Kasachstan	465	715	800	0,3
Moldau	4.635	1.110	735	0,3
Usbekistan	730	550	460	0,2
Tadschikistan	80	145	205	0,1
Summe	37.830	34.270	31.060	12,0

Quelle: Eurostat.

Die Hauptaufnahmeländer russischer Asylbewerber in der EU waren 2010 Polen mit 26 % (4.795), Frankreich mit 25 % (4.610) und Belgien mit 15 % (2.725). Fast 40 % der Armenier beantragten Asyl in Frankreich (2.145) und 24 % in Belgien (1.305). Hauptaufnahmeländer aserbaidshanischer Asylbewerber waren 2010 Frankreich mit 43 % (895) und Deutschland mit 26 % (535) (Tab. II.3-11).

Tabelle II.3-11: Fünf Hauptzielländer von russischen, armenischen und aserbaidsschanischen Asylbewerber in der EU, 2009 und 2010

Zielland	Russische Asylbewerber			
	2009	2010	Anteil an allen Asylbewerbern im Zielland 2010, in %	Anteil an allen russischen Asylbewerbern 2010, in%
Polen	5.725	4.795	73,3	25,9
Frankreich	3.785	4.610	8,9	24,9
Belgien	2.875	2.725	10,3	14,7
Österreich	3.565	2.330	21,1	12,6
Deutschland	1.190	1.410	2,9	7,6
Summe	17.140	15.870	-	85,8
Zielland	Armenische Asylbewerber			
	2009	2010	Anteil an allen Asylbewerbern im Zielland 2010, in %	Anteil an allen armenischen Asylbewerbern 2010, in%
Frankreich	3.605	2.145	4,2	38,9
Belgien	1.475	1.305	4,9	23,7
Niederlande	370	650	4,3	11,8
Deutschland	340	390	0,8	7,1
Österreich	445	270	2,4	4,9
Summe	6.235	4.760	-	86,3
Zielland	Aserbaidsschanische Asylbewerber			
	2009	2010	Anteil an allen Asylbewerbern im Zielland 2010, in %	Anteil an allen aserbaidsschanischen Asylbewerbern 2010, in%
Frankreich	880	895	1,7	43,1
Deutschland	750	535	1,1	25,8
Schweden	485	275	0,9	13,3
Niederlande	140	105	0,7	5,1
Österreich	130	90	0,8	4,3
Summe	2.385	1.900	-	91,6

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen.

Differenziert nach den Herkunftsländern von Flüchtlingen zeigt sich, dass im weltweiten Maßstab nach den Zahlen von UNHCR Russland⁶⁹ Ende 2010 Herkunftsland von fast 108.300 Flüchtlingen war (Tab. II.3-12). Aus der Ukraine stammten über 25.100 Flüchtlinge, aus Armenien und Aserbaidtschan 17.500 bzw. fast 17.000. Weitere Herkunftsländer von Flüchtlingen aus der GUS waren Ende 2010 Usbekistan (fast 6.900), Moldau (6.200) und Belarus (fast 5.800). Das GUS-Land, aus dem mit Abstand die geringste Zahl von Flüchtlingen stammt, ist Tadschikistan (577).

Tabelle II.3-12: GUS-Staaten als Aufnahme- und Herkunftsländer von Flüchtlingen, Bestandszahlen 2010

Aufnahmeland	Flüchtlinge	Herkunftsland	Flüchtlinge	Binnenvertriebene
Russland	4.880	Russland	109.455	80.000
Ukraine	2.334	Ukraine	24.522	-
Belarus	580	Belarus	5.525	-
Moldau	141	Moldau	5.925	-
Kasachstan	4.340	Kasachstan	3.744	-
Usbekistan	555	Usbekistan	6.669	-
Tadschikistan	2.679	Tadschikistan	562	-
Kirgisistan	423	Kirgisistan	2.612	-
Aserbaidtschan	1.642	Aserbaidtschan	16.939	586.000
Armenien	3.607	Armenien	18.000	8.400 (2008)
Summe	21.181	Summe	193.953	-

Anmerkung: Stichtag 31.12.

Quelle: UNHCR 2011.

Als Aufnahmeländer fungieren dagegen vergleichsweise wenige GUS-Länder (Tab. II.3-12). Ende 2010 beherbergte Russland mit fast 5.000 internationalen Flüchtlingen die größte Zahl in der GUS, gefolgt von Armenien mit knapp 3.300. Weitere Aufnahmeländer waren Tadschikistan (über 3.100) und die Ukraine (über 2.500). Die wenigsten

⁶⁹ Eingeschlossen in diese Bestandszahl sind auch Flüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion.

Flüchtlinge lebten zum 31.12.2010 in Moldau (148), Usbekistan (311) und Belarus (589). Jenseits der Zahl der grenzüberschreitenden Flüchtlinge liegt die Zahl der Binnenvertriebenen laut UNHCR in Aserbaidshan Ende 2010 bei fast 600.000 Personen. Russland verzeichnet 2010 über 75.000 Binnenvertriebene (Tab. II.3-12).

Schlussfolgerungen

Die hier untersuchten Indikatoren zur politischen Situation in den GUS-Ländern zeichnen durchweg das Bild einer Region, in der die Transformation von der sowjetischen Diktatur hin zu einer Demokratie – wenn überhaupt – nur in sehr eingeschränktem Maß gelungen ist. Die GUS-Länder werden laut BTI eher als defekte bis stark defekte Demokratien, Autokratien oder autoritäre Präsidialregimes klassifiziert. Weitere einschlägige Indizes zeigen, dass schlechte Regierungsführung und Korruption weit verbreitet sind, demokratischen Freiheiten und politische Partizipationsmöglichkeiten nur eingeschränkt bestehen und der Grad an Meinungs- und Pressefreiheit vielerorts gering ist. Nach dem Freedom House Index gelten sogar 7 der 10 GUS-Länder als „unfrei“. Die geringsten Werte auf der Skala politischer Rechte und bürgerlicher Freiheiten finden sich in Usbekistan und in Belarus. Zudem ist der gesamte Raum der GUS von ethnisch-religiöser Vielfalt geprägt, was im Zuge der (Neu)Gründung der sich national verstehenden Staaten ein zum Teil erhebliches Konfliktpotenzial mit sich bringt. Ethnische Spannungen können zu politischen und militärischen Konflikten nicht nur innerhalb der jeweiligen Staaten führen, sondern auch über die Grenzen hinweg Auswirkungen haben. Solche Konflikte gehen oft mit Menschenrechtsverletzungen und politischer Verfolgung einher, so dass Fluchtmigrationen die Folge sind.

Defizitäre Demokratie und Rechtsstaatlichkeit können vor allem bei (Hoch)Qualifizierten und der „politischen Intelligenz“, die in Medien, oppositionellen Parteien oder Gewerkschaften tätig ist, eine Abwanderungsneigung entstehen lassen. Dieser Teil des Wanderungspotenzials ist zahlenmäßig aber gering, wenngleich er für die post-sowjetischen Transformationsländer einen Verlust an Humankapital bedeutet. In größerem Umfang sind es jedoch weniger solche Aspekte von „Governance“, die das Migrationspotenzial beeinflussen, sondern

die ökonomisch-materiellen Gründe, die zu Migrationsentscheidungen führen. Schlechte Regierungsführung wirkt somit als indirekte Einflussgröße, wenn die dadurch mitverschuldete schlechte Wirtschaftslage Menschen „bewegt“. Kommt es jedoch zu politisch-militärischen Konflikten – was angesichts der bestehenden Konfliktslagen auch zukünftig weiter möglich ist – sind Flucht- und Asylnmigration die Folgen. Sollte sich die gegenwärtige Situation nicht wesentlich verändern, dürfte die Zahl der Asylantragsteller aus Russland (2010: 18.500) und Armenien (5.500) in der EU auf aktuellem Niveau verbleiben.

Generell kann im Hinblick auf das politisch bedingte Migrationspotenzial zwischen GUS und EU angenommen werden, dass die Bürger der osteuropäischen GUS-Länder am ehesten dazu neigen, ihre Heimat in Richtung EU oder USA zu verlassen. Dies hat auch mit kulturgeschichtlicher und räumlicher Nähe der europäischen GUS-Länder zu Mittel- und Westeuropa zu tun. Für Personen aus den mittel- und zentralasiatischen Ländern ist dagegen aus historischen und sprachlichen Gründen eher Russland das Zielland. Es ist leichter zu erreichen und die dortige Lebens- und Arbeitssituation ist noch vielen aus sowjetischer Zeit vertraut. Zudem bietet die dort befindliche kaukasisch-asiatische Diaspora Anknüpfungspunkte.

4. Umweltbezogene Faktoren

Umweltfaktoren beeinflussen den Lebensraum von Menschen. Veränderungen von erheblichem Ausmaß bei den Umweltfaktoren können Menschen dazu veranlassen, ihr angestammtes Habitat zu verlassen. Solche Umweltveränderungen können sowohl weitgehend natürlicher Art sein (z.B. Naturkatastrophen), sie können aber auch menschengemacht sein (z.B. Umweltverschmutzung). Von beiden Aspekten sind Staaten der GUS ebenso wenig ausgenommen wie andere Weltregionen, auch wenn durch die historische und ökonomische Entwicklung in der GUS gegenwärtig die anthropogenen Umweltveränderungen viel greifbarer sind als der langsam voranschreitende Klimawandel.

4.1. Ökologische Erblast

Im Verlauf der Geschichte der ehemaligen Sowjetunion spielte die Industrialisierung eine wesentliche, ideologisch geprägte Rolle. Schwerpunkte waren dabei vor allem die Schwerindustrie und mit ihr die Aufrüstung der Streitkräfte. Dies war verbunden mit einer Sichtweise, nach der die Größe der Schwerindustrie mit staatlicher und weltpolitischer Macht gleichzusetzen wäre. Dies führte dazu, dass weder die Energie- und monetären Produktionskosten noch die weiteren „sozialen Kosten der Produktion“ den Produktionsgewinnen gegenübergestellt wurden. Die Folge war unter anderem, dass die Schwerindustrie – nicht zuletzt auch durch den Rüstungswettlauf während des Kalten Kriegs – Hauptverursacher weitreichender Umweltverschmutzungen war. Diese bilden für die GUS heute eine große ökologische Erblast. Noch heute sind die Gegenden um Chemie- und Waffenfabriken sowie um Produktions- und Lagerstätten von bestimmten Rohstoffen (z.B. Edelmetalle, seltene Erden) von Industrieabfällen verseucht. Der vertrocknende Aralsee oder die Katastrophe im Kernreaktor Tschernobyl symbolisieren gleichsam die nachwirkenden Probleme und Defizite ehemals sowjetischer Industrie- und Energiepolitik (Welzer 2008; Sapper/Weichsel 2010).

Nach einer Untersuchung des Blacksmith Institute im Jahr 2007 lagen von den 10 meistverschmutzten Orten der Erde 4 in der GUS, darunter 2 in Russland (Blacksmith Institute 2007).⁷⁰ Von den 30 meistverseuchten Plätzen der Welt befanden sich 10 in der GUS, 6 davon in Russland (Tab. II.4-1). Art und Ursache der Verseuchung in der GUS sind vielfältig: Industrieanlagen, Bergbau, Waffen, Metalle, Kernenergie, Petrochemie und Luftverschmutzung. Das Ausmaß der Belastung lässt sich an der Situation in den am stärksten kontaminierten Orten der GUS illustrieren (Tab. II.4-1):

- Dscherschinsk liegt in der Wolga-Region und war während des Kalten Krieges Russlands Hauptproduktionsstätte

⁷⁰ Die aktuelle Studie des Blacksmith Institute (2010) nennt als die 6 größten toxischen Bedrohungen der Erde Blei, Quecksilber, Chrom, Arsen, Pestizide und Radionuklide.

für chemische Waffen. Es wird davon ausgegangen, dass zwischen 1930 und 1998 nahezu 300.000 Tonnen Chemikalien-Abfall unsachgemäß beseitigt worden ist. Senfgas, Blausäure, Phosgen, Dioxine und Arsen trioxid sind nur fünf von 190 Chemikalien, die das Grundwasser der Stadt verseuchen. Insgesamt seien etwa 300.000 Menschen geschädigt worden. Die durchschnittliche Lebenserwartung für Männer soll kaum über 40 Jahre betragen.

- Das nordsibirische Norilsk produziert Nickel. Die Stadt wurde 1935 als Lager für Zwangsarbeiter gegründet; heute steht dort der weltgrößte Komplex zur Schwermetallverhüttung. Die mittlerweile privatisierte Firma kontrolliert rund ein Drittel der Welt-Nickel-Vorräte. Die 134.000 Einwohner sind einer Umweltverschmutzung durch radioaktives Strontium-90, Cäsium-137, Schwefeldioxid sowie Feinstaub, Stickstoffoxide, Kohlenstoffoxide und Phenole ausgesetzt. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Männer soll in Norilsk bei 42 Jahren liegen.
- Tschernobyl (Ukraine) gehört zu den 10 am stärksten belasteten Orten der Welt. 25 Jahre nach dem Super-GAU (26.04.1986) verseuchen noch immer Uran, Plutonium, radioaktives Jod, Cäsium-137, Strontium und andere Stoffe den Ort. Die Strahlung, die bei dem Reaktorunglück frei wurde, entsprach dem Hundertfachen der Atombomben von Hiroshima und Nagasaki. Insgesamt sollen 5,5 Millionen Menschen von den Strahlen betroffen sein.
- Sumgait (Aserbaidschan) war zu Sowjetzeiten ein großes Industriezentrum. Mehr als 40 Fabriken haben dort Chemikalien für die Industrie und die Landwirtschaft hergestellt, darunter Schaumstoff, Aluminium, Reinigungsmittel und Pestizide. Jährlich gelangen 70.000 bis 120.000 Tonnen an Schadstoffen in die Umwelt. Die Krebsrate liegt bis zu 50 % über dem landesweiten Durchschnitt.⁷¹

71 Siehe auch: http://www.worstpolluted.org/projects_reports/display/27; Le Monde diplomatique 2008: 28f sowie zur aktuellen Situation in Aserbaidschan siehe http://files.preslib.az/projects/azereco/en/eco_m2_1.pdf.

Tabelle II.4-1: Art, Ursache und Umfang der Umweltverschmutzung in den meistverschmutzten GUS-Regionen

Ort, Land	Potentiell betroffene Bevölkerung	Schadstoffe	Verursacher
GUS-Regionen unter den 10 meistverschmutzten Regionen weltweit			
Dserschinsk Russland	300.000	Rückstände (Chemikalien, giftige Nebenprodukte) aus der Zeit der Chemiewaffenproduktion im Kalten Krieg, u.a. Sarin, VX, Lewisit sowie Blei	Staatl. Chemiewaffenproduktionsanlagen, Industriebetrieb
Noriisk, Russland	134.000	Staub, u.a. Cäsium 137, Strontium-90, Schwefeldioxid (SO ₂), Stickoxide (NO _x), Nickel, Kupfer, Kobalt, Blei, Selen, Phenole	Bergbau und Hüttenwerke
Tschernobyl, Ukraine	urspr. 5,5 Mio.	Uran, Plutonium, radioaktives Jod, Cäsium-137, Strontium-90, andere Metalle	Kernkraftwerk Tschernobyl
Sumgait, Aserbaidshan	275.000	Kohlenstoff, Erdöl, Schwermetalle wie Quecksilber	Verschiedene Industriebetriebe, v.a. Erdöl
GUS-Regionen unter den 30 meistverschmutzten Regionen weltweit			
Bratsk, Russland	2.8 Mio.	Quecksilber und andere Schwermetalle, Zyanide	Chemie- und Aluminiumfabriken
Tschita, Russland	400.000	Radioaktive Zerfallsprodukte	Gold- und Uranminen
Magnitogorsk, Russland	460.000	Natriumoxide, Stickoxide, Benzopyrene, verschiedene Schwermetalle	Eisen- und Stahlwerke
Rudnaya Pristan/ Dalnegorsk, Russland	90.000	Blei, Kadmium, Quecksilber, Antimon	Aufgelassene Schmelzerei und Mine
Mailuu-Suu, Kirgisistan	unmittelbar 23.000, potenziell Mio.	Atom Müll, Schwermetalle, Zyanide	Aufgelassene sowjetische Urananreicherungsanlage
Ust-Kamenogorsk, Kasachstan	300.000	Schwermetalle, luftverunreinigende Substanzen, Atom Müll	Kupferschmelzereien, Kernkraftwerke, Atomtestanlagen, Metalltechnik

Quelle: Blacksmith Institute 2007: 6ff., eigene Bearbeitung.

Die ältere, angestammte Bevölkerung verbleibt meist aus Mangel an Alternativen in den verschmutzten Orten, die Nachfolgenerationen versuchen jedoch meist die Region zu verlassen. Infolgedessen schreiten Bevölkerungsabnahme und Überalterung voran.

4.2. Verspätetes Umweltbewusstsein

Auch in Westeuropa entstand erst spät nach dem Zweiten Weltkrieg ein Umweltbewusstsein, als Gesundheitsgefährdung, epidemiologische Befunde und Risiken um Produktionsstätten und Energiegewinnungsanlagen offenkundig wurden. Damit trat ein allmählicher Wertewandel ein. Die aus ökonomischer Sicht lange als „freie Güter“ behandelten Lebensgrundlagen wie Boden, Wasser, Luft wurden nun als gefährdet und entsprechend kostbar eingestuft. Daher wurde versucht, den Einfluss, den Wirtschafts- und Lebensformen auf ihre Umwelt haben, zur berechenbaren Größe zu machen. Eine der Formeln, die die ökologischen Lebensbedingungen bzw. Umweltbelastungen zu erfassen versucht, ist die „IPAT-Formel“ (Ehrlich/Holdren 1971). Nach dieser Formel ($I = P \times A \times T$) wird die Auswirkung auf die Umwelt ($I = \text{Impact}$) bestimmt durch die regional begrenzte Bevölkerung ($P = \text{Population}$), die einen bestimmten durchschnittlichen Lebensstandard ($A = \text{Affluence}$) mit Hilfe einer Technologie ($T = \text{Technology}$) erreicht, die in den jeweiligen Arbeits- und Produktionsvorgängen eingesetzt wurde. Die Technologie nutzt (auch) Natur bzw. Umwelt und trägt zur Haltung des Lebensstandards bei. Verschlechtert sich das Verhältnis von Bevölkerung und Umwelt im Sozialraum oder kommt es zu einer Beeinträchtigung des Tragkörpers, der „carrying capacity“, so wirkt sich das negativ auf den Lebensstandard einer Bevölkerung aus. Ein Teil der Bevölkerung könnte dann versuchen, in Regionen mit besseren ökologischen Lebensbedingungen abzuwandern. Der Klimawandel (s.u.) kann die Umweltbelastung bzw. den Umweltdruck noch verstärken.

Solche Erwägungen zum Umweltbewusstsein kommen in der GUS erst sehr allmählich auf und haben es angesichts fortdauernder ökonomischer Interessen schwer, zum Tragen zu kommen. Die im internationalen Vergleich schlechte Positionierung der GUS kommt

im Environmental Performance Index (EPI) zum Ausdruck. Dieser Index wurde vom Fachbereich Environmental Sustainability der Yale University entwickelt und entstand in Zusammenarbeit mit der Columbia University, dem Weltwirtschaftsforum und der Gemeinsamen Forschungsstelle der Europäischen Kommission.⁷² Der EPI vergleicht die Umweltbilanz einzelner Staaten anhand von 25 Indikatoren aus den Bereichen Umweltgesundheit, Luftqualität, Wasser, Biodiversität, erneuerbare Ressourcen und Energie. Er misst den aktuellen Zustand, aber auch die Vitalität des jeweiligen Ökosystems. Je höher der EPI Wert, desto besser die Umwelt-Performance:

- Sehr gut: 100-85
- Gut: 85-70
- Mittel: 70-55
- Schlecht: 55-40
- Sehr schlecht: 40-25

2010 wurden 163 Länder auf ihre ökologische Leistungsbilanz hin untersucht. Die zentralasiatischen GUS-Staaten Usbekistan (Rang 144), Tadschikistan (111) und Kasachstan (92) rangieren auf den hintersten Plätzen, gefolgt von den osteuropäischen Ländern Ukraine (87) und Moldau (86) (Tab. II.4-2). Deutschland hingegen erhielt im Vergleich Rang 17.

Der Index kommt zu dem Ergebnis, dass die Umwelt- und Lebensbedingungen in der zentralasiatischen GUS besonders schlecht sind. Die Voraussetzungen für effektiven Umwelt- und Klimaschutz sind in der Region bisher nur in begrenztem Umfang gegeben. Die Möglichkeiten auf politischem Wege Verbesserungen herbeizuführen, sind aufgrund schlechter Regierungsführung als gering einzustufen.

72 Siehe hierzu auch http://sedac.ciesin.columbia.edu/wdc/map_gallery.jsp#Natural_Resource_Management_Index; Zur Bewertung des EPI siehe Umweltbundesamt 2008.

Tabelle II.4-2: Environmental Performance Index (EPI) 2010

Land	EPI Rang	EPI Wert*
Usbekistan	144	42,3
Tadschikistan	111	51,3
Kasachstan	92	57,3
Ukraine	87	58,2
Moldau	86	58,8
Aserbaidshjan	84	59,1
Kirgisistan	79	59,7
Armenien	76	60,4
Russland	69	61,2
Belarus	53	65,4
Deutschland	17	73,2

* Je höher der Wert, desto besser die Umwelt.

Quelle: <http://epi.yale.edu/Countries>.

4.3. Klimawandel und Anpassungskapazität

Der globale Klimawandel führt wie in anderen Regionen der Welt auch in der GUS mittelfristig zu Veränderungen, die auch in Bezug auf Migration diskutiert werden (vgl. Schmid 2010, Kreienbrink/Schmid 2011). Laut den Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) und des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) dürfte der weltweite Klimawandel in der GUS vor allem in den asiatischen Republiken und Sibirien negative Auswirkungen haben (WBGU 2009, IPCC 2007). So dürfte die Klimaerwärmung in Sibirien ein graduelles Auftauen der Permafrostböden hervorrufen. Dies würde voraussichtlich dazu führen, dass sich die charakteristischen Landschaftszonen und Bodenformen nach Norden verschieben: „Dadurch werden die leicht bewaldete Taiga, die Laubmischwälder und die Baumsteppe sowie die Steppe nach Norden wandern, während die am nördlichsten gelegene baumlose Tundra entsprechend zurück weichen wird.“ (Stadelbauer 2008: 209, zitiert in Götz 2009: 6). Wie weit diese Zonenverschiebung

nach Norden vor sich gehen könnte, wird unterschiedlich beantwortet. Die Annahmen schwanken zwischen 200 km und 1.000 km. Für die 200.000 Angehörigen der Naturvölker Russlands aber auch für die russische Bevölkerung stellen die Tauprozesse eine existentielle Bedrohung dar. Die bestehende Infrastruktur wie Gebäude, Stromleitungen, Pipelines, Flughäfen, unterirdisch angelegte Ölreserven oder die Atommülllager in Sibirien (v.a. auf der Insel Nowaja Zemlja) sind davon bedroht (Woods 2010, Greenpeace 2010). Die Errichtung und Erweiterung fester Siedlungen würde unmöglich gemacht oder zumindest erheblich verteuert (Giese/Sehring 2007, WBGU 2007, UNEP 2009). Der stellvertretende russische Minister für Katastrophenschutz, Ruslan Zalikow, sagte bereits 2008, dass ein klimawandel-bedingtes Schmelzen der Permafrostböden verheerende Folgen für alles haben würde, was auf diesen Böden gebaut sei. Bereits zu jenem Zeitpunkt wurde ein Fünftel aller Schäden an nordrussischen Infrastrukturprojekten auf den Klimawandel zurückgeführt (TAZ 24.06.2008).

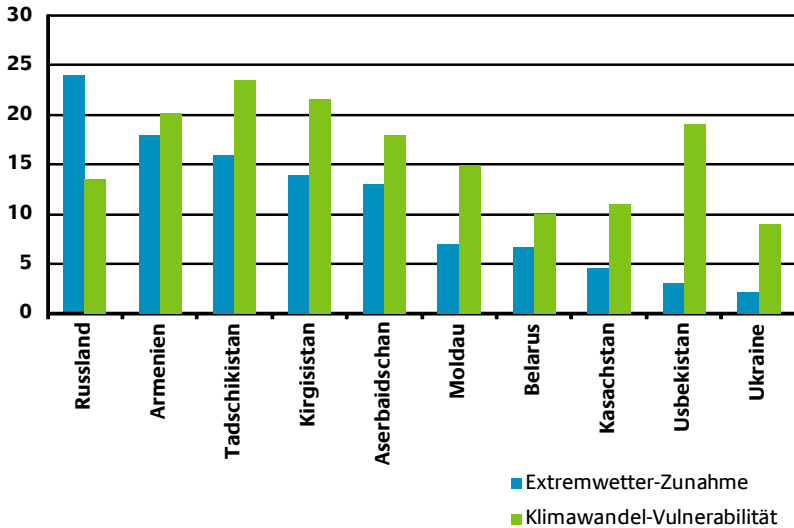
Im Zuge zunehmender Erderwärmung sind aber auch andere Regionen betroffen. Kirgisistan hat beispielsweise in den letzten 40 Jahren über 1.000 Gletscher – und damit wichtige Wasserspeicher – verloren, in Tadschikistan sind die Gletscher seit 1950 um ein Drittel zurückgegangen (Europäische Kommission 2008, UNEP 2009). Damit wird Wasser immer knapper, das sowohl für die Landwirtschaft als auch für die Stromerzeugung als strategische Ressource notwendig ist. Zudem sorgt der Wassermangel in dieser Region für zusätzliches Konfliktpotenzial. Denn das ökologische Problem beschränkt sich nicht auf einen Staat (Welzer 2008, Europäische Kommission 2008). Das Abzweigen von Wasser aus Flüssen, die durch mehrere Staaten fließen (z.B. Syrdarja, Amudarja), führt bereits heute zu Spannungen. „Ein funktionierendes regionales Wassermanagement existiert in Zentralasien nicht.“ (Kunze et al. 2010: 2). Weitere Faktoren wie Bevölkerungswachstum werden den Ressourcendruck und damit den Wassermangel verstärken, was in der Folge wiederum zu Bodendegradation und dem Rückgang landwirtschaftlicher Erträge führen kann. Ein solches Szenario, das etwa 20 Millionen Menschen betrifft, ist bereits um den vertrocknenden Aralsee zu beobachten und verweist auf die Interdependenz von Klimawandel und fehlender nachhaltiger

Entwicklung.⁷³ Zudem verändert sich durch die fehlende Verdunstung des Sees das regionale Kontinentalklima mit der Folge, dass die Sommer trockener und heißer werden, wodurch sich die Anbausaison immer weiter verkürzt und die Wasserknappheit weiter zunimmt (Kunze et al. 2010).

Mit dem Klimawandel einhergehende Extremwetterereignisse werden innerhalb der GUS bis Ende des 21. Jahrhunderts vor allem Russland, Armenien und Tadschikistan erfahren (Abbildung II.4-1; Baettig et al. 2007, World Bank 2009b).

73 Der Aralsee, ehemals der viertgrößte Binnensee der Erde, hat seit den 1960er Jahren neun Zehntel seines Wassers verloren. Die Hauptzuflüsse heißen Amudarja und Syrdarja. Ihnen werden seit der Stalin-Ära große Wassermengen für die Landwirtschaft (v.a. die künstliche Bewässerung der Anbauflächen für Baumwolle) in Kasachstan und Usbekistan entnommen. Durch den geringeren Zufluss sank seitdem der Wasserspiegel des Aralsees kontinuierlich ab. Die starke landwirtschaftliche Nutzung und die sich beschleunigende Verlandung des abflusslosen Salzsees führten in den letzten 30 Jahren zur zunehmenden Versalzung des Sees, der Uferregionen und auch umgebender Bereiche. Nach dem Rückzug der Wasserlinie bleibt eine Salz- und Staubwüste, die durch jahrzehntelange hohe Einträge an künstlichen Düngemitteln, Herbiziden, Pestiziden und anderen Schadstoffen zudem hoch gesundheitsgefährdend ist. Die Fischereiwirtschaft kam zum Erliegen, Agrarwirtschaft ist kaum mehr möglich (Kunze et al. 2010).

Abbildung II.4-1: Zunahme von Wetterextremen und Vulnerabilität gegenüber Klimawandel



Quelle: Wetterextreme nach Baettig et al. 2007, Vulnerability Index nach Fay/Patel 2008, zitiert in World Bank 2009b: 13; eigene Bearbeitung.

Doch die Betroffenheit von Klimaveränderungen sagt noch nichts über die regionale Anfälligkeit und mögliche Anpassungskapazitäten aus. Um hierzu einen Anhaltspunkte zu haben, wurde der Index der Verwundbarkeit bzw. Vulnerabilität gegenüber Klimawandel entwickelt (Fay/Patel 2008). Er setzt sich aus den drei Komponenten (a) Betroffenheit, (b) Anfälligkeit und (c) Anpassungsfähigkeit zusammen. Der Vulnerabilitäts-Index zeigt auf, dass die asiatischen GUS-Republiken Tadschikistan⁷⁴, Kirgisistan, Armenien, Usbekistan und Aserbaidschan eine sehr hohe Verwundbarkeit gegenüber dem Klimawandel aufweisen (Abbildung II.4-1; World Bank 2009b). Neben der Zunahme von Wetterextremen fällt hier vor allem der Mangel an Bewältigungs- und Anpassungskapazitäten ins Gewicht (Kunze et al. 2010). Laut Weltbank wird der Grad der Vulnerabilität in der GUS auch noch in den kommenden 10 bis 15 Jahren hauptsächlich von sozioöko-

⁷⁴ Zu Tadschikistan siehe Oxfam 2010.

nomischen Faktoren und postsowjetischen „Hinterlassenschaften“ beeinflusst (World Bank 2009b: 8; Le Monde diplomatique 2008: 28f). Hiervon sind besonders die zentralasiatischen GUS-Staaten betroffen. Aktuell leben dort etwa 56 Millionen Menschen, 2050 dürften es über 75 Millionen sein, was den Druck auf natürliche Ressourcen und damit die Vulnerabilität weiter erhöht (UN 2011a).

Weitere Indikatoren, die auf eine hohe ökologische Verwundbarkeit besagter GUS-Staaten verweisen sind die hohen Anteile ländlicher Bevölkerung sowie landwirtschaftlicher Beschäftigung. Zur Landbevölkerung zählten 2009 etwa drei Viertel der Tadschiken und jeweils zwei Drittel der Kirgisen und Usbeken (UN 2011a). In Tadschikistan waren 2006 fast 70 % der Erwerbsbevölkerung in der Landwirtschaft tätig, der Anteil der Agrarwirtschaft am BIP in Tadschikistan betrug 22 %. In Kirgisistan arbeiteten 36 % aller Beschäftigten in der Landwirtschaft, der Agrarsektor hatte einen Anteil am BIP von 29 %. In Armenien waren 2007 etwa 46 % der Erwerbsbevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt, in Aserbaidschan waren es 38 % und in Moldau 33 % (World Bank 2010, IMF 2010). Die Vulnerabilität dieser Länder gegenüber Wetterextremen, Bodendegradation und Umweltverschmutzung wird vor diesem Hintergrund besonders deutlich.

Verschlechtern sich jedoch die Umweltbedingungen und steigt gleichzeitig durch die demographische Entwicklung der Druck auf das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt – wie in der asiatischen GUS zu erwarten –, dann dürfte Migration bzw. Landflucht ein möglicher Ausweg sein. Daran wird deutlich, dass Umweltmigration nur durch wechselseitige Verstärkung interner und externer Faktoren bedingt ist und die Umweltveränderung meist nur sehr mittelbar eine Ursache ist (Kreienbrink/Schmid 2011). Nur in Ausnahmefällen findet eine ursächlich durch Umweltereignisse bedingte Migration aufgrund einer akuten Krise (Dürre, Überschwemmungen usw.) statt. In der Regel versuchen Menschen so lange wie möglich in ihrer Heimat auszuharren. Auch verläuft ökologisch bedingte Abwanderung meist regional vom Land in die Stadt und wird daher als Umweltmigration kaum fassbar (Schmid 2010).

Schlussfolgerungen

Die Skizzierung der durch Umweltverschmutzung und Klimawandel hervorgerufenen Problemlagen offenbart neben den demographischen und sozioökonomischen weitere Aspekte, die Migrationsentscheidungen beeinflussen und damit zu einer Steigerung des Migrationspotenzials beitragen könnten. Regionale Umweltverseuchung mindert nicht nur die Lebensqualität, sondern kann sie lebensgefährlich bedrohen. Die zum Teil aus der Sowjetzeit herrührende Nichtbeachtung von Fragen, die den Erhalt der Umwelt betreffen, setzt sich bis heute fort, wenn sich z.B. jene, die solche Zustände kritisieren, Repressionen gegenübersehen. Gleichzeitig offenbaren Ereignisse, wie die verheerenden Wald- und Torfbrände um Moskau im Sommer 2010, die Hilflosigkeit der Behörden und die begrenzte Fähigkeit des Staates, mit derartigen Umweltkatastrophen umzugehen. Hier bleibt abzuwarten, wie die Staaten der Region und vor allem Russland mit den auch diese Region treffenden Folgen des Klimawandels umgehen werden. Begründete Klimaprognosen sagen für das Land aufgrund von tauenden Permafrostböden erhebliche Bodenprobleme voraus, die die regionale Infrastruktur beschädigen oder sogar unbrauchbar machen werden. Die damit einhergehenden Veränderungen der Vegetationsmöglichkeiten können zwar auch Chancen, z.B. für eine veränderte Landwirtschaft mit sich bringen, gleichzeitig wird eben diese in den zentralasiatischen Regionen der GUS von Trockenheit betroffen sein. Dies dürfte das Migrationspotenzial erhöhen.

Bodendegradation und lang anhaltende Dürre in den Sommermonaten dürfte häufiger werden und die von der Agrarwirtschaft abhängige Bevölkerung stark treffen. Es sind aber nicht die Umweltveränderungen und der Klimawandel per se, die das Migrationspotenzial steigern können, sondern das Zusammenwirken mit weiteren Faktoren. So leben aktuell in der zentralasiatischen GUS etwa 56 Millionen Menschen, 2050 dürften es über 75 Millionen sein, was den Umweltdruck und damit die Vulnerabilität weiter erhöhen wird (UN 2011a). Verschlechtern sich die Umweltbedingungen und steigt gleichzeitig der demographische Druck auf das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt, können Migration bzw. Landflucht ein möglicher Ausweg sein. Zudem kann steigende Ressourcenkonkurrenz das regionale Konfliktpotenzial steigern und so ebenfalls Migration induzieren.

|||. Migrationsbewegungen und Migrantenbevölkerung



Die Analysen in den vorhergehenden Kapiteln haben Aspekte aufgezeigt, die das zukünftige Migrationspotenzial der GUS ansteigen lassen könnten. In diesem Zusammenhang ist von Interesse, ob die Migrationsströme dann auch weiterhin größtenteils innerhalb der GUS verbleiben oder verstärkt in Richtung EU verlaufen werden.

Im kommenden Abschnitt wird zuerst die bisherige Migrationsentwicklung innerhalb der GUS dargestellt. Anschließend werden die Wanderungsbewegungen und Migrantenbestände von GUS-Staatsangehörigen in ausgewählten EU-Ländern, einschließlich Deutschland, aufgezeigt. Ferner werden die Verläufe irregulärer Migrationsrouten aus der GUS in die EU und deren Frequentierung beleuchtet. Basierend auf dem bisherigen Migrationsaufkommen und der vorhandenen Migrantenbevölkerung im Zielland werden abschließend Einschätzungen zum Umfang und den Zielregionen künftiger Migrationsströme aus der GUS in die EU vorgenommen.

1. Migration innerhalb der GUS

Nach dem Ende der Sowjetunion, in der eine freie, ungehinderte internationale Migration unmöglich war, hat sich bald ein vielfältiges Wanderungsgeschehen etabliert.

1.1. Datenlage

Für eine solide Einschätzung zukünftiger Wanderungsbewegungen ist neben der Wahl des Migrationskonzepts auch die Qualität des Datenmaterials entscheidend (Borchers 2009, BMI/BAMF 2011). Die mangelnde Verfügbarkeit und Einheitlichkeit nationaler und internationaler Migrationsstatistiken sowie ihre geringe Erhebungsdichte wird seit langem bemängelt. Auch existieren im Bereich Migration keine international einheitlichen Definitionen. Aussagekräftige Daten

und Statistiken zur Migration innerhalb der GUS zu erhalten, stellt daher kein einfaches Unterfangen dar. Die unbefriedigende Datenlage hat mehrere Ursachen (Uehling 2004: 82 ff.; Mansoor/Quilin 2007):

- **Historische Aspekte:** Das alte sowjetische Aufenthaltsgenehmigungssystem sah vor, dass sich Menschen erst registrieren lassen mussten, bevor sie an einen anderen Ort wandern durften. In den 1980er Jahren migrierten jährlich etwa 15 Millionen Menschen innerhalb der GUS (Nozhenko 2010: 2), wobei ein Teil der Wanderungen unfreiwillig erfolgte. Der politische Umbruch Anfang der 1990er Jahre und der damit verbundene Wandel hin zu einer beinahe visafreien GUS-Zone schuf schließlich einen riesigen, fast unbeschränkten Wanderungsraum ohne funktionsfähige zwischenstaatliche Kontrollinstanzen.
- **Institutionelle Aspekte:** In den Nachfolgestaaten der UdSSR mussten sich eigenständige staatliche Institutionen erst konstituieren. Der Aufbau von Grenzkontrollbehörden und statistischen Ämtern wurde dabei eher vernachlässigt. Mittlerweile haben sich die Grenzregime und die statistische Erfassung von Migrationsbewegungen in der GUS verbessert. Einige GUS-Staaten werden dabei im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik bei der Kontrolle der EU-Außengrenzen und der verbesserten Erfassung von Migrationsbewegungen von der EU unterstützt.
- **Definitiorische Aspekte:** Die Verfahren der Datenerfassung sowie die Definitionen der einzelnen Wanderungskategorien (z.B. der irregulären Migration) unterschieden sich innerhalb der GUS voneinander, was eine länderbezogene Vergleichbarkeit beeinträchtigt.
- **Geographische Aspekte:** Zwischen Russland und Kasachstan liegt mit fast 7.000 km die längste Grenze der Erde. Durch die mangelhafte technische und personelle Ausstattung zur Überwachung ausgedehnter Landesgrenzen wird die Erfassung von Migrationsbewegungen entlang dieser und anderer Grenzen innerhalb der GUS erschwert.

Aus diesen Gründen stehen für die Einschätzung der Wanderungsbewegungen und Migrantenbestände innerhalb der GUS nur folgende, wenn auch lückenhafte Quellen zur Verfügung (Mansoor/Quilin 2007):

- Volkszählungen, die etwa alle 10 Jahre durchgeführt werden und über die Anzahl ausländischer bzw. zugewanderter Personen im jeweiligen Land informieren (Migrantenbestand).
- Amtliche Wanderungsstatistiken, in denen die Zu- und Fortzüge von Personen über Landesgrenzen hinweg aufbereitet werden (Migrationsbewegungen).
- Repräsentative Umfragen zur Migrationserfahrung und der Nationalität bzw. dem Geburtsland der befragten Migranten.

1.2. Diversifizierung der Wanderungsbewegungen innerhalb und aus der GUS

Zwischen 1921 und 1986/87 war es praktisch unmöglich, die Sowjetunion zu verlassen. Die Abwanderungsmöglichkeit in den Westen setzte erst mit der Politik der Öffnung (Glasnost) unter Gorbatschow ein und wurde anfangs vor allem von jüdischen und deutschstämmigen Bürgern genutzt. In den darauffolgenden Jahren stieg jedoch auch der Anteil von hochqualifizierten russischen und ukrainischen Abwanderern (brain drain) an (Migration-Info 1998).⁷⁵

Die Internationale Organisation für Migration (IOM) veröffentlichte 1997 einen Bericht über Wanderungsbewegungen zwischen und aus den GUS-Staaten im Zeitraum von 1989 bis 1996. Zu Beginn des analysierten Zeitraums lagen Binnenwanderung und Auswanderung auf hohem Niveau, sie gingen aber bis 1995 wieder zurück. Hauptziel-land innerhalb der GUS war Russland. Die Wanderungsbewegungen wurden entlang von Migrantengruppen mit je eigenen Wanderungsmotiven differenziert:

⁷⁵ Siehe auch Zaionchkovskaya 2000.

- Die größte Gruppe waren die Rückkehrer (4,2 Millionen, v.a. ethnische Russen). Hierbei handelte es sich um Personen, die (un)freiwillig in einen Staat immigrierten bzw. remigrierten, in dem ihre eigene ethnische Gruppe die Mehrheitsbevölkerung stellte.
- Binnenvertriebene (1,1 Millionen), d.h. innerhalb einzelner GUS-Staaten vertriebene Personen. Diese Gruppe umfasste fast 150.000 tschetschenische Flüchtlinge in Russland sowie weitere Binnenvertriebene in Armenien, Aserbaidschan, Moldau und Tadschikistan.
- Angehörige ehemals vertriebener Völker (1 Million), die in den 1940er Jahren aus ihren Siedlungsgebieten in der Sowjetunion nach Sibirien und in die zentralasiatischen Steppen deportiert worden waren und nun in ihre „Ursprungsländer“ migrierten (v.a. ethnische Deutsche: 850.000 von 1992-1996, Krimtataren: 183.400 von 1989-1996).
- Internationale Flüchtlinge (870.000), die vor kriegerischen Konflikten vor allem in andere GUS-Staaten (z.B. Russland, Ukraine) flohen.⁷⁶
- Umweltmigranten (1985-1996: 739.000) infolge der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl (1986), der radioaktiven Verseuchung in der Atomtestregion Semipalatinsk und der Austrocknung des Aralsees.
- Irreguläre (Transit-)Migration wurde wegen fehlender Grenz- und Aufenthaltskontrollen nach dem Ende der UdSSR und der geographischen Lage der GUS zwischen Entwicklungs- und Industrieländern zu einem Bestandteil des Migrationsgeschehens. Die GUS entwickelte sich für Migranten aus Asien, dem Mittleren Osten und Afrika zu einem Transitkorridor nach Westeuropa oder Nordamerika (Ivakhnuk 2009, Zaionchkovskaya 2009; Düvell/Molodikova 2009), was zu einem Anstieg der Zahl irregulärer Zuwanderer vor allem

⁷⁶ Vor dem Konflikt in Transnistrien/Moldau flüchteten 1992 über 60.000 Personen in die Ukraine. Der Bürgerkrieg in Tadschikistan 1992/1993 zwang etwa 60.000 Personen zur Flucht nach Afghanistan und fast 196.000 in angrenzende zentralasiatische und andere GUS-Staaten (Migration-Info 1998).

in den osteuropäischen GUS-Staaten führte. Mitte der 1990er Jahre wurde die Zahl irregulärer Migranten in Russland auf bis zu 1 Million geschätzt (Migration-Info 1998).

- Temporäre und permanente Arbeitsmigranten innerhalb der GUS, deren Zahl sich seit 1995 stark erhöht.

Im vergangenen Jahrzehnt ging mit der Zunahme der Migrationsströme auch eine weitere Internationalisierung und Diversifizierung einher (Molodikova 2008), was die Migration innerhalb der GUS-Staaten, die Zielländer der Abwanderung in Europa oder Amerika aber auch neue Zuwanderungsräume betraf. Die Transitmigration nahm weiter zu, wobei sich etliche dieser Migranten aufgrund von Informationsdefiziten hinsichtlich der Zuwanderungs- und Aufenthaltsbestimmungen in den angestrebten Zielländern oft länger als geplant in den GUS-Staaten aufhalten (Mansoor/Quillin 2007: 41, 43). Die zunehmenden Wirtschaftskooperationen zwischen China und den GUS-Nachbarländern Russland, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan führten zudem zu einem Anstieg chinesischer Zuwanderung. 2008 lebten schätzungsweise 500.000 bis 1 Million Chinesen allein in Russland (Sadovskaya 2009).

1.3. Aktuelle Migrationsbewegungen und Migrantenbevölkerung in der GUS

Aufgrund der dargestellten mangelnden Verfügbarkeit und Vergleichbarkeit der nationalen Migrationsstatistiken innerhalb der GUS, können die folgenden Angaben über Zu- und Fortzüge nur als Tendenzaussagen verstanden werden.

Zuzüge und Fortzüge

Betrachtet man die Migrationsbewegungen innerhalb der GUS, ist Russland 2010 mit 191.656 Zuzügen und einem Wanderungssaldo von + 158.079 eindeutig als Haupteinwanderungsland in der GUS zu identifizieren (Tab. III.1-1). An zweiter Stelle folgt Kasachstan mit 41.485 Zuzügen (2009), aber einem Wanderungsüberschuss von nur +7.502. Den dritten Platz belegt die Ukraine 2010 mit 30.810 und einem Saldo von +16.133. Wanderungsverluste weisen hingegen Kirgisistan mit etwa -30.000 Fortzügen (2008), Tadschikistan mit -11.674 (2009) und Moldau mit -4.653 (2009) Fortzügen auf (Tab. III.1-1).

Reine Binnenmigration spielte nach den verfügbaren Zahlen vor allem im Kaukasus eine Rolle. So lag die Binnenmigrationsrate zwischen 1990 und 2005 in Aserbaidschan und Armenien bei 33 % bzw. 25 %, was auf die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen beiden Staaten um Berg Karabach zurückzuführen sein dürfte (Tab. III.1-2).

Tabelle III.1-1: Migrationsbewegungen in und aus GUS-Staaten

Land	Zuzug	Fortzug	Saldo
Russland (2010)	191.656	33.577	+158.079
Kasachstan (2009)	41.485	33.983	+7.502
Ukraine (2010)	30.810	14.677	+16.133
Belarus (2005-2009 gesamt)	39.252	-	-
Kirgisistan (2008, geschätzt)	2.000	32.000	-30.000
Tadschikistan (2009)	25.563	37.231	-11.674
Armenien (2009)	7.961	4.797	+3.164
Aserbaidschan (2009)	2.300	1.400	+900
Moldau (2009)	2.010	6.663	-4.653
Usbekistan	-	-	-

Quelle: Statistische Ämter der jeweiligen Länder (Migrationsdefinitionen unklar).

Die zugewanderte Bevölkerung

Im Jahr 2010 lebten in der GUS etwa 24,4 Millionen Migranten (Personen, die nicht in dem Land geboren wurden, in dem sie leben), ihr Bevölkerungsanteil lag bei 9,1% (Tab. III.1-2). Die größte Migrantenbevölkerung in der GUS verzeichnete Russland mit 12,3 Millionen Migranten, was es im internationalen Vergleich an die zweite Stelle der Haupteinwanderungsländer weltweit stellt. Ihm folgt die Ukraine mit 5,3 Millionen (weltweit Rang 11) und Kasachstan mit 3 Millionen Zugewanderten (weltweit Rang 15) (IOM 2010, Weltbank 2011). Der Migrantenanteil an der Gesamtbevölkerung lag 2010 in Kasachstan bei 19,5 %, in der Ukraine bei 11,6 % und in Moldau und Belarus bei jeweils 11,4 % (Tab. III.1-3).

Tabelle III.1-2: Migrantenbevölkerung und Binnenmigration innerhalb eines Staates in der GUS, 1990-2010

Land	Migrantenbevölkerung			Binnenmigration	
	(in 1.000) 1990	(in 1.000) 2005	(in 1.000) 2010*	(in 1.000) 1990-2005	Rate (%)** 1990-2005
Russland	11.524,9	12.079,6	12.270,4	-	-
Ukraine	6.892,9	5.390,6	5.257,5	-	-
Kasachstan	3.619,2	2.973,6	3.079,5	1.000	9,3
Usbekistan	1.653,0	1.267,8	1.175,9	..	-
Belarus	1.249,0	1.106,9	1.090,4	900	10,8
Moldau	578,5	440,1	408,3	-	-
Armenien	658,8	492,6	324,2	500	24,5
Tadschikistan	425,9	306,4	284,3	400	9,9
Aserbaidshjan	360,6	254,5	263,9	1.900	33,2
Kirgisistan	623,1	288,1	222,7	600	16,2
Summe	27.585,9	24.600,2	24.377,1	5.300	-

* UN-Schätzungen.

** Daten basieren auf Haushaltsbefragungen der World Bank (2009). Binnenmigranten sind ausschließlich ausgewiesen als Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

Quellen: UNDP 2009, 2010, UN 2009, Migration DRC 2007, World Bank 2011.

Der Anteil zugewanderter Frauen liegt in allen Aufnahmeländern der GUS 2010 bei mindestens 54 %. Im Vergleich dazu liegt der Zuwanderinnenanteil in Deutschland bei etwa 47 %. Der Anteil von Flüchtlingen an den Zuwanderern ist nur in Armenien mit 18 % signifikant hoch (Tab. III.1-3). Die Herkunftsländer der Zuwanderer sind meist andere GUS-Staaten, was die hohe Binnenmigration innerhalb der GUS unterstreicht.

Tabelle III.1-3: Die Zuwandererbevolkerung in der GUS und ihre Herkunftsländer, 2010

Zielland	Bestand Zuwanderer in 1.000	Anteil an Gesamtbev., in %	Anteil Frauen in %	Anteil Flüchtlinge in %	Hauptherkunftsländer
Russland	12.270	8,7	57,8	0,0	Ukraine, Kasachstan, Belarus, Usbekistan, Aserbajdschan, Georgien, Armenien, Kirgisistan, Tadschikistan, Moldau
Ukraine	5.257	11,6	57,2	0,1	Russland, Belarus, Kasachstan, Usbekistan, Moldau, Aserbajdschan, Georgien, Armenien, Tadschikistan, Kirgisistan
Kasachstan	3.080	19,5	54,0	0,1	Russland, Ukraine, Usbekistan, Deutschland, Belarus, Aserbajdschan, Türkei, Polen, Tadschikistan, Moldau
Usbekistan	1.176	4,2	57,1	0,1	Russland, Tadschikistan, Kasachstan
Belarus	1.090	11,4	54,2	0,1	Russland, Polen, Ukraine, Armenien, Litauen, Aserbajdschan, Deutschland, Moldau, Georgien, Lettland
Moldau	408	11,4	56,0	0,0	Ukraine, Russland, Bulgarien, Belarus
Armenien	324	10,5	58,9	18,2	Aserbajdschan, Georgien, Russland, Iran, Syrien, Ukraine, Türkei, Griechenland, Usbekistan, Libanon
Tadschikistan	284	4,0	57,1	0,4	Russland, Afghanistan, Usbekistan, Kirgisistan
Aserbajdschan	264	3,0	57,1	0,9	Russland, Armenien, Ukraine, Georgien
Kirgisistan	223	4,0	58,2	0,3	Usbekistan, Russland, Ukraine, Kasachstan, Tadschikistan, Türkei, Deutschland

Quelle: World Bank 2011, eigene Bearbeitung.

Die aus GUS-Staaten abgewanderte Bevölkerung

Das Hauptauswanderungsland der GUS war 2010 Russland mit 11,1 Millionen Emigranten bzw. Auslandsbürgern. Im internationalen Vergleich belegte es damit Rang 3. Weitere Abwanderungsländer in der GUS waren die Ukraine (6,6 Millionen; Rang 5), Kasachstan (3,7 Millionen; Rang 12), Usbekistan (2,0 Millionen, Rang 26) und Belarus (1,8 Millionen; Rang 28) (World Bank 2011).

Relativ gesehen hat jedoch Armenien mit 28,2% den größten Anteil an Abwanderern in Bezug zur Bevölkerung im Jahr 2010, gefolgt von Kasachstan (23,6%), Moldau (21,5%) und Belarus (18,6%) (World Bank 2011: 1-4; Tab. III.1-4). In Aserbaidshan und der Ukraine liegt ihr Anteil bei 16% bzw. 14,4%. Betrachtet man die Abwanderungsrate der Bevölkerung mit Hochschulabschluss im Jahr 2000, dann sticht Armenien mit fast 9% hervor. In der Ukraine, Moldau und Belarus liegen die Werte bei über 3%. Die Hauptzielländer der Migranten sind wie erwähnt, in erster Linie andere GUS-Staaten (Russland, Ukraine, Kasachstan). Ziele außerhalb der GUS, wie Deutschland, die USA und Israel spielen nur eine nachrangige Rolle (Tab. III.1-4).

Tabelle III.1-4: Die Abwanderungsbevölkerung der GUS und ihre Migrationsziele, 2010

Herkunftsland	Bestand Abwanderer, in 1.000	Anteil Abwanderer an der Gesamtbev., in %	Abwanderungsrate der Bev. mit Hochschulabschluss 2000, in %	Haupt-Zielländer
Russland	11.056	7,9	1,5	Ukraine, Kasachstan, Israel, Belarus, USA, Usbekistan, Deutschland, Lettland, Tadschikistan, Moldau
Ukraine	6.563	14,4	3,5	Russland, Polen, USA, Kasachstan, Israel, Deutschland, Moldau, Italien, Belarus, Spanien
Kasachstan	3.717	23,6	1,2	Russland, Ukraine, Usbekistan, Israel, Deutschland, Turkmenistan, USA, Lettland, Kanada, Kirgisistan
Usbekistan	1.955	7,0	0,7	Russland, Ukraine, Kasachstan, Israel, Kirgisistan, Turkmenistan, Lettland, USA, Tadschikistan, Deutschland
Belarus	1.779	18,6	3,2	Russland, Ukraine, Polen, Kasachstan, Israel, Litauen, USA, Deutschland, Lettland, Estland
Aserbaidshjan	1.433	16,0	2,0	Russland, Armenien, Ukraine, Kasachstan, Israel, Deutschland, Türkei, USA, Turkmenistan, Georgien
Armenien	870	28,2	8,8	Russland, USA, Ukraine, Aserbaidshjan, Georgien, Israel, Deutschland, Frankreich, Spanien, Griechenland
Tadschikistan	791	11,2	0,4	Russland, Usbekistan, Ukraine, Israel, Kasachstan, Kirgisistan, USA, Lettland, Deutschland, Kanada
Moldau	770	21,5	3,4	Russland, Ukraine, Italien, Rumänien, USA, Israel, Spanien, Deutschland, Kasachstan, Griechenland

Quelle: World Bank 2011, eigene Bearbeitung.

Die starken Bevölkerungsbewegungen zwischen einigen GUS-Regionen sind ein Indiz für sogenannte „Migrationskorridore“ mit Migrationsbewegungen in beide Richtungen. Tatsächlich befinden sich laut Weltbank einige der weltweit größten Migrationskorridore in der GUS. Sie umfassen die Route zwischen Russland und der Ukraine und zwischen Russland und Kasachstan. Im Jahr 2010 war der Migrationskorridor zwischen Russland und der Ukraine der zweitgrößte weltweit: es befanden sich 2010 etwa 3,7 Millionen Migranten aus Russland in der Ukraine (World Bank 2011: 5).⁷⁷ Weitere wichtige Migrationskorridore in der GUS waren 2010 (World Bank 2011: 5):

- Ukraine → Russland: 3,6 Millionen Migranten (Rang 3)
- Kasachstan → Russland: 2,6 Millionen Migranten (Rang 6)
- Russland → Kasachstan: 2,3 Millionen Migranten (Rang 7)
- Belarus → Russland: 1,0 Millionen Migranten (Rang 29)
- Usbekistan → Russland: 0,9 Millionen Migranten (Rang 30)

Die Migrationskorridore offenbaren eine große Migrationsbereitschaft bzw. Mobilität innerhalb der GUS. Grund hierfür sind die weitgehend bestehende Visafreiheit zwischen Russland und den anderen GUS-Staaten sowie immer noch oft schwache Grenzkontrollen.

1.3.1. Russland – Hauptaufnahmeland von Migranten in der GUS

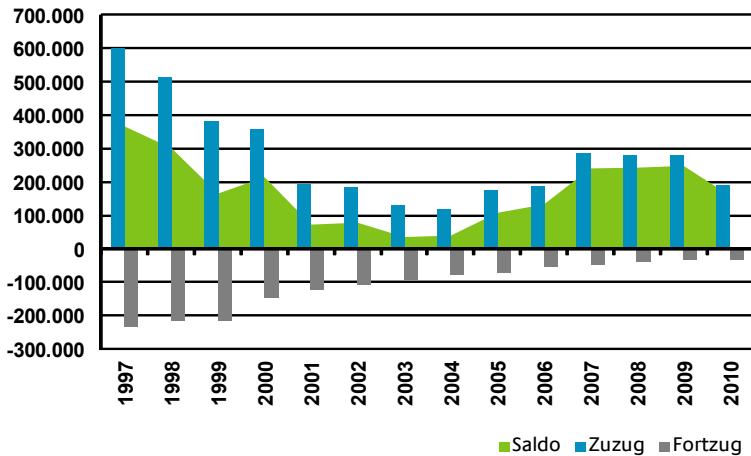
Russland ist das Zentrum des GUS-Migrationssystems. Die Zuwanderung nach Russland wurde lange dominiert vom Zuzug ethnischer Russen, d.h. Personen mit russischer Herkunft, die in anderen Ländern der ehemaligen Sowjetunion leben. Zwischen 40 % und 70 % aller Migranten der GUS wanderten in den letzten 20 Jahre aus ethnischen Gründen nach Russland (Molodikova 2008: 21). Die meisten der 2007 Zugewanderten besaßen bereits die russische Staatsbürgerschaft, genauer: 75 % der Migranten aus der GUS und den baltischen Staaten sowie 71 % der Personen aus anderen Ländern. Da das ethnische Zuwanderungspotenzial fast ausgeschöpft ist, dürfte zukünftig die Arbeitsmigration das Hauptzuwanderungsmotiv sein (IOM 2010: 192). Für Arbeitsmigranten sind vor allem die Lohnunterschiede zwi-

⁷⁷ Es handelt sich hier um den Migrantenbestand differenziert nach Geburtsland.

schen ihrer Herkunftsregion und Russland der ausschlaggebende Migrationsgrund.⁷⁸

Abbildung III.1-1. zeigt den starken Rückgang der Zuzugszahlen nach Russland ab 2001 und den erneuten Anstieg ab 2007, der u.a. auf statistische Effekte zurückzuführen ist.⁷⁹ Der Wanderungssaldo stieg ab 2004, erlebte aber 2010 aufgrund gesunkener Zuzüge einen Rückgang. Die Fortzüge sind seit 1999 durchgängig rückläufig.

Abbildung III.1-1. Migrationsbewegungen in und aus Russland, 1998-2010



Quelle: Amt für Statistik Russland, eigene Bearbeitung.

78 So betrug beispielsweise im Februar 2008 das Durchschnittsgehalt in Russland etwa 600 US-\$ pro Monat, das Gehalt in Moskau lag bei 1.200 US-\$, in der autonomen Region Khanty-Mansiysk bei 1.500 US-\$ und in der autonomen Region Yamal-Nenets bei 1.700 US-\$ (Molodikova 2008). Im Vergleich dazu lag der Durchschnittslohn in Kasachstan bei 391 US-\$ pro Monat, in Belarus bei 308 US-\$ pro Monat, in der Ukraine bei 244 US-\$, in Armenien bei 201 US-\$, in Moldau 149 US-\$ und in Aserbaidschan bei 146 US-\$ pro Monat. Die niedrigste Entlohnung gab es in Kirgisistan mit 89 US-\$ pro Monat, in Tadschikistan mit 49 US-\$ und in Usbekistan mit 60 US-\$ (Molodikova 2008; Daten von März 2007 (<http://www.cisstat.com/rus/>), für Usbekistan von 2005).

79 Die Nettomigration aus allen GUS-Ländern nach Russland nahm ab 2007 stark zu (Zaionchkovskaya 2009). Dieses Phänomen hängt z.T. mit dem Registrierungsprozess zusammen, d.h. viele der Leute lebten bereits in Russland und nutzten die Möglichkeit zur Legalisierung ihres Aufenthalts (Turukanova 2007).

Das Absinken der Zuzüge 2010 ist als Folge der Weltwirtschaftskrise zu verstehen, allerdings kann davon ausgegangen werden, dass die Krise nur einen kurzfristigen Einfluss auf das Migrationsgeschehen hat (IOM 2010: 197). Nach einer Studie der OSCE hat sich beispielsweise der Lohn für kirgisische Arbeitnehmer infolge der Krise erheblich verringert⁸⁰, doch nur 10 % der Befragten kehrten deswegen nach Kirgisistan zurückgekehrt – und von diesen wollten wiederum 6 von 10 nach Besserung der wirtschaftlichen Lage erneut in Russland arbeiten. Die im Land verbleibenden Migranten arrangierten sich mit den schlechteren Bedingungen und variierten ggf. ihren Aufenthaltsort und ihre Tätigkeitsausrichtung (ICG 2010).

Im Jahr 2010 zogen nach den offiziellen Statistiken insgesamt 191.656 Personen nach Russland zu und 33.577 Personen fort, was einen Wanderungsüberschuss von +158.079 ergab (Tab. III.1-5). Die Hauptherkunftsländer der Migranten waren 2010 Kasachstan und die Ukraine mit je über 27.500 Zuzügen gefolgt von Usbekistan (24.100) und Kirgisistan (20.901). Die geringste Zuwanderung erfolgte aus Belarus (4.894). Betrachtet man nur die Zuwanderung aus den GUS-Staaten nach Russland, so lag diese 2010 bei 169.657 Zuzügen, der Wanderungssaldo betrug +148.557. Die GUS-Staaten haben damit einen Anteil von 89 % an der Zuwanderung nach Russland. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Zuzüge aus der GUS jedoch um fast 90.000 zurückgegangen. Grund hierfür sind – vermutlich aufgrund der Wirtschaftskrise – sinkende Zuzüge v.a. aus der Ukraine (-18.400), Usbekistan (-18.400) und Armenien (-16.000). Aus China wanderten 2010 1.380 Personen nach Russland, was entgegen dem sonst sinkenden Trend eine deutliche Steigerung bedeutet. Wanderungsverluste verzeichnete Russland 2010 v.a. durch Fortzüge nach Deutschland (-1.104) und in die USA (-807). Im Vergleich zum Vorjahr sind diese Zahlen jedoch gesunken (Tab. III.1-5).

80 Nach der International Crisis Group (ICG 2010) sind 40 % der Bauarbeiter in Russland Migranten. Die Baubranche hat seit der Krise viele Insolvenzen und Geschäftsaufgaben erlebt (IOM 2010: 197; Awad 2009). Nach einer empirischen Studie der OSCE verringerte sich der Lohn kirgisischer Arbeitsmigranten in Russland während der ersten Krisenmonate um 20 % bis 30 %, während die Rücküberweisungen um 25 % bis 40 % zurückgingen (OSCE/ACTED 2009).

Tabelle III.1-5: Migrationsbewegungen nach und aus Russland, 2009-2010

Herkunftsland / Zielland	2010			2009		
	Zuzug	Fortzug	Saldo	Zuzug	Fortzug	Saldo
Insgesamt	191.656	33.577	+158.079	279.907	32.458	+247.449
Kasachstan	27.862	7.329	+20.533	38.830	7.232	+31.598
Ukraine	27.508	6.278	+21.230	45.920	5.737	+40.183
Usbekistan	24.100	834	+23.266	42.539	677	+41.862
Kirgisistan	20.901	641	+20.260	23.265	674	+22.591
Armenien	19.890	698	+19.192	35.753	983	+34.770
Tadschikistan	18.188	694	+17.494	27.028	610	+26.418
Aserbajdschan	14.500	1.110	+13.390	22.874	1.130	+21.744
Moldau	11.814	617	+11.197	16.433	648	+15.785
Belarus	4.894	2.899	+1.995	5.517	2.573	+2.944
GUS Summe	169.657	21.100	+148.557	258.159	20.264	+237.895
GUS-Anteil an insges., in %	89%	63%	94%	92%	62%	96%
Nicht-GUS	21.999	12.477	+9.522	21.748	12.194	+9.554
Deutschland	2.621	3.726	-1.104	2.585	4.115	-1.530
USA	653	1.460	-807	575	1.440	-865
Kanada	110	497	-387	98	475	-359
Finnland	178	517	-339	141	685	-544
Israel	814	947	-133	816	894	-33
China	1.380	248	+1.132	770	57	+713

Quelle: Amt für Statistik Russland.

Russland und die Anwerbung von Arbeitsmigranten

Am 15.01.2007 trat eine Liberalisierung der russischen Migrationspolitik in Kraft. Die Reformen zielten vor allem auf die Steuerung der Zuwanderung aus anderen GUS-Staaten. Bürger der GUS-Staaten, die mit Russland ein Abkommen über visumfreie Einreise abgeschlossen hatten, können seitdem einfacher Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen erhalten (ILO/OSCE 2009: 98 ff.; Ryazantsev 2010; Zaionchkovskaya 2007). So erhielten 2007 mehr als 1,2 Millionen

Arbeitsmigranten aus den GUS-Staaten solche Genehmigungen, was gegenüber 2006 eine Verdopplung bzw. im Vergleich zu 2005 sogar eine Verdreifachung darstellte (Nozhenko 2010). Im Jahr 2009 erteilte Russland insgesamt etwa 1,4 Millionen Arbeitsgenehmigungen. 80 % der Arbeitsmigranten kamen aus GUS-Staaten, die eine Visumfreiheit mit Russland vereinbart haben (Baruah 2010).

Russische Experten sind sich weitgehend einig, dass die neue Migrationspolitik durch die Bevölkerungsabnahme Russlands beeinflusst ist (Molodikova 2008, Zainchkovskaya 2007). Einige ökonomische Studien schätzten den Arbeitskräftemangel in russischen Betrieben vor der Weltwirtschaftskrise bereits auf 30 % (Molodikova 2007). Ein zusätzlicher Anreiz für die Reformen war aber auch der zunehmende Wettbewerb um Arbeitsmigranten mit Kasachstan, der Ukraine und Belarus (Molodikova 2007).

Der Bestand ausländischer Arbeitnehmer wuchs infolgedessen auf fast 2,5 Millionen im Jahr 2008 (Tab. III.1-6). Die meisten Arbeitsmigranten waren dabei im Baugewerbe (41 %), im Dienstleistungsbereich (29 %) und der Industrie tätig (13 %) (Ryatzantsev 2010). Laut aktuelleren Zahlen der Föderalen Immigrationsbehörde (FMS) waren Ende 2010 etwa 10 % aller Arbeitnehmer in Russland (9 Millionen) Staatsbürger anderer GUS-Länder (Frontex 2011a: 20).

Tabelle III.1-6: Ausländische Arbeitnehmer in Russland 1995-2008, in Tausend

Jahr	Ausl. Arbeitnehmer in 1.000	Jahr	Ausl. Arbeitnehmer in 1.000
1994	129	2002	360
1995	281	2003	378
1996	292	2004	460
1997	242	2005	703
1998	242	2006	1.014
1999	211	2007	1.717
2000	213	2008	2.426
2001	284		

Quelle: Ryatzantsev 2010 (ppt).

Die Reformen 2007 hatten aber auch Folgen für den Bestand irregulär aufhältiger Migranten. Nach Schätzungen lebte vor 2006 fast die Hälfte (46 %) aller Migranten irregulär in Russland. Infolge der Liberalisierung der Migrationspolitik verringerte sich dieser Anteil auf 15%.⁸¹ Viele Migranten meldeten sich bei den Behörden und legalisierten dadurch ihren Aufenthaltsstatus. Drei Viertel der ausländischen Arbeitsmigranten erhielten damit auch eine Arbeitserlaubnis: Vor 2007 waren nur 15 % bis 25 % der Migranten legal beschäftigt gewesen (IOM 2010: 192; Vishnevsky/Bobylev 2009).

Im Zuge der Wirtschaftskrise hat Russland jedoch die Zulassung von Migranten zum Arbeitsmarkt wieder strenger reglementiert bzw. in speziellen Arbeitsmarktsektoren ganz untersagt. Dies betrifft vor allem den Einzelhandel, der traditionell von Migranten aus der GUS dominiert wird. Parallel wurde versucht, die temporäre Zuwanderung nach Russland zu reduzieren, indem für Migranten, die über ein Jahr im Land leben eine Einkommenssteuer von 13 % anfällt, wohingegen Migranten ohne dauerhaften Wohnsitz in Russland eine Steuer von 30 % entrichten müssen (IOM 2010: 198; OSCE/ACTED 2009). Dies hatte einen Rückgang der vergebenen Arbeitsgenehmigungen zur Folge.

1.3.2. Kasachstan – neues Zielland für Migranten aus Zentralasien

Kasachstan hat sich in den letzten Jahren von einem Abwanderungsland hin zu einem Zielland für Arbeitsmigration entwickelt. Es bietet aufgrund seines Rohstoffreichtums vielfältige Erwerbsmöglichkeiten und ist daher Zielland von Migranten aus den GUS-Nachbarländern und dem asiatischen Raum (Molodikova 2008) – wenn auch in deutlich geringerem Maß als Russland. Im Jahr 2009 verzeichnete Kasachstan einen Gesamtzugzug von 41.485 Personen, der Wanderungsgewinn lag bei +7.502 (Tab.III.1-7). Das Hauptherkunftsland von Migranten aus der GUS war 2009 Usbekistan (18.790), gefolgt von Russland

81 Laut Frontex lebten Ende 2010 noch rund 3,5 Millionen Migranten irregulär in Russland (Frontex 2011a: 20).

(8.939) und Kirgisistan (1.333). Zuwanderer aus der GUS hatten insgesamt 2009 einen Anteil von 72 % am Zuzug. Deutliche Abwanderungsverluste hatte Kasachstan v.a. gegenüber Deutschland zu verzeichnen (-953), wobei es sich vermutlich v.a. um abwandernde Spätaussiedler und deren Familienangehörige handelt (Tab.III.1-7).

Tabelle III.1-7: Migrationsbewegungen nach und aus Kasachstan, 2009

Herkunftsland / Zielland	2009		
	Zuzug	Fortzug	Saldo
Insgesamt	41.485	33.983	+7.502
Usbekistan	18.790	350	18.440
Russland	8.939	30.086	-21.147
Kirgisistan	1.333	131	+1.202
Ukraine	270	323	-53
Aserbaidshjan	215	68	+147
Tadschikistan	163	17	+146
Belarus	137	710	-573
Armenien	110	10	+100
Moldau	30	29	+1
GUS Summe	29.987	31.724	-1.737
GUS-Anteil an insges., in %	72 %	93 %	-
Nicht-GUS	11.498	2.259	+9.239
Mongolei	3.501	31	+3.470
Deutschland	386	1.339	-953
USA	48	247	-199
Israel	45	117	-72
Kanada	35	232	-197

Quelle: Statistisches Amt Kasachstan.

Im Jahr 2009 wurden in Kasachstan 31.886 Arbeitserlaubnisse vergeben. Eine Befragung von OSCE in den Jahren 2006 und 2007 ergab, dass 38 % der Migranten irregulär in Kasachstan tätig sind (OSCE

2010). Durchgeführte Regularisierungen im Jahr 2006 führten zu Legalisierung von 165.000 irregulär tätigen ausländischen Arbeitskräften (Baruah 2010).

Schlussfolgerungen

Vielfalt und Umfang der Migrationsformen in der GUS zeigen zwar, dass in der GUS eine hohe Migrationsneigung besteht, gleichzeitig wird aber auch deutlich, dass der überwiegende Teil der tatsächlichen Migranten innerhalb der Region wandert und nicht die EU zum Ziel hat. Ein Wandel der demographischen, ökonomischen, politischen und ökologischen Situation könnte zwar zu Veränderungen der Migrationswege und -ziele führen, doch solange die ökonomischen Absorptionsmöglichkeiten innerhalb der GUS gegeben sind, wird Arbeitsmigration innerhalb der GUS vorherrschen. Argumente hierfür sind das weiterhin bestehende Einkommensgefälle zwischen den russischen Metropolregionen und den anderen GUS-Staaten, die Nachfrage nach qualifizierten und unqualifizierten Arbeitskräften, die räumliche und sprachlich-kulturelle Nähe zum Herkunftsland, Visaerleichterungen und Legalisierungen sowie große Diasporas in den Ziellregionen in der GUS.

2. Migranten aus der GUS in ausgewählten EU-Staaten

In den vorhergehenden Kapiteln wurden die Strukturdifferenzen zwischen den GUS-Staaten und der EU aufgezeigt. Diese werden nun um den Pull-Faktor Migrantennetzwerke, d.h. um die Aspekte Migrationsbewegungen und Migrantenbevölkerungen von Staatsangehörigen der GUS in der EU erweitert. Sie bilden die numerische Basis einer vorsichtigen Einschätzung der künftigen Zuwanderungstrends aus der GUS in die EU.

Bei der Betrachtung des Migrationsgeschehens aus der GUS in die EU-Mitgliedstaaten ist aber zu berücksichtigen, dass die Vergleichbarkeit der Wanderungszahlen aus verschiedenen Gründen erheblich eingeschränkt ist. So sind die Definitions- und Erfassungskriterien für das Merkmal Migrant nicht einheitlich. In einigen Staaten wird beispielsweise eine Aufenthaltsdauer von mindestens einem Jahr im

Zielland vorausgesetzt, so dass temporäre Formen der Migration (z.B. Saisonarbeitnehmer) in den Wanderungsstatistiken dieser Länder nicht erfasst sind. Manche Staaten nehmen die faktische Aufenthaltsdauer, andere die beabsichtigte Dauer des Aufenthalts zum Maßstab. In Deutschland werden dagegen ausschließlich die Wohnortwechsel über die Grenzen (Wohnsitznahme) registriert (BMI/BAMF 2011a). Ein weiteres Problem bei der Vergleichbarkeit der Daten resultiert aus der Tatsache, dass die erfassten Zuwanderungsformen nicht einheitlich sind, was unmittelbar mit den unterschiedlichen Definitionskriterien zusammenhängt.⁸² Frankreich, Portugal und Griechenland weisen dagegen nur die zuwandernden Ausländer, nicht jedoch zuziehende eigene Staatsangehörige aus (BMI/BAMF 2011a). Zudem ist die internationale Vergleichbarkeit der Wanderungsstatistiken durch die unterschiedliche Datenqualität und -verfügbarkeit in den einzelnen Ländern erschwert.⁸³ Diese Probleme führen dazu, dass eine Gegenüberstellung der Zu- und Abwanderungszahlen in den Statistiken der einzelnen Länder zum Teil zu erheblichen Abweichungen führt.⁸⁴ Um eine bessere Vergleichbarkeit zu erlangen, werden für die folgenden Analysen vor allem Daten von Eurostat verwendet, weil die Statistikbehörde für den betrachteten Zeitraum das konsistenteste Datenmaterial bietet. Aufgrund fehlender Werte bei einigen Mitgliedstaaten ist die Gesamtzahl der Zuzüge und des Migrantenbestands jedoch nur annäherungsweise zu erfassen. Die tatsächliche Zahl wird dadurch in der Regel unterschätzt.

2.1. Staatsangehörige der GUS in der EU

In den folgenden Abschnitten wird auf die Zahl der Staatsangehörigen der GUS in der EU eingegangen, weil diese zugleich ein Indikator für Netzwerke und letztlich für weitere Zuwanderung ist. In die Analyse werden jedoch nicht alle 27 EU-Staaten eingehen, sondern nur Länder mit einem größeren Ausländerbestand aus der GUS oder mit

82 Vgl. zu den unterschiedlichen Definitionskriterien für Migration in einigen europäischen Staaten und die Schwierigkeit der internationalen Vergleichbarkeit der Wanderungszahlen Poulain et al 2006: 203ff; Lederer 2004: 75ff.

83 Die Zuwanderungsdaten für das Jahr 2008 und 2009 lagen bei Redaktionschluss noch nicht für alle Länder der Europäischen Union vor.

84 Vgl. Lederer 2004: 80f.

historischen Bindungen zur GUS. Von Interesse sind in diesem Zusammenhang Italien, Tschechien, Spanien und Portugal. Deutschland wird im anschließenden Unterkapitel nochmals separat und eingehender betrachtet.⁸⁵

In der EU-27 lebten zum 01.01.2010 Schätzungen zufolge etwa 1,5 Millionen Personen mit der Staatsangehörigkeit eines GUS-Landes. Die meisten Staatsbürger der GUS befanden sich in Deutschland (441.218), gefolgt von Italien (315.204), Tschechien (181.651) und Spanien (165.038). In Tschechien lag – im Vergleich aller betrachteten Länder – der Anteil von Staatsangehörigen der GUS an der Gesamtbevölkerung mit 1,7% am höchsten und ebenso ihr Anteil an der ausländischen Bevölkerung mit fast 43% (Tab. III.2-1).

Tabelle III.2-1: Staatsangehörige der GUS in ausgewählten EU-Mitgliedsländern, 01.01.2010**

Land	Bestand 2010	Bevölkerungsanteil, in %	Ausländeranteil, in %
Deutschland*	441.218	0,5	6,3
Italien	315.204	0,5	7,4
Tschechien	181.651	1,7	42,8
Spanien	165.038	0,4	2,9
Portugal	82.410	0,8	18,0
Frankreich(2005)	46.352	0,1	1,2
Lettland	36.968	1,6	9,4
Finnland	31.456	0,6	20,3
Österreich (2009)	29.061	0,3	3,4

Anmerkung: * Statistisches Bundesamt, Stichtag 31.12.2009.

** Vereinigtes Königreich zu viele Datenlücken;
Griechenland keine Daten.

Quelle: Eurostat, Statistisches Bundesamt.

85 Um die Einheitlichkeit der Daten mit dem folgenden Kapitel zu Deutschland zu gewährleisten, werden im Folgenden Überblick für die EU für Deutschland Bestandsdaten des Statistischen Bundesamtes anstelle der Eurostat-Daten verwendet, die aus datentechnischen Gründen von den deutschen Zahlen abweichen. Stichtag ist bei Eurostat der 01.01. des jeweiligen Jahres, beim Statistischen Bundesamt der 31.12.

Betrachtet man die Migrantenbevölkerung aus der GUS differenziert nach Staatsangehörigkeiten, dann zeigt sich für 01.01.2010 folgende Zusammensetzung (Tab III.2-2):

- In Deutschland waren die größte Zuwanderergruppen aus der GUS Russen (189.326), gefolgt von Ukrainern (125.617) und Kasachen (52.583).
- In Italien überwogen ukrainische Staatsbürger (174.129), an zweiter Stelle standen Moldauer (105.600) und Russen (25.786).
- In Tschechien stellten Ukrainer (130.933) die größte Zuwanderergruppe aus der GUS, gefolgt von Russen (28.275).
- In Spanien wurden ebenfalls Ukrainer (81.718) an erster Stelle und Russen (48.775) an zweiter Stelle registriert.
- In Portugal stellten Ukrainer (52.423) die größte Migranten-
gruppe aus der GUS, gefolgt von Moldauern (20.805).

Gerundet stellen somit in der EU Personen ukrainischer Staatsangehörigkeit (650.000) die größte Migrantenbevölkerung aus der GUS, gefolgt von Russen (465.000) und Moldauern (187.000) (Tab. III.2.-3) Die meisten Ukrainer lebten in Italien (174.000) und Tschechien (131.000). Russen waren signifikant häufiger in Deutschland (189.000) vertreten und Moldauer in Italien (106.000) (Tab. III.2-2).

Tabelle III.2-2: Staatsangehörige der GUS in den 5 Hauptaufnahmeländern der EU, 01.01.2010

Nationalität	Aufnahmeländer				
	Deutschland*	Italien	Tschechien	Spanien	Portugal
Russland	189.326	25.786	28.275	48.775	6.313
Ukraine	125.617	174.129	130.933	81.718	52.423
Belarus	18.646	5.952	4.221	3.571	1.007
Moldau	12.147	105.600	9.902	17.512	20.805
Kasachstan	52.583	1.086	3.447	860	752
Usbekistan	9.050	1.249	1.846	445	953
Tadschikistan	778	25	179	31	2
Kirgisistan	8.865	486	545	256	50
Aserbaidtschan	14.207	300	380	389	19
Armenien	9.999	591	1.923	11.481	86
GESAMT	441.218	315.204	181.651	165.038	82.410

Anmerkung: * Statistisches Bundesamt, Stichtag 31.12.2009.

Quelle: Eurostat, Statistisches Bundesamt.

Staatsangehörige asiatischer GUS-Staaten leben vor allem in Deutschland. Dort waren zum 01.01.2010 etwa 52.600 Kasachen, 14.200 Aserbaidtschaner, 10.000 Armenier und jeweils etwa 9.000 Kirgisen und Usbeken registriert. Bei den stark vertretenen kasachischen Staatsbürgern dürfte es sich meist um Familienangehörige von (Spät-)Aussiedlern handeln, bei den Armeniern und Aserbaidtschanern in stärkerem Maß um Asylbewerber und ihre Familien. Größere armenische Gruppen leben zudem in Spanien (11.481) und Frankreich (13.251).⁸⁶ Aufgrund der historischen Entwicklungen im Baltikum

⁸⁶ Die Zahlen für Spanien weisen Personen armenischer Staatsangehörigkeit aus (Eurostat); für Frankreich sind es Personen, die in Armenien geboren wurden (INED).

leben in den ehemaligen Sowjetrepubliken zahlenmäßig große russische Minderheiten, wie z.B. in Lettland (31.113)⁸⁷, aber auch im benachbarten Finnland finden sich russische Staatsbürger (28.210). In Rumänien wurden 2009 fast 10.500 der ethnisch verwandten Moldauer registriert. Anfang 2010 lebten in Ungarn 17.246 Ukrainer, in Polen 10.227 (Tab. III.2-3). Somit hängt die Wahl des Ziellandes nicht alleine von Lohnunterschieden oder der Arbeitskräftenachfrage ab, sondern auch von familialen und sozialen Netzwerken bzw. Diasporas im Zielland.

87 Die letztverfügbare Zahl zu Litauen aus dem Jahr 2008 lautet 12.763.

Tabelle III.2-3: Staatsangehörige der GUS in EU-Mitgliedsländern, 01.01.2010 (bzw. letztverfügbares Jahr)

Aufnahmeland	Ukraine	Russland	Moldau	Kasachstan	Belarus	Armenien	Aserbaidschan	Usbekistan	Kirgisistan	Tadschikistan	Summe
Deutschland*	125.617	189.326	12.147	52.583	18.646	9.999	14.207	9.050	8.865	778	441.218
Italien	174.129	25.786	105.600	1.086	5.952	591	300	1.249	486	25	315.204
Tschechien	130.933	28.275	9.902	3.447	4.221	1.923	380	1.846	545	179	181.651
Spanien	81.718	48.775	17.512	860	3.571	11.481	389	445	256	31	165.038
Portugal	52.423	6.313	20.805	752	1.007	86	19	953	50	2	82.410
Frankreich (2005)	6.995	22.422	3.139	1.043	1.906	7.836	2.061	496	357	97	46.352
Lettland	2.959	31.113	255	140	1.904	248	175	117	29	28	36.968
Finnland	1.983	28.210	104	314	398	94	107	153	63	30	31.456
Österreich (2009)	60	21.817	1.357	334	1.248	2.667	716	309	493	60	29.061
Belgien	3.014	12.813	913	2.098	1.417	5.164	671	1.499	1.135	62	28.786
Ungarn	17.246	3.290	238	221	185	152	74	46	24	5	21.481
Litauen (2008)	2.640	12.763	251	261	4.660	289	137	88	35	8	21.132
Polen	10.227	4.191	191	373	3.219	1.393	76	69	22	8	19.769
Schweden	2.299	7.012	211	524	1.187	996	1.582	1.861	375	103	16.150
Vereinigtes Königreich(2005)	14.000	-	818	-	0	-	-	-	-	-	14.818
Bulgarien (2009)	2.132	8.875	787	117	116	1.360	11	28	937	6	14.369
Dänemark	6.072	3.825	252	72	509	325	229	217	24	13	11.538
Rumänien (2009)	814	209	10.450	0	0	1	0	0	0	0	11.474
Niederlande	2.521	4.776	312	320	761	632	279	186	82	17	9.886
Slowakei	5.907	2.042	99	52	185	77	21	26	25	7	8.441
Irland	1.741	2.476	1.203	111	528	67	27	49	22	9	6.233
Slowenien	1.135	528	254	15	62	4	0	12	2	0	2.012
Malta (2008)	281	501	30	3	20	10	2	4	2	0	853
Zypern	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Luxemburg	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Griechenland	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Estland	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe	646.846	465.338	186.830	64.726	51.702	45.395	21.463	18.703	13.829	1.468	1.516.300

Anmerkung: * Statistisches Bundesamt, Stichtag 31.12.2009.

Quelle: Eurostat, Statistisches Bundesamt.

2.2. Migrationsbewegungen aus der GUS in die EU

In den letzten Jahren (2005-2009) sind aus GUS-Staaten jährlich rund 150.000 Personen in die EU eingewandert. Im Jahr 2004 waren es rund 200.000 Personen. Hauptherkunftsland von Migranten ist die Ukraine mit über 60.000 Personen jährlich (2005-2009), gefolgt von Russland mit etwa 40.000 Personen pro Jahr. An dritter Stelle befindet sich Moldau mit einer großen Schwankungsbreite von 9.000 bis 29.000 Personen jährlich (Tab. III.2-4). Damit wird deutlich, dass der Großteil der Zuwanderer in die EU aus dem europäischen Teil der GUS kommt.

Tabelle III.2-4: Zuzug von Staatsangehörigen der GUS in die EU, 2004-2009

Land	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Ukraine	87.124	69.826	68.362	69.610	82.169	56.060
Russland	61.280	49.008	46.666	41.234	43.306	38.822
Moldau	19.870	16.859	15.631	9.191	29.305	22.042
Belarus	6.770	5.529	5.810	5.077	6.240	4.230
Kasachstan	8.378	5.799	4.208	3.576	3.346	3.143
Armenien	4.638	4.107	5.338	4.184	3.338	2.395
Usbekistan	1.758	220	2.123	2.293	2.292	2.151
Aserbaidshan	3.464	1.816	2.475	1.521	1.443	1.699
Kirgisistan	1.655	1.323	1.247	1.364	1.193	958
Tadschikistan	166	106	214	349	335	318
GESAMT	195.103	154.593	152.074	138.399	172.968	131.818

Anmerkung: Aufgrund fehlender Werte für einzelne EU-Länder (Belgien, Bulgarien, Frankreich, Griechenland, Malta, Portugal, Rumänien, Tschechien, UK) ist nur eine Annäherung an die Gesamtzahl möglich. 2009 ist die Unterschätzung aufgrund fehlender Länderwerte (zusätzlich Österreich, Polen) größer, als 2008.

Quelle: Eurostat.

Tabelle III.2-5: Wanderungsbewegungen von Staatsangehörigen der GUS in die EU, 2008 und 2009

Nationalität	2008			2009		
	Zuzug	Fortzug	Saldo	Zuzug	Fortzug	Saldo
Ukraine	82.169	17.114	+65.055	56.060	15.609	+40.451
Russland	43.306	21.387	+21.919	38.822	6.881	+31.941
Moldau	29.305	2.604	+26.701	22.042	2.700	+19.342
Belarus	6.240	2.999	+3.241	4.230	3.601	+629
Kasachstan	3.346	1.751	+1.595	3.143	1.477	+1.666
Armenien	3.338	2.132	+1.206	2.395	1.722	+673
Usbekistan	2.292	686	+1.606	2.151	786	+1.365
Aserbajdschan	1.443	1.072	+371	1.699	923	+776
Kirgisistan	1.193	758	+435	958	644	+314
Tadschikistan	335	141	+194	318	181	+137
Summe GUS	172.967	50.644	+122.323	131.818	34.524	+97.294

Anmerkung: Aufgrund fehlender Werte für einzelne EU-Länder (Belgien, Bulgarien, Frankreich, Griechenland, Malta, Portugal, Rumänien, Tschechien, UK) ist nur eine Annäherung an die Gesamtzahl möglich. 2009 ist die Unterschätzung aufgrund fehlender Länderwerte (zusätzlich Österreich, Polen) größer, als 2008.

Quelle: Eurostat.

Im Jahr 2009 zogen etwa 56.000 Ukrainer, 39.000 Russen und 22.000 Moldauer in die EU.⁸⁸ Mit weitem Abstand wurden rund 4.000 Zuzüge von Belarussen und 3.000 Zuzüge von Kasachen registriert. Aus Tadschikistan zogen seit 2000 die wenigsten Menschen in die EU. Generell zeigt sich, dass sich der Zuzug von Staatsangehörigen der GUS in die EU seit 2000 (30.000) signifikant erhöht hat, was unter anderem durch die beiden EU-Osterweiterungen bedingt ist. Im Jahr 2009 lag die Zahl der Zuzüge bei fast 132.000. Der Wanderungssaldo lag 2009 bei fast +100.000 Personen. Der Großteil der Zuwanderungsgewin-

⁸⁸ Aufgrund fehlender Werte ist nur eine Annäherung an die Gesamtzahl möglich. Die Zahlen werden zur besseren Lesbarkeit auf 100 gerundet.

ne ging auf Staatsangehörige aus der Ukraine (+40.500), Russland (32.000) und Moldau (19.000) zurück (Tab. III.2-5).

Vergleicht man das Wanderungsgeschehen aus der GUS in die EU mit der Migration nach Russland, zeigt sich jedoch: Der Wanderungssaldo von Staatsangehörigen der GUS-Staaten nach Russland betrug 2009 mehr als das Doppelte (+240.000) als in die EU (+100.000). Die Zuzüge aus GUS-Staaten nach Russland beliefen sich 2009 ebenfalls auf das Doppelte (260.000) der Zuzüge von Staatsangehörigen der GUS in die EU (ca. 132.000). Dies zeigt, dass ein wesentlich größerer Teil der Migrationsbewegungen innerhalb der GUS (v.a. nach Russland) verläuft und nicht die EU zum Ziel hat.

Die Zahlen zeigen, dass ein signifikanter Zuzug nur aus der osteuropäischen GUS in die EU erfolgt. Die Ukraine und Russland verzeichnen die größte Zahl an Abwanderern, was aber auch am Bevölkerungsvolumen dieser Staaten liegt. Im Jahr 2008 fanden sich Ukrainer und Russen unter den am häufigsten zuziehenden Drittstaatsangehörigen in die EU auf Rang 5 und 9 (Oblak Flander 2011). Im Vergleich dazu betrug die Zuwanderung von Staatsangehörigen asiatischer GUS-Staaten in die EU nur ein Zehntel derjenigen aus der osteuropäischen GUS. Die hohe Zuwanderung aus Kasachstan ist vor allem auf (Spät-)Aussiedlerzuwanderung zurückzuführen. Bei armenischen Migranten handelt es sich meist um Asylsuchende (vgl. Tab. II.3-10, Tab. II.3-11).

Betrachtet man sich die Zuzüge differenziert nach den Zielländern der Migration, dann zeigt sich, dass im Jahr 2008 Italien (51.342), Tschechien (39.035), Deutschland (29.033) und Spanien (20.835) die Hauptaufnahmeländer von Zuwanderern aus der GUS waren (Tab. III.2-7). Im Jahr 2009 migrierten dagegen nur 44.982 GUS-Bürger nach Italien und 15.871 nach Spanien und nur 23.279 nach Tschechien. Deutschland verzeichnete einen leichten Anstieg auf 30.045 (Tab. III.2-6).

Unterscheidet man zusätzlich nach der Staatsangehörigkeit der Zuwanderer in die EU, dann wird deutlich, dass Ukrainer 2008 in

die Tschechische Republik (28.056), nach Italien (24.039) und nach Spanien (8.623) migrierten (Tab. III.2-7). Russische Staatsbürger zogen nach Deutschland (15.052), nach Spanien (7.172) und nach Tschechien (5.539). Für Moldauer wiederum war Italien (22.007) das präferierte Zielland der Migration. Einen deutlichen Anteil an der Gesamtzuwanderung hatten 2009 die Zuzüge aus der Ukraine in Tschechien mit 18 % (2008: 24 %), nach Ungarn mit 7 % (2008: 11 %) und nach Italien mit 5 % (2008: 4 %). 2009 waren fast 9 % der Zuwanderer nach Finnland russischer Staatsangehörigkeit (2008: 10 %), in Tschechien waren es 6,5 % (2008: 7 %; Eurostat). Tschechien verzeichnete nach den vorliegenden Zahlen für 2009 mit über 30 % den höchsten Zuzug von GUS-Bürgern (Tab. III.2-6).

Tabelle III.2-6: Zuzug von Staatsangehörigen der GUS in ausgewählte EU-Mitgliedsländer, 2009

Zielland	2009	Gesamtzuzug, in %	Ausländerzuzug, in %
Italien	44.982	10,2	11,1
Deutschland	30.045	4,2	5,0
Tschechien	23.279	30,8	43,2
Spanien	15.871	3,2	3,4
Portugal (2006)	10.904	39,4	39,4
Frankreich (2006)	6.887	3,8	3,8
Österreich (2008)	4.844	4,4	5,1
Griechenland (2007)	3.023	2,3	2,3

Quelle: Eurostat.

Betrachtet man die Vergabe von Aufenthaltsgenehmigungen wird aus den Aufenthaltszwecken deutlich, dass Ukrainer ganz überwiegend zur Arbeitsaufnahme in die EU migrieren. Laut Eurostat wurden im Jahr 2009 87.677 Aufenthaltsgenehmigungen für ukrainische Staatsbürger erteilt. Diese dienten zu 54 % der Arbeitsaufnahme (48.164), zu 21 % familiären Gründen und zu 9 % dem Studium („Sonstiges“: 16 %). Bei russischen Staatsbürgern weisen die einzelnen

Aufenthaltszwecke ähnliche Anteile auf. Die 60.260 erteilten Aufenthaltsgenehmigungen wurden zu 27 % aus familiären Gründe vergeben, zu 24 % dienten sie der Arbeitsaufnahme und zu 20 % der Bildung (Scarnicchia 2011). Die Kategorie „Sonstiges“ belief sich bei Russen auf 29 % und umfasste v.a. humanitäre Aufenthaltsgründe, die meist im Zusammenhang mit Asylantragstellungen standen.

Entsprechend gehörten Russen – neben Armeniern und Aserbajdschanern – zu den GUS-Staatsbürgern, die am häufigsten (2010) in der EU Asyl beantragten. Russische Asylbewerber stellten ihren Erstantrag zumeist in Frankreich (4.250), Polen (3.315) und Belgien (1.975). Die Hauptzielländer von armenischen Asylerstantragstellungen waren 2010 Frankreich (1.670) und Belgien (1.250), bei Aserbajdschanern waren es Frankreich (790) und Deutschland (470) (Eurostat).

Tabelle III.2-7: Zuzüge von Staatsangehörigen der GUS in EU-Mitgliedsländer, 2008

Zielland	Ukraine	Russ- land	Moldau	Kasach- stan	Belarus	Arme- nien	Usbe- kistan	Aserbai- dschan	Kirgi- sistan	Tadschi- kistan	SUMME
Italien	24.039	3.752	22.007	211	959	135	106	34	96	3	51.342
Tschechien	28.056	5.539	2.648	683	610	299	896	91	118	95	39.035
Deutschland	6.869	15.052	699	1.883	1.483	610	745	831	708	153	29.033
Spanien	8.623	7.172	2.821	191	435	1.376	94	75	42	6	20.835
Polen	3.422	637	107	65	918	379	26	23	8	4	5.589
Österreich	877	2.958	239	51	156	276	47	130	94	16	4.844
Ungarn	4.071	366	140	46	26	9	24	32	17	5	4.736
Finnland	249	2.950	18	34	53	7	18	12	20	11	3.372
Dänemark	1.849	443	56	3	71	22	23	19	5	0	2.491
Slowakei	1.765	318	44	8	49	10	14	4	15	8	2.235
Litauen	508	368	123	16	987	9	17	5	6	1	2.040
Schweden	376	914	40	48	166	97	222	114	41	20	2.038
Niederlande	451	900	90	74	115	69	28	53	16	7	1.803
Bulgarien	6	20	7	1	0	3	0	0	0	0	37
Irland	157	509	80	9	55	6	7	5	0	0	828
Estland	183	435	14	5	36	13	1	10	3	0	700
Slowenien	440	132	83	9	20	4	5	1	0	0	694
Lettland	107	403	45	5	86	8	12	2	4	6	678
Zypern	76	342	36	0	0	0	0	0	0	0	454
Luxemburg	45	96	9	4	15	6	7	2	0	0	184
Belgien*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Griechenland*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Frankreich*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Malta*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Portugal*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Rumänien	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vereinigtes Königreich	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-8	-
SUMME	82.169	43.306	29.306	3.346	6.240	3.338	2.292	1.443	1.193	335	172.968

Anmerkung: * Keine aktuellen Daten vorhanden. Nur Daten von 2006 und 2007, danach betrug die Zahl der Zuzüge von GUS-Staatsangehörigen nach Portugal 10.904 (2006), nach Frankreich 6.887 (2006), nach Griechenland 3.023 (2007), nach Belgien 1.483 (2007) und nach Malta 246 (2007).

Quelle: Eurostat.

Das Migrationssystem zwischen EU und osteuropäischer GUS

Das Migrationssystem zwischen EU und osteuropäischer GUS ist vom Einkommensgefälle und der Nachfrage nach Saisonarbeit geprägt. Die Zielländer in der EU können diesbezüglich unterteilt werden in (a) angrenzende Nachbarländern, wie Polen⁸⁹, die Slowakei, Ungarn, Rumänien (z.T. zirkuläre Arbeitsmigration) und (b) Länder, in denen seit Jahren günstige Arbeitskräfte angeworben wurden und in denen sich mittlerweile eine signifikante Diaspora ausgebildet hat, wie die ukrainische und moldauische in Italien, Spanien, dem Vereinigten Königreich und Deutschland. Besagte EU-Länder sind favorisierte Ziele unqualifizierter Arbeitnehmer (Bauarbeiter, Haushaltshilfen) v.a. aus der Ukraine und Moldau (Frontex 2011a).

Die Entwicklung von Zuzug und Bestand der drei größten Zuwanderergruppen aus der GUS, nämlich Ukraine, Russland und Moldau, werden im Folgenden näher dargestellt.

Wohnbevölkerung, Zuzug und Einbürgerungen ukrainischer Staatsangehöriger in ausgewählten EU-Ländern

Die Zahl ukrainischer Staatsangehöriger ist vor allem in Tschechien und Italien seit 2005 signifikant gestiegen (Tab. III.2-8). In Tschechien liegen die jährlichen Zuzüge seit 2005 zwischen 14.000 und 40.000, in Italien zwischen 15.000 und 24.000 (Tab. III.2-9).

89 Polen öffnete 2008 seinen Arbeitsmarkt für Belarussen, Ukrainer, Moldauer und Russen. 2008 wurden in Polen – nach der neuen Regelung – etwa 156 000 GUS-Bürger als Saisonarbeitnehmer registriert, 2009 waren bereits 190.000. Laut dem polnischen Arbeitsministerium waren 90 % von ihnen Ukrainer (v.a. Baubranche) (Frontex 2011a).

Tabelle III.2-8: Ukrainische Staatsangehörige in ausgewählten EU-Mitgliedsländern, 2005-2010 (Stichtag 01.01.)

Aufnahmeland	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Differenz 2005-2010
Italien	93.441	107.118	120.070	132.718	153.998	174.129	+80.688
Deutschland*	128.110	130.674	128.950	126.960	126.233	125.617	-2.493
Tschechien	51.148	75.663	86.739	103.405	123.203	130.933	+79.785
Spanien	59.450	68.943	70.991	78.331	82.298	81.718	+22.268
Portugal	-	-	41.872	39.606	52.553	52.423	-
Vereinigtes Königreich	14.000	-	-	-	-	-	-
Ungarn	13.945	15.347	15.866	17.298	17.614	17.246	+3.301

Anmerkung: * Statistisches Bundesamt, Stichtag 31.12.

Quelle: Eurostat, Statistisches Bundesamt.

Asylantragstellungen spielten demgegenüber nur eine geringe Rolle. Im Jahr 2010 beantragten nur 820 Staatsbürger der Ukraine Asyl in der EU (Eurostat). Der Erstantrag auf Asyl erfolgte dabei zumeist in Schweden (120), Frankreich (85), Deutschland und Tschechien (jeweils 60). Die Zahl der Einbürgerungen war im Jahr 2008 in Deutschland (1.953) und Italien (1.601) am höchsten (Tab. III.2-10).

Tabelle III.2-9: Zuzug von Personen ukrainischer Staatsangehörigkeit in ausgewählte EU-Mitgliedsländer, 2005-2009

Aufnahmeland	2005	2006	2007	2008	2009
Tschechien	23.875	30.150	39.572	28.056	13.369
Italien	15.144	-	-	24.039	22.594
Spanien	10.015	10.736	11.144	8.623	6.117
Deutschland	10.881	7.514	7.551	6.869	6.947
Portugal	-	7.063	-	-	-
Ungarn	2.069	3.699	2.916	4.071	1.887
Dänemark	1.225	1.650	2.131	1.849	1.491
Griechenland	-	3.290	822	-	-

Quelle: Eurostat.

Innerhalb der EU sind jedoch nicht nur die alten Staaten der EU-15 das Ziel ukrainischer (Arbeits-)Migranten, sondern auch die neuen Mitgliedstaaten der EU-10 wie Tschechien, Polen, Ungarn und die Slowakei (Sapper/Weichsel 2010). Die Anziehungskraft dieser östlichen EU-Staaten beruht auf der geographischen und kulturellen Nähe sowie auf den traditionell engen sozialen und politischen Beziehungen zur Ukraine, noch aus der Zeit des sowjetisch geführten „Ostblock“ (Comecon, Warschauer Pakt). Daneben stammen noch aus den Zeiten des Habsburger- und des Zarenreichs grenzüberschreitende nationale Minderheitenbeziehungen zwischen der Ukraine, Polen und Ungarn (Dietz 2008, 2007). Ein weiterer wichtiger Pull-Faktor ist die vergleichsweise stabile Wirtschaftsentwicklung in den neuen EU-Mitgliedstaaten. Entlang der EU-Außengrenze etablierte sich ein kleiner Grenzverkehr, der durch die steigende Nachfrage der EU-Nachbarn nach Saisonarbeit in Landwirtschaft und Baugewerbe stetig zunahm. So migrieren vor allem gut ausgebildete Männer ohne ihre Familien zur längerfristigen Arbeitsaufnahme in Tschechien. Dagegen kommen vor allem gering qualifizierte ukrainische Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zur kurzfristigen Arbeitsaufnahme und zur Saisonarbeit nach Polen, Ungarn und in die Slowakei (Dietz 2008).

Tabelle III.2-10: Einbürgerungen von Personen mit vorheriger ukrainischer Staatsangehörigkeit in ausgewählten EU-Mitgliedsländern, 2005-2008

Aufnahmeland	2005	2006	2007	2008	Summe 2005-2008
Deutschland	3.363	4.536	4.454	1.953	14.306
Italien	-	-	-	1.601	-
Ungarn	828	541	834	857	3.060
Vereinigtes Königreich	860	865	-	705	-
Polen	758	433	665	587	2.443
Portugal	-	12	-	484	-
Tschechien	239	425	424	397	1.485
Niederlande	334	257	279	262	1.132
Schweden	195	311	229	246	981

Quelle: Eurostat.

Die Anziehungskraft der südeuropäischen EU-Mitgliedsländer Italien, Spanien, Portugal und Griechenland für ukrainische Arbeitsmigranten erklärte sich aus dem Einkommensgefälle zur Ukraine und der Nachfrage nach flexiblen, gering qualifizierten Arbeitskräften in der Landwirtschaft, am Bau, in Tourismus und Haushalt (Dietz 2008). Die vergleichsweise geringen Zuwanderungsbeschränkungen in diesen Staaten und regelmäßige Legalisierungsprogramme trugen ebenfalls dazu bei.

Betrachtet man die Geschlechterverteilung in der ukrainischen Migrantenbevölkerung in den besagten EU-Ländern, dann zeigen sich aufgrund der Beschäftigungsmöglichkeiten Unterschiede. So überwiegen in Tschechien und in Portugal aufgrund hoher Nachfrage nach Tätigkeiten am Bau und in der Landwirtschaft ukrainische Männer. Hingegen leben in Italien und Griechenland aufgrund steigender Nachfrage nach Beschäftigten in Haushalt und Pflege mehr ukrainische Frauen (Dietz 2008).

Für die genannten EU-Staaten stellt die Zuwanderung aus der Ukraine ein Novum dar, während Deutschland bereits seit den 1950er Jahren die Zuwanderung von Aussiedlern aus der Ukraine kennt. Außerdem ist die Ukraine – neben Russland, Belarus und Moldau – ein Herkunftsland jüdischer Zuwanderer. Bis Mitte der 1980er Jahre zogen aus der Ukraine überwiegend deutsche Aussiedler mit ihren Angehörigen nach Deutschland, in den letzten Jahren kamen jedoch vermehrt auch Arbeits- und Bildungsmigranten (BMI/BAMF 2011).

Wohnbevölkerung, Zuzug und Einbürgerungen russischer Staatsangehöriger in ausgewählten EU-Ländern

Der Bestand russischer Staatsbürger in der EU ist seit 2005 ebenfalls kontinuierlich gestiegen. Die höchsten Zuwächse verzeichneten Tschechien, Spanien und Deutschland (Tab. III.2-11).

Die jährliche Zuwanderung russischer Bürger beträgt seit 2005 in Deutschland durchschnittlich 17.000, in Spanien etwa 7.000 und in Tschechien durchschnittlich 5.000 Personen. Im Jahr 2009 migrierten

15.652 russische Staatsbürger nach Deutschland, 6.612 nach Spanien, 4.919 nach Tschechien und 4.061 nach Italien (Tab. III.2-12).

Tabelle III.2-11: Russische Staatsangehörige in ausgewählten EU-Mitgliedsländern, 2005-2010 (Stichtag 01.01.)

Aufnahme-land	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Differenz 2005-2010
Deutschland*	178.616	185.931	187.514	187.835	188.253	189.326	+10.710
Spanien	32.825	39.694	40.321	43.962	47.451	48.775	+15.950
Lettland	23.251	25.353	27.008	28.521	29.622	31.113	+7.862
Finnland	24.868	24621	25.326	26.211	26.909	28.210	+3.342
Frankreich	22.422	-	-	-	-	-	-
Tschechien	11.108	15.004	17.216	20.062	23.665	28.275	+17.167
Italien	17.188	18.689	20.459	21.523	23.201	25.786	+8.598
Österreich	14.204	17.203	18.803	20.002	21.817	-	-

Anmerkung: * Statistisches Bundesamt, Stichtag 31.12.

Quelle: Eurostat, Statistisches Bundesamt.

Die Gründe für die Zuwanderung in die südeuropäischen Staaten bzw. in die osteuropäischen EU-Staaten unterliegen ähnlichen Gründen wie im Fall der Ukraine: Nachfrage nach Arbeitskräften, ethnische Netzwerke und sprachlich-historische Beziehungen (Stemmer 2011).

Daneben spielt Asylmigration eine nicht zu unterschätzende Rolle. Im Jahr 2010 beantragten 18.500 russische Staatsbürger (häufig tschetschenischer Abstammung) Asyl in der EU (Albertinelli 2010, Eurostat; vgl. Tab. II.3-10, Tab. II.3-11). Die Hauptaufnahmeländer russischer Asylantragsteller waren 2010 Polen (4.795), Frankreich (4.610) und Belgien (2.725) (Eurostat). Differenziert man nach der Zahl der Asylerstanträge, wurden diese zumeist in Frankreich (4.250), Polen (3.315) und Belgien (1.975) gestellt.

Tabelle III.2-12: Zuzug von Personen russischer Staatsangehörigkeit in ausgewählte EU-Mitgliedsländer, 2005-2009

Land	2005	2006	2007	2008	2009
Deutschland	23.078	17.081	15.770	15.052	15.652
Spanien	7.752	8.041	7.276	7.172	6.612
Tschechien	3.300	4.675	6.695	5.763	4.919
Frankreich	-	3.495	-	-	-
Österreich	4.023	2.463	2.230	2.958	-
Italien	2.798	-	-	3.752	4.061
Finnland	2.081	2.146	2.488	2.950	2.336
Griechenland	-	2.967	1.068	-	-
Schweden	959	1.393	943	914	1.094

Quelle: Eurostat.

Im Jahr 2008 wurden die meisten Einbürgerungen russischer Staatsangehöriger in Frankreich (3.500), Deutschland (2.500) und Finnland (2.200) verzeichnet (Tab. III.2-13).

Tabelle III.2-13: Einbürgerungen von Personen mit vorheriger russischer Staatsangehörigkeit in ausgewählten EU-Mitgliedsländern, 2005-2008

Land	2005	2006	2007	2008	Summe 2005-2008
Frankreich	1.132	-	2.078	3.530	-
Deutschland	5.055	4.679	4.069	2.439	16.242
Finnland	2.094	1.399	1.665	2.211	7.369
Italien	-	-	-	1.772	-
Vereinigtes Königreich	2.235	1.830	-	1.380	-
Schweden	886	1.510	919	759	4.074
Belgien	297	487	1.533	-	-
Griechenland	-	-	222	834	-
Niederlande	530	479	421	436	1.866
Spanien	130	210	213	281	834

Quelle: Eurostat.

Wohnbevölkerung, Zuzug und Einbürgerungen moldauischer Staatsangehöriger in ausgewählten EU-Ländern

Der Bestand moldauischer Staatsangehöriger ist in den letzten Jahren besonders in Italien signifikant gestiegen (Tab. III.2-14); seit 2005 hat sich deren Zahl fast verdreifacht. In Tschechien hat sich ihre Zahl mehr als vervierfacht, jedoch von einem viel niedrigeren Ausgangsniveau als in Italien. Der starke Anstieg von Moldauern in Rumänien ist auf die EU-Mitgliedschaft Rumäniens seit 2007 zurückzuführen sowie auf Zuzugserleichterungen für Moldauer (s.o.). In Italien liegen die jährlichen Zuzüge seit 2005 zwischen 9.000 und 22.000, in Tschechien bei durchschnittlich 2.700. Im Jahr 2009 migrierten 16.812 Moldauer nach Italien, 2.438 nach Tschechien, 1.592 nach Spanien und 749 nach Deutschland (Tab. III.2-15). Die Zahl der Einbürgerungen ethnischer Rumänen aus Moldau belief sich 2008 auf fast 5.000 Personen.⁹⁰ Hohe Einbürgerungszahlen verzeichneten 2008 auch Bulgarien (2.500) und Portugal (2.200) (Tab. III.2-16). Asylantragstellungen spielen dagegen – ähnlich wie bei der Ukraine – nur eine untergeordnete Rolle. Die Zahl moldauischer Asylantragsteller lag 2010 bei 735. Die meisten Erstanträge auf Asyl wurden in Frankreich (180) und Irland (55) gestellt (Eurostat).

90 Der rumänische Präsident Traian Basescu ordnete am 14.04.2009 ein vereinfachtes Einbürgerungsverfahren für ethnische Rumänen an. Rund 400.000 der 3,6 Millionen Staatsbürger Moldaus haben sich bereits eine zweite (rumänische) Staatsbürgerschaft gesichert (Die Welt 14.12.2010).

Tabelle III.2-14: Moldauische Staatsangehörige in ausgewählten EU-Mitgliedsländern, 2005-2010 (Stichtag 01.01.)

Aufnahmeland	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Differenz 2005-2010
Italien	37.971	47.632	55.803	68.591	89.424	105.600	+67.629
Portugal	-	-	15.524	14.813	21.353	20.805	-
Spanien	8.449	10.705	13.043	15.710	17.536	17.512	+9.063
Deutschland*	12.941	13.027	12.720	12.365	12.214	12.147	-794
Rumänien	5.446	5.459	5.466	5.477	10.450	-	-
Frankreich	3.139	-	-	-	-	-	-
Tschechien	2.388	3.563	4.658	6.235	8.435	9.902	+7.514
Österreich	1.243	1.350	1.316	1.304	1.357	-	-

Anmerkung: * Statistisches Bundesamt, Stichtag 31.12.

Quelle: Eurostat, Statistisches Bundesamt.

Gründe für den Anstieg der Zuwanderung nach Italien, aber auch nach Spanien und Portugal sind die Zugehörigkeit zur romanischen Sprachfamilie und – wie bei den anderen Nationalitäten – die große Nachfrage nach flexiblen und günstigen Arbeitskräften in der EU (siehe auch Kap. III.4.2.). Die Abwanderer aus Moldau sind oft hochqualifiziert, arbeiten im Ausland jedoch vorwiegend als unqualifizierte Arbeiter in Haushalten, als Pflegepersonal und auf dem Bau. Moldauische Arbeitsmigranten reisen in Rumänien und Bulgarien häufig als Touristen ein und gehen dann einer irregulären Beschäftigung nach (Stemmer 2011). Moldauer, die einen rumänischen Pass besitzen, sind EU-Bürger und genießen damit Freizügigkeit (vgl. Kap. I.3.).

Tabelle III.2-15: Zuzug von Personen moldauischer Staatsangehörigkeit in ausgewählte EU-Mitgliedsländer, 2005-2009

Land	2005	2006	2007	2008	2009
Italien	8.976	-	-	22.007	16.812
Spanien	2.283	2.771	3.449	2.821	1.592
Portugal	-	2.646	-	-	-
Tschechien	1.672	2.377	3.419	3.319	2.438
Deutschland	1.065	839	722	699	749
Griechenland	-	1.295	493	-	-
Österreich	429	272	240	239	-
Frankreich	-	593	-	-	-

Quelle: Eurostat.

Tabelle III.2-16: Einbürgerungen von Personen mit vorheriger moldauischer Staatsangehörigkeit in ausgewählten EU-Mitgliedsländern, 2005-2008

Land	2005	2006	2007	2008	Summe 2005-2008
Rumänien	700	0	-	4.967	-
Bulgarien	2.460	2.612	1.585	2.463	9.120
Portugal	-	6	-	2.230	-
Deutschland	465	590	603	326	1.984
Italien	-	-	-	707	-

Quelle: Eurostat (keine aktuelleren Daten vorhanden).

Schlussfolgerungen

Auch wenn die Verfügbarkeit und Einheitlichkeit des Datenmaterials für die Einschätzung zukünftiger Wanderbewegungen nur unzureichend ist, lassen sich doch einige Muster bei der Zuwanderung in die EU erkennen. Zusammengefasst sorgen zum einen geographische und sprachlich-kulturelle Nähe zum Herkunftsland für eine gewisse Anziehung, so dass vor allem Migranten aus den osteuropäischen und russisch-sprachigen GUS-Staaten in die östlichen, slawisch-sprachigen

EU-Mitgliedstaaten wandern, bzw. die romanisch-sprachigen Moldauer nach Rumänien sowie in die süd(west)europäischen Länder. Zusätzlich besteht vor allem in dieser Region eine relativ liberale Migrations- und Ausländerpolitik, die für einfache Zuwanderung bei gleichzeitig hohem Bedarf an meist unqualifizierten Arbeitskräften sorgt (Dietz 2008). Befindet sich eine ausreichend große Zahl an Migranten in den jeweiligen Staaten, bilden sich Netzwerke aus, die zu weiteren Wanderungen aus demselben Herkunftsland führen (z.B. Familiennachzug). Darüber hinaus wächst die Bevölkerung dann nicht mehr nur durch Zuwanderung, sondern auch durch natürliches Bevölkerungswachstum, also die in der EU geborenen Kinder der Migrantinnen. Vergleicht man Zuzug und Wanderungssaldo von GUS-Bürgern in die EU und nach Russland, so zeigt sich 2009, dass das Migrationsaufkommen in der GUS mit Ziel Russland das in die EU um das Doppelte übertrifft.

Die aktuell größten Zuwanderernationalitäten aus der GUS sind Russen, Ukrainer und Moldauer, während die Hauptzielländer 2009 Italien (44.982), Deutschland (30.045), Tschechien (23.279) und Spanien (15.871) waren. Dabei handelt es sich um die Staaten, die zum 01.01.2010 auch die größten Communities von Staatsbürgern der GUS in der EU beherbergen: Deutschland (441.218), Italien (315.204), Tschechien (181.651) und Spanien (165.038). Insgesamt leben etwa 1,5 Millionen Personen mit der Staatsbürgerschaft eines GUS-Landes in der EU. Allerdings ist der jeweilige Anteil von GUS-Bürgern an der Gesamtbevölkerung bzw. der ausländischen Bevölkerung in den Ländern unterschiedlich. Liegt er in Deutschland, Italien und Spanien mit 0,4 % bis 0,5 % (der Gesamtbevölkerung) bzw. mit 3 % bis 7 % (der ausländischen Bevölkerung) vergleichsweise niedrig, stellen Staatsbürger der GUS in Tschechien 43 % der ausländischen Bevölkerung und 1,7 % der Gesamtbevölkerung.

Die Asylmigration aus der GUS in die EU ist in den letzten Jahren rückläufig und umfasste 2010 31.060 Asylerstanträge, womit der Anteil von Asylanträgen aus der GUS bei 12 % lag. Differenziert nach Staatsangehörigkeiten belegte Russland 2010 mit 18.500 Asylanträgen den ersten Rang gefolgt von Armenien (5.515) und Aserbaidschan

(2.075). Frankreich stellte 2010 das Hauptzielland dar (Eurostat). Basierend auf den bisherigen Migrationsbewegungen und aktuellen Migrantenbevölkerungen von Staatsangehörigen der GUS in der EU ist anzunehmen, dass Italien, Tschechien, Deutschland und Spanien die bevorzugten Zielländer von Migration aus der GUS bleiben werden. In diesen drei Ländern liegen Bestand und Zuwanderung auf hohem Niveau. Auch die Herkunftsländer der osteuropäischen GUS (Russland, Ukraine) dürften relevant bleiben. Die Zuzüge aus der GUS dürften weiterhin vor allem zum Zweck der Arbeitsaufnahme, des Familiennachzugs und der Ausbildung erfolgen. Die Arbeitsmigration (Hoch) Qualifizierter nach Europa dürfte daneben langsam ansteigen.

3. Migranten aus der GUS in Deutschland

Im Folgenden werden die Staatsangehörigen der GUS in Deutschland sowie der Umfang und die Zusammensetzung der Zuwanderung vertieft betrachtet.

3.1. Staatsangehörige bzw. Personen mit Migrationshintergrund aus der GUS in Deutschland Staatsangehörige der GUS

Die Zahl der GUS-Bürger in Deutschland ist seit 2004 kontinuierlich von 440.215 auf 421.644 (2010) gesunken. Erhöht haben sich in diesem Zeitraum nur die Bestandszahlen von russischen, belarussischen, usbekischen und tadschikischen Staatsbürgern (Tab. III.3-1).

Die drei häufigsten Staatsangehörigkeiten von Bürgern der GUS in Deutschland sind russisch, ukrainisch und kasachisch. Der Bestand von russischen Staatsangehörigen in Deutschland hat sich seit 2004 von 178.616 auf 191.270 (2010) erhöht; dagegen ist die Zahl ukrainischer und kasachischer Staatsbürger seit 2005 zurückgegangen (Abb. III.3-1). Im Jahr 2010 lebten in Deutschland 124.293 Personen mit ukrainischer und 51.007 mit kasachischer Staatsangehörigkeit. Der Bestand belarussischer Bürger in Deutschland ist seit 2004 von 17.290 auf 18.703 (2010) leicht angestiegen. Bei Personen aus Aserbaidschan und Moldau sind die Zahlen seit 2005 rückläufig. Die Zahl der Armenier in Deutschland stieg im Jahr 2010 leicht an.

Die zum 31.12.2010 in Deutschland lebenden 421.644 Staatsbürger der GUS machen einen Anteil von 6,2 % an der ausländischen Bevölkerung und von 0,5 % an der Gesamtbevölkerung aus. Der Anteil der Russen – als größter Gruppe – an der ausländischen Bevölkerung lag bei 2,8 %.

Tabelle III.3-1: Personen mit der Staatsbürgerschaft eines GUS-Landes in Deutschland, 2004-2010 (Stichtag 31.12.)

Nationalität	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Differenz 2004-2010
Russland	178.616	185.931	187.514	187.835	188.253	189.326	191.270	+12.654
Ukraine	128.110	130.674	128.950	126.960	126.233	125.617	124.293	-3.817
Kasachstan	58.645	59.370	57.203	55.393	53.899	52.583	51.007	-7.638
Belarus	17.290	18.037	18.149	18.266	18.382	18.646	18.703	+1.413
Aserbaidshan	15.950	15.711	15.219	14.586	14.337	14.207	14.038	-1.912
Moldau	12.941	13.027	12.720	12.365	12.214	12.147	11.972	-969
Armenien	10.535	10.356	10.066	9.727	9.584	9.999	10.344	-191
Usbekistan	8.246	8.669	8.757	8.886	8.930	9.050	9.072	+826
Kirgisistan	9.142	9.264	9.221	9.178	8.925	8.865	8.788	-354
Tadschikistan	740	708	707	726	743	778	860	+120
Summe	440.215	451.747	448.506	443.922	441.500	441.218	421.644	-18.571

Quelle: Statistisches Bundesamt (Ausländerzentralregister).

Das Durchschnittsalter der Zuwanderer aus der GUS liegt bei 36,6 Jahren. 50 % der Migrantenbevölkerung aus der GUS sind verheiratet, 5,3 % sind in Deutschland geboren (Tab. III.3-2). Für Migranten aus der GUS ist aufgrund früherer Reisebeschränkungen eine niedrige durchschnittliche Aufenthaltsdauer von 8,6 Jahren charakteristisch.

Ein überproportional hoher Frauenanteil ist bei Staatsangehörigen aus Belarus (69,9 %), der Ukraine (61,1 %) und Russland (61,8 %) zu verzeichnen, was auf weiblich dominierter Heirats- und Bildungsmigration sowie auf Arbeitsmigration im Haushalts- und Pflegebereich

beruht (Tab. III.3-2). Bei Aserbaidshanern und Tadschiken überwiegt dagegen der Männeranteil, was vermutlich auf der männlich geprägten Fluchtmigration aus diesen Ländern beruht.

Personen mit der Staatsbürgerschaft eines GUS-Staates leben vor allem in Nordrhein Westfalen (22%) und Bayern (15%). Russische Staatsbürger wohnen zu 22,5 % in Nordrhein Westfalen und zu 15 % in Bayern. In Nordrhein-Westfalen finden sich 24 % der Kasachen und jeweils 23 % der Ukrainer und Aserbaidshaner in Deutschland. In Bayern leben 17 % der ukrainischen und kasachischen Staatsbürger sowie 16 % moldauischen Migrantenbevölkerung (Statistisches Bundesamt 2011).

Tabelle III.3-2: Staatsangehörige der GUS am 31.12.2010 nach ausgewählten Merkmalen

Staatsangehörigkeit	Bestandszahl	Durchschnitts-		Anteil* der			
		-alter	-aufenthaltsdauer	Frauen	Ledigen	Verheirateten	in Deutschland Geborenen
		in Jahren		in %			
Russland	191.270	38,2	8,7	61,8	26,0	57,5	3,6
Ukraine	124.293	41,8	9,2	62,0	27,6	50,9	4,9
Kasachstan	51.007	38,1	8,9	54,4	14,9	69,8	1,0
Belarus	18 703	35,5	8,1	69,9	29,6	52,8	3,8
Aserbaidshan	14.038	33,1	8,3	48,7	46,1	38,9	12,2
Moldau	11.972	38,8	8,6	57,0	29,2	47,4	5,4
Armenien	10.344	32,0	10,0	52,5	45,7	42,6	12,5
Usbekistan	9.072	38,3	7,8	56,5	33,6	48,0	4,1
Kirgisistan	8.788	36,0	8,2	61,1	29,8	52,9	3,5
Tadschikistan	860	34,0	7,8	43,0	44,3	38,5	2,3
GUS	421.644	36,6	8,6	56,7	32,7	50,0	5,3

Anmerkung: * Anteil an den Personen der jeweiligen ausländischen Staatsangehörigkeit insgesamt.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Ausländerzentralregister).

Die Zahl der Einbürgerungen russischer, ukrainischer und kasachischer Bürger in Deutschland ist seit 2007 rückläufig. Im Jahr 2010 ließen sich 3.118 Ukrainer (2,5 % der Ukrainer in Deutschland), 2.753 Russen (1,4 %) und 1.601 Kasachen (3,1%) einbürgern (Tab. III.3-3).

Unter den 10 häufigsten Herkunftsländern von Eingebürgerten 2010 finden sich Personen aus der Ukraine auf Rang 6 (3,1%) und Russen auf Rang 9 (Anteil von 2,7% an allen 2010 Eingebürgerten).

Tabelle III.3-3: Einbürgerungen von GUS-Bürgern in Deutschland nach vorheriger Staatsbürgerschaft, 2005-2010

Nationalität	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Differenz 2009/2010
Ukraine	3.363	4.536	4.454	1.953	2.345	3.118	+773
Russland	5.055	4.679	4.069	2.439	2.477	2.753	+276
Kasachstan	2.975	3.207	2.180	1.602	1.439	1.601	+162
Belarus	251	356	334	286	259	385	+126
Moldau	465	590	603	326	283	375	+92
Kirgisistan	463	413	472	301	96	290	+194
Armenien	139	210	245	186	215	289	+74
Aserbaidshan	328	398	339	286	329	249	-80
Usbekistan	280	277	296	228	83	223	+140
Tadschikistan	37	31	23	11	10	14	+4
Summe	13.356	14.697	13.015	7.618	7.536	9.297	+1.761

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Personen mit Migrationshintergrund aus ausgewählten GUS-Staaten

Seit dem Jahr 2005 ist es mit Hilfe des Mikrozensus möglich, Aussagen für Personen mit Migrationshintergrund abzuleiten. Dies ist eine sinnvolle Ergänzung zu den bisherigen Datensätzen der amtlichen Statistik, weil bislang zumeist lediglich das Merkmal der Staatsangehörigkeit erfasst wurde und daher (Spät-)Aussiedler und Eingebürgerte nicht identifiziert werden konnten. Zu „Personen mit Migrationshintergrund“ zählen alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der

Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil (Statistisches Bundesamt 2007). „Personen mit eigener Migrationserfahrung“ sind nach Deutschland Zugewanderte (1. Generation). „Personen ohne eigene Migrationserfahrung“ sind in Deutschland geborene Personen mit Migrationshintergrund (2./3. Generation). Aufgrund zu geringer Fallzahlen kann hier nur auf Personen mit russischem, kasachischem und ukrainischem Migrationshintergrund eingegangen werden.

Im Jahr 2010 lebten in Deutschland 1,05 Millionen Personen mit russischem Migrationshintergrund, davon hatten 93 % (977.000) eine eigene Migrationserfahrung, d.h. waren selbst zugewandert.⁹¹ Personen mit russischem Migrationshintergrund machen 6,7 % der Gesamtbevölkerung mit Migrationshintergrund aus. Einen kasachischen Migrationshintergrund hatten 728.000 Personen im Jahr 2010, davon waren 96 % (696.000) mit eigener Migrationserfahrung.⁹² Einen ukrainischen Migrationshintergrund besaßen 256.000 Personen, eine eigene Migrationserfahrung hatten davon fast 89 % (227.000) (Abb. III.3-1). Der Anteil von Personen mit kasachischem und ukrainischem Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung mit Migrationshintergrund lag 2010 bei 4,6 % bzw. 1,6 %. Ein überproportionaler Frauenanteil ist bei Personen mit ukrainischem (56,6 %) und russischem (53,6 %) Hintergrund zu verzeichnen. Differenziert nach Aufenthaltsdauer zeigt sich, dass nur 24 % der Personen mit russischem Migrationshintergrund seit weniger als 9 Jahren in Deutschland leben, etwa 62 % jedoch zwischen 9 und 20 Jahren. Dies deutet – ebenso wie bei den Personen mit kasachischem und ukrainischem Migrationshintergrund – darauf hin, dass es sich hier bei einem erheblichen Teil um Personen handelt, die im Zusammenhang mit dem Zuzug von (Spät-)Aussiedlern oder als jüdische Zuwanderer nach Deutschland gekommen sind (BMI/BAMF 2011a).

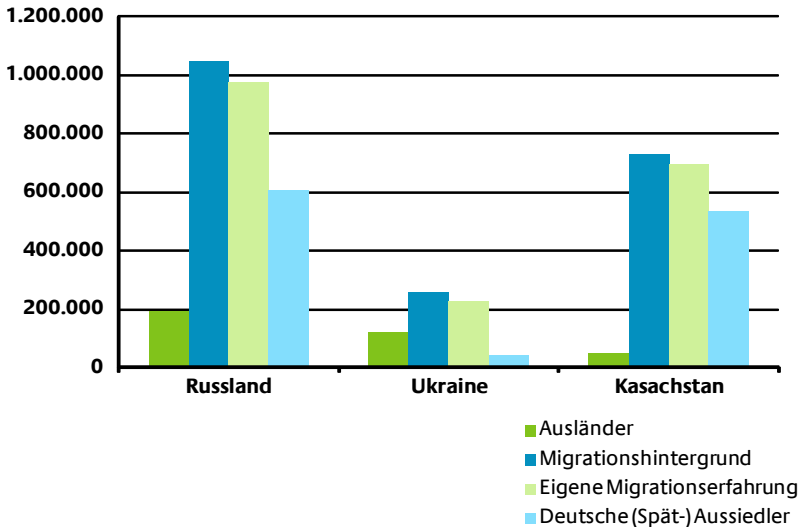
91 Einschließlich (Spät-)Aussiedler.

92 Einschließlich (Spät-)Aussiedler.

(Spät-)Aussiedler

Seit Beginn der Aussiedleraufnahme im Jahr 1950 sind fast 4,5 Millionen (Spät-)Aussiedler einschließlich Familienangehörigen nach Deutschland zugewandert. Es ist jedoch nicht genau bekannt, wie viele (Spät-)Aussiedler mit ihren Angehörigen – die in der Regel alle die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen – derzeit in Deutschland leben.

Abbildung III.3-1: Bevölkerung aus Russland, der Ukraine und Kasachstan in Deutschland nach Staatsbürgerschaft und Migrationshintergrund, 2010



Quelle: Statistisches Bundesamt (Mikrozensus), eigene Darstellung.

Im Mikrozensus 2007 wurden Zuwanderer erstmals befragt, ob sie mit dem (Spät-)Aussiedlerstatus nach Deutschland eingereist

sein.⁹³ Dies bejahen 2010 etwa 3,26 Millionen Deutsche mit eigener Migrationserfahrung einschließlich ihrer mit eingereisten Familienangehörigen. Von den etwa 3,3 Millionen (Spät-)Aussiedlern in Deutschland kamen 1,4 Millionen (Spät-)Aussiedler aus einem der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, darunter 605.000 aus Russland, 537.000 aus Kasachstan und 39.000 aus der Ukraine (Abb. III.3-1). Ein Blick auf die Geschlechtsstruktur der (Spät-)Aussiedler zeigt, dass der Frauenanteil etwas höher ist als der Männeranteil (52,4 % zu 47,6 %). Die Aufenthaltsdauer in Deutschland liegt bei 9,4 % der zugewanderten (Spät-)Aussiedler unter 9 Jahren, 42,6 % verzeichnen 9 bis 20 Jahre.

Aufenthaltszwecke

Der zeitlich befristete Aufenthalt von GUS-Staatsangehörigen (hier von den größeren Gruppen) hatte im Jahr 2010 vor allem familiäre Gründe (60 %) gefolgt von Ausbildungszwecken (12 %). Arbeitsaufnahme war nur bei 6 % das Motiv (Tab. III.3-4). Bei Armeniern und Aserbaidshanern überwogen dagegen völkerrechtliche Gründe (46 %) gegenüber familiären (36 %).

93 (Spät-)Aussiedler und deren mit eingereiste Familienangehörige konnten erstmalig im Mikrozensus 2007 als eigenständige Gruppe identifiziert werden. Nachdem für den Mikrozensus 2008 die Fragen zum (Spät-)Aussiedlerstatus weiter differenziert wurden, ließen sich weitere Personen dieser Gruppe zuordnen. Da seit 1950 rund 4,5 Millionen (Spät-)Aussiedler zugewandert sind, bedeutet dies, dass sich nach aktuellen Ergebnissen des Mikrozensus noch 72 % dieser Zuwanderer in Deutschland aufhalten (BMI/BAMF 2011). Der stetige Rückgang der (Spät-)Aussiedlerzahlen seit Mitte der 1990er Jahre ist neben der Abnahme des Zuzugspotenzials und der Änderung der Aufnahmevoraussetzungen (Einführung der Sprachstandstests) auf eine zunehmende Beseitigung der Ursachen für die Auswanderung zurückzuführen. Wirkung dürften insoweit auch die von der Bundesregierung für die deutschen Minderheiten gewährten Hilfen zeigen (BMI/BAMF 2011).

Überdurchschnittlich hoch war die Zahl der Aufenthaltserlaubnisse aus familiären Gründen bei Kasachen (87%), was u.a. durch den Familiennachzug zu (Spät-)Aussiedlern bedingt ist. Bei russischen und moldauischen Staatsbürgern waren 2010 familiäre Gründe zu 69% bzw. 66% ausschlaggebend. Die Ausbildung lag bei Belarussen (18%), Ukrainern und Moldauern (je 16%) über dem GUS-Durchschnitt. Arbeitsaufnahme lag dem befristeten Aufenthaltsstatus von 11% der Belarussen und Ukrainer zugrunde (Tab. III.3-4).

Tabelle III.3-4: Aufenthaltsstatus ausgewählter Staatsangehöriger der GUS in Deutschland am 31.12.2010 nach ausgewähltem Status

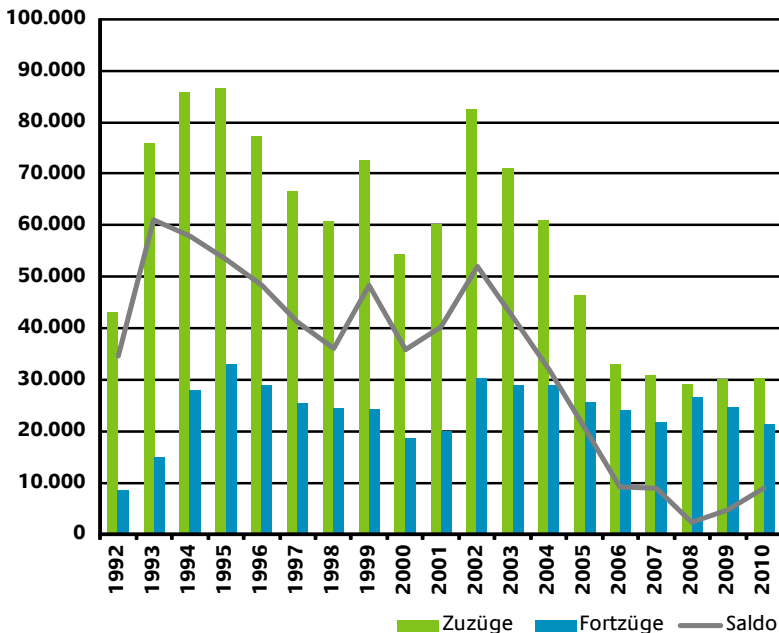
Nationalität	Insgesamt	Aufenthaltsstatus nach Aufenthaltsgesetz 2004										Dul- dung	Aufent- haltsges- stattung	Ohne Aufent- haltstitel/ Duldung oder Gestatt- ung	
		Aufenthaltsurlaubnisse (zeitlich befristet)						Nieder- Lassungs- erlaub- nisse (zeitlich unbefristet)	EU-Recht EU-Aufent- haltstitel/ Freizügig- keitsbe- scheinig- ung	Dul- dung	Aufent- haltsges- stattung				Ohne Aufent- haltstitel/ Duldung oder Gestatt- ung
		Zusam- men	zum Zweck der Aus- bildung	zum Zweck der Erwerbs- tätigkeit	Völker- rechtl., huma- nitäre, polit. Gründe	Fami- liäre Gründe	Bes. Auf- enthalts- rechte								
Russland	191.270	69.075	8.341	4.654	5.230	47.583	3.267	94.965	1.591	2.864	1.517	6.921			
Ukraine	124.293	29.902	4.809	3.209	1.834	18.553	1.497	38.250	1.341	359	63	3.732			
Kasachstan	51.007	22.185	662	216	647	19.312	1.348	17.614	130	221	21	1.404			
Belarus	18.703	6.740	1.186	722	309	4.218	305	6.558	325	183	44	823			
Aserbaidschan	14.038	4.721	494	94	2.188	1.706	239	4.615	39	2.391	845	477			
Moldau	11.972	3.043	496	207	184	2.001	155	6.212	368	81	25	1.061			
Armenien	10.344	4.606	353	213	2.094	1.633	313	1.998	155	1.818	409	515			

Quelle: Ausländerzentralregister.

3.2. Migrationsbewegungen aus der GUS nach Deutschland

Seit 2002 sind die jährlichen Zuzüge von Staatsangehörigen der GUS nach Deutschland signifikant von 82.478 auf 30.298 (2010) zurückgegangen. Der Wanderungssaldo sank im selben Zeitraum von 52.096 auf 8.944, die Fortzüge blieben im Vergleich dazu relativ stabil zwischen 30.382 (2002) und 21.354 (2010) (Abb. III.3-2). Seit 2006 hat sich die Zuwanderung von Staatsangehörigen der GUS nach Deutschland bei etwa 30.000 jährlich eingependelt. Die Fortzüge lagen seit 2006 zwischen 21.000 und 27.000, der Wanderungsgewinn zwischen 2.000 und 9.000.

Abbildung III.3-2: Migrationsbewegungen von GUS-Staatsangehörigen nach/aus Deutschland, 1992-2010

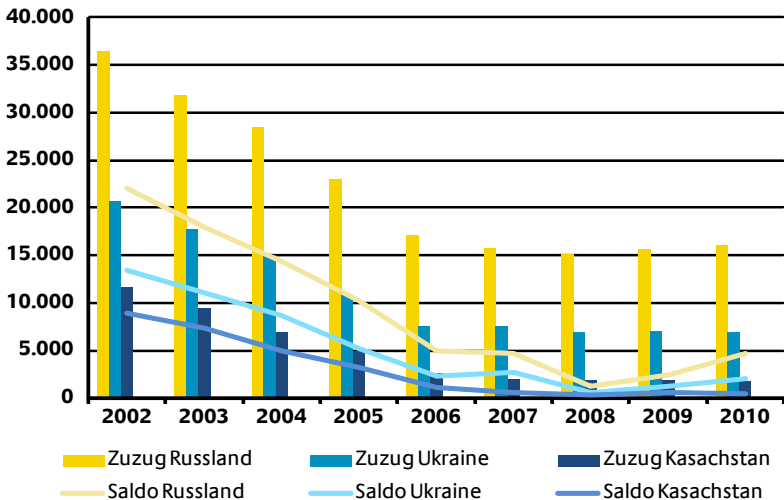


Anmerkung: 2000 und 2001 besteht eine Untererfassung der Zu- und Fortzüge aufgrund fehlender Werte.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Darstellung.

Im Jahr 2010 migrierten 30.298 Staatsangehörige der GUS nach Deutschland, der Wanderungsüberschuss betrug 8.944. Die fünf häufigsten Staatsbürgerschaften der Zuwanderer 2010 waren russisch (16.063), gefolgt von ukrainisch (6.870), kasachisch (1.637), belarussisch (1.354) und aserbaidisch (1.081) (Tab. III.3-5). Russland belegte 2010 im Ranking der Zuzüge nach häufigsten Staatsangehörigkeiten Rang 11. Aus der GUS wanderten – mit Ausnahme von Aserbaidisch, Usbekistan und Tadschikistan – mehr Frauen als Männer nach Deutschland zu.

Abbildung III.3-3: Zuzug russischer, ukrainischer und kasachischer Staatsbürger nach Deutschland, 2002-2010



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Darstellung.

Den höchsten Wanderungsgewinn unter den GUS-Staaten verzeichneten 2010 russische Staatsbürger mit 4.639; der Frauenanteil lag bei 82%.⁹⁴ An zweiter Stelle fanden sich Ukrainern mit einem Wanderungssaldo von 2.023 (87% Frauen), gefolgt von Kasachen mit 437 (87% Frauen) (Abb. III.3.3; Tab. III.3-5)

⁹⁴ Heiratsmigration und Familiennachzug begründen den hohen Frauenanteil.

Tabelle. III.3-5: Zu- und Fortzüge aus/nach Deutschland 2010 nach der Staatsangehörigkeit

Staatsangehörigkeit	Zuzüge			Fortzüge			Saldo		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
Russland	16.063	5.908	10.155	11.424	5.062	6.362	+4.639	+846	+3.793
Ukraine	6.870	2.495	4.375	4.847	2.231	2.616	+2.023	+264	+1.759
Kasachstan	1.637	647	990	1.200	592	608	+437	+55	+382
Belarus	1.354	452	902	946	421	525	+408	+31	+377
Aserbaidschan	1.081	640	441	803	496	307	+278	+144	+134
Armenien	920	416	504	611	326	285	+309	+90	+219
Moldau	776	342	434	538	261	277	+238	+81	+157
Usbekistan	742	389	353	467	259	208	+275	+130	+145
Kirgistan	620	197	423	399	123	276	+221	+74	+147
Tadschikistan	235	162	73	119	79	40	+116	+83	+33
GUS	30.298	11.648	18.655	21.354	9.850	11.504	+8.944	+1.798	+7.151
Insgesamt	798.282	475.575	322.707	670.605	406.556	264.049	+127.677	+69.019	+58.658
Anteil GUS an Insges., in %	3,8	2,5	5,8	3,2	2,4	4,4	7,0	2,6	12,2

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Migrationsformen

Nach der Beschreibung der Zusammensetzung der Bevölkerung aus der GUS in Deutschland sowie den Migrationsbewegungen aus der GUS nach Deutschland im Allgemeinen werden im Folgenden die Wanderungsformen von GUS-Bürgern betrachtet. Diese beinhalten: Ehegatten- und Familiennachzug, Spätaussiedlerzug, jüdische Zuwanderung, Asylmigration sowie Arbeits- und Bildungsmigration.

Basierend auf der differenzierten Analyse bisheriger Zuwanderungsmuster werden abschließend Einschätzungen der zukünftigen Migrationsströme aus der GUS nach Deutschland vorgenommen.

Aufenthaltszwecke und Aufenthaltstitel

Im Ausländerzentralregister (AZR) werden seit dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes auch die Rechtsgrundlagen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen erfasst. Dadurch können die erteilten Aufenthaltstitel für zugewanderte Drittstaatsangehörige differenziert nach dem Aufenthaltszweck dargestellt werden.⁹⁵

95 Der Grund für unterschiedliche Zahlen im Vergleich zur Wanderungsstatistik ist, dass Personen im AZR registriert werden, wenn sie sich nicht nur vorübergehend (i.d.R länger als drei Monate) im Bundesgebiet aufhalten. Zudem werden Daten von Personen, die mehrfach im Jahr zu- und fortziehen, nur einmal im AZR erfasst (BMI/BAMF 2011a).

Tabelle III.3-6: Zuzüge von GUS-Bürgern im Jahr 2010 nach ausgewählten Aufenthaltswegen und Aufenthaltstiteln

Nationalität	Studium	Befristete Aufenthaltserlaubnisse					Niederlassungserlaubnis	EU-Aufenthaltsrecht	Aufenthalts-gestaltung / Duldung	Gesamt		
		Sprachkurs, Schulbesuch	Sonst. Ausbildung	Beschäftigung*	Humanitäre Gründe	Familienäre Gründe				Sonstige Gründe	Insges.	dar.: weiblich
Russland	2.303	162	430	1.500	644	3.646	249	432	164	986	13.203	8.487
Ukraine	743	73	193	1.325	217	1.569	88	276	116	66	5.803	3.801
Kasachstan	176	12	25	97	40	541	21	46	12	16	1.251	800
Belarus	201	14	25	195	31	399	17	44	22	46	1.240	817
Aserbaidschan	163	12	46	21	42	104	0	22	4	379	929	388
Armenien	91	5	16	89	26	135	17	2	27	254	856	463
Moldau	72	17	22	100	14	152	8	17	63	19	715	395
Usbekistan	128	4	72	116	36	112	14	38	8	14	636	320
Kirgisistan	72	5	33	183	11	120	2	11	1	50	581	404
Tadschikistan	29	0	23	12	34	18	3	1	0	68	224	67
Summe GUS	3.978	304	885	3.638	1.095	6.796	419	889	417	1.898	25.438	15.942
Insgesamt	35.702	5.501	4.916	29.550	8.287	54.865	6.554	4.246	115.491	33.653	475.840	199.083
Anteil GUS an Insges., in%	11,1	5,5	18,0	12,3	13,2	12,4	6,4	20,9	0,4	5,6	5,3	8,0

Anmerkung: * Die Kategorie „Beschäftigung“ enthält neben den Personen, denen ein Aufenthaltstitel zum Zweck der Beschäftigung nach § 18 AufenthG erteilt wurde, auch jene, die als Forscher (§ 20 AufenthG) bzw. als Selbständige (§ 21 AufenthG) zugewandert sind.

Quelle: Ausländerzentralregister.

Tabelle III.3-6 zeigt, dass der Zuzug von Bürgern der GUS nach Deutschland 2010 in erster Linie familiäre Gründe (6.796) hatte, gefolgt von den Wanderungsmotiven Studium (3.978) und Beschäftigung (3.638) (Tab. III.3-6).⁹⁶ Betrachtet man die zwei größten Zuwanderergruppen aus der GUS, so zeigt sich, dass bei russischen Staatsangehörigen familiäre Zuzugsmotive (3.646) überwiegen, gefolgt von Studium (2.303) und Beschäftigung (1.500). Bei Ukrainern steht ebenfalls Familiennachzug (1.569) an erster Stelle, dann aber folgt Arbeitsmigration (1.325) und erst an dritter Stelle Studienmigration (743).

Ehegatten- und Familiennachzug

Die Zuwanderung aus familiären Gründen, der sogenannte Familiennachzug, spielt nach wie vor eine wichtige Rolle in Deutschland. Die Einreise und der Aufenthalt ausländischer Ehegatten und Kinder von in Deutschland lebenden Personen sind seit 2005 in den §§ 27-36 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) geregelt. Nachzugsberechtigt sind im Wesentlichen Kinder und Ehegatten von in Deutschland lebenden Deutschen und Ausländern (vgl. Kreienbrink/Rühl 2007).

Es gibt verschiedene Möglichkeiten einen Aufenthaltstitel aus familiären Gründen zu erlangen, beispielsweise durch die Heirat eines in Deutschland lebenden deutschen oder ausländischen Partners (Ehegattennachzug). Des Weiteren können Eltern ihre minderjährigen Kinder nach Deutschland holen (Kindernachzug). Bei Zuwanderern, die im Rahmen des Familiennachzugs nach Deutschland einreisen, ist in der Regel von einer längerfristigen bzw. dauerhaften Bleibeabsicht auszugehen (BMI/BAMF 2008).

Der Familiennachzug aus der GUS nach Deutschland ist seit 2006 rückläufig. Wurden im Jahr 2009 noch 5.235 Visa erteilt, waren es 2010 nur noch 5.065 (Tab. III.3-7). Betrachtet man die Zahl der er-

⁹⁶ Der Unterschied zwischen Ausländerzentralregister (AZR) und Wanderungsstatistik beruht v.a. auf den unterschiedlichen Erhebungsgrundlagen. Die Wanderungsstatistik erfasst fallbezogene Meldungen, d.h. eine Person mit mehreren Zuzügen würde auch mehrfach erfasst. Das AZR ist personenbezogen aufgebaut und berücksichtigt nur die jeweils letzte Einreise einer Person.

teilten Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs nach häufigsten Herkunftsländern in den Jahren 2009 und 2010, finden sich Russland und die Ukraine jeweils auf Platz 3 und 9. Russland hat einen Anteil am Gesamtfamiliennachzug nach Deutschland von 6,7%, die Ukraine von 3,1%. Der Familiennachzug aus der GUS nach Deutschland hat insgesamt einen Anteil von 12,6% am Gesamtfamiliennachzug.

Tabelle III.3-7: Erteilte Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs aus Staaten der GUS nach Deutschland, 2010

Herkunftsland	Ausl. Ehefrau zu dt. Ehemann	Ausl. Ehemann zu dt. Ehefrau	Ausl. Ehefrau zu ausl. Ehemann	Ausl. Ehemann zu ausl. Ehefrau	Kind unter 18	Summe 2010	Differenz zur Summe 2009
Russland	1.526	283	331	25	524	2.689	-36
Ukraine	655	75	174	34	291	1.229	+25
Kasachstan	181	69	11	3	65	329	-186
Belarus	164	21	34	10	78	307	+14
Moldau	75	21	30	4	37	167	+2
Armenien	31	25	26	3	15	100	-6
Kirgisistan	38	17	3	3	20	81	-8
Usbekistan	42	7	19	0	13	81	+7
Aserbajdschan	19	12	25	4	0	60	+11
Tadschikistan	6	3	1	4	8	22	+7
GUS Gesamt	2.737	533	654	90	1.051	5.065	-170
Insgesamt	11.259	5.649	11.894	2.847	8.561	40.210	-2.546
Anteil GUS an Insges., in %	24,3	9,4	5,5	3,2	12,3	12,6	+0,4

Quelle: Auswärtiges Amt.

Den höchsten Anteil am Gesamtfamiliennachzug hat der Nachzug von ausländischen Ehefrauen aus der GUS zu deutschen Ehemännern (24,3%). Dabei dürfte es sich zum einen um den Nachzug zu (Spät-)Aussiedlern, zum anderen um „klassische“ Heiratsmigration handeln.

Differenziert man nach Herkunftsländern, dann dominiert beim Familiennachzug aus Russland und Kasachstan der Nachzug zu deutschen Staatsangehörigen (zumeist Spätaussiedler). 67,3 % des Ehegatten- und Familiennachzugs aus Russland entfielen im Jahr 2010 auf den Nachzug zu deutschen Ehegatten, wobei der Nachzug von Ehefrauen zu deutschen Ehemännern mit 56,7% deutlich überwog. Auch im Falle Kasachstans (55%) und der Ukraine (53%) ist ein überproportional hoher Nachzug ausländischer Ehefrauen aus der GUS zu deutschen Ehegatten festzustellen. Der Nachzug von Kindern unter 18 macht etwa 20,8 % des Familiennachzugs aus der GUS aus. Besonders hoch ist der Anteil des Kindernachzug am Familiennachzug aus Tadschikistan (36,4%), Belarus (25,4%), Kirgisistan (24,7%) und der Ukraine (23,7%).

Spätaussiedlerzuzug

Seit 1990 kommen über 98 % der Spätaussiedler und ihrer Familienangehörigen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. Die Zuwanderung von Spätaussiedlern und ihrer Familienangehörigen sinkt jedoch kontinuierlich. Kamen im Jahr 2004 noch 58.334 Spätaussiedler aus der GUS nach Deutschland, waren es im Jahr 2010 nur noch 2.278 Personen (Tab. III.3-8). Die Hauptherkunftsländer waren 2010 Russland (1.462), Kasachstan (508), die Ukraine (160) und Kirgisistan (95). Noch bis zum Jahr 2001 war Kasachstan das Hauptherkunftsländ von (Spät-)Aussiedlern gewesen.

Der stetige Rückgang der Spätaussiedlerzahlen seit Mitte der 1990er Jahre beruht neben der Abnahme des Zuzugspotenzials auf Änderungen der Aufnahmevoraussetzungen wie z.B. einem Sprachstandstest (vgl. BMI/BAMF 2011a).

Aufgrund des am 9. Dezember 2011 in Kraft getretenen 9. Gesetzes zur Änderung des Bundesvertriebenengesetzes (9. BVFGÄndG), das den Nachzug von Familienangehörigen im Härtefall ermöglicht, dürfte voraussichtlich mit einem gleich bleibenden Zuzug von Spätaussiedlern und ihren Angehörigen zu rechnen sein.

Tabelle III.3-8: Zuzug von Spätaussiedlern und ihren Familienangehörigen aus der GUS nach Herkunftsländern, 2004-2010

Herkunftsländer	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Russland	33.358	21.113	5.189	3.735	2.682	1.935	1.462
Kasachstan	19.828	11.206	1.760	1.279	1.025	836	508
Ukraine	2.299	1.306	314	244	216	266	160
Kirgisistan	1.634	840	183	211	124	115	95
Usbekistan	646	307	62	96	121	44	12
Armenien	4	10	4	1	6	19	0
Moldau	220	130	26	31	39	18	17
Belarus	275	236	32	43	41	10	18
Tadschikistan	27	15	6	10	11	2	6
Aserbaidshan	43	34	0	10	10	0	0
Summe	58.334	35.197	7.576	5.660	4.275	3.245	2.278

Quelle: Bundesverwaltungsamt.

Die Zuwanderung von (Spät-)Aussiedlern und ihren Familienangehörigen wirkt sich – ähnlich wie die Zuwanderung von Ausländern – positiv auf die Altersstruktur der Bevölkerung in Deutschland aus. So sind 68 % der im Jahr 2010 zugezogenen (Spät-)Aussiedler jünger als 45 Jahre und nur 7 % älter als 65 Jahre. In Deutschland sind dagegen fast 21 % der Gesamtbevölkerung über 65 Jahren und nur 51 % unter 45 Jahren (BMI/BAMF 2011a).

Jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion

Seit 1990 nimmt Deutschland jüdische Zuwanderer und ihre Familienangehörigen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion auf. Seit dem Jahr 1991 ist die Aufnahme in einem Verfahren geregelt. (BMI/BAMF 2011a). Hauptherkunftsländer der jüdischen Zuwanderer sind die Ukraine und Russland. Zwischen 1993 und 2010 sind insgesamt 204.230 jüdische Zuwanderer einschließlich ihrer Familienangehörigen aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland zugewandert (Tab. III.3-9).

Tabelle III.3-9: Zuwanderung jüdischer Personen und ihrer Familienangehörigen aus der ehemaligen Sowjetunion, 1993-2010

Jahr	Zuzug	Jahr	Zuzug
1993	16.597	2003	15.442
1994	8.811	2004	11.208
1995	15.184	2005	5.968
1996	15.959	2006	1.079
1997	19.437	2007	2.502
1998	17.788	2008	1.436
1999	18.205	2009	1.088
2000	16.538	2010	1.015
2001	16.711	1993-2010 Summe	204.230
2002	19.262		

Quelle: Bundesverwaltungsamt, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Seit 2002 ist ein deutlicher Rückgang der Zuzüge zu verzeichnen (Tab. III.3-9). Der Rückgang seit dem Jahr 2005 steht im Zusammenhang mit der Neuregelung der jüdischen Zuwanderung, wodurch zusätzliche Voraussetzungen beim Aufnahmeverfahren eingeführt wurden. Im Jahr 2010 kamen 1.015 jüdische Zuwanderer einschließlich ihrer Familienangehörigen nach Deutschland. Die jüdische Zuwanderung ist gekennzeichnet durch einen hohen Anteil älterer Menschen (ca. 60 % über 50-Jährige). Auch bei dieser dauerhaften Wanderungsform ist zukünftig keine Zunahme zu erwarten.

Asylmigration

Die Zahl der Asylerstantragsteller aus der GUS in Deutschland nimmt entgegen dem EU-Trend seit 2007 stetig zu (Tab. III.3-10). Waren es 2007 noch 1.768 Asyleranträge, lag die Zahl 2010 bei 2.856. Die drei Hauptherkunftsländer von Asylerantragstellern aus der GUS waren 2010 Russland (1.199), darunter Tschetschenen (569), Aserbaidschan (469) und Armenien (296). Russland findet sich seit 2005 unter den zehn Hauptherkunftsländern von Asylerantragstellern

in Deutschland und lag 2010 auf Rang 10. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zahl russischer Asylersanträge um 28 % erhöht. Der Anteil russischer Erstanträge auf Asyl an den Gesamterstanträgen lag 2010 bei 2,9 %, fast die Hälfte (47,5 %) der russischen Erstantragsteller waren 2010 Tschetschenen.

Die Schutzquote⁹⁷ russischer Asylersantragsteller lag 2010 bei 22 %, d.h. 265 Personen wurde in Deutschland Schutz gewährt. Bei Erstantragstellern aus Aserbaidshan belief sich die Schutzquote auf 12 % (58 Schutzgewährungen). Betrachtet man ausschließlich die Zahl der Anerkennungen aufgrund politischer Verfolgung (nach Art. 16a Abs. 1 GG und § 60 Abs. 1 AufenthG) im Jahr 2010, so zeigt sich, dass nur 8,7 % (248) der Asylersantragsteller aus der GUS eine solche Anerkennung erhalten haben. Die Hauptherkunftsländer politisch Verfolgter waren Russland (195) und Aserbaidshan (37).

Des Weiteren wurde im Jahr 2010 453 russischen und 93 ukrainischen Staatsangehörige eine Aufenthaltserlaubnis aus dringenden humanitären oder persönlichen Gründen (§ 25 Abs. 4 AufenthG) erteilt (2009: 341 bzw. 101).

97 Die Schutzquote umfasst alle positiven Entscheidungen nach Art. 16a Abs. 1 GG, nach § 3 Abs. 4 AsylVfG i.V.m. § 60 Abs. 1 AufenthG und nach § 60 Abs. 2, 3, 5, und 7 AufenthG.

Tabelle III.3-10: Asylersanträge nach Herkunftsländern der GUS und Ethnie, 2006-2010

Herkunftsland	2006	2007	2008	2009	2010	Differenz 2009/2010	2010 Schutzge- währung	2010 Schutz- quote in %
Russland	1.040	772	792	936	1.199	+263	265	22
- dar. Tschetschenen	418	317	339	430	569	+139	-	-
Aserbaidshan	483	274	360	652	469	-183	58	12
Armenien	303	239	198	264	296	+32	18	6
Kirgisistan	10	12	14	18	65	+47	6	9
Tadschikistan	7	2	21	48	65	+17	1	2
Ukraine	99	62	37	66	62	-4	3	5
Belarus	119	49	48	62	51	-11	1	2
Moldau	55	22	14	36	41	+5	0	0
Kasachstan	18	9	2	10	22	+12	1	5
Usbekistan	24	10	14	15	17	+2	1	6
GUS gesamt	2.576	1.768	1.839	2.537	2.856	+319	354	12
Insgesamt	21.029	19.164	22.085	27.649	41.332	+13.683	9.128	22
Anteil GUS an Insges., in%	12,2	9,2	8,3	9,2	6,9	-2,3	3,9	-

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Basierend auf den politischen Entwicklungen in der GUS ist anzunehmen, dass die Zahl der Asylersanträge auf dem aktuellen Niveau verbleiben dürfte, sofern es nicht zu neu eskalierenden Konflikten kommt.

Die Schutzquote von Asylersantragstellern aus der GUS-Region ist nur als indirekter Indikator für die politische Lage im jeweiligen Herkunftsland zu werten. Hauptursachen der Abwanderung dürften die unbefriedigenden sozioökonomischen Lebensbedingungen in der GUS sein.

Einreise zum Zweck der Erwerbstätigkeit (Arbeitsmigration)

Die Zahl erteilter Aufenthaltserlaubnisse zum Zweck der Erwerbstätigkeit nach §18 AufenthG ist für Staatsangehörige der GUS seit

2005 stetig gestiegen. Im Jahr 2010 erhielten 3.430 Staatsangehörige der GUS eine solche Aufenthaltserlaubnis. Ihr Anteil an der Gesamtzuwanderung zum Zweck der Erwerbstätigkeit nach §18 AufenthG lag bei 21,1 % (Tab. III.3-11).

Tabelle III.3-11: Zur Ausübung einer Beschäftigung nach § 18 AufenthG im Jahr 2009 und 2010 eingereiste Staatsangehörige der GUS nach Herkunftsländern

Staatsangehörigkeit	2010	2009	Differenz 2009/2010
Russland	1.411	1.460	-49
Ukraine	1.231	1.191	+40
Belarus	190	203	-13
Kirgisistan	183	192	-9
Moldau	96	92	+4
Kasachstan	90	85	+5
Usbekistan	114	62	+52
Armenien	87	50	+37
Aserbaidshan	16	17	-1
Tadschikistan	12	12	0
GUS gesamt	3.430	3.364	+66
Insgesamt	28.298	25.053	+3.245
Anteil GUS an Insges., in%	21,1	23,4	-2,3

Quelle: Ausländerzentralregister (Stichtag 31.12.2010)

Betrachtet man die zur Ausübung einer Beschäftigung nach § 18 AufenthG im Jahr 2010 eingereisten Ausländer nach den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten, finden sich Russen (1.411) und Ukrainer (1.231) auf den Rängen 8 und 9. Ihr Anteil an der Gesamtzuwanderung nach § 18 AufenthG beträgt 5 % bzw. 4,4 % (Tab. III.3-11). Die Mehrheit der russischen und ukrainischen Arbeitsmigranten hat eine Beschäftigung nach § 18 AufenthG aufgenommen, die keine qualifizierte Berufsausbildung erfordert. Der Frauenanteil bei den Zuzügen lag bei fast 70 %.

Im Jahr 2010 wurden folgende weitere berufsbezogene Aufenthaltserlaubnisse an russische und ukrainische Staatsangehörige in Deutschland erteilt (Ausländerzentralregister):

- 15 russische und 3 ukrainische Hochqualifizierte erhielten eine Aufenthaltserlaubnis nach §19 AufenthG (2009: 6 bzw. 3).
- 70 russische und 45 ukrainische IKT-Fachkräfte⁹⁸ erhielten Zustimmungen der Bundesagentur für Arbeit nach § 27 Nr. 2 BeschV (2009: 57 bzw. 48).
- 233 Russen und 126 Ukrainer erhielten eine Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung weiterer akademischer Berufe nach § 27 Nr. 1 BeschV (2009: 176 bzw. 94)
- 444 russische und 328 ukrainische Hochschulabsolventen wurden mit einem angemessenen Arbeitsplatz nach § 27 Nr. 3 BeschV registriert (2009: 377 bzw. 234).
- 67 russische und 39 ukrainische leitende Angestellte und Spezialisten erhielten eine Zustimmung nach § 28 Nr. 1 BeschV (2009: 57 bzw. 34).
- 136 russische Staatsangehörige kamen zum internationalen Personalaustausch nach § 31 Nr.1 BeschV nach Deutschland (2009: 74).
- 88 ukrainischen und 77 russischen Selbständigen wurde eine Aufenthaltserlaubnis nach § 21 AufenthG erteilt (2009: 59 bzw. 71).
- 11 russischen Forschern wurde eine Aufenthaltserlaubnis nach § 20 Abs. 1 AufenthG erteilt (2009: 14).

Aufgrund der demographischen Alterung in Deutschland und dem wachsenden Bedarf an spezifischen Fachkräften, v.a. im Bereich der Pflegekräfte, ist von einer weiteren Zunahme weiblicher Arbeitsmigration auszugehen.

98 „IKT“ steht für Informations- und Kommunikationstechnologie.

Tabelle III.3-12: Au-pair-Beschäftigte nach § 20 BeschV nach relevanten Staatsangehörigkeiten der GUS, 2006-2010

Nationalität	2006	2007	2008	2009	2010
Ukraine	1.855	1.489	1.133	1.118	1.155
Russland	1.610	1.415	1.128	1.058	1.026
Kirgisistan	386	545	428	315	287
Summe	3.851	3.449	2.689	2.491	2.468
Insgesamt	9.782	8.370	7.730	7.506	7.498

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Im Jahr 2010 wurden 1.155 Ukrainern, 1.026 Russen und 287 Kirgisen Zustimmungen für drittstaatsangehörige Au-pair-Beschäftigte nach § 20 BeschV erteilt (Tab. III.3-12). Der Anteil der drei GUS-Länder an allen Au-pair-Beschäftigten lag 2010 bei 33 %. Jedoch geht die Zahl russischer und kirgisischer Au-pair-Beschäftigter seit 2007 stetig zurück.

Oft ist die Au-pair-Beschäftigung mit der Hoffnung auf eine anschließende Verlängerung des Aufenthalts verbunden (Schmid 2011a). Ein längerfristiger Aufenthalt in der EU kann durch eine Verlängerung des Visums zum Studium, durch ein freiwilliges soziales Jahr oder durch Heirat erreicht werden (Stemmer 2011: 48).

Einreise zum Zweck der Ausbildung (Bildungsmigration)

Ab 1999 stieg die Zahl der Studienanfänger in Deutschland aus den meisten mittel- und osteuropäischen Staaten (u.a. Russland, Ukraine) deutlich an. Der Zugang von Studienanfängern aus der GUS (Bildungsausländer) an deutschen Hochschulen lag 2010 bei 5.761 Personen (Tab. III.3-13).⁹⁹ Seit 2000 waren Studienanfänger aus der GUS zumeist russischer und ukrainischer Staatsangehörigkeit.

⁹⁹ Im Folgenden werden nur die so genannten „Bildungsausländer“ betrachtet, d.h. Studierende, die ihre Qualifikation für einen Hochschulbesuch außerhalb Deutschlands erworben haben.

Blickt man auf die Studienanfänger im Jahr 2010 nach den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten, findet man Russland mit einem Anteil von 4,7% (3.136) auf Rang 5 (BMI/BAMF 2011a). Die Zahl ukrainischer Studienanfänger belief sich auf 1.271 Personen. Studienanfänger aus anderen GUS-Staaten sind in signifikant geringerer Zahl an deutschen Hochschulen vertreten (Tab. III.3-13).

Tabelle III.3-13: Bildungsausländische Studienanfänger (Zuzug) aus der GUS nach Staatsangehörigkeit, 2009 und 2010

Nationalität	2009	2010	Differenz 2009/2010
Russland	2.790	3.136	+346
Ukraine	1.317	1.271	-46
Belarus	298	309	+11
Kasachstan	202	232	+30
Usbekistan	199	225	+26
Kirgisistan	135	165	+30
Moldau	126	111	-15
Aserbajdschan	109	146	+37
Armenien	85	120	+35
Tadschikistan	32	46	+14
SUMME GUS	5.293	5.761	+468
Insgesamt	60.910	66.413	+5.513
Anteil GUS an Insges., in %	8,7	8,7 %	-

Anmerkung: Jeweils Sommersemester und darauf folgendes Wintersemester.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Im Wintersemester 2010/2011 waren 28.845 Studierende (Bestand) aus der GUS an deutschen Hochschulen eingeschrieben, darunter 13.132 russische und 8.830 ukrainische Staatsangehörige (Tab. III.3-14). Die Zahl russischer Studierender hat sich seit 2000 verdoppelt, die Zahl ukrainischer Studierender fast verdreifacht. Russland hatte im Wintersemester 2010/2011 Platz 5 der Hauptherkunftsländer der eingeschriebenen Bildungsausländer inne. Ein überproportional

hoher Frauenanteil an den Bildungsausländern war insbesondere bei Staatsangehörigen aus den osteuropäischen Staaten zu verzeichnen. Im Wintersemester 2010/2011 standen bei ukrainischen (37,7%) und russischen (37,1%) Studenten die Fächergruppen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an erster Stelle.

Tabelle III.3-14: Studierende (Bestand) aus den GUS-Staaten nach Staatsangehörigkeit, Wintersemester 2009/2010 und 2010/2011

Nationalität	WS 2009/2010	WS 2010/2011	Differenz 2010/2011
Russland	12.652	13.132	+480
Ukraine	8.818	8.830	+12
Belarus	1.940	1.904	-36
Kasachstan	1.136	1.150	+14
Usbekistan	974	1.045	+71
Moldau	826	791	-35
Kirgisistan	660	708	+48
Aserbaidshan	557	634	+77
Armenien	476	536	+60
Tadschikistan	95	115	+20
Gesamt	28.134	28.845	+711

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Die größte Gruppe der Hochschulabsolventen aus der GUS stellten 2010 Studierende aus Russland (1.533 Bildungsausländer), der Ukraine (1.039) und Belarus (300).

Eine weitere Form der Bildungsmigration ist die Einreise zum Zweck der Teilnahme an einem Sprachkurs und zum Schulbesuch (§ 16 Abs. 5 AufenthG). Im Jahr 2010 sind 162 russische Staatsangehörige zum Sprachkurs bzw. Schulbesuch nach Deutschland eingereist (2009: 144). Des Weiteren sind 2010 zu betrieblichen Aus- und Weiterbildungen (§ 17 AufenthG; § 42 AufenthG i.V.m. §§ 1, 2 BeschV, vgl. BMI/BAMF 2011a) 430 russische und 193 ukrainische Staatsangehörige nach Deutschland gekommen (Tab. III.3-16).

Vor dem Hintergrund des stetig steigenden Zuzugs und Bestands von Studierenden aus der GUS ist davon auszugehen, dass diese temporäre Zuzugsform auch zukünftig dominant und auf hohem Niveau bleiben dürfte.

Erkenntnisse über illegale Migration

Die Datenlage im Bereich der irregulären Migration ist grundsätzlich schwierig; genaue Erkenntnisse über Größenordnung und Zusammensetzung der Bevölkerung, die sich illegal in Deutschland aufhält, sind schwer zu gewinnen. Amtliche statistische Daten als Ergebnis von Kontrollen können als Indikatoren für bestimmte Entwicklungstendenzen bei aufenthaltsrechtlicher Illegalität herangezogen werden. Solche „kontrollbasierten“ Daten erlauben Aussagen in Bezug auf das aufgedeckte „Hellfeld“ unerlaubter Migration; Rückschlüsse auf das Dunkelfeld sind hingegen kaum möglich (Schneider 2012: 24f.). Indikatoren finden sich zum einen etwa in der durch die Bundespolizei erstellten Statistik über die Zahl der unerlaubten Einreisen von Ausländern und über die Zahl der Aufgriffe von Geschleusten und Schleusern an den bundesdeutschen Land- und Seegrenzen und auf den Flughäfen und den an den Grenzen sowie im Inland festgestellten illegal aufhältigen Personen. Auch die Zahl der Personen, denen die Einreise nach Deutschland an den Grenzen verweigert wird (Zurückweisungen), wird häufig als ein Indikator herangezogen.¹⁰⁰ Zum anderen ergeben sich Erkenntnisse aus der vom Bundeskriminalamt erstellten Polizeilichen Kriminalstatistik (BMI/BAMF 2011a: 167). Dazu gehören insbesondere strafrechtliche Tatbestände des Aufenthaltsgesetzes, des Asylverfahrensgesetzes und des Gesetzes über die allgemeine Freizügigkeit von EU-Bürgern. Ferner können sich auch aus

¹⁰⁰ Die Zahl der Zurückweisungen ist in Deutschland tendenziell deutlich rückläufig, was u.a. damit zusammenhängen dürfte, dass der Zuzug von Asylsuchenden jahrelang rückläufig war. Weitere wahrscheinliche Ursachen sind die EU-Erweiterung, der Schengen-Beitritt u.a. von Polen, der Tschechischen Republik und der Schweiz bzw. der damit verbundene kontrollfreie Grenzverkehr, der Ausbau der Grenzsicherung durch die östlichen Nachbarstaaten Deutschlands und die Intensivierung der Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen der Bundespolizei und der Polizeibehörden der Anrainerstaaten. Der Rückgang ist ferner darauf zurückzuführen, dass vor dem Jahr 2008 z.T. gänzlich andere Sachverhalte in die Statistik eingingen, etwa im Bereich von Zollvergehen.

der Tatverdächtigenstatistik zu so genannten Jedermann-Straftaten Rückschlüsse ergeben, da bei den nichtdeutschen Tatverdächtigen der illegale Aufenthalt gesondert erfasst wird (vgl. Vogel/Assner: 2011).

Seit 1998 weisen die wichtigsten Indikatoren für illegale Migration nach Deutschland eine tendenziell rückläufige Entwicklung auf. Dies gilt sowohl für die Feststellungen wegen unerlaubter Einreise als auch für die Feststellungen wegen unerlaubten Aufenthalts (BMI/BAMF 2011a). Dieser Trend ist auch bei den betrachteten Staatsangehörigen der GUS zu beobachten. Nach Tabelle III.3-15 ist die Zahl der Feststellungen von unerlaubt eingereisten bei den betrachteten Staatsangehörigkeiten seit 2004 tendenziell zurückgegangen. 2010 wurden an der deutschen Grenze 938 russische und 577 ukrainische Staatsbürger an der unerlaubten Einreise gehindert. Ihr Anteil an den Gesamtaufgriffen lag 2009 bei 5 % bzw. 3 %. (Tab. III.3-15).

Tabelle III.3-15: Feststellungen von unerlaubt eingereisten Ausländern an den deutschen Grenzen, nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten der GUS, 2001-2010

Nationalität	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Anteil an Insges. 2010, in%
Russland	823	1.129	1.473	1.767	1.196	1.113	1.317	1.084	1.176	938	5,3
Ukraine	1.325	1.125	1.362	1.736	1.158	1.640	1.056	829	754	577	3,2
Armenien	964	378	131	-	-	198	168	185	165	141	0,8
Moldau	1.379	701	494	379	497	306	256	183	155	170	1,0
Belarus	-	-	-	-	-	332	203	96	100	82	0,5
Insgesamt	28.560	22.638	19.974	18.215	15.551	17.992	15.445	17.947	19.416	17.831	100

Quelle: Bundespolizei.

Aus der Analyse von Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) ergibt sich, dass mit Ausnahme russischer und ukrainischer Tatverdächtiger irreguläre Migranten aus den anderen GUS-Staaten nur eine untergeordnete Rolle spielen. Während russische Tatverdächtige im internationalen Vergleich der Herkunftsländer seit 2005 stets auf den Rängen 5 bis 7 zu finden waren, verlieren ukrainische Tatverdäch-

tige immer mehr an Bedeutung. Wurden im Jahr 2005 noch 4.500 ukrainische (Rang 4) und 4.314 russische (Rang 5) Tatverdächtige registriert, belief sich die Zahl Tatverdächtigen mit irregulärem Aufenthalt aus der Ukraine im Jahr 2010 auf 1.283 (Rang 14), aus Russland kamen 2.686 Tatverdächtige (Rang 6) (Tab. III.3-16).

Tabelle III.3-16: Entwicklung der Tatverdächtigen aus den GUS-Staaten im Bereich Straftaten gg. AufenthG/AsylverfG/FreizügG/EU nach Herkunftsländern, 2009-2010

Herkunftsregion/ Herkunftsland	Tatverdächtige 2009	Rang	Tatverdächtige 2010	Rang
Osteuropa	4.553		4.509	
Russland	2.563	7	2.686	6
Ukraine	1.344	12	1.283	14
Belarus	246	48	234	46
Moldau	360	36	306	38
Zentralasien	304		360	
Kasachstan	190	53	205	53
Usbekistan	53	103	71	89
Kirgisistan	39	110	42	104
Tadschikistan	22	129	42	104
Westasien	973		934	
Aserbaidshan	488	28	454	29
Armenein	485	29	480	27
GUS Gesamt	5.830		5.803	

Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik.

Obwohl sich die Kennzahlen zur Beschreibung der Lage irregulärer Migration von russischen und ukrainischen Tatverdächtigen in den vergangenen Jahren in den einzelnen Deliktsfeldern (wie z.B. unerlaubte Einreise, unerlaubter Aufenthalt, Erschleichen von Aufenthaltstiteln, Einschleusen) durchaus uneinheitlich entwickelt haben, lässt sich laut PKS überall ein Rückgang feststellen.

Schlussfolgerungen

In Deutschland leben die meisten GUS-Staatsangehörigen (422.000) innerhalb der EU, was im Zusammenhang mit dem Zuzug von (Spät-)Aussiedlern und jüdischen Zuwanderern und ihren Familienangehörigen steht. Seit Beginn der Aussiedleraufnahme im Jahr 1950 sind fast 4,5 Millionen (Spät-)Aussiedler einschließlich Familienangehörigen nach Deutschland zugewandert. Die Zuzüge jüdischer Migranten und ihrer Familienangehörigen aus der ehemaligen Sowjetunion belaufen sich seit 1993 auf insgesamt 204.230. Die Analysen haben ergeben, dass der Zuzug von (Spät-)Aussiedlern (2010: 2.278) und jüdischen Migranten (2010: 1.015) weiter abnehmen oder auf niedrigem Niveau verbleiben dürfte. Auch der Familiennachzug aus der GUS ist rückläufig, wenn auch von höherem Niveau aus (2010: 5.065).

Gründe für den Rückgang der Zuwanderung von Spätaussiedlern und jüdischen Zuwanderern sind die Abnahme und Alterung des Migrationspotenzials vor Ort sowie zunehmende Hürden bei der Zuwanderung nach Deutschland. Vor diesem Hintergrund ist auch für die Zukunft eine Stagnation dieser Zuwanderungsformen anzunehmen. Dagegen dürfte der Zuzug von Arbeits- und Bildungsmigranten in Zukunft weiter steigen. In der Summe ist zu erwarten, dass das Migrationspotenzial und die tatsächliche Zuwanderung aus der GUS nach Deutschland mindestens auf gleichbleibenden Niveau (30.000 pro Jahr) verbleiben dürften.

4. Irreguläre Migration

In der GUS bestehen zwei irreguläre Migrationssysteme mit unterschiedlichen Herkunfts- und Zielregionen: (a) Eines verläuft aus GUS-Ländern nach Russland und (b) das andere aus GUS-Ländern sowie aus asiatischen und afrikanischen Drittstaaten (Afghanistan, Somalia, Palästina) in die EU (Frontex 2011a). Die Systeme überschneiden sich in Russland, das sowohl als Zielland als auch als Transitkorridor fungiert.¹⁰¹

4.1. Irreguläre Migration innerhalb der GUS Irregulär aufhältige Migranten

Es besteht ein hohes Maß an irregulärer Migration innerhalb der GUS, das einem nicht minder großen irregulären Arbeitsmarkt entspricht (Ivakhnyuk 2006, Molodikova 2008, Baskakova et al. 2005). Der Bestand irregulärer Migranten in der GUS wird auf etwa 5 bis 15 Millionen geschätzt (Hofmann 2007: 86; ILO/OSCE 2009). Ihre Zahl ist in den vergangenen Jahren stark angestiegen. Beispielsweise hat sich zwischen 2000 (Tab.III.4-1) und 2010 die Zahl irregulär Aufhältiger in Russland mehr als verdoppelt. Laut Föderaler Immigrationsbehörde sollen sich in Russland Ende 2010 etwa 3,5 Millionen irreguläre Migranten aufgehalten haben (Ria Novosti 21.12.2010, Frontex 2011a). Russland ist innerhalb der GUS somit nicht nur Hauptaufnahmeland regulärer Migranten, sondern auch irregulärer.

¹⁰¹ Bezüglich der Herkunftsländer und bei der Betrachtung der EU-Lage muss berücksichtigt werden, dass Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn seit Dezember 2007 die Bestimmungen des Schengen-Abkommens vollständig, einschließlich Wegfall der Grenzkontrollen, anwenden. Gleiches gilt für die Schweiz, die im Rahmen eines Assoziierungsabkommens mit der EU das Schengen-Abkommen umsetzt und seit Dezember 2008 die Kontrollen an den Landesgrenzen und seit März 2009 die an den Luftgrenzen eingestellt hat. Auswirkungen dürfte auch der Beitritt von Bulgarien und Rumänien in die Europäische Union am 01.01.2007 haben, da mit der EU-Mitgliedschaft eine erhebliche geografische Verschiebung der EU-Außengrenzen verbunden ist, obwohl diese Länder trotz EU-Vollmitgliedschaft das Schengen-Abkommen bislang nur teilweise anwenden. Weiterhin müssen Sonderregelungen wie beispielsweise für Mazedonien und Serbien berücksichtigt werden. Staatsangehörige dieser Länder dürfen als Inhaber biometrischer Pässe zu bestimmten Zwecken visafrei einreisen. Statistische Verschiebungen sind auch dem Umstand geschuldet, dass Serbien und Montenegro seit Juni 2006 unabhängige Staaten sind.

Tabelle III.4-1: Irregulär aufhältige Migranten in ausgewählten GUS-Staaten, 2000

Land	Irreguläre Migranten
Ukraine	1,6 Mio.
Russland	1,3-1,5 Mio.
Kasachstan	200.000
Belarus	50.000-150.000
Tadschikistan	20.000
Usbekistan	30.000

Quelle: Mansoor/Quillin 2006: 104 (Daten: IOM 2002).

Transitmigranten

Die geographische Lage der GUS zwischen Entwicklungs- und Industrieländern, zwischen den wachsenden Bevölkerungen Süd- und Ostasiens und den abnehmenden europäischen Bevölkerungen führt zum wachsenden Aufkommen von Transitmigration (Ivakhnyuk 2009, Zaionchkovskaya 2009). Zudem versuchen Migranten aus dem Nahen Osten und Afrika, sich neue Zuwanderungswege durch die GUS in die EU zu erschließen. Allein in Russland und der Ukraine sollen mindestens 300.000 solcher Transitmigranten (aus Afghanistan, China, Angola, Pakistan, Indien, Äthiopien etc.) „gestrandet“ sein (Tishkov et al. 2005: 37). Oft verlängert sich für die Migranten der Aufenthalt in der GUS ungewollt auf Monate oder auch Jahre, weil sie sich erst das Geld für gefälschte Pässe oder den Weitertransport erarbeiten müssen (Ivakhnyuk 2006: 2). Aus Mangel an legalen Alternativen verdienen sie dieses Geld häufig in der Schattenökonomie oder durch kriminelle Aktivitäten, wie Drogenhandel (Tishkov et al. 2005).

Tabelle III.4-2: Illegale Transitmigranten festgenommen an der ukrainischen Grenze nach Staatsangehörigkeit, 2005-2007

Nationalität	2005	2006	2007
GUS-Länder	1.958	2.211	1.658
Moldau	1.319	1.816	1.266
Russland	470	259	238
Armenien	69	46	77
Aserbaidschan	26	15	25
Tadschikistan	16	15	18
Usbekistan	35	25	17
Kasachstan	14	11	11
Kirgisistan	3	19	3
Belarus	6	5	3
Außerhalb der GUS	2.856	2.578	2.115
Pakistan	196	368	543
Georgien	489	333	461
Indien	522	632	281
Irak	40	107	156
Vietnam	399	169	123
Somalia	8	32	118
Bangladesch	139	233	104
China	752	407	88
Palästina	76	154	30
Türkei	32	33	23
Andere	203	110	169
Gesamt	4.814	4.789	3.754

Daten: Statistics of the Ukrainian State Border Service.

Quelle: Luptakova 2009; eigene Bearbeitung.

Anhand der Ukraine, die an zentraler Stelle für Grenzübertritte in die EU liegt, soll die Herkunft von Transitmigranten kurz dargestellt werden. Im Jahr 2007 wurden in der Ukraine 3.754 Personen am irre-

gulären Grenzübertritt gehindert, darunter vor allem Moldauer (1.266) und Pakistaner (543). Über die Hälfte der Transitmigranten kamen aus Ländern außerhalb der GUS (vgl. Tab. III.4-2).

Eine Analyse differenziert nach ukrainischen Grenzabschnitten zeigt, dass im Jahr 2007 fast 65 % aller Aufgriffe (2.434) an der Grenze zur Slowakei erfolgten (vgl. Tab. III.4-3). Andere angrenzende EU-Länder, wie Polen oder Ungarn verzeichneten demgegenüber nur geringe Aufgriffszahlen (420 bzw. 262).

Tabelle III.4-3: Aufgriffe illegaler Transitmigranten nach ukrainischem Grenzabschnitt, 2003-2007

Jahr	Landgrenze mit								See-grenze	Luft-grenze
	Total	Polen	Slo-wakei	Ungarn	Rumä-nien	Moldau	Russ-land	Belarus		
2003	2.999	611	1.297	115	107	12	717	138	-	2
2004	2.918	769	1.548	69	13	8	391	92	6	22
2005	4.814	710	3.253	108	14	56	574	42	16	41
2006	4.789	737	3.269	168	20	13	417	95	23	47
2007	3.754	420	2.434	262	59	77	376	41	41	44

Quelle: Luptakova 2009, nach Statistics of the Ukrainian State Border Service.

Auch in den Folgejahren war die ukrainisch-slowakische Grenze am stärksten von irregulärer Migration tangiert. Im Jahr 2010 wurden dort über 40 % der Aufgriffe an den osteuropäischen EU-Außengrenzen registriert (Frontex 2011). Eine beunruhigende Entwicklung ist, dass 2010 fast 30 % der irregulären Migranten an diesem Grenzabschnitt unbegleitete Minderjährige waren (Frontex 2011a: 16).

GUS-Bürger (70 % der Aufgegriffenen) erreichten die Ukraine entweder (a) legal und auf direktem Wege über Arbeits-, Studenten- oder Touristenvisa oder (b) indirekt via Russland oder (c) via den ukrainischen Schwarzmeerhafen Odessa. Nicht-GUS-Bürger (Somalier, Afghanen) fliegen meist auf direktem Wege in die Ukraine (Frontex 2011a).

Im Vergleich zu anderen irregulären Migrationsrouten in die EU (s.u.) ist das Aufkommen an der ukrainischen Grenze jedoch als moderat zu bezeichnen. Die Gesamtaufgriffe an den GUS-EU-Grenzen im Jahr 2010 entsprachen den Feststellungen, die an der griechisch-türkischen Grenze Oktober/November 2010 innerhalb einer Woche registriert wurden (Frontex 2011a: 16).

4.2. Irreguläre Migration in die EU und irregulärer Aufenthalt von Staatsangehörigen der GUS

Durch ihre geographische Lage sind die meisten Staaten der GUS nicht nur Herkunftsländer irregulärer Migranten, sondern auch wichtige Transitländer für Migranten aus Asien und Afrika in die EU. So münden die Migrationsrouten aus und durch die zentralasiatischen GUS-Staaten in Russland (Moskau) in die Hauptschleuserouten in die EU (vgl. Abb. III.4-1).

Das Ausmaß irregulärer Migration über diese Haupttrouten nach Europa ist jedoch nicht genau zu beziffern, ebenso wenig wie für alle Transit- und EU-Staaten allgemeine Trends abzuleiten sind. Zu beobachten war in den vergangenen Jahren jedoch, dass durch die Verlagerung der EU-Außengrenzen nach Osten ehemalige Transitländer wie Ungarn und Rumänien zunehmend selbst zu Zielländern irregulärer Migration wurden. Gleichzeitig passen sich die Migranten und besonders die Schleuser immer schneller an geänderte Rahmenbedingungen im Bereich des Grenzschutzes und der Visapolitik an. Aufgrund verstärkter Grenzsicherungsmaßnahmen an den osteuropäischen EU-Außengrenzen verlagerten sie die Routen in den Süden. Die Zahl irregulärer zentralasiatischer Migranten ist in der Türkei, Griechenland und in den Balkanländern stark angestiegen. In Ländern, die auf der nördlichen Route liegen, wie Belarus, nahm der irreguläre Migrationsdruck aus Südostasien und Afrika leicht ab, die Zahl irregulärer Migranten aus den GUS-Staaten scheint jedoch auf gleichem Niveau zu verbleiben (Futo 2010).

Datenlage

Es ist unmöglich die Zahl der jährlich aus der GUS stammenden irregulären Migranten zu ermitteln. Fest steht lediglich die Zahl der

Personen, die an einer irregulären Ein- oder Ausreise gehindert wurden. Anhand dieser Zahlen wird grob geschätzt und „hochgerechnet“ wie groß das Volumen der am irregulären Migrationsgeschehen Beteiligten sein könnte. Das International Centre für Migration Policy Development (ICMPD) in Wien veröffentlicht jährlich in seinem Yearbook on Illegal Migration, Human Trafficking in Zentral und Eastern Europa (Futo 2008, 2010) die Festnahmeberichte von 19 Staaten in Zentral- und Osteuropa, die an wichtigen Migrationsrouten von Ost- nach Westeuropa liegen.¹⁰²

Das wichtigste Herkunftsland der GUS war im Jahr 2008 die Ukraine mit 9.925 aufgegriffenen Personen (Tab. III.4-4). Die Ukraine belegt damit Rang 7 unter den 25 Hauptherkunftsländern. Moldau folgte mit 5.138 Aufgegriffenen auf Platz 9 und Russland mit 3.927 Fällen auf Rang 12. Ein starker Anstieg war 2008 bei Aserbaidschanern zu verzeichnen, wobei die 1.686 Personen (Rang 18) überwiegend in der Türkei aufgegriffen wurden (Futo 2010).

Tabelle III.4-4: Aufgriffe irregulärer Migranten in Zentral- und Osteuropa inkl. Rang nach den 25 Hauptherkunftsländern, 2007-2008

Herkunftsland	2007 (Rang)	2008 (Rang)	Hauptaufgriffsländer
Ukraine	6.982 (7.)	9.925 (7.)	Ukraine, Polen, Ungarn
Moldau	5.621 (9.)	5.138 (9.)	Ukraine, Ungarn, Rumänien
Russland	3.054 (13.)	3.927 (12.)	Türkei, Lettland, Ukraine
Aserbaidschan	71 (23.)	1.686 (18.)	Türkei

Quelle: Futo 2010.

Es fällt auf, dass die asiatischen GUS-Staaten in diesem Ranking kaum eine Rolle spielen. Für sie bleiben aus sprachlich-kulturellen Gründen und wegen historischer Gemeinsamkeiten Kasachstan und Russland die bevorzugten Zielländer. Entscheiden sich Migranten aus

¹⁰² Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Tschechien, Georgien, Griechenland, Lettland, Litauen, Ungarn, Polen, Mazedonien, Montenegro, Rumänien, Serbien, Slowakei, Slowenien, Türkei, Ukraine und Belarus.

dieser Region für eine Wanderung aus dem GUS-Raum hinaus, so fällt die Wahl eher auf einen Staat des Nahen Ostens oder Südostasiens als auf die EU.

Einreiseverweigerungen an der EU-Außengrenze

Im Jahr 2010 wurde laut Eurostat 33.520 Staatsbürgern der GUS die Einreise an der EU-Außengrenze verweigert (2009: 35.600) (Tab. III.4-7). Die Einreiseverweigerung erfolgte vor allem aus drei Gründen: (a) kein gültiges Visum, (b) Fehlende Plausibilität und Nachvollziehbarkeit des Reisezwecks, (c) keine ausreichenden finanziellen Mittel für Aufenthalt und Rückreise. Die drei am häufigsten vertretenen Staatsangehörigkeiten waren 2010 ukrainisch (17.745 = 4,6%), russisch (8.485 = 2,2%) und belarussisch (5.695 = 1,4%) (Tab. III.4-5.). Im Vergleich zum Vorjahr haben die Einreiseverweigerungen bei Russen (2009: 7.925) und Belarussen (2009: 5.000) zugenommen, bei Ukrainern (2009: 19.445) dagegen abgenommen (Tab. III.4-6). Die meisten Einreiseverweigerungen von Staatsbürger der GUS erfolgten 2010 in Polen (19.575) und Ungarn (5.305) (Tab. III.4-5). Die Einreise nach Polen wurde vor allem Ukrainern (10.970), gefolgt von Belarussen (4.720) und Russen (3.530) verweigert (Tab. III.4-5). In Ungarn wurde 2010 zumeist Ukrainern (4.780) die Einreise verwehrt, in Estland vor allem Russen (1.100). Rumänien registrierte 2009 über 2.500 Fälle der Einreiseverweigerung (Eurostat).

Eine Differenzierung der Grenzabschnitte nach Land-, Luft- und Seegrenzen ergab für 2010 (Frontex 2011): Russischen Staatsangehörigen wurde zu 70 % an der Landgrenze und zu je 15 % an Luft- und Seegrenzen die Einreise verweigert. Bei ukrainischen und belarussischen Staatsbürgern erfolgte der Einreiseversuch vor allem auf dem Landwege (94 % bzw. 98 %) und nur in sehr geringem Umfang zur Luft (5 % bzw. 2 %) und zur See (1 %) (Frontex 2011).

Tabelle III.4-5: Staatsangehörige der GUS, denen die Einreise an der EU-Außengrenze verweigert wurde, nach Zielländern, 2010

2010 Land	Nationalität										GUS Summe	Insgesamt	Anteil GUS an Insgesamt, in %
	Ukraine	Russland	Belarus	Moldau	Kasach- stan	Arme- nien	Kirgi- sistan	Tadschi- kistan	Usbe- kistan	Aserbai- dschan			
Polen	10.970	3.530	4720	85	65	100	35	10	40	20	19.575	22.895	85,5
Ungarn	4.780	210	15	285	5	5	0	0	0	5	5.305	10.475	50,6
Litauen	100	800	705	30	25	15	60	25	0	10	1.770	815	75,5
Estland	30	1.100	5	0	0	0	0	0	0	0	1.135	1.665	68,2
Finnland	20	1.045	5	0	5	0	0	0	0	0	1.075	1.185	90,7
Slowakei	790	15	5	15	0	0	0	0	0	0	825	840	98,2
Lettland	25	270	130	5	90	15	20	35	10	15	615	815	75,5
Slowenien	135	250	5	5	20	0	5	0	0	0	420	7.845	5,4
Vereinigtes Königreich	355	225	35	40	30	15	10	5	20	10	745	16.365	4,6
Deutschland	165	275	10	15	15	5	0	10	10	5	510	3.550	14,4
Frankreich	40	155	5	15	10	35	0	0	0	0	260	9.840	2,6
Niederlande	80	110	10	5	25	0	5	0	0	5	240	2.810	8,5
Bulgarien	70	105	15	30	5	15	0	0	0	0	240	3.070	7,8
Italien	55	115	10	40	5	10	0	0	0	0	235	4.215	5,6
Spanien	15	75	0	10	0	5	5	0	0	5	115	290.045	0,0
Zypern	30	35	5	30	0	10	0	0	0	0	110	685	16,1
Tschechien	20	55	0	0	5	20	0	0	0	0	100	330	30,3
Dänemark	0	10	0	0	0	0	0	0	0	0	10	80	12,5
Irland	40	15	5	30	0	0	0	0	0	0	90	2.790	3,2
Belgien	10	45	0	0	0	5	0	0	0	0	60	1.855	3,2
Österreich	10	25	5	10	0	0	0	0	0	5	55	400	13,8
Schweden	5	15	5	0	0	0	0	0	0	0	25	90	27,8
Malta	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	5	130	3,8
Griechenland	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Luxemburg	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Portugal	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Rumänien	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
SUMME	17.745	8.485	5.695	650	305	255	140	85	80	80	33.520	383.940	8,7

Quelle: Eurostat.

Tabelle III.4-6: Staatsangehörige der GUS, denen die Einreise an der EU-Außengrenze verweigert wurde, nach Zielländern, 2009

Land	Nationalität										GUS Summe
	Ukraine	Russland	Belarus	Moldau	Armenien	Kasachstan	Usbekistan	Kirgisistan	Tadschikistan	Aserbaidschan	
Polen	12.800	3.350	4.205	125	220	50	25	10	25	20	20.830
Ungarn	3.710	150	15	290	5	0	0	10	0	0	4.180
Rumänien	935	140	20	1.405	5	0	0	0	0	0	2.505
Litauen	105	835	530	40	20	30	10	30	25	0	1.625
Finnland	15	1.095	15	5	5	5	0	0	0	5	1.145
Slowakei	750	25	5	30	0	0	0	0	0	0	810
Vereinigtes Königreich	320	245	50	70	15	30	25	15	5	10	785
Lettland	30	290	75	15	5	30	15	20	15	5	500
Slowenien	200	265	0	5	0	0	5	0	0	0	475
Deutschland	75	265	15	5	15	20	10	5	10	10	430
Estland	35	370	5	0	0	0	0	0	0	0	410
Frankreich	45	165	15	45	30	5	5	0	0	5	315
Griechenland	75	110	5	25	25	5	0	0	0	0	245
Bulgarien	65	115	5	20	10	5	0	0	0	5	225
Tschechien	40	85	10	5	45	10	0	0	0	0	195
Spanien	5	90	0	15	5	0	0	0	0	0	115
Italien	60	85	5	45	0	0	0	0	0	5	200
Zypern	50	40	10	35	10	5	5	0	0	0	155
Niederlande	40	75	10	5	0	20	0	0	0	5	155
Österreich	30	40	5	10	10	5	5	0	0	0	105
Irland	35	30	0	25	0	5	0	0	0	0	95
Belgien	15	45	0	10	0	5	0	0	0	0	75
Malta	5	5	0	0	0	0	0	0	0	0	10
Schweden	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	5
Portugal	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5
Dänemark	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	5
Luxemburg	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
SUMME	19.445	7.925	5.000	2.230	425	230	105	90	80	70	35.600

Quelle: Eurostat.

Tabelle III.4-7: Staatsangehörige der GUS, denen die Einreise an der Außengrenze verweigert wurde, 2009-2010

Zielland	GUS-Bürger 2010	GUS-Bürger 2009	Veränderung 2010/2009
Polen	19.575	20.830	-1.255
Ungarn	5.305	4.180	+1.125
Litauen	1.770	1.625	+145
Estland	1.135	410	+725
Finnland	1.075	1.145	-70
Slowakei	825	810	+15
Lettland	615	500	+115
Slowenien	420	475	-55
Vereinigtes Königreich	745	785	-40
Deutschland	510	430	+80
Frankreich	260	315	-55
Niederlande	240	155	+85
Bulgarien	240	225	+15
Italien	235	200	35
Spanien	115	115	0
Zypern	110	155	-45
Tschechien	100	195	-95
Dänemark	10	5	+5
Irland	90	95	-5
Belgien	60	75	-15
Österreich	55	105	-50
Schweden	25	5	+20
Malta	5	10	-5
Griechenland	-	245	-
Luxemburg	-	0	-
Portugal	-	5	-
Rumänien	-	2.505	-
SUMME	33.520	35.600	-2.080

Quelle: Eurostat.

Staatsbürger der GUS mit irregulärem Aufenthalt in der EU

Neben dem Tatbestand der unerlaubten Einreise gibt es noch den Tatbestand des unerlaubten bzw. irregulären Aufenthalts (BMI/BAMF 2011a). Dieser ergibt sich häufig durch eine rechtswidrige Überschreitung eines befristeten legalen Aufenthalts („Overstay“).

Im Jahr 2010 wurden in der EU 27.820 Staatsbürger der GUS mit irregulärem Aufenthalt aufgegriffen (2009: 35.030) (Tab. III.4-10). Die fünf am häufigsten vertretenen Staatsangehörigkeiten waren 2010 russisch (8.730), ukrainisch (8.685), moldauisch (3.890), armenisch (1.800) und belarussisch (1.585) (Tab. III.4-8). Im Vergleich zum Vorjahr haben die irregulären Aufenthalte bei besagten Staatsangehörigen abgenommen, dagegen bei Kasachen, Kirgisen und Tadschiken zugenommen (Tab. III.4-9). Im Jahr 2010 wurden irregulär aufhältige Russen vor allem in Deutschland (2.125) und Österreich (1.440) aufgegriffen, irregulär aufhältige Ukrainer dagegen in Polen (1.885) und Italien (1.460) (Tab. III.4-8). Moldauer mit irregulärem Aufenthalt wurden meist in Italien (1.110) und Rumänien (950) erfasst.

Die meisten Staatsbürger der gesamten GUS mit irregulärem Aufenthalt wurden 2010 in Deutschland (4.610), Polen (3.075), Italien (2.885), Schweden (2.885), Österreich (2.440) und Spanien (1.995) aufgegriffen (Tab. III.4-10).

Tabelle III.4-8: Aufgegriffene Staatsangehörige der GUS mit irregulärem Aufenthalt in der EU, 2010

2010 Land	Nationalität										GUS SUMME	Inse- samt	Anteil GUS an Insgesamt, in %
	Russ- land	Ukrai- ne	Mol- dau	Arme- nien	Belarus	Aserbai- dschan	Kasach- stan	Usbe- kistan	Kirgi- sistan	Tadschi- kistan			
Deutschland	2.125	1.070	275	345	175	315	175	60	40	30	4.610	50.250	9,2
Polen	645	1.885	70	145	285	0	20	20	5	0	3.075	4.005	76,8
Italien	265	1.460	1.110	10	20	5	5	0	10	0	2.885	46.955	6,1
Schweden	875	105	20	240	320	245	355	240	390	45	2.835	27.460	10,3
Österreich	1.440	230	265	275	50	65	10	10	70	25	2.440	15.220	16,0
Spanien	660	955	140	180	25	15	5	15	0	0	1.995	70.315	2,8
Tschechien	260	955	95	60	60	20	30	40	45	10	1.575	2.655	59,3
Frankreich	530	290	205	265	45	65	40	20	20	0	1.480	56.220	2,6
Litauen	430	125	20	25	360	15	65	25	50	45	1.160	1.345	86,2
Vereinigtes Königreich	145	510	100	20	75	20	15	200	25	5	1.115	53.700	2,1
Rumänien	35	85	950	5	5	5	0	0	0	0	1.085	3.525	30,8
Finnland	545	25	5	10	75	5	10	10	5	0	690	3.755	18,4
Slowakei	50	365	240	10	0	0	0	0	0	0	665	1.440	46,2
Zypern	130	120	215	40	5	0	5	45	5	0	565	8.005	7,1
Niederlande	115	140	10	80	35	25	5	10	5	5	430	7.580	5,7
Belgien	135	145	45	65	10	5	5	0	10	0	420	12.115	3,5
Estland	225	20	0	5	5	5	0	0	0	0	260	860	30,2
Irland	35	35	100	10	10	0	0	0	0	0	190	4.325	4,4
Slowenien	15	145	25	0	0	0	0	0	0	0	185	3.415	5,4
Lettland	55	10	0	5	25	0	15	10	5	5	130	195	66,7
Dänemark	15	5	0	5	0	0	0	0	0	0	25	665	3,8
Malta	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	5	245	2,0
Luxemburg	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	215	-
Ungarn	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3.255	-
Bulgarien	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.705	-
Portugal	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	10.085	-
Griechenland	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	115.630	-
SUMME	8.730	8.685	3.890	1.800	1.585	810	760	705	685	170	27.820	505.140	5,5

Quelle: Eurostat.

Tabelle III.4-9: Aufgegriffene Staatsangehörige der GUS mit irregulärem Aufenthalt in der EU, 2009

2009 Land	Nationalität										GUS Summe
	Ukraine	Russland	Moldau	Armenien	Belarus	Aserbaidschan	Usbekistan	Kasachstan	Kirgisistan	Tadschikistan	
Deutschland	1.155	2.085	325	335	170	330	45	160	35	15	4.655
Österreich	220	2.230	380	280	70	110	30	30	10	0	3.360
Polen	2.070	605	95	110	180	10	35	15	0	0	3.120
Italien	1.480	265	1.485	10	35	5	0	10	15	5	3.310
Ungarn	2.065	60	560	10	10	5	5	0	0	0	2.720
Schweden	135	930	15	190	335	465	290	170	140	30	2.700
Spanien	1.060	815	225	210	50	10	15	10	0	0	2.395
Tschechien	1.500	375	140	80	80	5	90	60	50	0	2.380
Frankreich	355	490	220	325	45	45	10	20	10	5	1.525
Litauen	130	515	15	40	330	15	15	80	40	35	1.215
Rumänien	105	25	970	10	5	5	0	0	0	0	1.120
Vereinigtes Königreich	385	140	140	5	35	45	95	10	20	0	875
Portugal	520	80	185	5	15	0	35	20	0	0	860
Finnland	25	655	30	5	115	10	10	10	0	0	860
Griechenland	150	235	140	160	60	10	20	15	0	5	795
Slowakei	410	80	260	30	5	0	0	5	0	0	790
Zypern	120	155	160	40	5	0	110	15	0	0	605
Belgien	150	180	45	70	20	20	5	5	5	0	500
Niederlande	125	100	10	45	20	35	10	5	0	0	350
Irland	60	45	180	10	30	5	5	5	0	0	340
Estland	15	195	0	5	10	5	0	0	0	0	230
Lettland	15	55	45	0	5	5	0	10	5	0	140
Bulgarien	10	25	25	40	0	0	5	0	0	0	105
Dänemark	10	20	0	0	5	0	0	0	0	0	35
Malta	10	0	5	0	0	0	5	0	0	0	20
Slowenien	5	15	0	0	0	0	0	0	0	0	20
Luxemburg	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0	5
SUMME	12.285	10.375	5.655	2.015	1.640	1.140	835	660	330	95	35.030

Quelle: Eurostat.

Tabelle III.4-10: Aufgegriffene Staatsangehörige der GUS mit irregulärem Aufenthalt, 2009-2010

Zielland	GUS-Bürger 2010	GUS-Bürger 2009	Veränderung 2010/2009
Deutschland	4.610	4.655	-45
Polen	3.075	3.120	-45
Italien	2.885	3.310	-425
Schweden	2.835	2.700	+135
Österreich	2.440	3.360	-920
Spanien	1.995	2.395	-400
Tschechien	1.575	2.380	-805
Frankreich	1.480	1.525	-45
Litauen	1.160	1.215	-55
Vereinigtes Königreich	1.115	-	-
Rumänien	1.085	1.120	-35
Finnland	690	860	-170
Slowakei	665	790	-125
Zypern	565	605	-40
Niederlande	430	350	+80
Belgien	420	500	-80
Estland	260	230	+30
Irland	190	340	-150
Slowenien	185	20	+165
Lettland	130	140	-10
Dänemark	25	35	-10
Malta	5	20	-15
Luxemburg	-	5	-
Ungarn	-	2.720	-
Bulgarien	-	105	-
Portugal	-	860	-
Griechenland	-	795	-
SUMME	27.820	35.030	-7.210

Quelle: Eurostat.

Mit Blick auf die Fußball-Europameisterschaft 2012 in Polen und der Ukraine wird erwartet, dass es zu Überschreitungen von Kurzzeit-Visa (Overstay) kommen und sich damit die Zahl illegal Aufhältiger in der EU erhöhen wird (Frontex 2011a: 26).

4.3. Routen irregulärer Migration aus der GUS

Im Folgenden werden die etablierten irregulären Migrationsrouten dargestellt, die von GUS-Bürgern zur Zuwanderung in die EU genutzt werden. Irreguläre Grenzübertritte erfolgen hierbei zu Lande, zu Wasser oder zur Luft.

Luft- und Seewege

Der Direktflug ist die schnellste, sicherste und bequemste Option, um irregulär in die EU zu gelangen, wird aber aufgrund der hohen Kosten und der starken Sicherheitskontrollen seltener genutzt.¹⁰³ Im Jahr 2008 wurden in 15 untersuchten Transit- und Zielländern in Zentral- und Osteuropa insgesamt 9.731 Personen an Flughäfen aufgegriffen (Futo 2010).¹⁰⁴

Das sind circa 5 % aller beim illegalen Grenzübertritt festgenommener Personen in diesen Ländern. Laut Frontex fanden 2010 etwa 15 % der irregulären Einreiseversuche russischer Staatsbürger in die EU auf dem Luftweg statt, bei Ukrainern waren es nur 5 %, bei Belarussen 2 % (Frontex 2011).

Der Moskauer Flughafen Sheremetyevo ist der zweitrelevanteste „Schleusungsflughafen“ in die EU nach dem Atatürk-Flughafen in Istanbul. Die aufgegriffenen Personen waren 2010 zu 44 % russische Staatsbürger. Flugziele waren die europäischen Metropolen Amsterdam, Stockholm, Athen, Brüssel, Prag und Paris (Frontex 2011a).

¹⁰³ Hier können keine Aussagen über das "Dunkelfeld" getroffen werden, sondern nur über das "Hellfeld", d. h. die aufgedeckten irregulären Einreiseversuche.

¹⁰⁴ Die 15 untersuchten Staaten sind: Tschechien, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Bulgarien, Kroatien, Mazedonien, Griechenland, Montenegro, Serbien und die Ukraine.

Landwege

Auf dem Landweg bestehen drei von Ost nach West verlaufende Hauptrouten (Futo 2008, 2010, BMF 2004) (Abb. III.4-1):

■ Die Nördliche Route: (Baltische Route)

- (a) Russland – (Belarus) – Baltikum (v.a. Litauen) – Polen oder Skandinavien

Start der Route ist meistens in Moskau, wohin die Migranten per Flugzeug oder Bahn reisen (siehe asiatische Routen). Ein möglicher Zwischenstopp erfolgt in St. Petersburg. Da die russisch-belarussische Grenze wie auch die belarussisch-litauische Grenze einfacher zu überqueren sind, führt die Route oft per Bahn über Minsk (Belarus) oder direkt nach Vilnius (Litauen). Dort teilt sich die Route: die eine Teilroute führt nach Skandinavien, die andere Teilroute über Warschau (Polen) nach Mitteleuropa.

Die nördliche Route wird nach wie vor relativ stark genutzt, hat aber u.a. aufgrund des verbesserten polnischen Grenzschutzes gegenüber den südlichen Routen an Bedeutung verloren.

- (b) Russland – Norwegen

Eine weitere, weniger bedeutende Route führt von Moskau aus (über St. Petersburg) nach Murmansk, von dort erfolgt der Grenzübertritt nach Norwegen.

■ Die Osteuropa-Route:

- (a) Russland (Moskau) – Belarus (Minsk) – Polen (Warschau)/ Ukraine (Kiew) – Ungarn/Slowakei/Tschechien – Österreich oder Deutschland

Die Route startet meist in Moskau, wohin die Migranten per Flugzeug oder Bahn gelangen. Von dort aus geht es oft mit der Bahn über die leichter passierbare belarussische Grenze nach Minsk. Hier teilt sich die Route: eine Teilroute

führt über den belarussisch-polnischen Grenzübergang Brest-Terespol nach Warschau. Aufgrund verstärkter polnischer Grenzkontrollen wird jedoch häufiger die andere Teilroute nach Kiew gewählt. Von dort geht es durch die Karpaten über die „Grünen Grenze“ nach Ungarn oder in die Slowakei.

Ist die Slowakei das Ziel, führt der Weg entweder via Bratislava über die stark bewaldete „Grüne Grenze“ nach Österreich, oder es geht nach Prag (Tschechien) und von dort häufig in Kleingruppen über die tschechisch-deutsche „Grüne Grenze“ nach Deutschland.

- (b) Russland (Oblast Rostow) – Ukraine (Kiew) – Polen (Warschau) – Deutschland/ Tschechien – Österreich

Starten die Migranten jedoch im Oblast Rostow, nehmen sie meist den direkten Weg in die Ukraine. Die meisten Migranten überqueren dann die ukrainisch-polnische Grenze und reisen nach Warschau. Dort bestehen mehrere Optionen: die polnisch-deutsche „Grüne Grenze“ zu Fuß zu überwinden oder versteckt in LKWs oder Pkws über die BAB2/E30 nach Berlin zu gelangen oder aber durch Tschechien nach Österreich zu fahren.

Die Grenze zwischen Ungarn und Österreich wird am häufigsten genutzt, weil dort mehrere Transitrouten, wie die Osteuropa- und die Balkanroute, zusammenlaufen (Futo 2008, 2010).

Die nördlichen, wie auch die zentral- und osteuropäischen Routen werden sowohl von Migranten aus den GUS-Staaten, als auch von Transitmigranten aus Zentral- und Südostasien (Afghanistan, Irak, Pakistan etc.) genutzt. Wegen verschärfter Kontrollen meiden jedoch immer mehr irreguläre Transitmigranten die Route durch Russland und weichen auf die südlich verlaufende Balkanroute aus.

■ **Die Balkan-Route:**

Türkei – Griechenland/ Bulgarien – Mazedonien – Serbien und Montenegro – Bosnien und Herzegowina – Kroatien – Slowenien – Italien und/oder Österreich – Deutschland. In den letzten Jahren gab es deutliche Hinweise darauf, dass die Balkan-Route gegenüber den nördlicheren Migrations- und Schleuserouten an Bedeutung gewonnen hat. Dies ist vor allem auf striktere Grenzschutzmaßnahmen der neuen EU-Mitgliedstaaten zurückzuführen, wohingegen die Grenzen der Türkei und der Balkanländer einfacher zu überwinden sind. Meist wird (aus der GUS) nach Ankara geflogen und von dort eine der drei Teilrouten der Balkan-Route gewählt (Báchora 2008).

(a) **Südliche Balkan-Route:**

Türkei – Griechenland – (Mazedonien) – Albanien/ Italien

(b) **Zentrale Balkan-Routen:**

- (1) Türkei – Bulgarien – Serbien – Ungarn/ Kroatien – Slowakei – (Tschechien) – Österreich/ Deutschland („klassische Balkanroute“);
- (2) Türkei – Bulgarien – Mazedonien – Serbien und Montenegro – Bosnien und Herzegowina – Kroatien – Slowenien – Italien und/oder Österreich.

(c) **Nördliche Balkan-Route:**

Türkei – Bulgarien – Rumänien – Ungarn – Österreich/ Slowakei – Tschechien – Deutschland

Hier trifft die Balkanroute in Ungarn auf die Osteuroparoute.

■ Transit-Routen durch die asiatischen GUS-Staaten

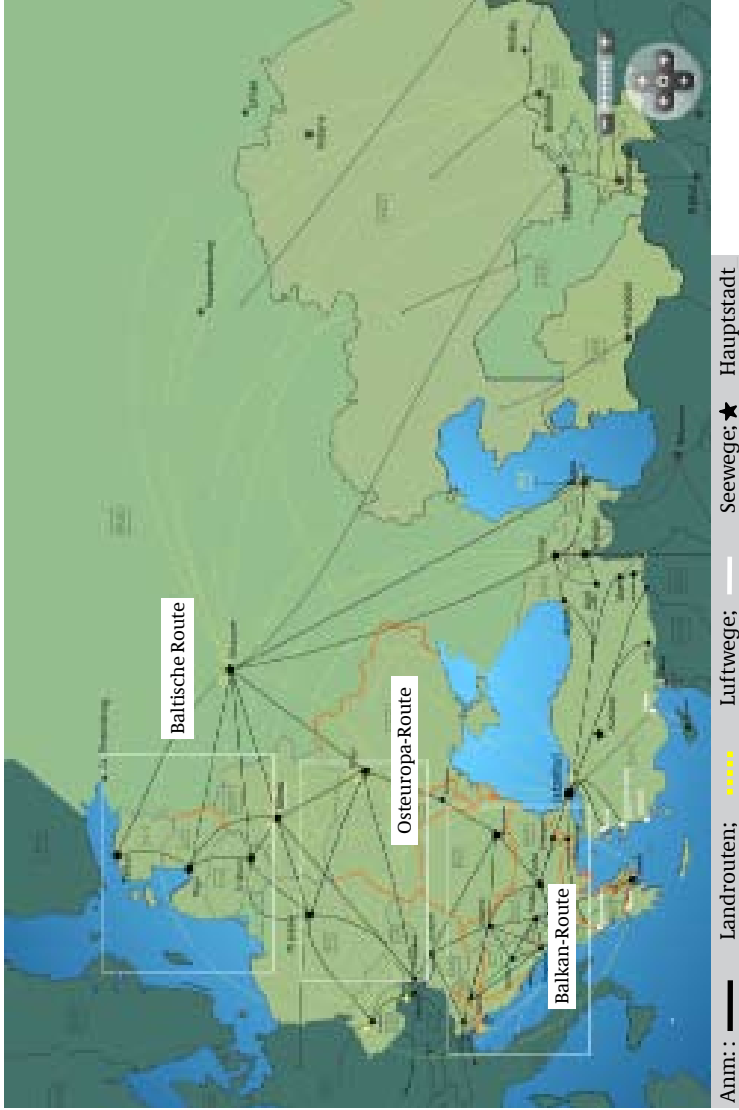
Staatsangehörige der asiatischen GUS spielen bei der irregulären Migration in die EU eine untergeordnete Rolle, denn sie migrieren meist zur irregulären Arbeitsaufnahme innerhalb der GUS. Ein irregulärer Aufenthalt entsteht bei ihnen meist durch Visaüberschreitung (Overstay). Dagegen spielen die asiatischen GUS-Staaten als Transitländer für Migranten aus Zentralasien, hier vor allem Afghanistan, Irak, Pakistan und Südostasien nach Russland und die Türkei eine wichtige Rolle. Auch hier lässt sich erkennen, dass der Transitkorridor durch Vorderasien, der in der Türkei endet und dort in den Transitkorridor über den Balkan in die EU mündet, an Bedeutung gewonnen hat (Futo 2008, 2010; Abb. III.4-1).

Es haben sich zwei asiatische Hauptrouten herausgebildet:

- (a) **Die zentralasiatische Route:** Tadschikistan – Usbekistan – Kirgisistan – Kasachstan – Russland (Moskau)
- (b) **Die vorderasiatische Route:** Armenien/Aserbaidshan – Russland (Oblast Rostow/ Moskau)

In Russland (Moskau/ Oblast Rostow) münden die asiatischen Routen dann in die Osteuropa-Routen.

Abbildung: III.4-1: Migrationsrouten



Quelle: Prague Process / BMP i-Map East, 2011. URL: (<http://www.pragueprocess.eu/index2.html>)

Arten und Modalitäten der Schleusung

Schleuser bzw. Menschenschmuggler profitieren von Gesetzeslücken und der Korruption im Migrationsbereich. Schleusernetzwerke sind im gesamten GUS-Raum verbreitet und operieren mittlerweile als eigener, hocheffizienter Wirtschaftszweig. Nach Untersuchungen ungarischer Grenzbeamter nehmen mehr als 70 % aller illegalen Migranten im östlichen Europa die Hilfe solcher Menschenschmuggler in Anspruch (Futo/Jandl 2004: 302). Oft verfügen die Schleuser über modernste technische Hilfs- und Kommunikationsmittel (Nachtsichtgeräte, Smartphones etc.), mit denen sie sowohl Transport als auch Unterbringung der Migranten organisieren und koordinieren. Auch hat sich die Fälschung von Visa und Pässen stark professionalisiert. Das sogenannte „One Stop“-Kontrollsystem an den Außengrenzen der EU hat zwar zu Zeit- und Kostenersparnissen geführt, ermöglicht es aber auch mehr Migranten, unbemerkt oder unter Vorweis von falschen Dokumenten in die EU zu gelangen (Jandl 2007: 309-311). So versuchten in den vergangenen Jahren immer mehr irreguläre Migranten in Fahrzeugen versteckt oder mit gefälschten Papieren die offiziellen Grenzübergänge zu passieren, während zuvor vor allem der Weg über die „Grüne Grenze“ gewählt wurde. Wie bereits erwähnt, reist jedoch ein Großteil der Migranten legal in die EU ein und wird erst später mit der Überschreitung des Visums irregulär aufhältig (Futo 2010).

Laut Frontex (2011a) wurden im Jahr 2010 insgesamt 149 Schleuser mit dem Ziel EU an der osteuropäischen Außengrenze festgenommen. Fast 40 % bzw. 59 von ihnen waren GUS-Bürger. Im Vergleich zum Vorjahr, mit 25 Feststellungen, hat sich ihre Zahl mehr als verdoppelt. Die Menschenschmuggler aus der GUS waren zumeist ukrainischer (2010: 26) und moldauischer (2010: 17) Staatsangehörigkeit, wobei die Zahl moldauischer Schleuser seit 2009 stark gestiegen ist (2009: 2) (Frontex 2011a).

Ob die Schleusungen aus der GUS in die EU zukünftig zu oder eher abnehmen, ist kaum zu beantworten. Es können jedoch Faktoren benannt werden, die über allgemeine Tendenzen im Bereich des Menschenschmuggels Auskunft geben (Neske et al. 2004: 52):

- Wandel in der Vorgehensweise der Schleuser (zunehmende Professionalisierung),
- Abhängigkeit von Krisen (Einfluss irregulärer Fluchtmigration),
- Polizeilicher Verfolgungsdruck (technische und personelle „Aufrüstung“),
- Politischer Wille (veränderte Migrationsbestimmungen).

Irreguläre Arbeitsmigration am Beispiel moldauischer Migranten

Für viele GUS-Bürger ist die Illegalität der Preis für eine Erwerbstätigkeit im Ausland. Für sie besteht häufig keine Möglichkeit, legal in die EU einzureisen und dort zu arbeiten. Es wird geschätzt, dass bis zu 95 % der im Ausland arbeitenden Moldauer irregulär aufhältig sind (Blezinger 2011: 175-178).

Die Kosten für eine irreguläre Migration nach Portugal betragen etwa 1.400€, nach Italien 1.500€ und nach Spanien sogar 1.700€ (Stemmer 2011). Eine Migration nach Russland beläuft sich dagegen auf nur 80€ (nur Reisekosten, da keine Visumpflicht). Die Aufenthaltskosten und die Konsequenzen einer irregulären Beschäftigung sind in Russland zwar deutlich geringer als in der EU, doch scheinen die besseren Verdienstmöglichkeiten in der EU, das höhere Risiko wettzumachen.

Ausschlaggebend für die Wahl der irregulären Migrationsroute sind die aktuellen örtlichen Bedingungen, seien es Zollfahndungen, Passkontrollen, Visavorschriften oder bestehende Schleusernetzwerke. Eine Hauptroute der illegalen Transitmigration geht durch die Ukraine. Laut Schätzung verlaufen 60-70 % aller illegalen Transitwege durch diese Region (Stemmer 2011). Eine weitere Art um zwecks Arbeitsaufnahme in die EU zu gelangen, besteht darin, mit einem Touristenvisum (Kosten: 35€) nach Rumänien einzureisen und dann irregulär dort zu arbeiten.

Obwohl etwa 80 % der Moldauer nach Russland migrieren und nur etwa 20 % in die EU, nahmen die regulären wie irregulären Migra-

tionsbewegungen aus Moldau in die EU seit 2007 deutlich zu.¹⁰⁵ Grund hierfür ist die EU-Mitgliedschaft des Nachbarlandes Rumänien. Die bevorzugten Zielländer moldauischer Migranten in der EU sind Italien, Portugal, Frankreich, Spanien, Griechenland und Rumänien. Die Anziehungsfaktoren dieser Länder sind: geographische Nähe, höhere Löhne, großteils Zugehörigkeit zur romanischen Sprachengruppe, ein großes Netzwerk an informellen Beziehungen im Wirtschaftssektor sowie ein gut ausgebautes Netzwerk von Landsleuten und Verwandten. Italien mit der höchsten Zahl moldauischer Arbeitsmigranten steht auf dem zweiten Platz unter den Zielländern. Laut Eurostat waren 2010 etwa 105.600 Moldauer in Italien registriert (vgl. Tab III.2-13). Rechnet man die irregulär aufhältigen Moldauer und die Moldauer mit rumänischen Pässen hinzu, kommt man – laut Expertenschätzung – auf mindestens 200.000 Personen (Stemmer 2011: 58).

Schlussfolgerungen

Ebenso wie bei der legalen Migration spielt sich auch das irreguläre Migrationsgeschehen aus den Staaten der GUS vor allem in der GUS selbst ab. Im Vergleich zu den Zahlen der Zuzüge in die EU (2009: 132.000), sind Aufgriffe von irregulär aufhältigen GUS-Bürgern in der EU bzw. die (rückläufigen) Zahlen der Zurückweisungen bzw. Einreiseverweigerungen an den Außengrenzen (ca. 30.000) deutlich geringer. Nicht genau fassbar ist jedoch das Potenzial jener, die legal einreisen und als Overstayer irregulär in der EU verbleiben oder in Folge von Menschenschmuggel und Menschenhandel in die EU gelangen.

Die Analysen zeigen, dass die irregulären Migranten (analog zu den Hauptherkunftsländern der legalen Migranten) vor allem aus den osteuropäischen GUS-Staaten kommen. Die Ukraine und Russland stehen dabei als Hauptherkunftsländer sowie als Transitländer für irreguläre Zuwanderer im Fokus (Frontex 2011a). Die asiatischen GUS-Staaten spielen für die Migration in die EU kaum eine Rolle.

¹⁰⁵ Häufig ist die Migration nach Russland auch nur temporär und dient der Vorfinanzierung einer Einreise in die EU (Stemmer 2011).

IV. Qualitative Einschätzung des Migrationspotenzials aus den GUS-Staaten in die Europäische Union

Die Untersuchung verortet die Entstehung von Migrationspotenzial in einem sozioökonomischen und geo-politischen Spannungsverhältnis zwischen Regionen. Migrationspotenzial ist dabei ein Begriff, der die subjektiv vorhandenen Abwanderungsneigungen in einer Bevölkerung kollektiv bündelt. Die objektiven Ursachen hinter den Abwanderungsmotiven gehen aus einem Regionalvergleich hervor. Er basiert in dieser Studie auf den Analysen der (1) demographischen, (2) wirtschaftlichen, (3) politischen und (4) ökologischen Entwicklungsdifferenzen zwischen den Regionen GUS und EU. Basierend auf der Analyse (5) bisheriger Migrationsmuster (Zuzug, Bestand) werden Annahmen für die Zukunft getroffen:

Demographische Faktoren

Demographische Faktoren beeinflussen meist indirekt, dafür aber stetig die Abwanderungsneigung. Sowohl Bevölkerungswachstum, einhergehend mit Ressourcenmangel, aber auch Bevölkerungsabnahme, bedingt durch Jugendschwund und Abwanderung, können die regionalen Lebensbedingungen verschlechtern und so das Migrationspotenzial erhöhen.

In den zentralasiatischen Ländern der GUS stößt ein anhaltendes Bevölkerungswachstum auf eine schwache Infrastruktur, unzulängliche Gesundheitsversorgung und defizitäre Bildungseinrichtungen. Die zusammengefasste Geburtenziffer (TFR) liegt aktuell bei durchschnittlich 2,3 bis 3,2 Kindern je Frau. Eine steigende Anzahl

von Menschen im potenziellen Migrationsalter (18-30 Jahre) wird sich zukünftig mit inadäquaten Gesundheits-, Arbeits- und Ausbildungsbedingungen konfrontiert sehen. Das Migrationspotenzial der zentralasiatischen GUS-Staaten dürfte sich daher auf seinem aktuellen Niveau halten oder noch vergrößern.

Die osteuropäischen GUS-Länder stehen vor den Herausforderungen einer entgegengesetzten demographischen Entwicklung: Bevölkerungsschrumpfung und demographische Alterung. Die TFR liegt bei 1,5 Kindern je Frau. Hier greifen zwei Entwicklungen ineinander: a) Trotz geringer werdendem Jugendanteil fehlen in vielen Regionen angemessene Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Der generelle Mangel an Zukunftsperspektiven – gerade im Vergleich zu westlichen Ländern – lässt bei der dortigen Jugend Migrationsbereitschaft entstehen. b) Andernorts besteht wiederum Arbeitskräftemangel im Bereich Landwirtschaft und Industrie, was Regionen wie v.a. Russland zum Ziel von Arbeitsmigranten macht.

Die demographische Entwicklung allein ist jedoch nicht der Grund für wachsendes Migrationspotenzial, sondern die Wechselwirkung von Bevölkerungsentwicklung und wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Mangelfaktoren.

Wirtschaftliche Faktoren

Die GUS als Region ist aufgrund des hohen Anteils an Schattenwirtschaft und der großen Zahl von Einkommen nahe am Existenzminimum von Niedriglohn geprägt. Etwa 25 % der Menschen in der GUS leben von weniger als 2 US-\$ pro Tag, in einigen der asiatischen GUS-Staaten sogar mehr als die Hälfte.

Vergleicht man das Bruttonationaleinkommen (BNE, KKP) pro Kopf 2010 von Russland (19.190 US-\$) z.B. mit dem Deutschlands (38.170 US-\$), zeigt sich ein starkes Wohlstandsgefälle. In anderen Ländern der GUS, wie Tadschikistan, Kirgisistan, Moldau, und Usbekistan, liegt das BNE mit 2.000 US-\$ bis 3.400 US-\$ pro Kopf noch weit darunter. Gerade die Jugend sieht in der Abwanderung einen Weg aus Arbeitslosigkeit, Armut und Perspektivlosigkeit.

Vergleichsweise niedrige Produktionsziffern verweisen auf eine geringe Ausstattung staatlicher Einrichtungen, wie Bildung und Gesundheit. Sie greifen in das tägliche Leben, in das „Wohlbefinden“ des Einzelnen und in seine Lebenspläne ein. Die Unzufriedenheit mit Gesundheitsversorgung, Bildungssystem und Wohnraum ist in den osteuropäischen GUS-Staaten Russland, Ukraine und Belarus besonders groß. Des Weiteren sind gerade in diesen Ländern die Arbeitslosenquoten von Hochschulabsolventen mit 30 % bis 50 % sehr hoch, was bei dieser Bevölkerungsgruppe die Abwanderungsbereitschaft steigern kann. Bevorzugte Zielregion von höher Qualifizierten ist die EU.

Politische Faktoren

Die GUS-Länder sind nach der Klassifizierung des Bertelsmann Transformation Index (BTI) entweder sogenannte (stark) defekte Demokratien, Autokratien oder autoritäre Präsidialregimes, in denen es zu Verletzungen von Menschenrechten, der Presse- und Meinungsfreiheit kommt. Eine direkt hierauf bezogene Abwanderungsneigung ist vor allem bei (Hoch)Qualifizierten und der politischen Intelligenz in Medien, oppositionellen Parteien und Gewerkschaften zu erwarten, deren Tätigkeit durch die Umstände sehr erschwert oder unmöglich wird. Dieser Teil des Wanderungspotenzials ist zahlenmäßig zwar gering, bedeutet aber für die postsowjetischen Transformationsländer einen Verlust an Humankapital (brain drain).

Die Analysen zeigen, dass die Regierungsführung („Governance“) das Migrationspotenzial zwar beeinflusst, aber nicht das primäre auslösende Moment tatsächlicher Migration sein dürfte. Die ökonomisch-materiellen Gründe sind vordringlicher. In der europäischen GUS herrschen Machteliten, die noch von der sowjetischen Nomenklatura stammen. In der asiatischen GUS regieren Präsidialregime auf Basis ethnischer Clan-Strukturen. Deren Regierungsführung wirkt eher indirekt auf das Migrationsverhalten, indem die von ihr durch undurchsichtige Verflechtungen von Politik und Wirtschaft mitverschuldete schlechte Wirtschaftslage, die Menschen „bewegt“.

Generell kann in gewissem Umfang eine politisch motivierte Abwanderungsneigung aus der GUS angenommen werden. In osteuropäischen GUS-Ländern besteht eher der Wunsch, die Herkunftsre-

gion in Richtung Westen (EU) zu verlassen. Die Abwanderung aus den autokratisch regierten asiatischen GUS-Staaten in die EU ist gering. Der Großteil der Abwanderungswilligen bevorzugt andere, näher gelegene Zielländer wie Russland.

Fluchtmigration aus der GUS wird fortbestehen, solange einzelne Staaten miteinander um Territorien konkurrieren, ethnische Spannungen zwischen Staatsbevölkerung und Minderheiten aufbrechen oder ethnisch bzw. religiös (islamistisch) motivierte Sezessionsbewegungen eskalieren.

Ökologische Faktoren

Umweltbedingtes Migrationspotenzial im engeren Sinne umfasst die Bewohner von Regionen und Städten, die nachweislich Umweltkatastrophen in unmittelbarer Nähe zu ertragen hatten bzw. haben. Das sind z.B. Standorte der Chemieproduktion und damit einhergehender starker Umweltverschmutzung. Die Beobachtung zeigt jedoch, dass es vor allem junge Menschen sind, die in diesen Regionen mobil sind, um neue oder bessere Arbeitsstellen zu finden.

Umweltveränderungen, die durch den Klimawandel, vor allem das Ansteigen der Temperaturen, bedingt sind, werden auch Regionen der GUS negativ beeinflussen. Begründete Prognosen zum Klimawandel sagen für Russland Boden- und Vegetationsprobleme voraus. Das durch Klimaerwärmung bedingte graduelle Auftauen sibirischer Permafrostböden würde schwerwiegende Folgen für alles haben, was auf diesen Böden gebaut ist. Besonders gefährdet seien Gebäude, Stromleitungen, Pipelines, Flughäfen, unterirdisch angelegte Ölreserven und die Atommülllager. Für die 200.000 Angehörigen der Naturvölker Russlands stellen die Tauprozesse in der Arktis eine existentielle Bedrohung dar. Das Schwinden der Existenzgrundlage wiederum zwingt die Betroffenen zum Verlassen der angestammten Region. In der zentralasiatischen GUS dürften Temperaturanstieg und abnehmender Niederschlag das Abschmelzen der Gebirgsgletscher und die Verdunstung der Flüsse beschleunigen. Die Sommer werden heißer und trockener, die Winter kälter. Bodendegradation und lang anhaltende Dürre in den Sommermonaten nehmen in der Folge voraussichtlich zu und treffen die von der Agrarwirtschaft abhängige Bevölkerung.

Aktuell leben in der zentralasiatischen GUS etwa 56 Millionen Menschen, 2050 dürften es über 75 Millionen sein, was den Druck auf die natürlichen Ressourcen Wasser und Boden und damit die Vulnerabilität erhöht. Bei schlechter werdenden Umweltbedingungen dürfte die Landflucht zunehmen. Die steigende Bevölkerungskonzentration in den Städten erhöht wiederum den Druck auf das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt. Aufgrund steigender Ressourcenknappheit dürfte auch das Konfliktpotenzial zunehmen.

Die Analyse dieser vier Faktoren lässt den Schluss zu, dass das Migrationspotenzial innerhalb und aus der GUS aufgrund der künftig zu erwartenden demographischen, wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Entwicklung zunehmen wird. Eine negative wechselseitige Problemverstärkung dieser vier Faktoren erhöht das Migrationspotenzial noch zusätzlich.

Wahl des Ziellandes und verstärkende Begleitfaktoren des Migrationspotenzials

Die Wahl des Ziellandes wird bestimmt durch (a) soziale und familiäre Netzwerke, (b) regionale Nähe, (c) historische Verbindung des Ziellandes zum Herkunftsland, (d) gleiche oder sprachlich verwandte Verkehrs- und Amtssprache sowie (e) die Zuwanderungsbestimmungen des jeweiligen Ziellandes. Seitens der Aufnahmeländer fördern liberale Zuwanderungsgesetze bei bestehendem Arbeitsangebot (unabhängig ob reguläre oder irreguläre Beschäftigungen) sowie die Aussicht, ggf. auch längerfristig einen legalen Aufenthaltstitel erwerben zu können (z.B. durch Legalisierungsprogramme) die Zuwanderung in ein bestimmtes Land. Zusätzlich befördern ethnische Netzwerke die Kontinuität von Wanderungsbewegungen, indem sie als Verbindungsglieder zwischen Herkunfts- und Zielregion fungieren und den Migrationsvorgang und die Orientierung im Zielland erleichtern.

Das Migrationspotenzial zu senken erscheint schwierig, denn wie der französische Bevölkerungswissenschaftler Alfred Sauvy schon vor Jahrzehnten formulierte: „Wenn der Reichtum nicht zu den Menschen kommt, werden die Menschen zum Reichtum gehen“. Selbst eine Verbesserung der Lebensverhältnisse in den Abwanderungsländern könnte paradoxerweise dazu führen, dass der Wanderungsdruck

nicht abnimmt, weil mit Entwicklungserfolgen am Ort auch die Zahl der mobilitätswilligen und -fähigen Personen steigt. Erhöhen sich jedoch Wohlstand und Zukunftschancen (subjektiv oder objektiv) deutlich – wie nach der EU-Süderweiterung – geht das Migrationspotenzial zurück.

Zielländer der Migration

Migrationsbewegungen innerhalb der GUS

Vielfalt und Umfang der aktuellen Migrationsbewegungen stützen die Annahme eines hohen Migrationspotenzials in der GUS. Die Beobachtung der tatsächlichen Migration macht aber auch deutlich, dass ein ganz erheblicher Teil davon (ca. 80 %) in inner-regionale Migration (Russland, Kasachstan) mündet. Ein Wandel der sozioökonomischen, politischen und ökologischen Situation könnte zwar zu Veränderungen der Migrationswege und -ziele führen, doch solange die Aufnahmekapazitäten innerhalb der GUS gegeben sind, wird Arbeitsmigration zum großen Teil innerhalb der GUS verbleiben.

Ein Vergleich der Wanderungsbewegungen aus GUS-Staaten nach Russland und in die EU ergab, dass die Zuwanderung nach Russland 2009 mit 260.000 Zuzügen doppelt so hoch war wie in die EU (ca. 132.000). Der Wanderungssaldo von GUS-Bürgern nach Russland betrug 2009 mit +240.000 sogar mehr als das Doppelte als derjenige in die EU (+100.000).

Migrationspotenzial aus der GUS in die EU

EU-Staaten mit kultureller bzw. historischer Nähe zum Herkunftsland und/oder einer liberalen Migrations- und Ausländerpolitik sind bevorzugte Zielländer. Die steigende Zahl von GUS-Staatsangehörigen in der EU hat mehrere Ursachen: Zum einen bedingen die wachsenden Communities von GUS-Bürgern in einzelnen EU-Staaten weitere Zuwanderung (z.B. durch Familiennachzug). Zum anderen wächst die Migrantenbevölkerung auch durch in der EU geborene Kinder von Migrantinnen (natürliches Bevölkerungswachstum).

In der EU leben etwa 1,5 Millionen Personen mit der Staatsangehörigkeit eines GUS-Landes. Die größten Communities von Staatsbürgern der GUS in der EU fanden sich zum 01.01.2010 in Deutschland

(441.218), Italien (315.204), Tschechien (181.651) und Spanien (165.038), wobei die überwiegende Zahl der Migranten aus der Ukraine, Russland und Moldau kam. Hauptzielländer der aktuellen Migrationsbewegungen aus der GUS waren 2009 Italien (44.982), Deutschland (30.045), Tschechien (23.279) und Spanien (15.871).

Basierend auf den bisherigen Migrationsströmen und -beständen von Staatsangehörigen der GUS in der EU ist anzunehmen, dass Italien, Tschechien, Deutschland und Spanien auch weiterhin die bevorzugten Zielländer von Migration aus der GUS bleiben werden. In diesen vier Ländern liegen Bestand und Zuwanderung auf hohem Niveau. Die Migranten werden auch weiter vor allem aus der osteuropäischen GUS (Russland, Ukraine, Moldau) stammen. Setzt sich der aktuelle Trend fort, dürfte Zuwanderung aus der GUS weiterhin vor allem zum Zweck des Familiennachzugs, der Arbeitsaufnahme und der Ausbildung erfolgen. Die Arbeitsmigration (Hoch)Qualifizierter nach Europa dürfte ebenfalls leicht ansteigen.

Die Analysen für Deutschland haben ergeben, dass das Migrationspotenzial und die tatsächliche Zuwanderung aus der GUS nach Deutschland auf bisherigem Niveau, circa 30.000 pro Jahr, verbleiben dürften. In Deutschland leben wie dargestellt die meisten GUS-Staatsangehörigen innerhalb der EU, was vor allem auf den Zuzug von (Spät-)Aussiedlern und jüdischen Zuwanderern und ihren jeweiligen Familienangehörigen zurückgeht. Diese Zuwanderungsformen sind in den letzten Jahren jedoch stetig zurückgegangen. Es ist davon auszugehen, dass der Zuzug von Spätaussiedlern und ihren Angehörigen aufgrund des Ende 2011 in Kraft getretenen 9. Gesetzes zur Änderung des Bundesvertriebenengesetzes, auf aktuellem Niveau verbleiben wird. Der Zuzug von Familienangehörigen, Arbeits- und Bildungsmigranten dürfte – bei Extrapolation bisheriger Trends – in Zukunft gleich bleiben bzw. weiter steigen.

Irreguläre Migrationsbewegungen

Irreguläre Migration nimmt nach den zugänglichen Indikatoren im Vergleich zur regulären Migration einen deutlich geringeren Umfang ein. Im Jahr 2010 wurde 33.520 Staatsbürgern der GUS die Ein-

reise an der EU-Außengrenze verweigert. Die meisten Einreiseverweigerungen von Staatsbürgern der GUS erfolgten 2010 in Polen (19.575) und Ungarn (5.305). Auch hier dominierten wie bei den legalen Wanderungen die Staatsangehörigen der osteuropäischen GUS Staaten, also vor allem Ukrainer (17.745), Russen (8.485) und Belarussen (5.695).

Blickt man auf den irregulären Aufenthalt von Staatsbürgern der GUS in der EU, zeigen sich 2010 ähnliche Herkunfts- und Zielländer. Von den 27.820 aufgegriffenen irregulär aufhältigen GUS-Bürgern waren 8.730 Russen, 8.685 Ukrainer und 3.890 Moldauer. Die meisten Aufgriffe erfolgten 2010 in Deutschland (4.610), Polen (3.075), Italien (2.885), Österreich (2.440) und Spanien (1.995).

Die Analysen zeigen, dass die osteuropäischen GUS-Staaten die Hauptherkunftsländer irregulärer Migranten in der EU sind. Die Ukraine und Russland stehen als Hauptherkunfts-, wie Transitländer irregulärer Zuwanderer aus der GUS im Fokus. Die irreguläre Einreise erfolgt vor allem über die polnische Grenze. Jedoch sind im Vergleich zu anderen irregulären Migrationsrouten in die EU (v.a. Türkei-Griechenland) die Aufgriffe an den gemeinsamen Grenzen zwischen EU und osteuropäischer GUS als moderat zu bewerten.

Schlussbemerkung

Auf Basis der dargelegten Analysen (Kap. II. und III.) ist davon auszugehen, dass bei einem wahrscheinlich steigenden Migrationspotenzial die Zuwanderung aus der GUS mindestens auf dem gegenwärtigen Niveau verharrt bzw. leicht zunehmen dürfte. Die Gründe dafür sind (1) die verschiedenen Problemlagen innerhalb der GUS, (2) die wachsende Zahl von Personen im potenziellen Migrationsalter in der asiatischen GUS, wenngleich diese weniger die EU ansteuern als in der GUS verbleiben, (3) die anhaltende sozioökonomische und politische Attraktivität der EU, (4) die bereits vorhandenen und weiter wachsenden Migrantennetzwerke/Diasporas in der EU, die die Migration erleichtern und zum Teil erst begründen (z.B. Familiennachzug) und (5) die steigende Nachfrage nach Arbeitskräften in bestimmten Branchen in der EU (z.B. Altenpflege, Saisonarbeit).

Literatur



- AHK (Deutsch-Russische Auslandshandelskammer)** (2011): Russland 2010: Auf dem Weg zur Modernisierung. Hamburg. Online: http://russland.ahk.de/fileadmin/ahk_russland/Dokumente/Publikationen/Jahresberichte/2011/JB10-small.pdf
- Albertinelli, Anthony** (2010): Around 261,000 asylum applicants from 151 different countries were registered in the EU-27 in 2009. Characteristics of asylum seekers in Europe, in: Eurostat Statistics in Focus 27/2010. Online: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-SF-10-027/EN/KS-SF-10-027-EN.PDF
- Angenendt, Steffen** (2006): Bevölkerungsentwicklung und politische Stabilität, in: Berlin-Institut für Weltbevölkerung und globale Entwicklung (Hrsg.): Elektronisches Handbuch zum Thema Bevölkerung. Online: http://www.berlin-institut.org/pdfs/Angenendt_Stabilitaet.pdf
- Anisimov, Oleg/Reneva, Svetlana** (2006): Permafrost and changing climate: the Russian perspective, in: *Ambio* 35 (2006) 4, 169-175. Online: <http://www.bioone.org/doi/pdf/10.1579/0044-7447%282006%2935%5B169%3APACCTR%5D2.0.CO%3B2>
- Auswärtiges Amt** (2011): Reise- und Sicherheitshinweise: Länder A-Z. Online: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Laenderinformationen/SicherheitshinweiseA-Z-Laenderauswahlseite_node.html
- Awad, Ibrahim** (2009): The global economic crisis and migrant workers: Impact and response. ILO: Genf. Online: http://www.ilo.org/public/libdoc/ilo/2009/109B09_130_engl.pdf
- Baas, Timo/Brücker, Herbert** (2010): Wirkungen der Zuwanderungen aus den neuen mittel- und osteuropäischen EU-Staaten auf Arbeitsmarkt und Gesamtwirtschaft. Expertise im Auftrag des Gesprächskreises Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung, WISO/Diskurs, September 2010. Online: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/07432.pdf>
- Bachora, Rastislav** (2008): Organisierte Kriminalität auf dem westlichen Balkan als sicherheitspolitische Herausforderung für die EU – Schwerpunkt Kosovo in: Südosteuropamitteilungen No. 1, 18-32.

- Baettig, Michèle B./Wild, Martin/Imboden, Dieter M. (2007):** A climate change index: Where climate change may be most prominent in the 21st century, in: *Geophysical Research Letters*, Vol. 34.
- Baruah, Nilim (2010):** Presentation at the Expert Group Meeting on Strengthening Capacities for Migration Management in Central Asia, UN ESCAP. 20.-21. September 2010 in Bangkok. Online: http://www.unescap.org/sdd/meetings/egm_mig_sep2010/pres_nilim%20baruah%20labor%20Migration.pdf
- Baskakova, Marina/Tiurkanova, Elena/Abdurazakova, Dono (2005):** Human Trafficking in the CIS, in: *Development & Transition* Nr.2. UNDP/LSE. Online: <http://www.developmentandtransition.net/Single-Article-Issue.118+M55f55e2e322.0.html>
- Becker, Paul (2007):** Russland, Zentralasien und demographischer Wandel. Veröffentlicht am 03.10.2007. Online: <http://www.gusnews.net/2007/10/03/russland-zentralasien-und-demographischer-wandel/>
- Becker, Paul (2009):** Russland: Demographie, Sterblichkeit und Alkoholkonsum. Veröffentlicht am 03.11.2009. Online: <http://www.gusnews.net/2009/11/03/russland-demographie-sterblichkeit-und-alkoholkonsum/> (Aufruf: 29.11.2010)
- Benz, Benjamin/Boeckh, Jürgen/Huster, Ernst-Ulrich (2001):** Der neue Sozialraum Europa: Entwicklungstendenzen und Gestaltungsoptionen, in: *Internationale Politik und Gesellschaft* 1/2001. Online: <http://library.fes.de/pdf-files/ipg/ipg-2001-1/artbenz-boeckh-huster.pdf>
- Bertelsmann Stiftung (2010):** Bertelsmann Transformation Index 2010 - Politische Gestaltung im internationalen Vergleich, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- BFM - Bundesamt für Migration Schweiz(2004):** Bericht zur illegalen Migration 2004. BFM: Bern. Online: http://www.bfm.admin.ch/content/dam/data/pressemitteilung/2004/pm_2004_06_29/ber_illegale_migrationd.pdf
- Birckenbach, Hanne-Margret/Wellmann, Christian (2001):** Das Dilemma der EU-Osterweiterung: Perspektiven Europäischer Politik am Beispiel der nordwestlichen Grenze Russlands und seiner Exklave Kaliningrad, in: Stanley, Ruth (Hrsg.) *Gewalt und*

Konflikt in einer globalisierten Welt. Festschrift für Ulrich Albrecht. Wiesbaden, 232-257. Online: http://www.schiff.uni-kiel.de/pdf_files/HMB-CW-Albrecht-Deutsch.pdf

- BK - Bundeskriminalamt Österreich** (2008): Organisierte Schlepperkriminalität. Illegale Migration. Jahresbericht 2008. Lageberichte, Statistiken, Operative Analysen. BK: Wien. Online: http://www.bmi.gv.at/cms/BK/publikationen/files/JAHRESBERICHT_2008_Final_Version.pdf
- Blacksmith Institute** (2007): World's Worst Polluted Places 2007. Blacksmith Institute: New York. Online: <http://www.worstpolluted.org/reports/file/2007%20Report%20updated%202009.pdf>
- Blacksmith Institute** (2010): World's Worst Pollution Problems Report 2010. Blacksmith Institute: New York. Online: <http://www.worstpolluted.org/files/FileUpload/files/2010/WWPP-2010-Report-Web.pdf>
- Blezinger, Jan** (2010): Die Republik Moldau: künftiges Mitglied der Europäischen Union? Zur Finalität der Zusammenarbeit zwischen Moldau und der Europäischen Union. Norderstedt.
- BMI/BAMF - Bundesministerium des Innern/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge** (2011a): Migrationsbericht 2010 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung, Nürnberg.
- BMI/BAMF - Bundesministerium des Innern/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge** (2011): Migrationsbericht 2009 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung, Nürnberg.
- BMI/BAMF - Bundesministerium des Innern/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge** (2010): Migrationsbericht 2008 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung, Nürnberg.
- Borchers, Kevin** (2008): Die Datenlage im Bereich Migration – Europa und seine Nachbarregionen. Working Paper Nr. 18. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Bös, Mathias** (1997): Migration als Problem offener Gesellschaften. Leske und Budrich: Opladen.
- Böttger, Katrin** (2005) Die Europäische Nachbarschaftspolitik und ihre integrierenden und ausgrenzenden Faktoren, in: For-

- schungsstelle Osteuropa Bremen. Arbeitspapiere und Materialien: Nr. 70, 21-24.
- Brainerd, Elizabeth** (2010): Human Development in Eastern Europe and the CIS since 1990. UNDP-Human Development Research Paper Nr.16. UNDP: New York. Online: http://hdr.undp.org/en/reports/global/hdr2010/papers/HDRP_2010_16.pdf
- Brainerd, Elizabeth/Cutler David M.** (2005): Autopsy on an Empire: Understanding Mortality in Russia and the Former Soviet Union, in: *Journal of Economic Perspectives*, 19(1), 107-130.
- Braun, Gerald/Topan, Angelina** (1998): Internationale Migration. Ihre Folge für die Ursprungsländer und Ansätze eines Migrationsregimes. Interne Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Nr. 153, Sankt Augustin.
- Brown, J. David** (2006): Nonstandard Forms and Measures of Employment and Unemployment in Transition: A Comparative Study of Estonia, Romania, and Russia," *Comparative Economic Studies*, Vol. 48, 435-457.
- Brown, J. David/Earle, John S.** (2008): Creating Productive Jobs in East European Transition Economies: A Synthesis of Firm-Level Studies, in: *National Institute Economic Review*, No. 204, 108-125.
- Bundesregierung** (11.10.2011): Westerwelle: Timoschenko-Urteil Rückschlag für Rechtsstaatlichkeit in Ukraine. Online: http://www.bundesregierung.de/nn_1272/Content/DE/Pressemitteilungen/AA/2011/10/201
- Dabrowski, Marek** (2007): Perspectives of EU-CIS economic relations. CASE - Center for Social and Economic Research. Online: http://www.case.com.pl/upload/publikacja_plik/15789556_Perspectives%20of%20EU-CIS%20econ%20relations%20Marek%20e-paper.pdf
- Dietz, Barbara** (2007): Migration in der Ukraine. Hintergründe und Trends. Ergebnisse einer Haushaltsbefragung, in: *Kurzanalysen und Informationen*, Nr. 29, Dezember 2007. Osteuropa-Institut: Regensburg. Online: <http://www.oei-dokumente.de/publikationen/info/info-29.pdf>
- Dietz, Barbara** (2008): Die Ukraine im europäischen Migrationssystem, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, No. 35/36, 33-38. Online: <http://www.bpb.de/files/VZ5NWG.pdf>

- Dumont, Gérard-François** (2010): Asie centrale ex-soviétique: les enseignements de la géopolitique des populations, in: GÉOSTRATÉGIQUES Nr. 28 (3), 15-34. Online: http://www.strategicsinternational.com/28_02.pdf
- Düvell, Frank/Molodikova, Irina** (Hrsg.) (2009): Transit Migration and Transit Countries: Policy and regulation. University Press: Moskau.
- Easterlin, Richard A.** (2009): Lost in Transition: Life Satisfaction on the Road to Capitalism, in: Journal of Economic Behavior & Organization, No. 71, 130-145.
- EEO - Enzyklopädie des europäischen Ostens** (2010): Stichwort: „Migration“. Alpen-Adria-Universität: Klagenfurt. Online: <http://eeo.uni-klu.ac.at/index.php/Migration>. (Aufruf 12.11.2010)
- Ehrlich, Paul R./Holdren, John P.** (1971): Impact of Population Growth, in: Science, No. 171, 1212-1217.
- Engvall, Johan** (2006): The State Under Siege: The Drug Trade and Organised Crime in Tajikistan, in: Europe-Asia Studies, Vol. 58, no. 6, 827-854.
- Esipova, Neli/Ray, Julie** (2010): 70 Million in CIS Would Migrate Temporarily for Work, Study. Half as many desire to migrate permanently. Gallup, 04.08.2010 Online: <http://www.gallup.com/poll/141746/million-cis-migrate-temporarily-work-study.aspx>
- Europäische Kommission** (2008): Klimawandel und Internationale Sicherheit. Papier des Hohen Vertreters und der Europäischen Kommission für den Europäischen Rat. S113/08. 14. März 2008.
- Eurostat** (2008): Bevölkerungsprojektionen 2008-2060. Eurostat-Pressemittelungen, STAT/08/119, Luxemburg.
- Eurostat Datenbank**, Online: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/population/data/database>.
- Faist, Thomas** (2007): Transnationale Migration als relative Immobilität in einer globalisierten Welt, in: Berliner Journal für Soziologie, No. 17, Heft 3, 365-385.
- Fawcett, James T.** (1989): Networks, Linkages, and Migration Systems, in: International Migration Review, 23 (3), 671-680.
- Fay, Marianne/Patel, Hrishi** (2008): A simple index of vulnerability to climate change. Background paper prepared for World Bank report. Washington D.C.

- Fertig, Michael** (2001): The Economic Impact of EU-Enlargement: Assessing the Migration Potential, in: *Empirical Economics*, Nr. 26, 707-720.
- Fertig, Michael/Schmidt, Christoph M.** (2000): Aggregate-level Migration Studies As a Tool For Forecasting Future Migration Streams, in: Djajic, Slobodan (Hrsg.) *International Migration: Trends, Policy and Economic Impact*. London/New York, 110-136.
- Fischer, Sabine** (2007): Die russische Politik gegenüber der Ukraine und Belarus, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) B 8-9/2007*: 16-23. Online: http://www.bpb.de/publikationen/AMPWKS,0,Die_russische_Politik_gegen%FCber_der_Ukraine_und_Wei%DFrussland.html
- Follath, Erich/Neef, Christian** (2010): Die Schande von Samarkand. Usbekistan ist ein Terrorstaat und Partner des Westens, in: *Der Spiegel*, 41/2010, 124-130. Online: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-74184480.html>
- Follath, Erich/Neef, Christian** (2010a): Die Marke Nasarbajew. Kasachstan und der Schneeleopard, in: *Der Spiegel*, 41/2010, 130-136. Online: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-74090716.html>
- Forbrig, Jörg** (2011): Belarus zwischen der EU und Russland: Ende der Schaukelpolitik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 24-26. Online: <http://www.bundestag.de/dasparlament/2011/24-26/Beilage/007.html>
- Freedom House** (2009): *Nations in Transit 2009*. Freedom House Europe: Budapest. Online: http://www.freedomhouse.eu/index.php?option=com_content&view=article&id=242:nations-in-transit-2009&catid=46:nations-in-transit&Itemid=121
- Freedom House** (2010): *Freedom in the World 2010*. Freedom House: Washington D.C. Online: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=25&year=2010>
- Freedom House** (2010a): *Nations in Transit 2010: Democratization from Central Europe to Eurasia*. Freedom House Europe: Budapest. Online: http://www.freedomhouse.eu/index.php?option=com_content&view=article&id=321:nations-in-transit-2010&catid=46:nations-in-transit&Itemid=121
- Freedom House** (2010b): *Freedom of the Press 2010*. Broad setbacks to global media freedom. Selected data from freedom house's

annual press freedom index. Freedom House: Washington D.C.
Online: <http://www.freedomhouse.org/uploads/pfs/371.pdf>

Frejka, Tomas et al. (Hrsg.): (1999): In-depth studies on migration in Central and Eastern Europe: the Case of Ukraine. United Nations Economic Commission for Europe. United Nation Population Fund, Economic Studies Nr. 12, United Nations: Genf/New York.

Frontex (2011): Annual Risk Analysis 2011. Warschau.

Frontex (2011a): Eastern Borders. Risk Analysis Network. Annual Overview 2011. Warschau.

Fund For Peace (2001): Failed State Index 2010, Washington D.C. Online: http://www.fundforpeace.org/web/index.php?option=com_content&task=view&id=99&Itemid=140

Futo, Peter (Hrsg.) (2008): Yearbook on Illegal Migration, Human Smuggling and Trafficking in Central and Eastern Europe in 2007. A Survey and Analysis of Border Management and Border Apprehension. Data from 20 States, Including: 2007 Special Survey on Air Routes. ICMPD: Wien.

Futo, Peter (Hrsg.) (2010): Yearbook on Illegal Migration, Human Smuggling and Trafficking in Central and Eastern Europe. A Survey and Analysis of Border Management and Border Apprehension. Data from 2008. Including: Special Survey on the 2007 Enlargement of the Schengen Area. ICMPD: Wien.

Futo, Peter/Jandl, Michael (Hrsg.) (2004): 2003 Yearbook on Illegal Migration, Human Smuggling and Trafficking in Central and Eastern Europe. A Survey and Analysis of Border Management and Border Apprehension Data from 22 States. ICMPD: Wien.

Futo, Peter/Jandl, Michael (Hrsg.) (2005): 2004 Yearbook on Illegal Migration, Human Smuggling and Trafficking in Central and Eastern Europe. A Survey and Analysis of Border Management and Border Apprehension Data from 22 States. ICMPD: Wien.
Online: http://research.icmpd.org/fileadmin/Research-Website/Publications/ICMPD_2004_Yearbook_final.pdf

Futo, Peter/Jandl, Michael (Hrsg.) (2006): 2005 Yearbook on Illegal Migration, Human Smuggling and Trafficking in Central and Eastern Europe. A Survey and Analysis of Border Management and Border Apprehension Data from 22 States. ICMPD: Wien.

- Online: http://research.icmpd.org/fileadmin/Research-Website/Project_material/_181_ICMPD_2005_Yearbook_Final.pdf
- Gallup** (2009): Emerging Trends in Migration: Insights From Gallup. Paper for the CSD of the Global Forum on Migration and Development, Athen 02.11.2009. Online: <http://www.gfmd2009.org/UserFiles/file/GALLUP%20Paper%20GFMDCSDATHENS2009.pdf>
- Gesellschaft für bedrohte Völker** (Hrsg.) (2010): Die Menschenrechtslage in den Nordkaukasusrepubliken. Tschetschenien. Ingu-schetien. Dagestan. Memorandum der Gesellschaft für bedrohte Völker. 2. Auflage. Göttingen. Online: http://www.gfbv.de/show_file.php?type=inhaltsDok&property=download&id=1973
- Giese, Ernst/Sehring, Jenniver** (2007): Regionalexpertise – Destabilisierungs- und Konfliktpotential prognostizierter Umweltveränderungen in der Region Zentralasien bis 2020/2050. Externe Expertise für das WBGU-Hauptgutachten “Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel” WBGU: Berlin.
- Götz, Roland** (2007): Konsequenzen der globalen Erwärmung für die russische Energiewirtschaft, in Russlandanalysen Nr. 139, 2-4.
- Götz, Roland** (2009): Klimawandel in Russland. Diskussionspapier FG 8, 2009/6. Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP): Berlin. Online: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/2009_DisP_gtz_ks.pdf
- Greenpeace** (2010): Greenpeace Russia warns the government of the dangers of climate change. Pressemitteilung vom 20.11.2009. Online: <http://www.greenpeace.org/russia/en/press/releases/greenpeace-russia-warns-the-go/>
- Grosser, Maximilian** (2011): Viktor Janukowitsch arbeitet mit allen Mitteln an seinem Machterhalt, in: Deutschlandradio 02.11.2011. Online: <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/europaheute/1594292/>
- Gurak, Douglas/Caces, Fe** (1992): Migration networks and the shaping of migration systems, in: Kritiz, Mary M./Lim, Lean Lin/Zlotnik, Hania: International migration systems: a global approach. Oxford: Clarendon Press, 150-176.
- Guriev, Sergei/Zhuravskaya, Ekaterina** (2009): (Un)Happiness in Transition, in: Journal of Economic Perspectives, 23 (2), 143-168.

- Hajnal, John** (1983): Two kinds of pre-industrial household formation system, in: Wall, Richard (Hrsg.): Family forms in historic Europe. Cambridge, 65-104.
- Halbach, Uwe** (2003): Russlands muslimische Ethnien und Nachbarn, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16-17/2003. Online: http://www.bpb.de/publikationen/MSWO29,0,0,Russlands_muslimische_Ethnien_und_Nachbarn.html
- Harter, Stefanie** (2011): Visaerleichterung und -freiheit für Russland: Sachlage und Sachzwänge, in: Russlandanalysen, Nr. 225, 2-11. Online: <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen225.pdf>
- Haug, Sonja** (2000): Soziales Kapital und Kettenmigration. Italienische Migranten in Deutschland, in: Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Band 31. Wiesbaden: Leske und Budrich.
- Haug, Sonja/Sauer, Lenore** (2006): Bestimmungsfaktoren internationaler Migration. Ein Überblick über Theorien zur Erklärung von Wanderungen, in: Migration und ethnische Minderheiten. Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst, 1/2006, Bonn, 7-34.
- Heinen, Ute** (2000): Die Situation in der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS), in: Informationen zur politischen Bildung, Heft 267. Online: [http://www.bpb.de/publikationen/04502249434327166921706202451273,1,0,Die_Situation_in_der_Gemeinschaft_unabh%4ngiger_Staaten_\(GUS\).html](http://www.bpb.de/publikationen/04502249434327166921706202451273,1,0,Die_Situation_in_der_Gemeinschaft_unabh%4ngiger_Staaten_(GUS).html)
- Heß, Barbara** (2009): Zuwanderung von Hochqualifizierten aus Drittstaaten nach Deutschland. Working Paper Nr. 28. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Nürnberg.
- HIK - Heidelberger Institut für Konfliktforschung** (2011): Conflict Barometer 2010, Heidelberg. Online: http://www.hiik.de/de/konfliktbarometer/pdf/ConflictBarometer_2010.pdf
- Hofmann, Martin** (2007) Migration Management in the CIS Region, in: SIAK-Journal: Zeitschrift für Politikwissenschaft und polizeiliche Praxis 1.
- Horvath, Balazs** (2010): The Human Development Impact of the Global Crisis in Central, Eastern and Southern Europe and the CIS. Working Paper. United Nations Development Programme Bratislava Regional Center, Bratislava.

- Hughes, James/Slay, Ben** (2006): EU Enlargement and the wider neighbourhood, Development & Transition. UNDP/LSE. Online: <http://www.developmentandtransition.net/Single-Article-Issue.118+M5806309605e.0.html#>
- ICMPD - International Centre for Migration Policy Development** (2006): Overview of the CIS Migration Systems, ICMPD: Wien.
- ICMPD - International Centre for Migration Policy Development** (2005): Overview of the Migration Systems in the CIS countries. ICMPD: Wien. Online: <http://www.icmpd.org/typo3conf/ext/icmpd/secure.php?u=0&file=1216&t=1291284498&hash=209322998207a343b6b89286c5cc3f08>
- IGC - International Crisis Group** (2010): Central Asia: Migrants and the Economic Crisis. Asia Report N°183. ICG: Brüssel/Bischkek. Online: [http://www.crisisgroup.org/~media/Files/asia/central-asia/183%20Central%20Asia%20Migrants%20and%20the%20Economic%20Crisis.ashx](http://www.crisisgroup.org/~/media/Files/asia/central-asia/183%20Central%20Asia%20Migrants%20and%20the%20Economic%20Crisis.ashx)
- ILO – International Labour Organization** (2010): Global Wage Report 2010/11. Wage policies in times of crisis. Genf: ILO.
- ILO/OSCE – International Labour Organization/Organization for Security and Co-operation in Europe** (Hrsg.) (2009): Strengthening Migration Governance. Implementation of OSCE Commitments related to migration by OSCE participating States. ILO/OSCE: Genf. Online: http://www.ilo.org/public/english/protection/migrant/download/osce_ilo_2010.pdf
- IMF – International Monetary Fund** (2009): World Economic Outlook: Sustaining the Recovery. Washington, DC.
- IMF – International Monetary Fund** (2010): World Economic Outlook: Rebalancing Growth. Washington, DC.
- IOM – International Organization for Migration** (1997): The 1996 CIS Migration Report. IOM: Genf.
- IOM – International Organization for Migration** (2002): Migration Trends in Eastern Europe and Central Asia. 2001-2002 Review IOM: Genf.
- IOM – International Organization for Migration** (2010): World Migration Report 2010 - The Future of Migration: Building Capacities for Change. IOM: Genf.
- IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change** (2007): Climate Change 2007: Impacts, Adaptation and Vulnerability. Contri-

bution of Working Group 2 to the Forth Assessment Report of the IPCC. Genf.

- Ivakhnyuk, Irina** (2006): Migration in the CIS Region: Common Problems und Mutual Benefits. Paper for the International Symposium on International Migration and Development, 28.-30.6.2006 in Turin: Online: http://www.un.org/esa/population/migration/turin/Symposium_Turin_files/P10_SYMP_Ivakhniouk.pdf
- Jacobs, Jörg** (2006): Facetten sozialer Ungleichheit – Einstellungen zu Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit im postkommunistischen Osteuropa, in: Pickel, Gert/Pollack, Detlef/Müller, Olaf/Jacobs, Jörg (Hrsg.) (2006): Osteuropas Bevölkerung auf dem Weg in die Demokratie. Repräsentative Untersuchungen in Ostdeutschland und zehn osteuropäischen Transformationsstaaten. Wiesbaden, 97-123.
- Jacobsen, Hanns-D./Machowski, Heinrich** (2005): Politische und wirtschaftliche Sicherheit für Osteuropa – Thesen zur Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union. Erweiterte und aktualisierte Fassung des Beitrags zum VII Weltkongress des „International Council for Central and East European Studies“ (ICCEES), Juli 2005 in Berlin. Online: http://www.studienforum-berlin.de/Jacobsen_-_Machowski_2005_final2.pdf
- Janda, Alexander/Leitner, Norbert/Vogl, Mathias** (2008): Chechens in the European Union. Österreichischer Integrationsfond, BMI, Sicherheitsakademie. Wien.
- Jandl, Michael** (2007): Irregular Migration. Human Smuggling and the Eastern Enlargement of the European Union, in: International Migration Review 41(2), 291-315.
- Jurajda, Stepan/Terrell, Katherine** (2009): Regional Unemployment and Human Capital in Transition Economies, Economics of Transition, 17 (2), 241-274.
- Kaufmann, Daniel** (2009): Governance Matters VIII: Governance Indicators for 1996-2008, in: World Bank Policy Research paper, Juni 2009. World Bank: Washington D.C:
- Kaufmann, Daniel** (2010): The Worldwide Governance Indicators (WGI): Methodology and Analytical Issues. World Bank Policy Research Working Paper No. 5430, WGI-Datenbank Online: http://info.worldbank.org/governance/wgi/sc_chart.asp

- Kommission der Europäischen Gemeinschaft (2004):** Mitteilung der Kommission. Europäische Nachbarschaftspolitik. Strategiepapier KOM (2004) 373 endgültig. 12.5.2004. Brüssel. Online: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/strategy/strategy_paper_de.pdf
- Kreienbrink, Axel/Schmid, Susanne (2011):** Klimawandel und Migration als Sicherheitsfrage? Auswirkungen des Klimawandels als Verstärker von Entwicklungsdefiziten und Migrationsbewegungen am Beispiel Afrikas, in: Allhoff, Steffen W./Buciak, Sebastian K./Maas, Achim (Hrsg.): Globales Rapa Nui? Frieden und Sicherheit im Zeichen des Klimawandels, Göttingen. Optimus, 97-126.
- Kritz, Mary M./Lim, Lean Lin/Zlotnik, Hania (1992):** International migration systems: a global approach. Oxford: Clarendon Press.
- Kunze, Thomas/Gronau, Lina/Halasz, Miklos (2010):** Wasserknappheit und Klimawandel in Zentralasien, in: Länderbericht, Konrad-Adenauer-Stiftung, 23.08.2010.
- Laczko, Frank/Thompson, David (Hrsg.) (2000).** Migrant Trafficking and Human Smuggling in Europe. A Review of the Evidence with Case Studies from Hungary, Poland and Ukraine. Genf: IOM
- Laqueur, Walter (2010):** Moscow's Modernization Dilemma – Is Russia Charting a New Foreign Policy?, in: Foreign Affairs, Vol. 89, No. 6, 153-160.
- Le Monde diplomatique (Hrsg.) (2008):** Atlas der Globalisierung spezial – Klima. Berlin.
- Le Monde diplomatique (Hrsg.) (2009):** Atlas der Globalisierung. Berlin.
- Lederer, Harald (2004):** Indikatoren der Migration. Zur Messung des Umfangs und der Arten von Migration in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des Ehegatten und Familiennachzugs sowie der illegalen Migration. Bamberg.
- Lee, Everett S. (1966):** A Theory of Migration, in: Demography, No. 3, 47-57.
- Luptakova, Marina (2009):** Legal and Illegal Migration from Ukraine: An analysis of social and security issues, in: International Journal of Criminal Justice Sciences. July – December Vol. 4 (2): 144–159. Online: <http://www.sascv.org/ijcjs/marina.html>.
- Lutz, Wolfgang (2008):** Demographic and Human-Capital Trends in Eastern Europe and Sub-Sahara Africa. Migration Policy institu-

- te, Washington D.C. Online: <http://www.migrationpolicy.org/pubs/Lutz-Paper.pdf>.
- Maksymiuk, Jan** (2003): Millions of Ukrainians Work Illegally Abroad. Poland, Belarus, and Ukraine Report, RFE/RL Newline, 08.04.2003, Vol. 5, No. 13.
- Mansoor, Ali/Quilin, Bryce** (Hrsg.) (2007): Migration and Remittances – Eastern Europe and the Former Soviet Union. World Bank: Washington D.C. Online: http://siteresources.worldbank.org/INTECA/Resources/257896-1167856389505/Migration_FullReport.pdf
- Massey, Douglas et al.** (1993): Theories of International Migration: A Review and Appraisal, in: Population and Development Review, Vol. 19, No.3, 431-466.
- Massey, Douglas S.** (1999): Why does Immigration occur? A Theoretical Synthesis, in: Hirschmann, Charles/Kasinitz, Phillip/DeWind, Josh (Hg.): The Handbook of International Migration: the American Experience. New York, 34-52.
- Massey, Douglas S./España, Felipe G.** (1987): The social process of international Migration, in: Science. American Association for the Advancement of Science, Washington D.C., 733-738.
- Meusbürger, Peter** (1996): Regionale und soziale Ungleichheit in der sozialistischen Planwirtschaft und beim Übergang zur Marktwirtschaft – Das Beispiel Ungarn, in: Glatzer, Wolfgang (Hrsg.): Lebensverhältnisse in Osteuropa. Prekäre Entwicklungen und neue Konturen. Frankfurt/New York, 177-210.
- Migration Dialogue** (2000): EU: Enlargement and Migration, in: Migration News Vol.7, Nr. 7. Online: http://migration.ucdavis.edu/mn/more.php?id=2138_0_4_0
- Migration DRC** (The global data base of the Development Research Centre on Migration, Globalisation and Poverty.) Updated March 2007. Online: http://www.migrationdrc.org/research/typesofmigration/global_migrant_origin_database.html
- Migration-Info** (1998): GUS: Migration zwischen und aus den GUS-Staaten. Newsletter Migration und Bevölkerung 01/1998. Online: http://www.migration-info.de/mub_artikel.php?Id=980112&Ansicht=Druck

- Migration-Info** (2010): Weniger Rücküberweisungen durch Weltwirtschaftskrise. Newsletter Migration und Bevölkerung, 3/2010. Online: http://www.migration-info.de/mub_artikel.php?Id=100309.
- Molodikova, Irina** (2007): Transformation of Migration Patterns in Post-Soviet Space: Russian New Migration Policy of "Open Doors" and its effect on European Migration Flows, in: Review of Sociology, Vol. 132, 57-76.
- Molodikova, Irina** (2008): Patterns of East to West Migration in the Context of European Migration Systems. Possibilities and Limits of Migration Control, in: Demografia (English Edition), Vol. 51, No. 5, 5-35. Online: http://www.demografia.hu/letoltes/kiadvanyok/Dem_angol/2008/Molodikova.pdf
- Mommsen, Margareta** (2004): Autoritäres Präsidialsystem und gelenkter politischer Wettbewerb in Putins Russland, in: Gorzka, Gabriele/Schulze, Peter W. (Hrsg.) (2004): Wohin steuert Russland unter Putin? Frankfurt a.M.
- Mommsen, Margareta/Nußberger, Angelika** (2009): Das System Putin: Gelenkte Demokratie und politische Justiz in Russland. München.
- Neske, Matthias** (2006): Human smuggling to und through Germany, in: International Migration, Vol. 44 (4), 121-163.
- Neske, Matthias** (2007): Menschmuggel. Deutschland als Transit- und Zielland irregulärer Migration Stuttgart.
- Neske, Matthias/Heckmann, Friedrich/Rühl, Stefan** (2004): Menschenschmuggel. Expertise im Auftrag des Sachverständigenrats für Zuwanderung und Integration. Bamberg.
- Nozhenko, Maria** (2010): Russische Föderation, in: Fokus Migration. Länderprofil, Nr. 20, 7/2010. Hamburgisches WeltWirtschafts-Institut (HWWI): Hamburg. Online: http://hwwi.org/uploads/tx_wilpubdb/LP_20_RussischeFoederation.pdf
- Oblak Flander, Apolonija** (2011): Immigration to EU Member States down by 6 % and emigration up by 13 % in 2008, Luxemburg: Eurostat.
- OECD – Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** (2009): International Migration Outlook: SOPEMI 2009. OECD: Paris.

- OECD – Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** (2010): *International Migration Outlook: SOPEMI 2010*. OECD: Paris.
- OSCE/ACTED – Organization for Security and Co-Operation in Europe/Aid Agency for Technical Cooperation and Development** (2009): *Impact of Global Financial Crisis on Labour Migration from Kyrgyzstan to Russia*. OSCE/ACTED: Bishkek. Online: <http://www.osce.org/bishkek/documents/40540>
- Oxfam** (2010): *Reaching Tipping Point? Climate Change and Poverty in Tajikistan*. Oxfam International. Online: http://www.oxfam.org.uk/resources/policy/climate_change/climate-change-poverty-tajikistan.html
- Pantiru, Maria C./Black, Richard/Sabates-Wheeler, Rachel** (2007): *Migration and Poverty Reduction in Moldova*. Working Paper C10. Development Research Centre on Migration, Globalisation and Poverty, University of Sussex. Februar 2007. Online: http://www.migrationdrc.org/publications/working_papers/WP-C10.pdf
- Pew Research Center** (2009): *Mapping the Global Muslim Population. A Report on the Size and Distribution of the World's Muslim Population*. Pew Research Center: Washington D.C. Online: <http://pewforum.org/newassets/images/reports/Muslimpopulation/Muslimpopulation.pdf>
- Poulain, Michel/Perrin, Nicolas/Singleton, Ann** (2006): *THESIM. Towards Harmonised European Statistics on International Migration*. Louvain-la-Neuve.
- Pries, Ludger** (1997): *Transnationale Soziale Räume*, in: *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 25, Heft 6, 456-472.
- Ratha, Dilip/Mohapatra, Sanket/Silwal, Ani** (2009): *Migration and Remittance Trends 2009*, in: *Migration and Development Brief 11*. World Bank: Washington D.C. Online: http://www.gfmdathens2009.org/fileadmin/material/docs/roundtables/Migration_and_Remittance_Trends_2009_Dilip.pdf
- Ray, Julie/Esipova, Neli** (2010): *In the CIS, Desired Migration Destinations Depend on Motive*. Russia No. 1 desired destination for permanent migration, temporary work. Gallup, 12.08.2010. On-

line: <http://www.gallup.com/poll/142001/cis-desired-migration-destinations-depend-motive.aspx>

Rios, Rodriguez R. (Hrsg.) (2006): Migration Perspectives. Eastern Europe and Central Asia. International Organization for Migration (IOM): Wien. Online: http://iom.ramdisk.net/iom/images/uploads/Website%20version%20Migration%20Perspectives%20eng%20protected_1169046292.pdf

Roshydromet (Federal Service for Hydrometeorology and Environmental Monitoring) (2005): Strategic Prediction for the Period of up to 2010-2015 of Climate Change Expected in Russia and its Impact on Sectors of the Russian National Economy. Roshydromet: Moskau. Online: http://www.meteorf.ru/pub/get-file.aspx?OT=Document&PN=DocFile&ID=85b9ce6c-9ba1-4671-8669-70bde16c0a61&FN=Strategic%20prediction_Engl.pdf&CT=application/pdf

Rowland, Richard H. (2009): Populations Trends in Europe's Poorest Country: Results of the Most Recent Census of Moldova, in: Eurasian Geography und Economy Nr. 50, 480-495.

Russlandanalysen (2007): Energiewirtschaft und Treibhauseffekt. Nr. 139, 8-13. Online: <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen139.pdf>

Rutkowski, Jan (2006): Labor Market Developments During Economic Transition, in: World Bank Policy Research Working Paper Nr. 3894. Welt Bank: Washington D.C.

Ryazantsev, Sergei V. (2010): The Modern Migration Policy of Russia: Problems and Necessary Directions of Perfection. Presentation and speech. Online: <http://migration.ucdavis.edu/rs/files/2010/ryazantsev-presentation-modern-migration-policy-of-russia.pdf>, (Powerpoint presentation); <http://migration.ucdavis.edu/rs/files/2010/ryazantsev-modern-migration-policy-of-russia.pdf> (Speech).

Sadovskaya, Elena (2009): Chinese transit on Post-Soviet space: Russia, Kazakhstan and after further, in: Düvell, Franck/Molodikova, Irina (Hrsg.): Transit Migration and Transit Countries: Policy and regulation. Moscow: University Press

Sapper, Manfred/Weichsel, Volker (Hrsg.) (2010): Die Ukraine im Wandel. Stabile Instabilität in einem Zwischenland. Bonn: bpb.

- Sauvy, Alfred** (1982): *Mondes en marche*. Paris.
- Scarnicchia, Lucilla** (2011): Resicence permit issued to non-EU citizens in 2009 for family reunification, employment and education, Luxemburg: Eurostat.
- Schmid, Susanne** (2007): Die Analyse demographischer Diskrepanzen zwischen der EU-27 und ihrer „Peripherie“. Entwicklungsdifferenzen und Wanderungspotenziale, in: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 3-4/2007, 667-701.
- Schmid, Susanne** (2010): *Vor den Toren Europas? Das Potenzial der Migration aus Afrika*. Forschungsbericht Nr. 7. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Schmid, Susanne** (2011): Migrationspotenzial – ein Gegenstand qualitativer Analyse, in: *Soziologie heute*, Oktober 2011, Linz, 10-13.
- Schmid, Susanne** (2011a): *Migrations- und Integrationsformen weiblicher Migranten. Eine soziologische Untersuchung zugewanderter türkischer und russischer Frauen in Deutschland*. Inauguraldissertation zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität zu Frankfurt am Main. Frankfurt a.M.
- Schneider, Jan** (2012): *Maßnahmen zur Verhinderung und Reduzierung irregulärer Migration. Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)*. Working Paper Nr. 41. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Sievert, Stephan/Sacharow, Segei/Klingholz, Reiner** (2011): *Die schrumpfende Weltmacht. Die demografische Zukunft Russlands und der anderen post-sowjetischen Staaten*. Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Berlin.
- Simai, Mihaly** (2006): *Poverty and Inequality in Eastern Europe and the CIS Transition Economies*. UN/DESA Working Paper Nr. 17, Februar 2006. UN: New York. Online: http://www.un.org/esa/desa/papers/2006/wp17_2006.pdf
- Stadelbauer, Jörg** (2008): *Russland und der globale Klimawandel. Auswirkungen, Modelle, Szenarien*, in: *Osteuropa*, 58 (2008) 4-5, 205-216.

- Statistisches Bundesamt (2007):** Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse aus dem Mikrozensus 2005, Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2008):** Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung 2007. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters, Fachserie 1 Reihe 2, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2008a):** Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse aus dem Mikrozensus 2007, Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2009):** Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung 2008. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters, Fachserie 1 Reihe 2, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2009a):** Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse aus dem Mikrozensus 2008, Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2010):** Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse aus dem Mikrozensus 2009, Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2010a):** Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung 2009. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters, Fachserie 1 Reihe 2, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2011):** Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung 2010. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters, Fachserie 1 Reihe 2, Wiesbaden.
- Stemmer, Anna (2011):** Die Republik Moldau und die Migration. Risiken und Chancen für die Europäische Union, in: KAS Auslandsinformationen, Nr. 9, 42-61.
- Stewart, Susan (2010)** Russische Außenpolitik im postsowjetischen Raum. SWP-Studie 2010/S 05. Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP): Berlin. Online: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2010_S05_stw_ks.pdf
- Stewart, Susan (2011):** Wenn Russland schwächer wird. Gravierende Folgen für die Beziehungen zwischen der EU und Russland. SWP-Aktuell 2011/A 42, Sept. 2011, Berlin. Online: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2011A42_stw_ks.pdf

- Stykov, Petra** (2006): Staat und Wirtschaft in Russland: Interessenvermittlung zwischen Korruption und Konzertierung: Politische Interessenvermittlung und die Institutionalisierung von Märkten. VS Verlag: Wiesbaden.
- Szoltyssek, Mikolaj/Zuber-Goldstein, Barbara** (2009): Historical family systems and the great European divide: the invention of Slavic east, in: Demografia. Vol. 52, No. 5, English Edition, 5-47.
- Tishkov, Valery/Zayinchkovskaya, Zhanna /Vitkovskaya, Galina** (2005): Migration in the countries of the former Soviet Union. A paper prepared for the Policy Analysis and Research Programme of the Global Commission on International Migration. September 2005. Online: <http://www.gcim.org/attachements/RS3.pdf>
- Transparency International** (2010): Global Corruption Barometer 2010. Transparency International: Berlin. Online: <http://www.transparency.org/content/download/57399/918005>
- Transparency International** (2010a): Corruption Perceptions Index 2010. Transparency International: Berlin. Online: <http://www.transparency.org/content/download/55725/890310>
- Treisman, Daniel** (2010): Twenty Years of Political Transition, in: UNU-WIDER Working Paper No. 2010/31.
- Treisman, Daniel** (2010a): Death and Prices: The Political Economy of Russia's Alcohol Crisis, in: Economics of Transition, 18(2), 281-331.
- Turukanova, Elena** (2007): Migration and Re-structurezation at Russian Labor Market, in: Zaionchkovskaya, Zhanna et al. (Hrsg.): Methodology and Methods of Migration Process Research. Moskau, 96-114.
- Uehling, Greta** (2004): Irregular and Illegal Migration through Ukraine, in: International Migration, Volume 42, Nr. 3, August 2004, 77-109. Online: <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/j.0020-7985.2004.00290.x/abstract>
- Umland, Andreas** (2011): Für eine neue Osteuropapolitik, in: Internationale Politik, Nr. 4, Juli/August 2011, 86-92.
- Umweltbundesamt** (Hrsg.) (2008): Analyse des Yale Environmental Performance Index (EPI). Forschungsbericht 363 01 136, Texte

- 04/08. Umweltbundesamt: Berlin. Online: <http://www.umwelt-daten.de/publikationen/fpdf-l/3428.pdf>
- UN – United Nations:** (2006): International Migration and Development: Report of the Secretary General, General Assembly, New York, A/60/87.
- UN – United Nations: Department of Economic and Social Affairs, Population Division** (2001): Replacement Migration: Is It a Solution to Declining and Ageing Populations? New York.
- UN – United Nations: Department of Economic and Social Affairs, Population Division** (2009): World Population Prospects: The 2008 Revision. Highlights, New York.
- UN – United Nations: Department of Economic and Social Affairs, Population Division** (2009a): World Population Prospects: The 2008 Revision Population Database, New York.
- UN – United Nations: Department of Economic and Social Affairs, Population Division** (2009b): International Migration Report 2006: A Global Assessment. New York. Online: http://www.un.org/esa/population/publications/2006_MigrationRep/fullreport.zip
- UN – United Nations: Department of Economic and Social Affairs, Population Division** (2010): World Population Prospects: The 2009 Revision. World Urbanization Prospects, New York.
- UN – United Nations: Department of Economic and Social Affairs, Population Division** (2011): World Population Prospects: The 2010 Revision. Highlights, New York.
- UN – United Nations: Department of Economic and Social Affairs, Population Division** (2011a): World Population Prospects: The 2010 Revision Population Database, New York.
- UNDP – United Nations Development Programme** (2009): The Human Development Report 2009, New York.
- UNDP – United Nations Development Programme** (2010): The Human Development Report 2010, New York. Online: <http://hdr.undp.org/en/reports/global/hdr2010/>
- UNDP/DGVN** (2010): Bericht über die menschliche Entwicklung 2010. Der wahre Wohlstand der Nationen: Wege zur menschlichen Entwicklung. Berlin. Online: http://hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_DE_Complete.pdf

- UNEP – United Nations Environment Programme (2009):** Climate Change Science Compendium 2009. Kenia.
- UNHCR – United Nations High Commissioner for Refugees (2009):** Global Trends 2008. Refugees, Asylum-seekers, Returnees, Internally Displaced and Stateless Persons, Genf.
- UNHCR – United Nations High Commissioner for Refugees (2011):** Global Trends 2010. Refugees, Asylum-seekers, Returnees, Internally Displaced and Stateless Persons, Genf. Online: <http://www.unhcr.org/4dfa11499.html>
- UNHCR – United Nations High Commissioner for Refugees:** UNHCR Statistical Online Population Database. Online: <http://www.unhcr.org/pages/4a013eb06.html>
- Uzagaliewa, Ainura/Choinicki, Xaver (2008):** Labor Migration from East to West in the context of European integration and changing socio-political borders, in: CASE Network Studies & Analyses, No. 366. Online: http://www.case-research.eu/upload/publikacja_plik/21504026_sa366.pdf
- Uzagaliewa, Ainura/Chojnicki, Xavier/Filer, Randall (2009):** Labor migration in CIS in the context of European integration and changing socio-political borders. Paper eingereicht für die XXIV National Conference of Labour Economics, 24.-25.09.2009 in Sassari. Online: <http://www.aiel.it/bacheca/SASSARI/papers/uzagaliewa.pdf>
- Vishnevsky, Anatoly/Bobylev, Sergey (2009):** Russia facing demographic challenges. National Human Development Report. Russian Federation. Moskau: UNDP. Online: <http://origin-hdr.undp.org/en/reports/nationalreports/europethecis/russia/name,18666.en.html>
- Vogel, Dita/Assner, Manuel (2011):** Umfang, Entwicklung und Struktur der irregulären Bevölkerung in Deutschland. Expertise im Auftrag der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN) beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Oktober 2011, Hamburg/Nürnberg.
- Watson, Peggy (1995):** Explaining Rising Mortality Among Men in Eastern Europe, in: Social Science and Medicine, 41(7), 923-934.
- WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung (2007):** Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel, Berlin & Heidelberg.

- WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung (2009):** Welt im Wandel – Zukunftsfähige Bioenergie und nachhaltige Landnutzung, Arbeitsexemplar der Bundesregierung, Berlin & Heidelberg.
- Welzer, Harald (2008):** Klimakriege. Bonn: bpb.
- Wetzel, Anne (2005):** Die Grenze(n) zwischen der Ukraine und der EU: Gibt es mehr als „drinnen“ und „draußen“?, in: Forschungsstelle Osteuropa Bremen. Arbeitspapiere und Materialien, Nr. 70, 17-20.
- Woods, Tony (2010):** Tauwetter. Der Permafrost in Sibirien geht zurück, in: Le Monde Diplomatique, Nr. 9342 vom 12.11.2010. Online: <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2010/11/12.mondeText.artikel,a0009.idx,1>
- World Bank (2008):** Migration und Remittances Factbook 2008. World Bank: Washington D.C.
- World Bank (2009):** World Development Indicators, Washington D.C.
- World Bank (2009a):** Atlas method and PPP, Washington D.C.
- World Bank (2009b):** Adapting to Climate Change in Europe and Central Asia. World Bank: Washington D.C. Online: (http://siteresources.worldbank.org/ECAEXT/Resources/258598-1243892418318/ECA_CCA_Full_Report.pdf)
- World Bank (2010):** World Development Indicators 2010. World Bank: Washington D.C.
- World Bank (2010a):** World Development Report 2010: Development and climate change. Washington D.C.
- World Bank (2011):** Migration und Remittances Factbook 2011. World Bank: Washington D.C.
- World Bank Databank Online:** www.databank.worldbank.org.
- World Bank's Worldwide Governance Indicators database.** Online: <http://info.worldbank.org/governance/wgi/index.asp>
- Zaionchkovskaya, Zhanna (2000):** Recent Migration trends in the Commonwealth of Independent States, in: International Social Science Journal, Volume 52, Nr. 165, 343-355.
- Zaionchkovskaya, Zhanna (2007):** Why Russia needs the immigration policy?, in: Zaionchkovskaya et al. (Hrsg.): Methodology and Methods of Migration Process Research. Moskau, 114-142.
- Zaionchkovskaya, Zhanna (2009):** Transit migration in the CIS countries: comparative prospects. The general review of a situation

in the Commonwealth of Independent States, in: Molodikova, Irina/Düvell, Frank (Hrsg.): *Transit Migration and Transit Countries: Policy and regulation*. Moscow: University Press.

Zaridze, David (2009): *Alcohol Poisoning is a Main Determinant of Recent Mortality Trends in Russia: Evidence from a Detailed Analysis of Mortality Statistics and Autopsies*, in: *International Journal of Epidemiology* 38(1), 143-153.

Zlotnik, Hania (1992): *Empirical Identification of International Migration Systems*, in: Kritz, Mary et al. (Hrsg.): *International Migration Systems*. Clarendon Press: Oxford, 19-40.

Zeitungsartikel

BeITA: Es ist ungerecht, Menschen mit der Karta Polaka abzustufen (25.02.2011). Online: <http://news.belta.by/de/news/society?id=614474>

Der Standard: Ab Samstag vergibt Budapest Pässe an Auslandsungarn (30.12.2010). Online: <http://derstandard.at/1293369751266/Ab-Samstag-vergibt-Budapest-Paesse-an-Auslandsungarn?seite=2>

Deutschlandfunk: UNO-Flüchtlingskommissar fordert Friedenstruppe für Kirgistan. Interview mit Antonio Guterres (16.06.2010). Online: http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/1204435/

Die Presse: 27.000 Auslandsungarn wollen ungarischen Pass (14.02.2011): Online: <http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/633901/27000-Auslandsungarn-wollen-ungarischen-Pass>

Die Welt: Die pure Not regiert in der Republik Moldau (14.12.2010). Online: http://www.welt.de/print/die_welt/politik/article11614703/Die-pure-Not-regiert-in-der-Republik-Moldau.html

Die Zeit: Regierung rechnet mit 2000 Toten in Kirgistan. (18.6.2010). Online: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-06/Tote-Unruhen-Kirgistan>

EurActiv: Interview mit Moldau-Expertin Anneli Ute Gabanyi (21.07.2010). Online: <http://www.euractiv.de/erweiterung-und-partnerschaft/artikel/gabanyi-rumaenien-moldau-003409>

- Presseurope:** Wir sind bei uns willkommen (19.01.2011). Online: <http://www.presseurop.eu/de/content/article/468681-wir-sind-bei-uns-willkommen>
- RIA Novosti:** Zahl illegaler Einwanderer in Russland geht zurück – Migrationsamt (21.12.2010). Online: <http://de.rian.ru/society/20101221/257942017.html>
- RIA Novosti:** GUS – keine verschworene Gemeinschaft (19.11.2010). Online: <http://de.rian.ru/opinion/20101119/257690521.html>
- RIA Novosti:** Nordkaukasus: Kreml will dem Terror den Nährboden entziehen – „Wremja Nowostej“ (07.09.2010). Online: <http://de.rian.ru/social/20100907/257235696.html>
- RIA Novosti:** Russland setzt seine Führungsrolle aufs Spiel (02.03.2010). Online: http://de.rian.ru/comments_interviews/20100301/125300989.html
- RIA Novosti:** Natural population decline in Russia down by 31% in 2009 - Putin (16.02.2010). Online: <http://en.rian.ru/russia/20100216/157906438.html>
- Russland Aktuell:** Janukowitsch bringt die Opposition hinter Gitter. (06.01.2011). Online: http://www.aktuell.ru/russland/politik/janukowitsch_bringt_die_opposition_hinter_gitter_4090.html
- Süddeutsche Zeitung:** Putin will Freihandelszone mit Europa. (25.11.2010a).
- Süddeutsche Zeitung:** Von Lissabon bis Wladiwostok (25.11.2010b). Online: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/putin-plaedyer-fuer-wirtschaftsgemeinschaft-von-lissabon-bis-wladiwostok-1.1027908>
- TAZ:** Klimawandel bedroht Atomlager. Tauende Permafrostböden in Russland (24.06.2008). Online: <http://www.taz.de/1/archiv/?id=archivseite&dig=2008/06/24/a0099>
- Unzensiert.at:** Ethnische Konflikte auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR (22.06.2010). Online: <http://www.unzensuriert.at/001281-ethnische-konflikte-auf-dem-gebiet-der-ehemaligen-udssr>

Tabellenverzeichnis



Tabelle I.1-1:	Verteilung der GUS-Staaten nach der Regionalaufteilung der UN	18
Tabelle I.2-1:	Verbindende und trennende Faktoren im Migrationssystem der GUS	22
Tabelle I.4-1:	Migrationsprojektionen anhand eines Modells nach Fertig (2001) aus der GUS nach Westeuropa (d.h. ohne Politik- und Unsicherheitsannahmen)	32
Tabelle I.4-2:	Wanderungssaldo* pro Jahr in Tausend, 2000-2050 (mittlere Variante)	34
Tabelle I.4-3:	Nettomigrationsrate pro Jahr, pro 1.000 Einwohner, 2000-2050 (mittlere Variante)	36
Tabelle I.4-4:	Wunsch nach permanenter oder temporärer Abwanderung in der GUS nach Herkunftsland (Arbeit, Studium), in %	38
Tabelle I.4-5:	Favorisierte Zielregion permanenter oder temporärer Abwanderung (Arbeit, Studium), in %	39
Tabelle II.1-1:	Bevölkerung der GUS in Tausend, 1990-2010	47
Tabelle II.1-2:	Demographische Entwicklung in der GUS, 2010 bis 2050	49
Tabelle II.1-3:	Demographische Indikatoren europäischer und ausgewählter asiatischer Großregionen und Länder, 2010, 2025 und 2050	52
Tabelle II.1-4:	Human Development Index 2010 mit Einzelkomponenten, GUS-Staaten	61
Tabelle II.1-5:	Sozio-demographische Indikatoren in den GUS-Staaten	62
Tabelle II.2-1:	Makro-ökonomische Indikatoren der GUS, 2008-2010	68
Tabelle II.2-2:	Rücküberweisungen von Arbeitsmigranten und Auswirkungen auf das BIP in der GUS, 2008-2011	72

Tabelle II.2-3:	Beschäftigungsbedingungen in der GUS	75
Tabelle II.2-4:	Arbeitslosigkeit gesamt und nach Bildungsabschluss in der GUS, 2006-2008	76
Tabelle II.2-5:	Mehrdimensionale Armut in den GUS-Staaten, 2000-2008, in % der Bevölkerung	79
Tabelle II.2-6:	Lebenszufriedenheit in der GUS, 2006-2009, in %	81
Tabelle II.2-7:	Internationale Kooperationen innerhalb der GUS	84
Tabelle II.3-1:	Klassifikation der GUS-Länder nach dem politischen Regime	90
Tabelle II.3-2:	Voice and Accountability Ranking, 1996-2009	92
Tabelle II.3-3:	Politische Rechte und bürgerliche Freiheiten in der GUS, Freedom House Index 2010	94
Tabelle II.3-4:	Freedom of the Press 2010	97
Tabelle II.3-5:	Korruptionswahrnehmungsindex 2010	98
Tabelle II.3-6:	Wie hat sich in den letzten 3 Jahren der Grad der Korruption im Land verändert?	100
Tabelle II.3-7:	Wie sehr sind Ihrer Meinung nach die folgenden Institutionen von Korruption betroffen?	101
Tabelle: II.3-8:	Ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung in der GUS nach Nationalität	104
Tabelle II.3-9:	Konflikte in der GUS basierend auf dem Konfliktbarometer 2010	108
Tabelle II.3-10:	Staatsangehörige der GUS als Asylantragsteller in der EU, 2005-2010	115
Tabelle II.3-11:	Fünf Hauptzielländer von russischen, armenischen und aserbaidischen Asylbewerber in der EU, 2009 und 2010	116
Tabelle II.3-12:	GUS-Staaten als Aufnahme- und Herkunftsländer von Flüchtlingen, Bestandszahlen 2010	117
Tabelle II.4-1:	Art, Ursache und Umfang der Umweltverschmutzung in den meistverschmutzten GUS-Regionen	122
Tabelle II.4-2:	Environmental Performance Index (EPI) 2010	125
Tabelle III.1-1:	Migrationsbewegungen in und aus GUS-Staaten	136

Tabelle III.1-2:	Migrantenbevölkerung und Binnenmigration innerhalb eines Staates in der GUS, 1990-2010	137
Tabelle III.1-3:	Die Zuwandererbevölkerung in der GUS und ihre Herkunftsländer, 2010	138
Tabelle III.1-4:	Die Abwanderungsbevölkerung der GUS und ihre Migrationsziele, 2010	140
Tabelle III.1-5:	Migrationsbewegungen nach und aus Russland, 2009-2010	144
Tabelle III.1-6:	Ausländische Arbeitnehmer in Russland 1995-2008, in Tausend	145
Tabelle III.1-7:	Migrationsbewegungen nach und aus Kasachstan, 2009	147
Tabelle III.2-1:	Staatsangehörige der GUS in ausgewählten EU-Mitgliedsländern, 01.01.2010	150
Tabelle III.2-2:	Staatsangehörige der GUS in den 5 Hauptaufnahmeländern der EU, 01.01.2010	152
Tabelle III.2-3:	Staatsangehörige der GUS in EU-Mitgliedsländern, 01.01.2010 (bzw. letztverfügbares Jahr)	154
Tabelle III.2-4:	Zuzug von Staatsangehörigen der GUS in die EU, 2004-2009	155
Tabelle III.2-5:	Wanderungsbewegungen von Staatsangehörigen der GUS in die EU, 2008 und 2009	156
Tabelle III.2-6:	Zuzug von Staatsangehörigen der GUS in ausgewählte EU-Mitgliedsländer, 2009	158
Tabelle III.2-7:	Zuzüge von Staatsangehörigen der GUS in EU-Mitgliedsländer, 2008	160
Tabelle III.2-8:	Ukrainische Staatsangehörige in ausgewählten EU-Mitgliedsländern, 2005-2010 (Stichtag 01.01.)	162
Tabelle III.2-9:	Zuzug von Personen ukrainischer Staatsangehörigkeit in ausgewählte EU-Mitgliedsländer, 2005-2009	162
Tabelle III.2-10:	Einbürgerungen von Personen mit vorheriger ukrainischer Staatsangehörigkeit in ausgewählten EU-Mitgliedsländern, 2005-2008	163
Tabelle III.2-11:	Russische Staatsangehörige in ausgewählten EU-Mitgliedsländern, 2005-2010 (Stichtag 01.01.)	165

Tabelle III.2-12:	Zuzug von Personen russischer Staatsangehörigkeit in ausgewählte EU-Mitgliedsländer, 2005-2009	166
Tabelle III.2-13:	Einbürgerungen von Personen mit vorheriger russischer Staatsangehörigkeit in ausgewählten EU-Mitgliedsländern, 2005-2008	166
Tabelle III.2-14:	Moldauische Staatsangehörige in ausgewählten EU-Mitgliedsländern, 2005-2010 (Stichtag 01.01.)	168
Tabelle III.2-15:	Zuzug von Personen moldauischer Staatsangehörigkeit in ausgewählte EU-Mitgliedsländer, 2005-2009	169
Tabelle III.2-16:	Einbürgerungen von Personen mit vorheriger moldauischer Staatsangehörigkeit in ausgewählten EU-Mitgliedsländern, 2005-2008	169
Tabelle III.3-1:	Personen mit der Staatsbürgerschaft eines GUS-Landes in Deutschland, 2004-2010 (Stichtag 31.12.)	172
Tabelle III.3-2:	Staatsangehörige der GUS am 31.12.2010 nach ausgewählten Merkmalen	173
Tabelle III.3-3:	Einbürgerungen von GUS-Bürgern in Deutschland nach vorheriger Staatsbürgerschaft, 2005-2010	174
Tabelle III.3-4:	Aufenthaltsstatus ausgewählter Staatsangehöriger der GUS in Deutschland am 31.12.2010 nach ausgewähltem Status	179
Tabelle III.3-5:	Zu- und Fortzüge aus/nach Deutschland 2010 nach der Staatsangehörigkeit	182
Tabelle III.3-6:	Zuzüge von GUS-Bürgern im Jahr 2010 nach ausgewählten Aufenthaltzwecken und Aufenthaltstiteln	184
Tabelle III.3-7:	Erteilte Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs aus Staaten der GUS nach Deutschland, 2010	186
Tabelle III.3-8:	Zuzug von Spätaussiedlern und ihren Familienangehörigen aus der GUS nach Herkunftsländern, 2004-2010	188

Tabelle III.3-9:	Zuwanderung jüdischer Personen und ihrer Familienangehörigen aus der ehemaligen Sowjetunion, 1993-2010	189
Tabelle III.3-10:	Asylerstanträge nach Herkunftsländern der GUS und Ethnie, 2006-2010	191
Tabelle III.3-11:	Zur Ausübung einer Beschäftigung nach § 18 AufenthG im Jahr 2009 und 2010 eingereiste Staatsangehörige der GUS nach Herkunftsländern	192
Tabelle III.3-12:	Au-pair-Beschäftigte nach § 20 BeschV nach relevanten Staatsangehörigkeiten der GUS, 2006-2010	194
Tabelle III.3-13:	Bildungsausländische Studienanfänger (Zuzug) aus der GUS nach Staatsangehörigkeit, 2009 und 2010	195
Tabelle III.3-14:	Studierende (Bestand) aus den GUS-Staaten nach Staatsangehörigkeit, Wintersemester 2009/2010 und 2010/2011	196
Tabelle III.3-15:	Feststellungen von unerlaubt eingereisten Ausländern an den deutschen Grenzen, nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten der GUS, 2001-2010	198
Tabelle III.3-16:	Entwicklung der Tatverdächtigen aus den GUS-Staaten im Bereich Straftaten gg. AufenthG/AsylverfG/FreizügG/EU nach Herkunftsländern, 2009-2010	199
Tabelle III.4-1:	Irregulär aufhältige Migranten in ausgewählten GUS-Staaten, 2000	202
Tabelle III.4-2:	Illegale Transitmigranten festgenommen an der ukrainischen Grenze nach Staatsangehörigkeit, 2005-2007	203
Tabelle III.4-3:	Aufgriffe illegaler Transitmigranten nach ukrainischem Grenzabschnitt, 2003-2007	204
Tabelle III.4-4:	Aufgriffe irregulärer Migranten in Zentral- und Osteuropa inkl. Rang nach den 25 Hauptherkunftsländern, 2007-2008	206

Tabelle III.4-5:	Staatsangehörige der GUS, denen die Einreise an der EU-Außengrenze verweigert wurde, nach Zielländern, 2010	208
Tabelle III.4-6:	Staatsangehörige der GUS, denen die Einreise an der EU-Außengrenze verweigert wurde, nach Zielländern, 2009	209
Tabelle III.4-7:	Staatsangehörige der GUS, denen die Einreise an der Außengrenze verweigert wurde, 2009-2010	210
Tabelle III.4-8:	Aufgegriffene Staatsangehörige der GUS mit irregulärem Aufenthalt in der EU, 2010	212
Tabelle III.4-9:	Aufgegriffene Staatsangehörige der GUS mit irregulärem Aufenthalt in der EU, 2009	213
Tabelle III.4-10:	Aufgegriffene Staatsangehörige der GUS mit irregulärem Aufenthalt, 2009-2010	214

Abbildungsverzeichnis



Abbildung I.2-1:	Typologie der Migrationsmuster europäischer Länder 2006	24
Abbildung I.5-1:	Migrationspotenzial aus regionalen Strukturdifferenzen	45
Abbildung II.1-1:	Männliche Lebenserwartung bei Geburt in ausgewählten GUS-Ländern und Deutschland, 1950-2010, in Jahren	56
Abbildung II.1-2:	Der Index der menschlichen Entwicklung 2010	59
Abbildung II.2-1:	Regionale Verteilung der Arbeitslosigkeit in Russland, 2006 in %	78
Abbildung II.3-1:	Freedom House Index 2010	95
Abbildung II.3-2:	Failed State Index 2010	96
Abbildung II.3-3:	Weltweite Korruptionswahrnehmung 2010	99
Abbildung II.3-4:	Konfliktbarometer 2010	110
Abbildung II.3-5:	Die Konfliktregionen der GUS	112
Abbildung II.4-1:	Zunahme von Wetterextremen und Vulnerabilität gegenüber Klimawandel	128
Abbildung III.1-1:	Migrationsbewegungen in und aus Russland, 1998-2010	142
Abbildung III.3-1:	Bevölkerung aus Russland, der Ukraine und Kasachstan in Deutschland nach Staatsbürgerschaft und Migrationshintergrund, 2010	176
Abbildung III.3-2:	Migrationsbewegungen von GUS-Staatsangehörigen nach/aus Deutschland, 1992-2010	180
Abbildung III.3-3:	Zuzug russischer, ukrainischer und kasachischer Staatsbürger nach Deutschland, 2002-2010	181
Abbildung: III.4-1:	Migrationsrouten	220

Publikationen der Forschungsgruppe



Working Paper

- 1/2005** Die Datenlage im Bereich der Migrations- und Integrationsforschung
Verfasserin: Sonja Haug
- 2/2005** Illegalität von Migranten in Deutschland
Verfasserin: Susanne Worbs unter Mitarbeit von Michael Wolf und Peter Schimany
- 3/2005** Jüdische Zuwanderer in Deutschland
Verfasserin: Sonja Haug unter Mitarbeit von Peter Schimany
- 4/2005** Die alternde Gesellschaft
Verfasser: Peter Schimany
- 5/2006** Integrationskurse
Erste Erfahrungen und Erkenntnisse einer Teilnehmerbefragung
Verfasser: Sonja Haug und Frithjof Zerger
- 6/2006** Arbeitsmarkteteiligung von Ausländern im Gesundheitssektor in Deutschland
Verfasser: Peter Derst, Barbara Heß und Hans Dietrich von Loeffelholz
- 7/2006** Einheitliche Schulkleidung in Deutschland
Verfasser: Stefan Theuer

- 8/2007** Soziodemographische Merkmale, Berufsstruktur und Verwandtschaftsnetzwerke jüdischer Zuwanderer
Verfasserin: Sonja Haug unter Mitarbeit von Michael Wolf
- 9/2007** Migration von hoch Qualifizierten und hochrangig Beschäftigten aus Drittstaaten nach Deutschland
Verfasser: Barbara Heß und Lenore Sauer
- 10/2007** Familiennachzug in Deutschland
Verfasser: Axel Kreienbrink und Stefan Rühl
Family Reunification in Germany
Verfasser: Axel Kreienbrink und Stefan Rühl
- 11/2007** Türkische, griechische, italienische und polnische Personen sowie Personen aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien in Deutschland
Verfasser: Christian Babka von Gostomski
- 12/2008** Kriminalität von Aussiedlern.
Eine Bestandsaufnahme
Verfasser: Sonja Haug, Tatjana Baraulina und Christian Babka von Gostomski unter Mitarbeit von Stefan Rühl und Michael Wolf
- 13/2008** Schulische Bildung von Migranten in Deutschland aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 1
Verfasser: Manuel Siegert
- 14/2008** Sprachliche Integration von Migranten in Deutschland aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 2
Verfasserin: Sonja Haug
- 15/2008** Healthy-Migrant-Effect, Erfassungsfehler und andere Schwierigkeiten bei der Analyse der Mortalität von Migranten
Eine Bestandsaufnahme
Verfasser: Martin Kohls

- 16/2008** Leben Migranten wirklich länger?
Eine empirische Analyse der Mortalität von Migranten
in Deutschland
Verfasser: Martin Kohls
- 17/2008** Die Einbürgerung von Ausländern in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 3
Verfasserin: Susanne Worbs
- 18/2008** Die Datenlage im Bereich der internationalen Migration
in Europa und seinen Nachbarregionen
Verfasser: Kevin Borchers unter Mitarbeit von
Wiebke Breustedt
- 19/2008** Das Integrationspanel
Ergebnisse zur Integration von Teilnehmern zu Beginn
ihres Integrationskurses
Verfasserin: Nina Rother
- 20/2008** Aspekte der Arbeitsmarktintegration von Frauen
ausländischer Nationalität in Deutschland
Eine vergleichende Analyse über türkische, italienische,
griechische und polnische Frauen sowie Frauen aus den
Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens
Verfasserin: Anja Sticks
- 21/2008** Wohnen und innerstädtische Segregation von
Zuwanderern in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 4
Verfasserin: Lena Friedrich
- 22/2009** Berufliche und akademische Ausbildung von
Migranten in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 5
Verfasser: Manuel Siegert

- 23/2009** Das Integrationspanel
Entwicklung von alltagsrelevanten Sprachfertigkeiten
und Sprachkompetenzen der Integrationskursteil-
nehmer während des Kurses
Verfasserin: Nina Rother
- 24/2009** Förderung der Bildungserfolge von Migranten:
Effekte familienorientierter Projekte
Abschlussbericht zum Projekt Bildungserfolge bei
Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund
durch Zusammenarbeit mit den Eltern
Verfasser: Lena Friedrich und Manuel Siegert unter
Mitarbeit von Karin Schuller
- 25/2009** Die Organisation der Asyl- und Zuwanderungspolitik
in Deutschland
Studie I/2008 im Rahmen des Europäischen Migrations-
netzwerks (EMN)
Verfasser: Jan Schneider
- 26/2009** Unbegleitete minderjährige Migranten in Deutschland
Aufnahme, Rückkehr und Integration
Studie II/2008 im Rahmen des Europäischen Migrations-
netzwerks (EMN)
Verfasser: Bernd Parusel
- 27/2009** Grunddaten der Zuwandererbevölkerung in
Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 6
Verfasser: Stefan Rühl
- 28/2009** Zuwanderung von Hochqualifizierten aus Drittstaaten
nach Deutschland
Ergebnisse einer schriftlichen Befragung
Verfasserin: Barbara Heß

- 29/2010** Das Integrationspanel
Ergebnisse einer Befragung von Teilnehmenden zu
Beginn ihres Alphabetisierungskurses
Verfasserin: Nina Rother
- 30/2010** Europäische und nationale Formen der
Schutzgewährung in Deutschland
Studie II/2009 im Rahmen des Europäischen
Migrationsnetzwerk (EMN)
Verfasser: Bernd Parusel
- 31/2010** Rückkehrunterstützung in Deutschland
Programme und Strategien zur Förderung von unter-
stützter Rückkehr und zur Reintegration in Drittstaaten
Studie I/2009 im Rahmen des Europäischen Migrations-
netzwerks (EMN)
Verfasser: Axel Kreienbrink und Jan Schneider
- 32/2010** Deckung des Arbeitskräftebedarfs durch Zuwanderung
Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das
Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)
Verfasser: Bernd Parusel und Jan Schneider
- 33/2010** Interethnische Kontakte, Freundschaften, Partnerschaf-
ten und Ehen von Migranten in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 7
Verfasserin: Sonja Haug
- 34/2010** Mediennutzung von Migranten in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 8
Verfasserin: Susanne Worbs
- 35/2011** Zirkuläre und temporäre Migration
Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für
das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)
Verfasser: Jan Schneider und Bernd Parusel

- 36/2011** Migranten am Arbeitsmarkt in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 9
Verfasser: Katharina Seebaß und Manuel Siegert
- 37/2011** Der Einfluss des Integrationskurses auf die
Integration russisch- und türkischstämmiger
Integrationskursteilnehmerinnen
Verfasserin: Karin Schuller
- 38/2011** Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländer-
innen und Ausländer in qualifizierten Dienstleistungen
Verfasserin: Barbara Heß
- 39/2011** Migranten im Niedriglohnsektor unter besonderer
Berücksichtigung der Geduldeten und Bleibebe-
rechtigten
Verfasser: Waldemar Lukas
- 40/2012** Visumpolitik als Migrationskanal
Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für
das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)
Verfasser: Jan Schneider
- 41/2012** Maßnahmen zur Verhinderung und Reduzierung
irregulärer Migration
Verfasser: Jan Schneider
- 42/2012** Das Integrationspanel
Entwicklung der Deutschkenntnisse und Fortschritte der
Integration bei Teilnehmenden an Alphabetisierungskursen
Verfasser: Karin Schuller, Susanne Lochner und Nina Rother
unter Mitarbeit von Denise Hörner

Forschungsberichte

- 1/2005** Der Einfluss von Zuwanderung auf die Deutsche Gesellschaft
Verfasser: Manfred Kohlmeier und Peter Schimany
- 2/2005** Illegal aufhältige Drittstaatsangehörige in Deutschland
Verfasser: Annette Sinn, Axel Kreienbrink und Hans-Dietrich von Loeffelholz unter Mitarbeit von Michael Wolf
- 3/2007** Abschlussbericht
Zuwanderung und Integration von (Spät-)Aussiedlern -
Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen des
Wohnortzuweisungsgesetzes
Verfasserinnen: Sonja Haug und Lenore Sauer
- 4/2007** Rückkehr aus Deutschland
Verfasser: Axel Kreienbrink, Edda Currel,
Ekkehart Schmidt-Fink, Manuela Westphal und Birgit
Behrens unter Mitarbeit von Magdalena Wille und
Mirjam Laaser
- 5/2007** Migration und demographischer Wandel
Verfasser: Peter Schimany
- 6/2009** Muslimisches Leben in Deutschland
Verfasserinnen: Sonja Haug, Stephanie Müssig und
Anja Sticks
- 7/2010** Vor den Toren Europas?
Das Potenzial der Migration aus Afrika
Verfasserin: Susanne Schmid unter Mitarbeit von
Kevin Borchers
- 8/2010** Fortschritte der Integration.
Zur Situation der fünf größten in Deutschland
lebenden Ausländergruppen
Verfasser: Christian Babka von Gostomski

- 9/2011** Morbidität und Mortalität von Migranten in Deutschland
Verfasser: Martin Kohls
- 10/2011** Generatives Verhalten und Migration
Verfasser: Susanne Schmid und Martin Kohls
- 11/2011** Das Integrationspanel
Ergebnisse einer Längsschnittstudie zur Wirksamkeit
und Nachhaltigkeit von Integrationskursen
Verfasserinnen: Karin Schuller, Susanne Lochner und
Nina Rother
- 12/2012** Pflegebedürftigkeit und Nachfrage nach
Pflegeleistungen von Migrantinnen und Migranten
im demographischen Wandel
Verfasser: Martin Kohls
- 13/2012** Islamisches Gemeindeleben in Deutschland
Verfasser: Dirk Halm, Martina Sauer,
Jana Schmidt und Anja Stichs
- 14/2012** Entwicklungspolitisch engagierte Migrantenorganisa-
tionen: Potenziale für die Integration in Deutschland?
Verfasserin: Marianne Haase und Bettina Müller
- 15/2012** Einbürgerungsverhalten von Ausländerinnen und
Ausländern in Deutschland sowie Erkenntnisse zu
Optionspflichtigen
Verfasser: Martin Weinmann, Inna Becher und
Christian Babka von Gostomski
- 16/2012** Die Optionsregelung im Staatsangehörigkeitsrecht
aus der Sicht von Betroffenen
Verfasser: Susanne Worbs, Antonia Scholz und
Stefanie Blicke

Impressum

Herausgeber:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Frankenstraße 210
90461 Nürnberg

E-Mail: info@bamf.bund.de

Internet: www.bamf.de

Gesamtverantwortung:

Antje Kiss
Dr. Axel Kreienbrink

Verfasser:

Dr. Susanne Schmid

Layout:

Gertraude Wichtrey
Claudia Sundelin

Stand:

März 2012

Zitat:

Schmid, Susanne (2012): Das Migrationspotenzial aus der GUS in die Europäische Union. Forschungsbericht 17. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

ISBN:

978-3-9814972-4-3

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge kostenlos herausgegeben. Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigungen und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangaben gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme oder Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung des Bundesamtes. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.